Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 3465

Schriftlicher Bericht

des Untersuchungsausschusses
(47. Ausschuß)
gemäß Antrag der Fraktion der SPD betreffend

Prüfung, ob durch die Personalpolitik Mißstände im Auswärtigen Dienst eingetreten sind

— Nr. 2680 der Drucksachen —

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Brill

Inhalt

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei Gebr. Scheur, Bonn
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30, und Wiesbaden, Nietzschestraße 1

I. Allgemeiner Teil

Der Untersuchungsausschuß ist durch Beschluß des Bundestages vom 24. Oktober 1951 in der 170. Sitzung (Stenographischer Bericht Seite 7035C bis 7036D gebildet worden. Er bestand aus sieben Mitgliedern, nämlich den Herren Abgeordneten Fürst Fugger von Glött, Dr. Gerstenmaier, Dr. Köhler (CDU/CSU), Dr. Arndt, Dr. Brill, Erler (SPD), Dr. Becker (Hersfeld) (FDP). Im Laufe der Verhandluhgen ist der Abgeordnete Dr. Arndt aus dem Ausschuß ausgeschieden und durch den Abgeordneten Birkelbach ersetzt worden. Außerdem hat der Abgeordnete Onnen den Abgeordneten Dr. Becker (Hersfeld) während dessen Erkrankung, der Abgeordnete Dr. Vogel den Abgordneten Dr. Gerstenmaier und der Abgeordnete Freiherr v. Fürstenberg den Abgordneten Fürsten Fugger v. Glött zeitweise vertreten. Der Ausschuß wählte den Abgeordneten Dr. Becker (Hersfeld) zum Vorsitzenden, den Abgeordneten Dr. Köhler zu seinem Stellvertreter und den Abgeordneten Dr. Brill zum Berichterstatter; die Abgeordneten Dr. Becker (Hersfeld) und Erler sind zeitweise als Teilberichterstatter tätig gewesen.

Nach dem **Antrag der Fraktion der SPD** vom 12. Oktober 1951, Drucksache Nr. 2680, sollte der Ausschuß prüfen:

1. Wurden oder werden im Auswärtigen Dienst, insbesondere auch im Auswärtigen Amt, Personen beschäftigt, deren Verhalten während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geeignet ist, künftig das Vertrauen des In- und Auslandes zur demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden?
2. Auf welche Einflüsse ist eine Beschäftigung solcher Personen zurückzuführen?
3. Welche Maßnahmen sind getroffen worden, um Mißgriffe in dieser Personalpolitik aufzudecken und zu verhüten oder Angriffe auf Verwaltungsangehörige des Auswärtigen Dienstes abzuwehren?

Zur Erfüllung dieser Aufgabe beschloß der **Untersuchungsausschuß** am 16. November 1951, **an den Herrn Bundesaußenminister** folgendes **Schreiben** zu richten:

„Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

In Ihrer Eigenschaft als Bundesaußenminister beehren wir uns, Ihnen Kenntnis zu geben von den Beschlüssen, die der Untersuchungsausschuß Nr. 47 zur Erledigung der Drucksache Nr. 2680 heute einstimmig gefaßt hat.

Der Untersuchungsausschuß hat beschlossen, zur Durchführung seiner Aufgabe Sie um Übersendung einer Liste aller im Dienst des Auswärtigen Amtes stehenden Personen des höheren, gehobenen und mittleren Dienstes zu ersuchen, und zwar mit folgenden Angaben:

1. Vor- und Zuname,
2. Geburtstag und -ort,
3. derzeitige Beschäftigung,
4. Eintritt in das jetzige Auswärtige Amt,
5. letzte Beschäftigung vor dem 8. 5. 45,
6. Mitgliedschaft bei der NSDAP oder deren Gliederungen,
7. Mitteilung, welche Angaben der Betreffende zu Punkt 6 in seiner Bewerbung gemacht hat und ob und welche Feststellungen an Hand des Document Center gemacht sind und welche Angaben der Betroffene zur Aufklärung etwa hierbei festgestellter Widersprüche gemacht hat.

Der Ausschuß hat ferner einstimmig beschlossen, die Personalakten der in der Anlage dieses Schreibens aufgeführten Personen, die in den Artikeln der „Frankfurter Rundschau" genannt waren, sicherzustellen in der Form, daß diese Akten zu Händen des Vorsitzenden dieses Ausschusses übergeben werden.

Der Ausschuß wird sich mit Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten a. D. Dr. Schetter in Verbindung setzen, damit durch die Führung der Untersuchung von beiden Seiten keine Verzögerungen entstehen.

Wir bitten zu veranlassen, daß bis zum 22. 11. 1951, vormittags, sowohl diese Akten wie die vorher genannte Liste ausgehändigt werden.

Der Ausschuß hat ferner einstimmig der Auffassung Ausdruck gegeben, daß jede neue Etatisierung der in der Anlage genannten Personen bis zum Abschluß seiner Untersuchungen unterbleiben soll. Dabei bleibt vorbehalten, weitere Personen im Laufe der Untersuchung zu benennen.

Es darf der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß Ihrerseits danach verfahren wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

(gez.) Dr. Becker"

Weiter hat der Ausschuß am 23. November 1951 in Anwesenheit des Herrn Staatsekretärs des Auswärtigen Amtes Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten a. D. Dr. Schetter über die bisherigen Maßnahmen zur Klärung der gegen den Auswärtigen Dienst erhobenen Vorwürfe gehört. Da der Leiter der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Dittmann, in das Verfahren einbezogen werden sollte, wurden die Herren Dr. Wilde und Dr. Schwarz als Vertreter des Auswärtigen Amtes zu den Sitzungen zugelassen.

Endlich wurde beschlossen, grundsätzlich nicht öffentlich zu tagen. Nur die Vernehmung des Journalisten Michael Heinze-Mansfeld sollte öffentdurchgeführt werden.

Der Untersuchungsausschuß hielt es für praktisch, seiner Tätigkeit die von Herrn Heinze-Mansfeld in der **„Frankfurter Rundschau“** am 1., 3., 4., 5. und 6. September 1951 veröffentlichten Artikel, die insgesamt die Überschrift tragen: „'Ihr naht euch wieder . . . ' Einblicke in die Personalpolitik des Bonner Auswärtigen Amtes“, zugrunde zu legen. Diese Artikel sind im Dokumententeil dieses Berichtes (Anlage 2) unter Nr. I enthalten.

Das Auswärtige Amt hat die in dem vorstehenden Schreiben vom 16. November 1951 erbetenen Akten dem Ausschuß übergeben. In der **Vernehmung** von Herrn **Heinze-Mansfeld,** die am 18. Dezember 1951 in öffentlicher Sitzung erfolgte, wurden dem Ausschuß diejenigen Protokolle und Dokumente des sogenannten **Wilhelmstraßen-Prozesses** bezeichnet, auf denen die Darstellung der in der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichten Artikel beruht. Die Bände sind aus dem Archiv des Institutes für Zeitgeschichte in München beschafft worden. Vollständig war das allerdings nicht möglich, da in mehreren Fällen bestimmte Dokumenten-Nummern nicht aufgefunden werden konnten.

Am 10. Januar 1952 hat der Bericherstatter einen 36 Seiten umfassenden Vorbericht erstattet, der sich ausschließlich auf die **Personalakten** des Ribbentropschen Auswärtigen Amts und des neuen Auswärtigen Amts stützte. Angesichts des Zustandes dieser Akten konnte jener Bericht jedoch von vornherein nicht als erschöpfend betrachtet werden. Die Personalakten des alten Auswärtigen Amts sind im Jahre 1943 durch einen Bombenangriff vernichtet worden. Sie konnten nur zum Teil rekonstruiert werden, weshalb die benutzten Akten eines echten urkundlichen Wertes entbehren. Aber auch die Personalakten des neuen Auswärtigen Amts sind in einigen Fällen — z. B. Dr. v. Etzdorf und Dr. Schwarzmann — nur bedingt beweiskräftig. Die neuen Personalakten Dr. v. Etzdorfs können noch nicht einmal eine Loseblattsammlung genannt werden. Sie bestehen aus einem Hefter, aus dem nach Belieben jedes Stück entfernt werden könnte. Außerdem fehlt den Personalakten das Inhaltsverzeichnis. Die Personalakten Dr. Schwarzmann sind in einem ähnlichen Zustande; die Aktenblätter sind nicht numeriert. In anderen Fällen sind die Personalakten des neuen Auswärtigen Amts in tadelloser Ordnung. Der Zustand der Akten läßt im allgemeinen nicht den Eindruck aufkommen, daß im Auswärtigen Amt eine zentrale Stelle vorhanden ist, die die Vorschriften der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Fachministerien kennt oder die diese Vorschriften durchführt. Der Ausschuß hält es für seine Pflicht, vorab auf diesen Zustand aufmerksam zu machen und Abhilfe zu fordern.

Für alle Vernehmungen sind sodann aus den Nürnberger Prozeßmaterialien (in der Folge kurz **„Nürnberger Dokumente“** genannt) diejenigen Stücke gruppiert worden, die sich auf eine einzelne Person des jetzigen Auswärtigen Dienstes beziehen. Nicht der Sachzusammenhang des Nürnberger Prozesses und auch nicht das Vorbringen jener Personen bei den Vernehmungen durch die Gerichtskommission oder bei Spruchkammerverhandlungen war für die Verwendung der Nürnberger Dokumente durch den Ausschuß maßgebend, sondern lediglich das Interesse, das durch Ziffer 1 des Bundestagsbeschlusses vom 24. Oktober 1951 umschrieben worden ist.

Schließlich hat es der Untersuchungsausschuß für richtig gehalten, zur Ermittlung der Sachverhalte einige **Literatur** herauszuziehen. „Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß“, herausgegeben von Dr. Kempner und Dr. Haensel unter Mitwirkung von Rechtsanwalt Tuerck, Schwäbisch Gmünd 1950, hat allen Mitgliedern des Ausschusses vorgelegen. Die Bücher von Dr. Erich Kordt, „Wahn und Wirklichkeit“, Stuttgart 1948, und „Nicht aus den Akten“, Stuttgart 1950, sind beim Vortrage des Berichterstatters teilweise verwendet worden. Auszüge aus dem Buch „Die deutsche Opposition gegen Hitler“, von Hans Rothfels, Krefeld 1949, sind verlesen worden. Die Kenntnis der Bücher „Verschwörung in Deutschland“ von Allen W. Dulles, Kassel 1949, „Vom anderen Deutschland“ von Ulrich von Hassel, Zürich 1946, „Nürnberger Tagebuchnotizen“ des Frhr. v. d. Lippe, Frankfurt a. M. 1951, und „Erinnerungen“ von Ernst v. Weizsäcker, München 1950, ist, wie bereits im Bericht Dr. Schetters vom 24. November 1951 geschehen, vom Ausschuß vorausgesetzt worden. Auf diese Literatur wurde jedoch kein entscheidender Wert gelegt; sie wurde nur zur Ergänzung der Beweisaufnahme herangezogen.

Auskünfte des **Document Center** hat der Ausschuß nicht eingeholt.

Im Verlaufe seiner Verhandlungen über den Rademacher-Prozeß, die einen Teil des Komplexes v. Bargen bildeten, erhielt der Ausschuß Kenntnis davon, daß außer den alten Personalakten noch sogenannte **Geldakten** des Ribbentropschen Auswärtigen Amts vorhanden sind. Diese Geldakten sind nicht beigezogen worden, weil anzunehmen war, daß sich darin für die vom Ausschuß verhandelten Fälle wirklich interessante Einzelheiten nicht befinden.

Die einzelnen **Untersuchungshandlungen** sind in sinngemäßer **Anwendung der Strafprozeßordnung** durchgeführt worden. Das gilt insbesondere für die Vernehmungen. Alle Zeugen wurden vor der Vernehmung auf die Bedeutung des Eides hingewiesen. Der Ausschuß hat in allen Fällen und aus verschiedenen Gründen davon abgesehen, die Zeugen zu vereidigen. Nach Abschluß der Beweisaufnahme hat der Ausschuß ein Votum abgegeben, das den Vertretern des Auswärtigen Amts unmittelbar nach der Beschlußfassung mündlich mitgeteilt wurde. Eine Zusammenstellung der Voten in der Form zweier Schreiben an den Herrn Bundesaußenminister findet sich als Anlage 1 am Schluß dieses Berichtes.

Alle Beschlüsse des Ausschusses sind in der jeweiligen Besetzung einstimmig gefaßt worden.

II. Die einzelnen Fälle

Vorbemerkung: Um dem Plenum des Deutschen Bundestages eine völlig freie Urteilsfindung zu ermöglichen, werden die vom Ausschuß untersuchten einzelnen Fälle in alphabetischer Ordnung dargestellt.

1. Werner v. Bargen

Geboren am 14. Februar 1898 in Wischhafen, Kr. Stade/Niederelbe, evangelisch-lutherisch, verheiratet, drei Kinder. — Abitur in Schulpforta, Referendarexamen im ganzen gut, Gerichtsassessorexamen befriedigend, Dr. jur. cum laude.

Laufbahn: 1925/26 Attaché Konsulat Thorn, 1926/28 Auswärtiges Amt (Rechtsabteilung), 1928/32 Gesandtschaft Riga, 1932/34 AA (Rechtsabteilung), 1934/36 persönlicher Referent von Staatssekretär v. Bülow, 1937/40 Botschaft Brüssel, 1940/43 Vertreter des AA beim Militärbefehlshaber in Belgien, 1943/44 AA (Leiter des Referats Westeuropa in der Politischen Abteilung), 1944 Geschäftsträger in Paris, 1945 Wehrmacht (Hauptmann). Bis September 1946 in amerikanischer Internierung, danach Verwaltungsrechtsrat in Niedersachsen, 2. April 1951 Berufung in das Auswärtige Amt.

1928 Legationssekretär, 1935 Legationsrat, 1938 Botschaftsrat, 1941 Gesandter, VLR z. Wv.

Pg. vom 1. Mai 1933, Mitglieds-Nr. 2 579 492. Entlastet und in Gruppe V eingereiht durch den Entnazifizierungshauptausschuß in Stade am 7. Oktober 1947.

Ergebnis der Ermittlungen von Dr. Schetter:

Artikel der „Frankfurter Rundschau“	Dienstliche Äußerung (Ausführliche schriftliche Stellungnahme in der Anlage)	Würdigung
1. v. B. war Pg., Botschaftsrat, hatte Gesandtenrang, war Vertreter des Auswärtigen Amts beim Militärbefehlshaber in Brüssel.	Angaben treffen zu.	Keine unrichtige Angabe der FR.
2. 1933/34 war v. B. Frankreich-Referent im Auswärtigen Amt.	Trifft nicht zu.	Angabe der FR ist unrichtig.
3. v. B. hat energisch bestritten, daß das Auswärtige Amt mit Deportationen etwas zu tun gehabt habe. Er ist auch nach Vorlage seiner eigenen Berichte bei dieser Meinung verblieben.	v. B. hat tatsächlich bestritten, daß das AA mit Deportationen etwas zu tun gehabt habe. Es ist jedoch nicht richtig, daß durch seine eigenen Berichte das Gegenteil bewiesen worden ist.	Behauptung der FR entstellt den wahren Sachverhalt.
4. v. B. scheint den Begriff „Beihilfe zum Mord“ nicht zu kennen.	Ist keine Tatsache, sondern nur Meinungsäußerung der FR, die für v. Bargen nicht wichtig ist.	Keine Tatsachenfeststellung.
5. Zugehörigkeit zur Widerstandsbewegung kann v.B. zunächst nicht mit ja oder nein beantworten und muß sie schließlich verneinen.	Angabe der FR ist richtig. Frage der Beteiligung am Widerstand könnte dargetan werden.	Keine unrichtige Angabe der FR.
6. Behauptung v. B.s, er habe gegen Deportation und Geiselerschießungen protestiert, konnte nicht durch Dokumente in einem Verhör bewiesen werden. Befragt, sagte v. B.: „Ich weiß nicht, ob meine Berichte vollständig vorhanden sind“. Weitere Frage: „Gibt es Berichte, in denen Sie nicht dagegen protestiert haben?!“ Antwort v. B.: „Daran kann ich mich nicht erinnern“.	Ein Protest ist tatsächlich erfolgt. Dokumente standen und stehen mir nicht zur Verfügung.	Die Angaben der FR können nicht als direkt falsch bezeichnet werden.

Dr. v. Bargen ist in der 16. Sitzung des Untersuchungsausschusses am 19. März 1952 vernommen worden. Außerdem hat der Ausschuß die Bandaufnahme seiner Zeugenaussage im Rademacher-Prozeß gehört.

Dr. v. Bargen wird beschuldigt, von der **Deportation belgischer Juden** gewußt und nichts dagegen unternommen zu haben. Um die Schwere der Beschuldigung deutlich zu machen, sei noch einmal hervorgehoben, daß Dr. v. Bargen von 1937 bis 1940 als Gesandtschaftsrat (ab 1938 als Botschaftsrat) bei der Deutschen Botschaft in Brüssel tätig gewesen ist; der Krieg gegen Belgien unterbrach seine Tätigkeit nur für kurze Zeit, von 1940 bis 1943 war er der Vertreter des AA beim Militärbefehlshaber in Belgien. Bei seiner Vernehmung durch Dr. Schetter hat Dr. v. Bargen am 5. Oktober 1951 mit Bezug auf die Deportationen der Juden aus Belgien wörtlich folgendes gesagt: „Weder die Gesandtenstelle in Brüssel noch ich hatten mit den Deportationen etwas zu tun". Verantwortlich gewesen sei die Gestapoleitstelle in Brüssel; er habe nur von Dritten über die Maßnahmen dieser Dienststelle etwas gehört (Sonderakten Nr. 3 zu I Org 100—14, Vernehmungsniederschrift S. 2 u. 3). Diese Angabe steht in Widerspruch zu der Aussage, die Dr. v. Bargen am 17. Juli 1948 vor der Kommission I des Militärgerichtshofes Nr. IV, Fall XI, Dokumente S. 16 490 ff., gemacht hat, wo er zugegeben hat, als Vertreter des AA beim Militärbefehlshaber an einzelnen Deportationshandlungen mitgewirkt zu haben. Außerdem sind dem Zeugen Dr. v. Bargen in der Verhandlung des Untersuchungsausschusses eine Anzahl von Dokumenten vorgelegt worden, die sich auf die Zeit zwischen Juli und Dezember 1942 beziehen; durch sie wird im einzelnen das Ausmaß des Anteils, den Dr. v. Bargen an den Deportationen der Juden gehabt hat, bewiesen. Dr. v. Bargen hat dabei sogar das AA darauf aufmerksam gemacht, daß die vorhandenen Polizeikräfte nicht ausreichten, was nach Auffassung des Ausschusses auf eine Anforderung von Polizeieinheiten zur Durchführung der Deportationen hinausläuft. Erst der Vorhalt der Dokumente hat Dr. v. Bargen dazu bringen können, mit vielen Vorbehalten die Behauptung, er könne sich nicht erinnern usw., durch eine ungefähr wahrheitsgemäße Aussage über die Rolle, die er bei den belgischen Judendeportationen gespielt hat, zu ersetzen. Die Dokumente sind in Anlage 2, Nrn. II bis IV, wiedergegeben.

Weiter wird Dr. v. Bargen beschuldigt, **Geiselerschießungen in Frankreich** nicht verhindert zu haben. Dr. v. Bargen war von 1943 bis 1944 Leiter des Referates Westeuropa in der Politischen Abteilung des AA und 1944 Geschäftsträger in Paris. Dr. v. Bargen stellte auch in Abrede, mit Geiselerschießungen etwas zu tun gehabt zu haben. In der Verhandlung des Untersuchungsausschusses hat er jedoch ein von ihm unterzeichnetes Telegramm vom 6. April 1944 zugegeben, in dem von Geiselerschießungen die Rede ist. Außerdem hat er zugegeben, bei Laval vorstellig geworden zu sein, um für den Fall, daß ein französischer Legionär (Hauptmann Christophini), der in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten war, erschossen werden sollte, Repressalien zu verlangen.

Dr. v. Bargen hat mitgeteilt, einmal mit General Stülpnagel in Paris für den Fall des Gelingens des Attentats auf Hitler abgesprochen zu haben, als Parlamentär verwendet zu werden, und weitere Angaben über seine **Verbindung zu Widerstandskreisen** gemacht.

Schließlich hat der Ausschuß einen **Brief Dr. v. Bargens** aus Gerardmer vom 16. August 1944 an den Gesandten v. Bergmann zur Kenntnis genommen. In diesem Brief teilt Dr. v. Bargen mit, daß Paris „allmählich" von den deutschen Dienststellen geräumt werden soll. Da Paris bereits am 23. August 1944 von den Alliierten eingenommen wurde, erschien dem Ausschuß dieses Schreiben des Gesandten Dr. v. Bargen in bezug auf seine **Urteilsfähigkeit in politischen Dingen** besonders bedeutungsvoll. Das gleiche gilt für seine Aussage, daß er nie etwas von der Existenz der Konzentrationslager Auschwitz und Natzweiler gehört habe.

Votum

Der Ausschuß hält Dr. v. Bargen in jeder Beziehung für nicht geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst. Gegen eine Verwendung in einer anderen Bundesbehörde bestehen keine Bedenken.

Gründe:

Seine Behauptungen,

a) daß sein Bericht nicht kausal für die Deportierung der Juden gewesen sei, weil diese schon anderweitig beschlossen worden sei,

b) daß er an der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 teilgenommen habe,

werden als richtig unterstellt. Gleichwohl ist der Ausschuß einstimmig der Auffassung, daß allein schon die Tatsache des Vorhandenseins der von Dr. v. Bargen verfaßten und unterzeichneten Aktenstücke ihn für die Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst untragbar erscheinen läßt.

Der Ausschuß vertritt den Standpunkt, daß es nicht seine Sache, sondern Sache der vorgesetzten Behörde Dr. v. Bargens ist, zu prüfen, ob und wieweit er in bezug auf Art und Inhalt seiner Aussagen straf- oder disziplinarrechtlich zur Verantwortung gezogen werden soll.

2. Herbert Blankenhorn

Geboren am 15. Dezember 1904 in Mühlhausen/Elsaß, evangelisch, verheiratet, zwei Kinder.

Laufbahn: März 1928 badischer Gerichtsreferendar, Juni 1929 Attaché im AA, August 1932 Gesandtschaft Athen, Dezember 1935 Botschaft Washington, September 1939 Gesandtschaft Helsinki, Dezember 1939 kurze Tätigkeit im AA, Mai

1940 bis 1943 Gesandtschaft Bern, 1943/45 AA (Protokoll). 6 Monate automatischer Arrest, März 1946 bis April 1948 stellvertretender Generalsekretär des Zonenbeirates für die britische Zone, dann Generalsekretär der CDU für die britische Zone in Köln und persönlicher Referent des Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Dr. Adenauer, seit 21. September 1949 persönlicher Referent des Bundeskanzlers, 1950 Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, seit 1951 Leiter der politischen Abteilung des AA.

Juni 1936 Legationssekretär, 16. Mai 1940 Gesandtschaftsrat, 28. September 1943 Legationsrat I. Kl., 1950 Ministerialdirektor.

Mitglied der NSDAP seit dem 1. Dezember 1938; Mitglieds-Nr. 6 977 147. Ein erster Antrag ist im Jahre 1934 wegen eines Zusammenstoßes mit dem mecklenburgischen Gauleiter Hildebrandt, bei dem Blankenhorn die Stellung der NSDAP zur Judenfrage grundsätzlich abgelehnt hatte, zurückgewiesen worden. Blankenhorn hat den Aufnahmeantrag 1937 auf Vorschlag des Vertreters der Parteiinteressen in Washington, SS-Standartenführer Scholz, erneuert. Durch Bescheid des Entnazifizierungsausschusses Hamburg in Gruppe V eingereiht.

Blankenhorn hat an einer **Reise von Beamten** des AA, die im September **1941 an die Ostfront** stattfand, teilgenommen. Er war in Witebsk, Smolensk und im Warschauer Ghetto. Der Ausschuß hat zwei Fotografien dieser Reisegesellschaft gesehen; eine zeigt sie auf freiem Felde vor einem D-Zug, die andere vor einer griechisch-orthodoxen Kirche in der Nähe von Witebsk. Auf beiden Bildern ist der Zeuge in Zivil erkennbar. Nach der Aussage von Blankenhorn sollte diese Besichtigungsfahrt den in Auslandsmissionen tätigen deutschen Beamten Gelegenheit geben, auf Grund ihrer an der Front gewonnenen Eindrücke die Militärpolitik des Dritten Reiches zu vertreten. Der Zeuge gibt an, daß bei einigen Reiseteilnehmern das Gegenteil erreicht wurde, da das Gesehene sie erschüttert hat.

Dr. Schetter faßt Beschuldigung, Äußerung und Würdigung in bezug auf Blankenhorn wie folgt zusammen:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. B. sei SCer und Pg. gewesen.	Während des Studiums weder dem SC noch irgendeiner studentischen Verbindung angehört.	Angabe der FR ist unrichtig.
2. B. sei der erste ex-Pg.-Ministerialdirektor der Bundesregierung 1950 und habe sich dessen gerühmt.	B. hat sich dessen nie gerühmt. Angabe der FR sei eine böswillige, jeder Tatsache entbehrende Unterstellung.	Angabe der FR ist unrichtig.

Blankenhorn ist in der 31. Sitzung des Untersuchungsausschusses am 5. Mai 1952 nachmittags vernommen worden. Der Ausschuß hat dabei keinen Wert auf die persönliche Seite gelegt, sondern die Rolle untersucht, die Blankenhorn in den verschiedenen Phasen der **Personalpolitik der Bundesregierung** gespielt hat. Aus der Vernehmung Blankenhorns, weiteren Zeugenvernehmungen (Hummelsheim, Dr. Haas, Dr. Melcher, Dr. Schwarz u. a.) und aus den Personalakten Dr. von Marchtaler, Dr. Trützschler v. Falkenstein, Dr. v. Bargen, v. Kamphoevener und v. Kessel ergibt sich folgendes:

a) Mindestens seit März 1949 haben in Abteilung V des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes die Herren v. Maltzahn, Holzhausen und v. Fries eine anscheinend nicht autorisierte eigene Tätigkeit in bezug auf den **Aufbau des Auswärtigen Dienstes** entwickelt. Zu diesem Zwecke korrespondierten sie mit Bewerbern, stellten einen Organisationsplan sowohl für ein Auswärtiges Amt wie für Missionen im Auslande auf und merkten auch für die Besetzung einzelner Stellen die Namen bestimmter Personen vor.

b) Am 20. Juni 1949 wurde Landrat Walter Hummelsheim vom Oberdirektor des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Dr. Pünder, beauftragt, die personalpolitischen Vorbereitungen für die **Besetzung der ECA-Vertretungen in Paris und Washington** zu treffen. Als Grundsatz galt dabei, daß frühere NS-Funktionäre und Mitglieder der NSDAP mit einem bestimmten Eintrittstermin als Bewerber nicht in Frage kamen. Hummelsheim hinterließ nach der Erledigung seines Auftrages, d. h. nachdem die genannten ECA-Vertretungen geschaffen worden waren, 140 entscheidungsreife Bewerbungen, die durch einen seiner Mitarbeiter, Freiherrn v. Buddenbrock, im Februar oder März 1950 dem **Organisationsbüro für die konsularisch-wirtschaftlichen Vertretungen,** das innerhalb des Bundeskanzleramtes eingerichtet worden war, übergeben wurden. Außerdem hatten die Herren Ministerialdirektor Dr. Krautwig und Dr. Martini von der Dienststelle des Oberdirektors auf Veranlassung von Dr. Pünder einen **Organisationsplan für ein Auswärtiges Amt** ausgearbeitet, der von Dr. Krautwig dem Organisationsbüro zugeleitet worden ist.

c) Nach der Errichtung der Bundesregierung wurde unter der Leitung des jetzigen Botschafters in Brüssel und damaligen bayerischen Staatsministers Dr. Anton Pfeiffer ein **Arbeitsstab** gebildet, der die Aufgabe hatte, eine **Denkschrift für**

den Auswärtigen Dienst auszuarbeiten. Zu diesem Arbeitsstab gehörten auch die Herren Dr. Dittmann, Dr. Schwarzmann, Holzhausen und Dr. Haas. Diese Denkschrift enthielt u. a. schematische Darstellungen; Personen waren in ihr nach der Erinnerung von Blankenhorn nicht genannt. Die Tätigkeit dieses Arbeitsstabes endete, nachdem entschieden worden war, vorläufig ein Auswärtiges Amt nicht zu bilden.

d) Blankenhorn war in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der CDU für die britische Zone auch Geschäftsführer des außenpolitischen Ausschusses dieser Partei. Beamte der **britischen Militärregierung** hatten die Anregung gegeben, eine **Verbindungsstelle** zwischen der **künftigen deutschen Bundesregierung** und der Militärregierung zu schaffen und sich Gedanken über die Zusammensetzung einer solchen Verbindungsstelle zu machen. So hat Blankenhorn mit früheren Kollegen aus dem Auswärtigen Dienst korrespondiert und diesen eine Übernahme in Aussicht gestellt.

e) Im September 1950 hat dann Dr. Melchers einen größeren Plan für die Errichtung und Besetzung von **Auslandsmissionen** vorgelegt, der auch die Besetzung der einzelnen Referate in den Auslandsmissionen einschloß. Als Ganzes ist dieser Plan nicht zur Durchführung gekommen.

f) Über das **Ernennungsverfahren im Bundeskanzleramt bzw. im AA** hat der Ausschuß nach Befragung des Zeugen erfahren, daß diese Dienststellen neben dem eigentlichen Vorschlag ein Formular benutzen, das im Dritten Reich üblich war; nur die Spalten über die Zugehörigkeit zur NSDAP usw. sind weggelassen worden. Im Einverständnis mit dem Zeugen wurde festgestellt, daß dieses Formular als unvollständig betrachtet werden muß, da es über die politische Zuverlässigkeit des Bewerbers keine Angaben enthält. Nur bei der Ernennung von Missionschefs werden Ausführungen über den politischen Werdegang der Kandidaten beigefügt.

g) Bis zur Ernennung eines Staatssekretärs für das AA war Blankenhorn insofern an den Ernennungen beteiligt, als die Vorschläge durch ihn dem Herrn Bundeskanzler zur Entscheidung vorgelegt wurden. Nach mündlich erteilten Richtlinien des Herrn Bundeskanzlers ist dabei die Entnazifizierung mit besonderem Ernst geprüft worden. Herr Dr. Adenauer war der Auffassung, daß bei der Entnazifizierung der höheren Beamten nicht immer mit der nötigen Strenge vorgegangen worden sei. Wenn ihm eine Ernennung nicht durchsetzbar erschien, hat Blankenhorn gegenüber Dr. Haas vorher abgewinkt.

Votum:

Der Ausschuß hält Blankenhorn für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.

Gründe:

Blankenhorns Mitgliedschaft in der NSDAP war rein formal und besitzt gegenüber der in den Vernehmungen anderer Zeugen, insbesondere von Dr. Melchers, festgestellten Tatsache, daß Blankenhorn zu den treibenden Kräften in der Widerstandsgruppe des 20. Juli 1944 gehörte, kein Gewicht. Übrigens war er nicht Mitglied eines SC.

Bei Würdigung der Umstände, unter denen Blankenhorn am 21. September 1949 seine Tätigkeit in der Bundesregierung begonnen hat, ist rechtlich gegen die Führung seiner Dienstgeschäfte in Personalsachen nichts einzuwenden.

3. Herbert Dittmann

Geboren am 3. Januar 1904 in Langenberg, Kr. Wiedenbrück/Westf., katholisch, verheiratet, keine Kinder. — Referendar- und Assessorprüfung befriedigend, Doktorprüfung rite.

Laufbahn: 1929/32 Attaché im AA. 1933/36 Botschaft Moskau, 1936/1938 Vizekonsul in Jerusalem, 1939/40 AA (Tätigkeit in der Rechts- und Personalabteilung), 1940/41 Gesandtschaft Teheran, 1941/43 AA (1941 Personalabteilung, dann bis 1943 Arbeitsgruppe Graf v. d. Schulenburg und Aushilfe in der Personalabteilung), 1943/44 Generalkonsul in Izmir. 1946/48 beauftragter Richter beim Landgericht Dortmund, Juli 1948 Oberlandesgerichtsrat beim OLG Hamm, 1. Oktober 1949 Bundeskanzleramt (Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission), 1951 AA.

1932 Legationssekretär, 1939 Legationsrat, 1940 Gesandschaftsrat, 1941 Legationsrat I. Kl., 1943 Generalkonsul, 10. Oktober 1950 Vortragender Legationsrat. Durch Ernennungsvorschlag vom 19. Juli 1951 für die Beförderung zum Ministerialdirigenten vorgesehen und mit der Leitung der Personalabteilung des AA beauftragt.

Mitglied der NSDAP seit dem 1. Dezember 1937, Mitglieds-Nr. 4 789 472. Durch Bescheid der Denazifizierungskammer Wiedenbrück vom 27. Juni 1947 unter den Bestimmungen der Britischen Militärregierungsverordnung Nr. 79 entlastet (Gruppe V).

In der Vernehmung, die Dr. Schetter am 3. Oktober 1951 vorgenommen hat, ist die Behauptung der Artikel der „Frankfurter Rundschau“, Dr. Dittmann sei der einzige Pg., der in einer Bundesbehörde die **Stellung eines Personalchefs** erreicht habe, von Dr. Dittmann selbst als zutreffend bezeichnet worden. Er machte jedoch geltend, daß er ein Gegner des Nationalsozialismus und nur formell Mitglied der NSDAP gewesen sei. Sodann legte Dr. Dittmann Wert auf die Feststellung, an den Nürnberger Prozessen in keiner Weise beteiligt gewesen zu sein. Die Angabe der „Frankfurter Rundschau“, daß Dr. Dittmann SCer gewesen sei, trifft zu.

Die Tatsache, daß Dr. Dittmann während des Dritten Reiches, und zwar im Verlaufe des Krieges zweimal, in der Personalabteilung des Ribbentrop-AA tätig gewesen ist und jetzt wieder als Chef der Personalabteilung des neuen AA verwendet werden sollte, hat den Untersuchungsausschuß zu einer besonders eingehenden Nachprüfung

veranlaßt. Während seiner Untersuchungen im Falle Dr. Dittmann fand der Prozeß gegen den ehemaligen Legationsrat Rademacher statt, der zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. An diesem Prozeß nahm ein Vertreter des AA, Dr. v. Keller, als Beobachter teil. Dr. Dittmann ist darüber in der 10. Sitzung am 21. Februar und in der 13. Sitzung am 11. März 1952 eingehend vernommen worden. Über diesen Komplex erstattet der Vorsitzende des Ausschusses folgenden Sonderbericht:

I. Dr. Dittmann ist Chef der Personalabteilung des AA. Er war unter Ribbentrop in der Personalabteilung des damaligen AA tätig. Er war Pg., ist aber entlastet.

Wenn auch formal-juristisch gesehen die Pg.-Eigenschaft Dr. Dittmanns, da er entlastet ist, nicht mehr ins Gewicht fällt, so ist es doch nicht angängig, daß er heute Chef der Personalabteilung des AA ist, nachdem er bereits unter Ribbentrop in der Personalabteilung des damaligen AA tätig war. Er verweist zwar (vergl. 13. Sitzung, Seite 18 des stenographischen Protokolls) darauf, daß die NSDAP zweimal gegen seine Verwendung in der Personalabteilung des damaligen AA Bedenken erhoben habe und daß er zweimal die Personalabteilung habe verlassen müssen. Da aber dem Ausschuß bekannt ist, daß grundsätzlich in keinem Ministerium zum Chef der Personalabteilung eine Persönlichkeit ernannt ist, die in der Zeit von 1933 bis 1945 in einer Personalabteilung der damaligen Reichsministerien tätig war, so erachtet der Ausschuß es für richtig, daß Dr. Dittmann nicht als Chef der Personalabteilung verbleibt.

II. Der Unterausschuß des Ausschusses Nr. 7 (für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten), der zur Prüfung der Personalangelegenheiten im AA eingesetzt war, hatte empfohlen, Herrn **Hecker** nicht wieder einzustellen. Es ist festgestellt worden, daß Dr. Hecker gleichwohl wieder eingestellt worden ist. Dr. Dittmann hat bei seiner Vernehmung vor dem Ausschuß erklärt, daß er erst vor kurzem von der Empfehlung der Nichteinstellung Kenntnis erhalten habe und daß die Einstellung des Dr. Hecker schon in die Wege geleitet gewesen sei, als er Chef der Personalabteilung geworden sei. Diese Angaben sind nicht zu widerlegen. Es kann also keine Feststellung getroffen werden, daß Dr. Dittmann persönlich eine Schuld daran trifft, daß entgegen der Empfehlung des Unterausschusses gehandelt worden ist. Es bleibt aber festzustellen, daß diejenigen Herren des AA, welche als dessen Vertreter den Verhandlungen des Unterausschusses gefolgt sind, es nicht für nötig gehalten haben, in einem Bericht diese Tatsachen festzuhalten, die entsprechenden Notizen daraus der Personalabteilung für die Generalakten zu überweisen und eine entsprechende Notiz den Spezialakten des Dr. Hecker beizufügen. Der Ausschuß stellt ausdrücklich fest, daß die hier gerügte Handlungsweise nicht nur einen formalen Mangel in der geschäftsmäßigen Behandlung, sondern eine Mißachtung des Beschlusses eines parlamentarischen Ausschusses darstellt.

III. Die bisherige Beweisaufnahme hat ergeben, daß bei der Einstellung des Herrn **Damerau** Dr. Dittmann dessen Entnazifizierungsakten lediglich in der Privatwohnung von Damerau eingesehen hat. Sie befinden sich nicht bei den Personalakten des Herrn Damerau. Der Ausschuß ist der Meinung, daß — selbst wenn man hieraus nicht den Schluß einer Begünstigung des Herrn Damerau ziehen will, wofür nicht genügend Unterlagen vorhanden sind — man doch die Bearbeitung einer Personalangelegenheit in dieser Form als ungewöhnlich und auffallend bezeichnen muß, und zwar um so mehr, als bei der Wiedereinstellung im AA die Entscheidung der Spruchkammer sowohl nach Tenor wie nach Begründung von Bedeutung erscheint.

IV. In der „Frankfurter Rundschau" vom 8. März 1952 heißt es in einem Artikel mit der Überschrift „Die immer oben schwimmen" von Karl Gerold wie folgt:

„. . . Dazu gehört zunächst einmal die Frage nach der Rolle, die der „Beobachter" vom Auswärtigen Amt, Rupprecht **v. Keller**, im **Rademacher-Prozeß** gespielt hat . . . . Er hat, wie nachgewiesen, in den ersten Tagen des Prozesses als alter AA-Mann sowohl mit dem Gerichtsvorsitzenden wie auch mit Staatsanwalt und Verteidiger gesprochen. W a s er mit dem Gerichtsvorsitzenden und dem Staatsanwalt besprochen hat, ist nicht bekannt. Der Verteidiger aber teilt mit, daß Dr. v. Keller auch ihm gegenüber die „Meinung" vertrat — selbstverständlich ohne auf den Verlauf des Prozesses Einfluß nehmen zu wollen —, er, v. Keller und das Auswärtige Amt, würden es als gut befinden, wenn der Prozeß keine „Ausweitung" erfahren würde! Und zwar: keine Ausweitung auf heute in Bonn tätige Beamte des Auswärtigen Amtes!! . . ."

A. In der 13. Sitzung des Unterausschusses vom **11.** März 1952 ist Dr. Dittmann sehr ausführlich darüber befragt worden, ob und mit welchem Auftrag er Dr. v. Keller nach Nürnberg als Beobachter geschickt habe, was Dr. v. Keller ihm daraufhin berichtet habe, insbesondere ob Dr. v. Keller die zuvor zitierte Besprechung mit dem Verteidiger gehabt habe, was er darüber berichtet habe und was das AA, also Dr. Dittmann, daraufhin veranlaßt habe. Dr. Dittmann hat (vgl. Seite 7 ff. des Protokolls der 13. Sitzung) dazu folgende Aussagen gemacht:

a) Dr. v. Keller habe die Weisung bekommen, dort zu beobachten und zu berich-

ten. Diese Weisung sei ihm mündlich erteilt worden; eine Aktennotiz sei nicht gefertigt.

b) Dr. v. Keller habe berichtet, daß er mit dem Vorsitzenden gesprochen habe, daß er auch mit dem Staatsanwalt und dem Verteidiger m a l gesprochen habe; was er gesprochen habe, wisse er, Dr. Dittmann, im einzelnen nicht.

c) Dr. v. Keller habe ihm eine Besprechung mit dem Verteidiger in der zuvor zitierten Form zugegeben. Er, Dr. Dittmann, habe auf diese Bemerkung keinen großen Wert gelegt, und er wisse daher nicht, was Dr. v. Keller dem Verteidiger bei dieser Besprechung gesagt habe.

Irgendwelche konkreten Angaben hat Dr. Dittmann — trotz eingehender Befragung — nicht gemacht. — Das war also am **11.** März 1952.

B. In der 14. Sitzung des Ausschusses, am 12. März 1952, ist dann der vorgenannte Dr. v. Keller vernommen worden. Aus seiner Darlegung (vergl. Seite 19 ff. der 14. Sitzung) ist folgendes festzustellen:

a) Er ist von dem Zeugen v. Welck, Bearbeiter der Personalien der höheren Beamten in der Personalabteilung des AA, beauftragt worden, als Beobachter nach Nürnberg zu gehen. Eine von Dr. Dittmann unterzeichnete schriftliche Erklärung ist ihm, als Ausweis gegenüber dem Gericht, mitgegeben worden (vergl. Seite 19 ff.).

b) Dr. v. Keller hat das, was nach seiner Meinung als Zweck seiner Entsendung anzusehen war, dahin formuliert (vergl. Seite 21): Es könnten sich Belastungen des AA ergeben

1. hinsichtlich solcher Herren, die sich bereits im Dienst befinden,
2. hinsichtlich solcher Herren, die sich bewerben und über die man im Rademacher-Prozeß mehr als aus ihren Bewerbungsschreiben erfährt.

Solchen Belastungen sei dann nachzugehen.

c) Der Verteidiger Rademachers, Rechtsanwalt Tipp, ist Dr. v. Keller aus dem Nürnberger OKW-Prozeß bekannt, in welchem beide als Verteidiger amtiert haben.

In einem Gespräch Dr. v. Kellers mit Herrn Tipp ist nach Dr. v. Kellers Darstellung (vergl. Seite 26) die **Frage der möglichen Ausweitung des Prozesses auf andere Personen,** die im AA beschäftigt sind oder beschäftigt waren, berührt worden. Tipp habe, so sagt Dr. v. Keller aus, gesagt, dieser Prozeß könne diesen oder jenen Seitenblick bringen mit diesem oder jenem Namen in einer Urkunde, sei es eine Mitzeichnung, Kenntnisnahme, ein „zugeleitet über" oder sonst irgendeine Annäherung an den Prozeßgegenstand; die Presse würde eine solche Sache mit großer Freude aufgreifen und dergleichen.

Dr. v. Keller hat bei seiner Rückkehr nach Bonn Dr. Dittmann in etwa gleicher Weise über dieses Gespräch berichtet.

C. Aus Seite 31 des Protokolls der Sitzung vom **12.** März 1952 und aus der erneuten Vernehmung Dr. v. Kellers am **27.** März 1952 ergibt sich, daß Dr. v. Keller durch Mitteilung des Verteidigers wußte, daß er, Tipp, vielleicht die Herren Blankenhorn und Seelos als Zeugen benennen müsse und daß der **Name Dr. Dittmann in den Gerichtsakten genannt** sei, auch die Photokopie eines von Dr. Dittmann mit „Kenntnis genommen" oder so ähnlich abgezeichneten Berichts, des sogenannten Ostberichts, bei den Gerichtsakten sei.

Am **27.** März 1952 hat Dr. v. Keller ausgesagt, daß er Dr. Dittmann in der zweiten Hälfte Februar 1952 hiervon Kenntnis gegeben und mit seinem Einverständnis eine weitere Kopie in Nürnberg bestellt habe. Diese sei kurz nach dem 1. März 1952 in Bonn bei ihm, Dr. v. Keller, eingetroffen und am 8. März 1952 anläßlich seiner Aussprache mit Dr. Dittmann über den an diesem Tage in der „Frankfurter Rundschau" erschienenen Artikel, diesem, Dr. Dittmann, ausgehändigt worden.

D. Hier sei nun aus der 13. Sitzung vom 11. März 1952, also am Tage vor der ersten Vernehmung des Dr. v. Keller, folgendes eingeschaltet. Als in jener Sitzung (11. März 1952) Dr. Dittmann vernommen worden war (vergl. IV A), hat er am Schluß dieser Sitzung mit einer Einleitung, so als wenn er auf eine ganz neue, mit diesen Dingen nicht in Zusammenhang stehende Sache zu sprechen kommen wollte, folgendes gesagt (vergl. Seite 19 ff. des Protokolls vom 11. März 1952):

„Dann habe ich noch eine zweite Sache, Herr Vorsitzender, die mir sehr am Herzen liegt. Mir ist das Gerücht zu Ohren gekommen, daß angeblich Herr Mansfeld noch weiteres Material das mich belasten soll, haben soll — als Gerücht —, und zwar hat sich das Gerücht dahin verdichtet, daß ein **Bericht über Einsatzgruppenkommandos im Osten** vorliegen soll, den ich abgezeichnet hätte. Ich habe mich sehr stark bemüht,

dieses Urkundenmaterial zu bekommen, und ich habe jetzt dieses Dokument aus dem Nürnberger Archiv in Photokopie hier vor mir liegen. Da ich mit der Möglichkeit rechne, daß diese Dinge vielleicht auch noch in der Presse veröffentlicht werden, möchte ich gern heute eine kurze Erklärung hierzu abgeben, damit die Dinge klargestellt werden.

Der Vorsitzende Abgeordneter Dr. Köhler, hat, erstaunt hierüber, erklärt, er höre zum erstenmal aus dem Munde des Zeugen, daß solche Behauptungen aufgegestellt würden. Dr. Dittmann hat dann Gelegenheit bekommen, sich zur Sache zu äußern, und hat auch die betreffenden Photokopien dem Ausschuß vorgelegt. Auf die Frage, ob dieses Dokument ein fertiger Bericht gewesen sei, den er nur nachträglich zur Kenntnisnahme vorgelegt bekommen habe, oder ob es sich um einen noch nicht endgültig fertiggestellten Bericht gehandelt habe, den er zu dem Zweck erhalten habe, um sich gegebenenfalls über die Zweckmäßigkeit des Berichtes und seine Ausgestaltung zu äußern, hat er eine völlig klare und eindeutige Aufklärung nicht gegeben.

E. Nach der ersten Vernehmung des Dr. v. Keller vom 12. März 1952 ist der Zeuge Dr. Dittmann nochmals, und zwar am 14. März 1952, in der 15. Sitzung des Ausschusses vernommen worden. Auf Vorhalt (vergl. Seiten 25 ff. des stenographischen Protokolls der 15. Sitzung) hat er wie folgt Stellung genommen. Er hat zugegeben, daß er Dr. v. Keller eine Bescheinigung ausgestellt habe, die dieser dem Vorsitzenden des Gerichts habe übergeben sollen. Diese Tatsache sei ihm bei der ersten Vernehmung entfallen gewesen. Dr. v. Keller sei während der Prozeßdauer zwischenzeitlich nach Bonn gekommen und habe ihm auch zwischenzeitlich mündlich berichtet. Im ersten Zwischenbericht habe ihm Dr. v. Keller mitgeteilt, daß die Herren Blankenhorn und Seelos mit in das Verfahren hineingezogen werden könnten. Sein, Dr. Dittmanns, Name sei bei der Gelegenheit „noch“ nicht genannt worden. Er, Dr. Dittmann, habe bei diesem ersten Zwischenbericht zu Dr. v. Keller sinngemäß gesagt: was denn das mit dieser Anklage (Rademacher) zu tun habe, wenn jemand in die besetzten Ostgebiete gefahren sei. Er habe Dr. v. Keller gebeten, Herrn Blankenhorn darüber zu unterrichten.

F. Die Aussage des Dr. v. Keller bei seiner zweiten Vernehmung vom 27. März 1952 ergibt ganz deutlich, daß

1. Dr. Dittmann in der zweiten Hälfte Februar durch Dr. v. Keller Kenntnis von dem Vorhandensein der Dr. Dittmann betreffenden Photokopie in den Gerichtsakten erhalten hat,
2. daß Dr. Dittmann die Anregung Dr. v. Kellers, für ihn, Dr. Dittmann, eine Kopie zu besorgen, angenommen hat,
3. daß Dr. v. Keller diese Kopie am 8. März 1952 ausgehändigt hat.

Dr. Dittmann mußte aber aus seiner Vernehmung vom 11. März 1952 wissen, daß es dem Ausschuß darauf ankam,

a) ob Herren im AA die Befürchtung hatten und haben mußten, in den Rademacher-Prozeß hineingezogen oder in ihm genannt zu werden;
b) ob mit Rücksicht hierauf die Einwirkung des Dr. v. Keller auf den Verteidiger erfolgt ist oder nicht.

G. Es kann dahingestellt bleiben, ob Dr. Dittmann im Zeitpunkt der Entsendung des Dr. v. Keller schon von der Tatsache des Vorhandenseins der ihn betreffenden Urkunde in den Akten der Nürnberger Gerichte Kenntnis gehabt hat. Jedenfalls steht fest:

a) Am 11. März 1952, bei seiner ersten Vernehmung, wußte er, daß sich diese Urkunde bei den Akten des Rademacher-Prozesses in Nürnberg befand; eine Photokopie hat er durch Dr. v. Keller im Nürnberger Archiv bestellt und am 8. März 1952 erhalten;
b) gleichwohl hat er bei seiner Vernehmung am 11. März 1952 diesen klaren Tatbestand übergangen durch Vorlage dieser Photokopie mit der Einleitung: „Dann habe ich noch eine zweite Sache ....“ und durch die wissentlich unwahre Behauptung, es gehe ein Gerücht, daß mit dieser photokopierten Urkunde gegen ihn vorgegangen werden solle, und hat einen ihm genau bekannten Tatbestand, — dessen genaue Bekanntgabe Dr. Dittmann, dem früheren Oberlandesgerichtsrat, bei seiner Vernehmung als notwendig klar war und vom Ausschuß erwartet werden konnte —, nach einstimmiger Auffassung des Ausschusses durch eine absichtlich verschleierte Darstellung vorenthalten.

Votum

Der Ausschuß ist der Auffassung, daß Dr. Dittmann nicht in der Personalabteilung, aber wegen seines Verhaltens vor dem Ausschuß hinsichtlich des Rademacher-Prozesses auch nicht im Auswärtigen Amt weiter beschäftigt werden soll. Gegen seine Verwendung in einer anderen Bundesverwaltung bestehen keine Bedenken.

Gründe:

Dr. Dittmann nimmt für sich selbst nicht in Anspruch, an irgendeiner Widerstandshandlung während des Dritten Reiches beteiligt gewesen zu sein. Er hat im Gegenteil zweimal während des zweiten Weltkrieges in der Personalabteilung des Ribbentrop-AA gearbeitet. Es muß höchst bedenklich erscheinen, daß ein solcher Mann als Chef der Personalabteilung des AA der Bundesrepublik tätig sein konnte. Das würde, abgesehen von der persönlichen Seite des Falles, unter objektiven Gesichtspunkten zu einer Schädigung des Ansehens der Bundesrepublik und des Auswärtigen Dienstes führen.

Auch in diesem Falle betrachtet es der Ausschuß nicht als seine Aufgabe, in eine straf- oder disziplinarrechtliche Würdigung des Verhaltens eines Beamten vor dem Untersuchungsausschuß einzutreten; das ist Sache der vorgesetzten Dienstbehörde. Das Verhalten von Dr. Dittmann in der 13. und 15. Sitzung läßt den begründeten Verdacht entstehen, daß er falsche uneidliche Aussagen gemacht hat und sich eine Verletzung der Dienstpflichten des Beamten in bezug auf ein achtungswürdiges Verhalten, insbesondere auch der dienstlichen Wahrheitspflicht zuschulden kommen ließ. Er erscheint deshalb für die Verwendung im Auswärtigen Dienst nicht geeignet.

---

4. Hasso v. Etzdorf

Geboren am 2. März 1900 in Elbing, evangelisch, verheiratet, keine Kinder. — Referendar- und Gerichtsassessorprüfung ausreichend, Dr. jur. rite.

Laufbahn: 1928/31 Attaché im AA, 1931/34 Botschaft Tokio, 1934/1936 Sekretär des Reichsaußenministers Frhr. v. Neurath, 1937/38 Botschaft Rom, 1938 Konsul in Palermo, 1938/39 AA, 1939/44 Vertreter des AA beim Oberkommando des Heeres, 1945 Generalkonsul in Genua 1. Oktober 1948 bis 30. Juni 1950 Deutsches Büro für Friedensfragen, 1. Juli 1950 Bundeskanzleramt (Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten), stellvertretender Leiter der Länderabteilung im AA.

1934 Legationssekretär, 1938 Legationsrat, 1939 Vortragender Legationsrat, als Vertreter des AA beim OKH zuletzt im Range eines Majors d. R., VLR z. Wv.

1919 Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, 1924/33 Mitglied des Stahlhelms.

1. Juni 1933 Mitglied der NSDAP; Mitglieds-Nr. 3 286 356. Seit dem 30. Juni 1938 Sturmbannführer, später Obersturmbannführer der SA (Angleichungsrang entsprechend seiner Beamtenstellung). Durch Spruch der Spruchkammer Kaufbeuren vom 28. Mai 1948 entlastet.

Ergebnis der Ermittlungen von Dr. Schetter:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. v. E. war Pg.	Wird nicht bestritten.	Keine unrichtige Angabe der FR.
2. v. E. sei SA-Standartenführer gewesen und am 30. Januar 1933 in die SA eingetreten.	Nicht SA-Standartenführer gewesen, nicht am 30. Januar 1933 eingetreten. Richtig, daß er seit 1938 einen Angleichungsrang, zuletzt als Obersturmbannführer, besaß.	Die Behauptung der FR könnte als eine Halbwahrheit angesehen werden und ist zumindest entstellt.
3. Verbindungsoffizier vom AA zum OKH.	Wird zugegeben.	Keine Unrichtigkeit der FR.
4. v. E. war im Juli 1940 im Hauptquartier in Fontainebleau am organisatorischen Einsatz des Kommandos Künsberg beteiligt.	Unrichtig, daß v. E. im Juli 1940 in Fontainebleau am organisatorischen Einsatz des Kommandos Künsberg beteiligt gewesen sei und daß er seine Mittäterschaft an dem Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung zugegeben habe. Nach Dr. Kempner in Nürnberg übergebener Aussage hat v. E. erklärt, daß er erst mit dem Rußlandfeldzug nähere Beziehungen zur Gruppe Künsberg erhalten habe und daß er angewiesen gewesen sei, ihre or-	Artikel der FR über Beteiligung am organisatorischen Einsatz des Kommandos Künsberg in Fontainebleau ist unrichtig. Richtig ist, daß v. E. Beziehungen zur Gruppe Künsberg erst mit dem Rußlandfeldzug erhalten und ihre organisatorischen Wünsche zu vertreten hatte.

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
	ganisatorischen Wünsche gegenüber der hierfür zuständigen Organisationsabteilung im Generalstab zu vertreten, bei der der bekannte Oberst Graf Stauffenberg federführend war.	
5. Überbringer eines Handschreibens von Weizsäckers an die Generale im Jahre 1942 mit der Aufforderung, „ja nicht militärisch zu erlahmen".	v. E. hat niemals ein Handschreiben von Weizsäckers „an die Generale" übergeben, nur gelegentlich einen Brief an unmittelbaren Dienstvorgesetzten Generaloberst Halder übergeben. Nicht erinnerlich, ob im Brief die Wendung verzeichnet war, „ja nicht militärisch zu erlahmen".	Artikel ist unrichtig. Richtig allein ist, daß einmal ein Handschreiben v. Weizsäckers an Generaloberst Halder durch v. E. übermittelt worden ist. Die Behauptungen der FR sind zumindest entstellt und übertrieben.

Der Ausschuß hat zunächst die **Entnazifizierungsangelegenheit** des Dr. v. Etzdorf geprüft. Nach Art. 13 des Befreiungsgesetzes vom 5. März 1946 muß erwiesen sein, daß der Betroffene nach Maßgabe seiner Kräfte aktiven Widerstand geleistet und dadurch Nachteile erlitten hat. Die Spruchkammer hat ausgeführt, v. Etzdorf habe dadurch Nachteile erlitten, daß er seelisch dauernd unter Druck gestanden habe und von allem sonst üblichen Gunstbezeugungen, Auszeichnungen und Beförderungen ausgeschlossen gewesen sei. Worin dieser Ausschluß konkret gesehen worden ist, konnte nicht geklärt werden. Sicher ist nur, daß diese Phrase auf die Äußerung eines v. Etzdorf nahestehenden früheren AA-Beamten (Legationsrat Steg) zurückgeht und dann in den Akten immer wiederholt worden ist.

Weiter hat der Ausschuß festgestellt, daß der SA-Rang Dr. v. Etzdorfs tatsächlich nur ein Angleichungsrang gewesen ist; er wurde ihm während seiner Zugehörigkeit zur Botschaft in Rom verliehen, damit er bei den zahlreichen Besuchen von Parteigrößen der NSDAP, dem politischen Stile jener Zeit entsprechend, in Uniform auftreten konnte.

Nach der Vorlage von Dokumenten durch den Zeugen wie von Dokumenten, die der Ausschuß beschafft hatte, ist festgestellt worden, daß Dr. v. Etzdorf keinerlei Verantwortung für die Tätigkeit des **Kommandos Künsberg** trägt und seine Vermerke bloße geschäftsleitende Verfügungen ohne sachliche Bedeutung gewesen sind. Daß sich Dr. v. Etzdorf bei Mitteilungen an das OKW oder an das OKH, die eine ausgesprochen nationalsozialistische Politik zum Inhalt hatten, stets nur auf einige Büronotizen beschränkte, geht u. a. aus der Mitteilung des kolonialen Weltverteilungsplanes des von Ritter v. Epp geleiteten Kolonialministeriums hervor, der in Anlage 2 als Dokument Nr. V abgedruckt ist.

Auch die Frage jener **Bemerkung** in einem Handschreiben v. Weizsäckers **„ja militärisch nicht zu erlahmen"** ist vom Ausschuß geprüft worden. Es ist sicher, daß diese Auffassung nicht durch eine Rundreise Dr. v. Etzdorfs bei den höheren Truppenführern verbreitet worden ist, sondern nur in einem Brief an Halder stand. Sie hatte den Sinn, Deutschland verhandlungsfähig zu erhalten. Weizsäcker selbst und ein Teil seiner Anhänger vertraten die Ansicht, daß Deutschland auch nach der Beseitigung Hitlers in der Lage sein müsse, in einer günstigen Situation zu verhandeln; ein anderer Teil der Verschwörer war dagegen bereit, eine militärische Niederlage in Kauf zu nehmen. Der fragliche Brief v. Weizsäckers ist nicht erhalten. Das sogenannte Kriegstagebuch Dr. v. Etzdorfs, das in Wirklichkeit eine Sammlung von Notizen und für die politische und strategische Kriegführung bedeutsamen Materialien war, befindet sich seit April 1945 in alliiertem Besitz. Das vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als Dokument anerkannte Kriegstagebuch des Generalobersten Franz Halder enthält keine Eintragungen zu dieser Sache. Fest steht jedenfalls, daß Dr. v. Etzdorf nur an Halder in einem Brief die Auffassung eines Teiles der Weizsäcker-Leute überbracht hat.

Von besonderer Bedeutung erschien dem Ausschuß die **Widerstandstätigkeit**, die Dr. v. Etzdorf tatsächlich ausgeübt hat. Sehr bald ein Gegner des Nationalsozialismus, verfaßte er im Oktober 1939 im Hauptquartier von Zossen eine **Denkschrift**, ließ sie im Hauptquartier kursieren und verbreitete sie auch selbst bei den höheren Truppenführern und an der Front; Oberstleutnant Großkurth war ihm bei der Verbreitung an die Truppe behilflich. Das Original dieser Denkschrift ist heute im State Department in Washington; es ist 1945 auf einem holsteinischen Gute, wo es versteckt war, erbeutet worden. Aus einer Erklärung des ehemaligen Generalobersten Franz Halder vom 26. Juni 1948 geht hervor, daß er diese Denkschrift kannte und mit

Dr. v. Etzdorf darüber gesprochen hat. Außerdem war sie im Januar 1940 Gegenstand einer Unterhaltung zwischen Halder und Generaloberst Beck.

Der Ausschuß hat danach festgestellt, daß Dr. v. Etzdorf selbständig einen Widerstand entwickelt hat, der ihm, wenn er entdeckt worden wäre, sicher das Leben gekostet hätte. Die Denkschrift ist in Anlage 2 als Dokument Nr. VI abgedruckt; um ihre Bedeutung zu beleuchten, ist als Dokument Nr. VII eine Erklärung des ehemaligen Generalobersten Franz Halder vom 8. März 1952 beigegeben.

Votum

Der Ausschuß hält Dr. v. Etzdorf für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.

Gründe:

Dr. v. Etzdorf war nicht an den verbrecherischen Handlungen des Kommandos Künsberg beteiligt.

Dr. v. Etzdorf hat eine politisch vertretbare Anschauung über die Notwendigkeit einer guten militärischen Lage für den Fall eines Umsturzes weitergegeben.

Dr. v. Etzdorf war nur formal Mitglied der NSDAP; sein SA-Rang war ein nach der Spruchkammerpraxis im amerikanischen Besatzungsgebiet bedeutungsloser Angleichungsrang.

Dr. v. Etzdorf hat unter Einsatz seines Lebens Widerstand geleistet. Es kann dahingestellt bleiben, aus welcher politischen Haltung heraus dieser Widerstand erfolgte. Die Tatsache, daß er gerade in der Periode sensationeller militärischer Siege daran ging, einen militärischen Umsturz gegen Hitler ins Werk zu setzen, und einen konkreten Plan dafür entwickelte, spricht ihn von jeder Verantwortung für das nationalsozialistische Regime frei. Der Ausschuß hat gegen Dr. v. Etzdorf nicht nur keine Bedenken, sondern erklärt ausdrücklich, daß er ihn für geeignet zur Weiterverwendung hält.

5. Werner v. Grundherr zu Altenthann und Weiherhaus

Geboren am 20. Januar 1888 in Nürnberg, evangelisch, ledig, keine Kinder. — Erziehung im Kadettenhaus, aktiver Offizier beim landgräflichen Husarenregiment Nr. 14 in Kassel, 1910/13 staatswissenschaftliches Studium, 1913 Dr. phil. magna cum laude (Greifswald), sonst keine Prüfungen.

Laufbahn: 1918/20 Attaché im AA (1920 Balkanreferat), 1921/23 Gesandtschaft Bukarest, 1923/25 AA, 1924 neun Monate Gesandtschaft Athen, 1925/34 Gesandtschaft Helsinki, 1934/45 AA (Politische Abteilung — Referent für die skandinavischen und baltischen Länder). Mai 1945 bis März 1947 automatischer Arrest, ab 25. Januar 1950 Bundeskanzleramt (Referent in der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten), 1. November 1950 Generalkonsul in Athen, 26. Juni 1951 Botschafter in Athen.

1921 Legationssekretär, 1926 Titel Gesandtschaftsrat, 1928 Gesandtschaftsrat II. Kl., 1932 Gesandtschaftsrat I. Kl., 1940 Titel Gesandter, 29. November 1950 Generalkonsul I. Kl., 26. Juni 1951 Botschafter.

Dr. v. Grundherr war nicht Mitglied der NSDAP. Ein vom ihm 1940 gestellter Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, er könne als Junker nicht aufgenommen werden.

Der Ausschuß hat im Falle Dr. v. Grundherr mit Hilfe der Nürnberger Dokumente eine sehr eingehende Untersuchung durchgeführt. Er ist dabei zu einem anderen Ergebnis gekommen als es Dr. Schetter mit dem ihm zur Verfügung stehenden Material erzielen konnte. In Anbetracht des Alters des Botschafters Dr. v. Grundherr hat der Ausschuß dem Herrn Bundesaußenminister durch seinen Vorsitzenden mündlich mitgeteilt, daß es im Interesse der Bundesrepublik liege, wenn Dr. v. Grundherr, auch mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand, mit dem Erreichen der Altersgrenze aus dem Auswärtigen Dienst ausscheidet. Nachdem der Bundesaußenminister die Einleitung entsprechender Maßnahmen in Aussicht gestellt hatte, beschloß der Ausschuß wiederum einstimmig, im Interesse des deutschen Ansehens von einer Berichterstattung im Falle Dr. v. Grundherr abzusehen. In Anlage 2 wird jedoch als Dokument Nr. VIII ein Telegramm des AA vom 17. September 1943 an den Reichsbevollmächtigten für Dänemark mitgeteilt, zu dem Dr. v. Grundherr in der 24. Sitzung des Ausschusses am 4. April 1952 aus eigener Veranlassung erklärt hat, der Text dieses Telegramms sei von ihm einer Schreibdame diktiert worden.

Votum

Der Ausschuß verweist auf die mündlich getroffene Absprache und bittet um Mitteilung, sobald Dr. v. Grundherr das in Aussicht genommene Gesuch eingereicht hat. Es ist dringend erwünscht, daß es vor Abschluß des Ausschußberichtes eingeht.

Anmerkung: Durch Schreiben des Staatssekretärs des AA vom 26. Mai 1952 ist dem Ausschuß mitgeteilt worden, daß das Abschiedsgesuch des Botschafters Dr. v. Grundherr am 23. Mai 1952 eingegangen ist.

6. Wilhelm Haas

Geboren am 4. September 1896 in Bremen, evangelisch, verheiratet, vier Kinder. — Promotion zum Dr. jur. cum laude.

Laufbahn: 1922/24 Attaché im AA, 1924/25 Botschaft Paris, 1925/27 Gesandtschaft Addis Abeba, 1927/28 Generalkonsulat Shanghai, 1929 Gesandtschaft Peking, 1930/31 AA (ständiger Sekretär der deutschen Völkerbundsdelegation), 1934/37 Bot-

schaft Tokio; durch Verfügung vom 13. Mai 1937 gemäß § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 in den dauernden Ruhestand versetzt. 1938/45 Wirtschaftsberater der IG-Farbenindustrie für China, 1947/49 Chef der Präsidialkanzlei des Bremer Senats, 25. November 1949 Bundeskanzleramt (Organisationsbüro), anschließend AA.

1926 Legationssekretär, 9. Dezember 1947 Staatsrat (Bremen), 16. März 1951 Ministerialdirektor, inzwischen zum Botschafter (Ankara) ernannt.

Nicht Mitglied der NSDAP, vom Befreiungsgesetz nicht betroffen.

Die Untersuchungen von Dr. Schetter haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. H. sei SCer.	Objektiv unrichtig, da H. vor 18 Jahren aus dem „Altherrenverband" eines Corps im Kösener SC ausgeschieden ist und nach der Nazi-Zeit wiederholt an ihn gerichtete Aufforderungen zum Wiederbeitritt zu dem überlebten studentischen Verbindungswesen eindeutig abgelehnt hat. Der implicite erhobene Vorwurf, er habe Bewerbungen von SCern bevorzugt, entbehrt mithin der Grundlage.	Die Behauptung der FR, daß H. SCer sei, ist halbwahr, nachdem er vor 18 Jahren ausgeschieden ist.
2. Schied 1937 aus dem AA aus, übernahm hochdotierten Posten als politischer Beobachter der von der IG finanzierten DEFAG in Ostasien.	Als Mitarbeiter der Zentralfinanzverwaltung der IG war H. selbstverständlicher- und üblicherweise politischer Beobachter wegen kaufmännischer Dispositionen. Dotation war üblich und ausreichend, um Unterhalt seiner Familie und emigrierter Schwiegereltern zu bestreiten. Mit seiner Familie mittellos nach Deutschland zurückgekehrt.	Angabe der FR entstellt.
3. Bohle hat die erforderliche Genehmigung der NSDAP zur Übernahme des Postens erteilt.	Hat ein ganzes Jahr gedauert, bis es IG gelang, den Widerspruch der Auslandsorganisation der NSDAP gegen die Verwendung von H. als Mitarbeiter zu beseitigen. H.s ursprünglich für Japan vorgesehene Mitarbeit wurde von Bohle überhaupt abgelehnt. Zurücknahme des Einspruchs gegen Tätigkeit in China erfolgte mit der Auflage, eine Reisetätigkeit von China nach Japan werde ausdrücklich untersagt.	Angabe der FR entstellt.
4. H. hatte engsten Kontakt mit Botschaft in Peking.	Behauptung ist unrichtig. Kontakt beschränkte sich auf unerläßliche Wahrnehmung der Aufgaben gegenüber deutschen Behörden, war auf wenige Fälle beschränkt. An nationalsozialistischen Veranstaltungen der Botschaft hat H. niemals teilgenommen, war dort auch nicht erwünscht.	Behauptung der FR ist stark entstellt.

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
5. H. ließ sich als DP erklären und auf Kosten der IRO nach Europa zurücktransportieren.	H. hat von UNRRA einen Identitätsausweis als DP erhalten. Er wurde von chinesischen und amerikanischen Stellen nicht zu dem Kreis der Deutschen gerechnet, die durch den Nationalsozialismus kompromittiert waren, war von einer Zwangsrepatriierung auf amerikanische Staatskosten ausgeschlossen. Bedurfte in Ermangelung eines gültigen Passes eines UNRRA-Ausweises zur Heimreise. Hat darüber hinaus von UNRRA keine Hilfe in Anspruch genommen. Seine und seiner Familie Heimreise wurde ausschließlich aus eigenen Mitteln bestritten.	Behauptung, daß H. als DP erklärt wurde, ist entstellt. Behauptung der FR, daß er auf Kosten der IRO heimgekehrt sei, ist unrichtig.
6. Vorwurf, H. habe sich bei seiner Tätigkeit in Bonn inoffiziell vom Heß-Protégé Hans Schroeder beraten lassen, offensichtlich nicht unberechtigt.	Schroeder ist von einzelnen Referenten des AA gelegentlich wegen Auskünften über frühere Beamte in Anspruch genommen worden. H. habe sich in keinem Falle durch Schroeder beraten lassen.	Unrichtige Behauptung der FR.

Der Untersuchungsausschuß hat Dr. Haas in der 4. Sitzung am 18. Januar, in der 9. Sitzung am 20. Februar und in der 26. Sitzung am 22. April 1952 eingehend vernommen.

In der erstgenannten Sitzung hat sich der Ausschuß vor allem mit der Klärung der Vorwürfe, die die „Frankfurter Rundschau" gegen die Person von Dr. Haas erhoben hat, beschäftigt. Es ist dabei festgestellt worden, daß Dr. Haas wegen sogenannter jüdischer Versippung 1937 entlassen wurde, große Schwierigkeiten hatte, um die Erlaubnis zur Ausübung einer kaufmännischen Tätigkeit in Ostasien zu bekommen, und daß kein Beweis für die Annahme vorliegt, er sei in jenem Teile der Welt als Agent der NSDAP, ihrer Auslandsorganisation oder des Ribbentropschen AA tätig gewesen. Auch die Umstände seiner Rückkehr nach Deutschland sind durch den Ausschuß aufgeklärt worden. Das Ergebnis der Beweisaufnahme deckt sich in diesem Punkte mit den von Dr. Schetter getroffenen Feststellungen. Haas besaß also einen von der UNRRA ausgestellten DP-Ausweis, hat aber seine Heimreise nach Deutschland selbst bezahlt.

In der zweiten Vernehmung hat sich der Untersuchungsausschuß mit der Tätigkeit von Dr. Haas hinsichtlich der **Zusammenstellung seines ersten Arbeitsstabes** befaßt und dabei die Einberufung von Dr. Melchers, Dr. v. Grundherr und Frau Simonis geprüft. Der Untersuchungsausschuß hat dabei festgestellt, daß sich Dr. Haas im ersten Falle nahezu ausschließlich auf seine eigene Kenntnis der Persönlichkeit von Dr. Melchers verlassen hat. Im zweiten Falle hat Dr. Haas darauf vertraut, daß der Gesandte Dr. v. Grundherr im Entnazifizierungsverfahren als „vom Gesetz nicht betroffen" bezeichnet worden ist, und deshalb keine weiteren Untersuchungen über die amtliche Wirksamkeit Dr. v. Grundherrs im Ribbentropschen AA angestellt. Wichtige Tatsachen darüber sind Dr. Haas erst während der Verhandlungen des Untersuchungsausschusses durch den Berichterstatter bekannt geworden. Auch im dritten Falle hat Dr. Haas — diesmal zutreffenderweise — sein Urteil über Frau Simonis, das auf langer persönlicher Bekanntschaft beruht, als ausreichend angesehen.

Weiter hat der Untersuchungsausschuß in der zweiten Vernehmung die Umstände, unter denen das Organisationsbüro seine Arbeit begann, geprüft. Er hat dabei festgestellt, daß das Büro zu wenig Räume, zu wenig Arbeitsmaterialien und anfangs auch zu wenig Arbeitskräfte besaß, so daß es dem Ansturm von Bewerbungen (etwa 20 000) nicht gewachsen war. Die vom Vereinigten Wirtschaftsgebiet angefallenen Materialien sind nicht anders behandelt worden als die übrigen Eingänge.

Schließlich hat der Untersuchungssausschuß eingehend die **Einstellungsrichtlinien** erörtert, nach denen die **Personalpolitik** gemacht worden ist. Der Untersuchungsausschuß bezieht sich in diesem Punkte auf die Mitteilungen, die der Zeuge bereits dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und dem von diesem zur Nachprüfung der Personalpolitik im Auswärtigen Dienst eingesetzten Unter-

komitee im Jahre 1950 gemacht hat. Danach steht fest, daß Dr. Haas dem Herrn Bundeskanzler schriftlich nicht fixierte Vorschläge mündlich vorgetragen hat und diese die Billigung des Herrn Bundeskanzlers gefunden haben.

Endlich hat sich der Untersuchungsausschuß mit dem Vorwurf beschäftigt, daß durch die Tätigkeit von Himke, Loeper, Papenfuß und Dr. Kreutzwald bei den oberen (gehobenen mittleren) Beamten das Korps der Politischen Leiter wieder versammelt sei. Der Ausschuß hat festgestellt, daß die Tätigkeit der Genannten tatsächlich eine dahingehende Wirkung gehabt hat. Durch das Einschalten von Oberregierungsrat Dr. Gördes sind diese Bestrebungen jedoch zum Teil vereitelt, zum Teil rückgängig gemacht worden.

In der 26. Sitzung am 22. April 1952 ist die Frage des Schicksals der **Vorarbeiten des Personalbüros des Beraters für den Marshall-Plan beim Oberdirektor für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet** durch folgende Erklärung des Freiherrn von Buddenbrock vom 19. April 1952 aufgeklärt worden:

„Ich trat im Sommer 1949 meinen Dienst beim Berater für den Marshall-Plan, einer Dienststelle des Verwaltungsrates in Frankfurt/M., an. Der Personalreferent des Beraters für den Marshall-Plan war zu jener Zeit Landrat Hummelsheim. Ihm oblag die Aufgabe, geeignetes Personal für die beiden ersten deutschen Vertretungen im Ausland, die Deutsche Vertretung bei der OEEC in Paris und die Deutsche Vertretung bei der ECA in Washington, auszusuchen.

Der Eingang der Bewerbungen für alle Vergütungsgruppen der TOA überstieg bei weitem die für den Aufbau dieser Vertretungen erforderliche Zahl von Angestellten. Eine größere Anzahl von Bewerbern vermutete außerdem, daß diese Dienststelle auch mit der Eröffnung weiterer Vertretungen im Ausland befaßt würde.

Da es zu jener Zeit noch für möglich gehalten wurde, daß weitere Wirtschaftsvertretungen in Marshall-Plan-Ländern eröffnet werden könnten, und da es keine andere Behörde gab, die mehr legitimiert erschien, um die eingegangenen Bewerbungen auszuwerten, wurden alle Gesuche, denen nicht sofort entsprochen werden konnte, einstweilen archiviert. Planungen über eine eventuelle Verwendung der Bewerber wurden nicht durchgeführt, außer daß auf den Bewerbungsakten gelegentlich vermerkt wurde, für welche Tätigkeit oder für welches Land sich der Bewerber besonders interessierte.

Das Personal der Dienststelle „Der Berater für den Marshall-Plan" wurde nach der Konstituierung der Bundesrepublik zum großen Teil vom Bundesministerium für die Angelegenheiten des Marshall-Plans übernommen. Mit der Auflösung des Verwaltungsrats schied Herr Hummelsheim aus der Dienststelle aus.

Die Bewerbungen wurden noch einige Monate vom ERP-Ministerium, das sie zuständigkeitshalber übernahm, weitergeführt und dann allmählich zwischen Februar und März 1950 an das Organisationsbüro für die wirtschaftlichen und konsularischen Vertretungen im Ausland nach entsprechender Mitteilung an die Bewerber abgegeben. Meiner Erinnerung nach behielt das ERP-Ministerium diejenigen Bewerbungen zurück, an denen es selbst noch interessiert war oder aus denen klar hervorging, daß die Bewerber sich ausschließlich für eine Tätigkeit in Paris, Washington oder beim ERP-Ministerium selbst bewerben wollten.

Nachweislich der im ERP-Ministerium noch vorhandenen Konzepte der Begleitschreiben, mit denen die Bewerbungen an das Organisationsbüro abgegeben wurden, sind dem Organisationsbüro insgesamt etwa 180 Bewerbungen zugegangen.

Da ich selbst am 1. Mai 1950 vom Organisationsbüro übernommen und mit Personalangelegenheiten befaßt wurde, ist mir aus eigener Erfahrung bekannt, daß diese Bewerbungen im Organisationsbüro weiter bearbeitet wurden. Auf Grund dieser Bewerbungen sind, soweit mir bekannt, bisher 39 Einberufungen ergangen, das sind fast 22 % der übernommenen Gesuche. Zu den einberufenen Bewerbern gehören die Herren:

Wienholt
R. Wolff
Girndt
Schmelcher
Terdenge
Tiedt
Traut
Türk
Vacano
Schulze
P. M. Weber
v. Plehwe
Reuschenbach
H. Richter
Rosen
Noebel
Obermaier
Blomer
Brandt
Allardt
Opfermann
Pfisterer
(Pfeffermann)
v. Haeften
Keller
Keppler
Krebs, H.
Krebs, K.
Lemke
Liebrecht
Helmolt
Hofmann
Koenig
Frings
Fritsching
Gräf
H. U. Mayer
Bottler
Degen."

Der Zeuge Dr. Haas blieb angesichts dieses Dokumentes bei der Erklärung, daß bei diesem Material „eine Vorbereitung im Sinne des AA" nicht vorgelegen habe und es deshalb nicht anders als andere Bewerbungen habe behandelt werden können.

In bezug auf die Behandlung von Einzelfällen hat der Ausschuß festgestellt, daß Dr. Haas die Verantwortung für die Einberufung von Dr. Melchers, Dr. v. Grundherr, Dr. v. Bargen u. a. trägt;

außerdem fällt unter seine Verantwortlichkeit die Anstellung von Dr. Hecker entgegen den Empfehlungen des Unterausschusses „Auswärtiger Dienst" (vgl. S. 9 dieses Berichtes). Schließlich hat der Ausschuß in diesem Zusammenhang zur Kenntnis genommen, daß nach der Auffassung von Dr. Haas der Aufbau des Auswärtigen Amtes ohne eine erhebliche Anzahl von Fachbeamten des alten AA nicht möglich gewesen wäre. Der Ausschuß ist der Meinung, daß die Überspannung dieses Prinzips künftig das Vertrauen des Auslandes zur demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik hätte gefährden können.

Alsdann ist die Frage der Grundsätze der Personalpolitik noch einmal behandelt worden. Der Untersuchungsausschuß beschloß, die Beantwortung der Fragen 8 und 10 des Unterkomitees des Auswärtigen Ausschusses durch das AA im Jahre 1950 in die Dokumentensammlung dieses Berichts aufzunehmen (siehe Anlage 2, Dokument IX). Nach der Besprechung von Einzelfällen (Hummelsheim, Hegewisch, Prinzhorn) hat der Ausschuß dann die beiden grundsätzlichen Fragen, welche Methoden für die Personalpolitik des Auswärtigen Dienstes anzuwenden sind, und welche Verantwortung bestanden hat, geprüft. Zu der ersten Frage ist festgestellt worden, daß Dr. Haas Herrn Blankenhorn den Vorschlag gemacht hat, einen aus sieben Personen bestehenden Aufnahmeausschuß für den Auswärtigen Dienst einzusetzen. Dieser sollte aus je einem Vertreter der großen Bundestagsfraktionen, einem anerkannten Vertreter der deutschen Wissenschaft, einem Vertreter der Außenhandelswirtschaft, einem Vertreter der industriellen Wirtschaft und einem Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes bestehen und die Befugnis haben, Personen als geeignet oder ungeeignet für den Auswärtigen Dienst zu erklären. Dieser Vorschlag ist ebensowenig wie die Einstellungsrichtlinien schriftlich fixiert worden. Blankenhorn hat dazu erklärt, daß „nach Auffassung des Bundeskanzlers dem Vorschlag nicht oder noch nicht stattgegeben werden sollte". Der Vorschlag bezweckte, dem Auswärtigen Dienst insgesamt im In- und Auslande das notwendige Vertrauen zu erwerben.

Zur Frage der Verantwortlichkeit hat der Ausschuß festgestellt, daß Dr. Haas während seiner Amtszeit von einem Jahr und acht Monaten dem Bundesaußenminister fünfmal Vortrag gehalten hat. Bestimmte Vortragstage mit Besprechungszeiten und eine Bezeichnung bestimmter Beschlüsse, die mündlichen Vortrag erfordern, gab es nicht.

Votum

Gegen die Weiterverwendung von Dr. Haas im Auswärtigen Dienst bestehen keine Bedenken; jedoch spricht sich der Ausschuß gegen seine Wiederverwendung in der Personalverwaltung aus.

Gründe:

Der Untersuchungsausschuß hat an der persönlichen Integrität von Dr. Haas keine Zweifel.

Unter den von November 1949 bis Sommer 1951 herrschenden Verhältnissen im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt hat sich Dr. Haas bemüht, den Anforderungen eines Auswärtigen Dienstes, so wie er ihn sah, Rechnung zu tragen.

Trotz dieser Bemühungen ist unter der Verantwortlichkeit von Dr. Haas eine Zusammensetzung des AA zustandegekommen, die, wie die im Bericht vorgetragenen Einzelfälle beweisen, nicht aufrechterhalten werden konnte.

Die Auffassungen, die Dr. Haas von den Notwendigkeiten der Personalpolitik im Auswärtigen Dienst gehabt hat, entsprechen nicht der tatsächlichen außenpolitischen Lage der Bundesrepublik. Das berührt nicht seine Eignung für den Auslandsdienst.

7. Curt Heinburg

Nachdem vier Mitglieder des Ausschusses in das Protokoll der Vernehmung von Dr. Heinburg durch Dr. Kempner Einsicht genommen hatten und der Berichterstatter den Inhalt der gegen Dr. Heinburg vorliegenden Dokumente vorgetragen hatte, beschloß der Ausschuß in der 31. Sitzung am 5. Mai 1952 vormittags:

> In der Erwägung, daß Dr. Heinburg 67 Jahre alt und nur als Angestellter tätig ist, kann von einer Überprüfung dieses Falles durch den Untersuchungsausschuß im Rahmen der dem Ausschuß gestellten Aufgabe dann abgesehen werden, wenn feststeht, daß das Angestelltenverhältnis mit Dr. Heinburg seitens des Auswärtigen Amtes spätestens bis zum 1. Juli 1952 gelöst ist. Der Ausschuß wäre dann in der Lage, festzustellen, daß im Augenblick der Abgabe seines Berichtes Dr. Heinburg nicht mehr im Auswärtigen Amt tätig ist.

Der Vertreter des AA, VLR Dr. Wilde, hat Herrn Staatssekretär Dr. Hallstein von diesem Beschluß Kenntnis gegeben. Wenig später wurde dem Ausschuß mitgeteilt, daß Dr. Heinburg den Staatssekretär des AA gebeten hat, sein Anstellungsverhältnis zum 31. Mai 1952 zu lösen. Daraufhin beschloß der Ausschuß folgendes

Votum

Nachdem das Anstellungsverhältnis von Dr. Heinburg zum 31. Mai 1952 beendet sein wird, sieht der Ausschuß von einer Stellungnahme ab unter der Voraussetzung, daß Dr. Heinburg in Personalangelegenheiten nicht weiterbeschäftigt wird.

Der Ausschuß hat die berichtete Erledigung des Falles Heinburg ebenso wie im Falle Dr. v. Grundherr im Interesse des Ansehens der Bundesrepublik und zur Wahrung der deutschen Interessen für notwendig gehalten. Um jedoch dem Plenum des Bundestages ein konkretes Motiv für die Ausschußbeschlüsse zu geben, wird in Anlage 2 das Dokument Nr. X abgedruckt, das sich auf Judenmaßnahmen in einem der Länder bezieht, für die Dr. Hein-

burg in der Politischen Abteilung des alten AA während des zweiten Weltkrieges als Referent tätig gewesen ist; Dr. Heinburg war der Leiter des in diesem Dokument ständig erwähnten Referates Pol IV.

8. Hans Herwarth v. Bittenfeld

Geboren am 14. Juli 1904 in Berlin, evangelisch, verheiratet, ein Kind. — 1926 Referendarprüfung, 1929 diplomatisch-konsularische Fachprüfung.

Laufbahn: 1. Mai 1927 Eintritt in das AA, 1930 Attaché, Januar bis Juli 1930 der Pariser Delegation für die Rückgliederung des Saargebietes zugeteilt, 1931/39 Botschaft Paris, dazwischen November 1938 bis April 1939 zum Generalkonsulat in Memel delegiert, 1939 Botschaft Moskau, 1939/45 Wehrmacht. 1945/49 Bayerische Staatskanzlei, seit 6. September 1949 Leiter des Protokolls im Bundeskanzleramt.

1938 Legationssekretär, 1940 Gesandtschaftsrat; 1945 Oberregierungsrat, September 1946 Regierungsdirektor, 1. Oktober 1949 Ministerialrat, 22. November 1950 Ministerialdirigent.

Herwarth v. Bittenfeld galt nach den Gesetzen des Dritten Reiches als „Nichtarier"; er war nicht Mitglied der NSDAP und ist nach Mitteilung des öffentlichen Klägers bei der Spruchkammer München X vom 29. April 1947 vom Befreiungsgesetz nicht betroffen.

Die „Frankfurter Rundschau" hat ihm zum Vorwurf gemacht, er sei von den Brüdern Anton und Peter Pfeiffer in die Bayerische Staatskanzlei befördert worden und habe Dr. Schwarzmann nachgezogen.

Richtig ist, daß Herwarth v. Bittenfeld im November 1945 durch den Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hoegner und den Chef der Bayerischen Staatskanzlei, Dr. Anton Pfeiffer, in den bayerischen Staatsdienst eingestellt worden ist. Mit dem Eintritt Dr. Schwarzmanns hatte er nichts zu tun; Dr. Schwarzmann war persönlicher Referent von Dr. Anton Pfeiffer. Auch Dr. Schwarzmanns Einstellung in die Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten ist ohne Zutun von Herwarths erfolgt.

Bei dieser Sachlage war der Ausschuß der Meinung, daß für ihn nichts zu untersuchen übrigbleibt.

Votum

Gegen die Weiterverwendung von Herwarth v. Bittenfeld bestehen keine Bedenken.

Gründe:

In dem gesamten Aktenmaterial ist nichts hervorgetreten, was Herwarth v. Bittenfeld in irgendeiner Weise belastet. Nürnberger Dokumente gegen ihn liegen nicht vor.

9. Kurt v. Kamphoevener

Geboren am 17. Juli 1887 in Istanbul, evangelisch, verheiratet, ein Kind. — Referendarprüfung ausreichend, Oxforder Diploma Economics "with distinction", Dolmetscherprüfungen in sechs Sprachen.

Laufbahn: 1911 Attaché bei der Botschaft in Madrid, 1913 Gesandtschaft Sydney, 1917/18 Gesandtschaft Sofia, 1918/20 Friedensabteilung des AA, 1920/23 Botschaft London, 1923/26 Konsul in Liverpool, 1926/31 Botschaft Madrid, 1931/45 AA (Völkerbundsreferat, zum Teil in Genf tätig), 1942/45 Wehrmacht. Seit 19. Januar 1950 Referent in der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten, Oktober 1950 Generalkonsulat Istanbul.

1917 Legationssekretär, 1923 Gesandtschaftsrat, 1929 Botschaftsrat, 1931 Vortragender Legationsrat, 1950 Generalkonsul I. Kl.

Zuerst Demokrat, dann 1930/33 Mitglied der SPD.

1942/44 Mitglied der NSDAP; Mitglieds-Nr. 8 978 435. Durch Bescheid der Spruchkammer Hamburg vom 21. Dezember 1949 entlastet (Gruppe V).

Der Vorwurf der „Frankfurter Rundschau", v. Kamphoeveners Aussage in Nürnberg, er sei 1942 in die NSDAP eingetreten, um für seine Abstellung zur Wehrmacht eine politische Unbedenklichkeitsbescheinigung zu erhalten, stehe im Gegensatz zu einer Angabe in seinem Lebenslauf, wonach er als politisch unzuverlässig abgeschoben worden sei, hat sich dahin aufgeklärt, daß v. Kamphoevener bei Ribbentrop als politisch unzuverlässig galt, zur Wehrmacht jedoch nur dann kommen konnte, wenn diese Bedenken durch seinen Parteieintritt ausgeräumt wurden.

Votum

Der Ausschuß erhebt gegen eine Weiterverwendung bis zu der am 17. Juli 1952 (Vollendung des 65. Lebensjahres) in Frage kommenden Pensionierung keine Bedenken.

Gründe:

v. Kamphoevener war seiner Gesinnung nach nicht Nationalsozialist. Soweit in den Nürnberger Dokumenten sein Name überhaupt vorkommt, stellen diese in keiner Weise eine Belastung für ihn dar. Er ist trotz seines vorgerückten Alters zur Wehrmacht gegangen, um sich nicht an Handlungen des AA beteiligen zu müssen, die für ihn rechtlich und moralisch nicht tragbar gewesen wären.

10. Rupprecht v. Keller

Geboren am 19. März 1910 in Berlin-Schöneberg, katholisch, verheiratet, ein Kind. — Assessorexamen gut, Dr. jur. magna cum laude (Erlangen).

Laufbahn: 1936/37 AA, 1937/38 Gesandtschaft Helsinki, 1938/40 Auswärtiges Amt (Vorzimmer des

Direktors der Politischen Abteilung), 1940/44 Wehrdienst, 1. Oktober 1944 bis 8. Mai 1945 AA (Referat Pol I M). März 1947 bis November 1948 Hilfs-, später Hauptverteidiger im Nürnberger Juristen-, IG-Farben- und Wilhelmstraßen-Prozeß, Dezember 1948 bis Dezember 1949 Sekretär des Zweizonen - IG - Farben - Entflechtungsausschusses (FARDIP). August 1948 bis August 1949 anwaltschaftlicher Probedienst in Bayern, 2. Januar 1950 Bundeskanzleramt (Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten).

1937 Attaché, 1942 Vizekonsul, 19. Januar 1951 Legationsrat I. Kl.

Mitglied der NSDAP seit 1. April 1940; Mitglieds-Nr. 8 012 248. Vorher 1933/35 Scharführer der SA-Marine, 1936 NSFK. Durch Spruch der Spruchkammer Starnberg am 26. Mai 1948 entlastet, nachdem er zuerst in Gruppe IV (Mitläufer) eingereiht worden war.

Die Vernehmung durch Dr. Schetter am 2. Oktober 1951 hat folgendes ergeben:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. v. K. ist Pg. gewesen.	Trifft zu.	Keine unrichtige Angabe der FR.
2. v. K. gehörte dem SC an.	War Mitglied der KV-Verbindung Rheno-Bavaria, München.	Unrichtige Angabe der FR.
3. v. K. habe Entnazifizierungsschwierigkeiten gehabt.	Im Sammelverfahren als Mitläufer eingestuft, auf Einspruch ohne mündliche Verhandlung entlastet.	Angabe der FR entstellt.
4. Dr. Anton Pfeiffer habe über die Entnazifizierungsschwierigkeiten hinweggeholfen.	Unrichtig.	Unrichtige Angabe der FR.
5. v. K. sei Anklageassistent in Nürnberg gewesen.	Unrichtig.	Unrichtige Angabe der FR.
6. v. K. war in Nürnberg Assistent der Verteidigung.	Richtig.	Keine unrichtige Angabe der FR.

Der Untersuchungsausschuß hat Dr. v. Keller in der 14. Sitzung am 12. März 1952 über die Behauptungen der „Frankfurter Rundschau“ und über seine **Tätigkeit im Ribbentropschen AA** vernommen. Dabei hat sich die Richtigkeit der von Dr. Schetter getroffenen Feststellungen ergeben. Es liegt kein Beweis dafür vor, daß Dr. v. Keller durch den damaligen bayerischen Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer aus Entnazifizierungsschwierigkeiten herausgeholfen worden sei. Die Angabe, Dr. v. Keller sei zuerst Anklageassistent und dann Verteidiger gewesen, beruht offensichtlich auf einem Irrtum; er ist im IG-Farben-Prozeß nur Assistent der Verteidigung und später Hauptverteidiger gewesen.

Hinsichtlich der Tätigkeit Dr. v. Kellers im Ribbentropschen AA ist nichts festgestellt worden, was ihn für den Dienst in der Bundesrepublik als ungeeignet erscheinen lassen könnte. Ribbentrop hatte offenbar ein starkes Mißtrauen gegen Dr. v. Keller. So hat Ribbentrop z. B. seinen Vater, der zuletzt Botschafter in Ankara war, bei seinem Ausscheiden aus dem Dienst noch nicht einmal zu einem Abschiedsbesuch empfangen, obwohl sich dieser mehrere Tage lang zur Abmeldung in Berlin aufhielt.

Schließlich hat der Ausschuß in der genannten Sitzung und in der 19. Sitzung am 27. März 1952 Dr. v. Keller über die Erteilung und die Ausführung seines Auftrages, beim **Rademacher-Prozeß** als **Beobachter des AA** tätig zu sein, gehört. Diese Angelegenheit ist bereits in dem Bericht über Dr. Dittmann ausführlicher behandelt, so daß hier darauf verwiesen werden kann.

Votum

Es bestehen keine Bedenken gegen seine Weiterverwendung.

Gründe:

Die Angaben der „Frankfurter Rundschau“ sind zum Teil (SC, Anklageassistent) unrichtig, zum Teil widerlegt.

Die Haltung Dr. v. Kellers während des Rademacher-Prozesses hat jedoch nicht die volle Zustimmung des Ausschusses gefunden. Er hat sich dabei nach Auffassung des Ausschusses zumindest nicht sehr diplomatisch benommen. Aus diesem Grunde hat der Ausschuß davon abgesehen, Dr. v. Keller als ausdrücklich geeignet zu bezeichnen; er erhebt lediglich gegen dessen Weiterverwendung keine Bedenken.

Sympathisch hat es den Ausschuß berührt, daß Dr. v. Keller bei der Vernehmung über seine Beobachterrolle im Rademacher-Prozeß von Anfang an die Wahrheit gesagt hat.

11. Albrecht v. Kessel

Geboren am 6. November 1902 in Oberglauche/Schlesien, evangelisch, ledig. — Referendarexamen ausreichend, diplomatisch-konsularische Prüfung gut.

Laufbahn: 1927/30 AA, 1930/32 Botschaft beim Vatikan, 1932/34 Generalkonsulat Kattowitz, 1935 Generalkonsulat Memel, 1935/37 Gesandtschaft Bern, 1937/41 AA, 1941/43 Konsulat Genf, 1943/45 Botschaft beim Vatikan. Bis 1950 Herausgeber einer außenpolitischen Korrespondenz, 17. Mai 1950 Bundeskanzleramt (Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten), wenige Tage später dem Generalkonsulat in Paris zugeteilt, seit 12. September 1951 stellvertretender Leiter der deutschen Pleven-Plan-Delegation.

1927 Attaché, September 1934 Legationssekretär, März 1939 Legationsrat II. Kl., 1943 Legationsrat I. Kl., 20. Oktober 1950 Vortragender Legationsrat.

Nicht Mitglied der NSDAP. Angleichungsrang im NSKK. Durch Spruch der Spruchkammer 6 in Stuttgart am 7. Januar 1948 entlastet.

v. Kessels Vernehmung durch Dr. Schetter führte zu nachstehendem Ergebnis:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. v. K. hält engen Kontakt mit Kordt und Etzdorf und hat Aussage von Erich Kordt gelesen, die unmittelbar vor seiner eigenen Vernehmung protokolliert wurde.	—	—
2. v. K. sollte in Nürnberg auf die Widerstandstätigkeit des Weizsäckerkreises eingehen. 49 Fragen wurden an v. K. gestellt. v. K. muß sie verneinen, „war nicht anwesend", „kann sich nicht erinnern".	v. K. sind mehrere hundert Fragen vorgelegt worden, wobei es sein kann, daß er 49 Fragen ausweichend beantwortet hat. Ein Teil der Fragen enthüllte die Ahnungslosigkeit des Richters, wenn v. K. z. B. gefragt wurde, ob die deutsche Widerstandsbewegung ihre Pläne schriftlich niedergelegt habe.	Sachverhalt durch FR entstellt.
3. Bei der Vernehmung bleibt übrig, daß er eine befreundete Jüdin indirekt gewarnt habe.	—	—
4. NSKK-Obersturmführer, der zweimal versucht habe, in die NSDAP einzutreten.	v. K. ist vom damaligen Chef des Protokolls gerufen worden und habe die Mitteilung erhalten, daß er NSKK-Sturmführer geworden sei. Auf seinen Protest habe der Protokollchef lachend erklärt, es sei unvermeidlich, daß v. K. irgendeine Uniform besitze. NSKK-Dienst habe v. K. nicht geleistet, weil er gar nicht Autofahren kann.	Angabe ist im wesentlichen richtig, auch wenn v. K. nicht NSKK-Obersturmführer, sondern nur NSKK-Sturmführer war.
	Beim 1. Antrag zur Aufnahme in die NSDAP hat v. K. betont, er sehe sich als Mitglied des Jungstahlhelms dazu veranlaßt. Er sei sich klar gewesen, daß sein Antrag wegen Herausstellung seiner konservativen Grundhaltung wahrscheinlich nicht bearbeitet werden würde,	Angabe der FR ist an sich richtig, aber Sachverhalt unvollständig wiedergegeben.

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
	was auch der Fall war. — Zum 2. Antrag sei er auf besonderen Druck Ribbentrops veranlaßt worden, der von sämtlichen Mitgliedern des AA verlangte, sie müßten nochmals ein Gesuch auf Aufnahme in die NSDAP stellen und der Personalabteilung eine eidesstattliche Versicherung abgeben, diesen Schritt vollzogen zu haben. Er habe Antrag an falsche Ortsgruppe in Berlin gerichtet, um Zeit zu gewinnen. Ehe sein Gesuch an die zuständige Stelle weitergeleitet war, wurde er ins Ausland versetzt. Wegen seines Auslandsaufenthaltes sei sein Gesuch zu den Akten genommen worden.	

Der Untersuchungsausschuß hat in der 31. Sitzung am 5. Mai 1952 vormittags zunächst die Frage der Entlastung v. Kessels nachgeprüft und festgestellt, daß dieser den Angleichungsrang im NSKK bekommen hat, um anläßlich italienischer Staatsbesuche in Uniform auftreten zu können.

Hinsichtlich der **Widerstandstätigkeit** v. Kessels hatte Dr. Schetter bereits in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß die Erwähnung v. Kessels im Hasselschen Tagebuch und in Allen W. Dulles' „Germany's Underground" nicht als voller Beweis angesehen werden kann und dazu grundsätzlich ausgeführt: „Diese literarischen Veröffentlichungen sind mit besonderer Vorsicht zu verwerten. Sie sind nicht als Beweismaterial geschrieben, sondern als historische und literarische Produktion zur Welt gekommen. Immerhin dürfen sie nicht übersehen werden und können zur Ergänzung anderer Beweismittel herangezogen werden". Der Ausschuß hat es deshalb für richtig gehalten, den Zeugen aufzufordern, konkrete Angaben zu machen. Der Zeuge hat daraufhin eine **Unterredung**, die er **mit dem britischen Legationsrat Harrison** unmittelbar nach dem Reichsparteitag 1938 im Diplomatenzuge zu dem Zweck hatte, Botschafter Henderson vor der Kriegspolitik Hitlers zu warnen, wiedergegeben. Außerdem hat der Zeuge mitgeteilt, daß er im Sommer 1939 dem in Dresden kommandierenden General v. Falkenhausen einen konkreten **Vorschlag** gemacht habe, **Hitler** anläßlich der Besichtigung einer Bunkerlinie **zu beseitigen.**

Außerdem hat der Untersuchungsausschuß von der Aussage Kenntnis genommen, die v. Kessel am 22. Juli 1948 vor dem Militärgerichtshof Nr. IV zu Fall XI in Nürnberg gemacht hat, und die positiven Angaben v. Kessels über die Beteiligung an den Bestrebungen v. Weizsäckers besonders gewürdigt. Er hat dabei festgestellt, daß ausweichend erscheinende Antworten des Zeugen nach der Art der Fragen nichts Außergewöhnliches darstellen.

Votum

Der Ausschuß erachtet v. Kessel für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.

Gründe:

Der Untersuchungsausschuß ist der Meinung, daß in Albrecht v. Kessel ein Mann echten Widerstandes zu sehen ist.

Gegen die dienstliche Haltung v. Kessels ist nichts Belastendes hervorgetreten.

12. Theo Kordt

Geboren am 8. Oktober 1893 in Düsseldorf, katholisch, verheiratet, keine Kinder. — 1921 Referendarprüfung, Dr. jur. (Köln), Dezember 1923 diplomatisch-konsularische Prüfung unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Stresemann.

Laufbahn: 1922/24 AA, 1925 Vizekonsul in Neapel, 1926/31 Gesandtschaft Bern, 1931/34 AA (Sekretär des Staatssekretärs v. Bülow), 1934 Gesandtschaft Athen, 1938 Botschaft London, 1939/46 Gesandtschaft Bern. 1947 Lehrauftrag der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn, August 1948 Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen im Verfassungskonvent von Herrenchiemsee, danach Beobachter des Landes Nordrhein-Westfalen beim Parlamentarischen Rat, 1. Dezember 1948 Leitung des Referats für internationales Recht beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Mai 1950 Bundeskanzleramt (Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten).

1926 Legationssekretär, 1934 Gesandtschaftsrat, 1938 Botschaftsrat.

1. August 1939 Mitglied der NSDAP; Mitglieds-Nr. 7 054 874. Die Angaben des Document Center werden von Dr. Kordt bestritten. Er habe nie-

mals einen Antrag gestellt, 1941 vom Landesgruppenleiter der NSDAP in der Schweiz, Reichsfreiherrn v. Bibrach zwar eine Anwärterkarte erhalten, aber kein Parteibuch; er sei auch nie vereidigt worden. Durch Spruch der Spruchkammer Bonn-Land im Juni 1947 entlastet (Gruppe V).

Die Vernehmung von Dr. Kordt durch Dr. Schetter hatte folgendes Ergebnis:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. K. sei Pg. gewesen und habe dies nicht angegeben, als er im April 1950 in der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten tätig geworden sei.	K. hat nie in Abrede gestellt, im Besitz einer Parteianwärterkarte gewesen zu sein. Die implicite aufgestellte Behauptung, er hätte Mitgliedsbuch beantragt und erhalten, ist falsch.	Da K. hiernach nicht Pg. gewesen ist, ist die Behauptung der FR, er habe die Parteizugehörigkeit der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten nicht angegeben, unrichtig.
2. K. sei als Botschaftsrat in Bern am 3. Dezember 1939 nach Mailand gefahren, um aus der Britischen Botschaft gestohlene Dokumente für das Ribbentrop-AA anzukaufen. Dadurch sei Strafdelikt einer soliden Sachhehlerei erfüllt. Vorgang sei im internationalen diplomatischen Corps absolut ungewöhnlich.	Er habe keine aus der Britischen Botschaft gestohlenen Dokumente für das Ribbentrop-AA angekauft. Die gegenteilige Behauptung im Artikel ist falsch; damit entfallen die daran angeknüpften Kombinationen.	Hiernach ist die Behauptung der FR, K. habe gestohlene Dokumente angekauft, unrichtig.
3. Weiterleitung von Spionagetelegrammen mit Angaben von Bombenzielen in England sei nicht unbedingt Aufgabe eines Diplomaten.	In der Weiterleitung eines chiffrierten Diensttelegramms, auf die die FR Bezug nimmt, ist keine Unregelmäßigkeit zu erblicken. Die Behauptung sucht einen unrichtigen Sachverhalt vorzutäuschen und entstellt die Tatsache.	Die Behauptung der FR über Weiterleitung von Spionagetelegrammen, die chiffriert weitergegeben worden sind, entstellt die Tatsache.
4. Zeugen der britischen Seite für die Verbindung Kordts zum Foreign Office haben nach dem Kriege nichts von sich hören lassen.	Die Behauptung, die gerichtlichen Aussagen K.s über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus seien von britischer Seite nicht bestätigt worden, ist unrichtig.	Die Vernehmungsprotokolle betreffend K. ergeben, daß K. mit der britischen Seite in Verbindung gestanden hat; daher ist Artikel unrichtig.

Der Untersuchungsausschuß hält die Beteiligung von Dr. Kordt an der **Widerstandsbewegung** für erwiesen. Er unterstellt, daß sie so, wie in dem Buch von Hans Rothfels „Die deutsche Opposition gegen Hitler“, 1. Auflage 1949, auf den Seiten 74 bis 76, Seite 158, und in dem Abschnitt „Anmerkungen“ auf Seite 219 dargestellt wird, nach Sinn und Tendenz den Tatsachen entspricht (vgl. Anlage 2, Dokument Nr. XI). Außerdem hat der Ausschuß den Brief Lord Halifax' vom 9. August 1947 als echt anerkannt und als richtig unterstellt (vergl. Anlage 2, Dokument Nr. XII). Der Aufsatz von Hans Rothfels „International aspects of German opposition to Hitler“ ist vom Ausschuß nicht geprüft worden, dagegen hat er einen kurzen Vortrag des Berichterstatters über den wesentlichen Inhalt der Aussagen gehört, die Dr. Kordt am 14. und 15. Juli 1948 vor der Kommission I des Militärgerichtshofes Nr. IV zu Fall XI in Nürnberg gemacht hat.

Dem Untersuchungsausschuß hat eine beglaubigte Abschrift des Telegramms vorgelegen, durch das der damalige Botschaftsrat bei der Gesandtschaft in Bern, Dr. Kordt, angewiesen worden ist, sich zur **Prüfung von Material,** das durch den italienischen Heizer **aus der Britischen Botschaft in Rom** gestohlen und zum Kauf angeboten worden war, nach Mailand zu begeben (vergl. Anlage 2, Dokument Nr. XIII). Dr. Kordt hat dazu bei seiner Vernehmung in der 28. Sitzung erklärt, daß er die Echtheit der Dokumente an der ihm bekannten Handschrift von Lord Perth (Sir Eric Drummond) erkannt und nur zweimal je zwanzig Minuten Gelegenheit hatte, Stichproben zu machen. In seinem Bericht habe er es als wünschenswert bezeichnet, das Material in deutsche Hand zu bekommen. Auf

Vorhalt hat Dr. Kordt zugegeben, daß eine solche Tätigkeit im allgemeinen nicht zu den Aufgaben eines Diplomaten gehöre, sich jedoch damit verteidigt, daß sich Deutschland damals im Kriege befand.

Dem Zeugen sind weiter die **dechiffrierten Telegramme des deutschen Gesandten in Dublin,** die Nachrichten der Gegenspionage enthalten, vorgelegt worden. Er hat zugegeben, diese Nachrichten an das AA weitergeleitet zu haben, sich aber mit der nicht widerlegbaren Tatsache verteidigt, daß ihm der chiffrierte Inhalt nicht bekannt und eine Dechiffrierung in Bern im übrigen in keiner Weise möglich gewesen sei. Der Umstand, daß alle Telegramme etwa fünf Tage lang in Bern gelegen haben, bevor sie nach Berlin weitergegeben worden sind, ist vom Zeugen mit der Überlastung des Berner Chiffrierbüros erklärt worden.

Votum

Der Ausschuß hält Dr. Theo Kordt für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.

Gründe:

Der Ausschuß sieht in Dr. Kordt einen Mann echten Widerstandes.

Hinsichtlich der Weitergabe der Telegramme der Gesandtschaft in Dublin trifft ihn kein Vorwurf, da ihm der Inhalt dieser Nachrichten unbekannt war.

Sein Verhalten in der Angelegenheit des Dokumentenankaufs in Mailand entspricht nicht normalen diplomatischen Aufgaben und Gepflogenheiten. Der Ausschuß stützt sich bei dieser Beurteilung auf das eigene Urteil des Zeugen. Da aber gerade ein Angehöriger der Widerstandsbewegung verschiedener Meinung darüber sein konnte, bis zu welchem Grade Widerstand gegen ein diktatorisches Regime ohne Verletzung der Interessen seines Vaterlandes ausgedehnt werden darf, hält es der Ausschuß nicht für widerlegbar, daß Dr. Kordt als Politiker und Beamter in gutem Glauben gehandelt hat.

13. Hans Ulrich v. Marchtaler

Geboren am 12. Oktober 1906 in Berlin, evangelisch, verheiratet, keine Kinder. — Referendar-, Assessor- und Doktorprüfung mit „ausgezeichnet" (sämtlich in Tübingen); diplomatisch-konsularische Prüfung als einziger mit „vorzüglich".

Laufbahn: August 1932 Referent im Institut für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht in Berlin, Februar 1934 Attaché im AA, 1935/36 Gesandtschaft in Budapest, 1936/38 AA (Büro des Reichsaußenministers Freiherrn v. Neurath), 1938 Vertretung des Gesandten in Dublin, September 1938 bis 1945 Botschaft Tokio. Blieb bis April 1948 ohne automatischen Arrest in Japan und kehrte im Dezember 1948 in die Schweiz zurück. 15. Oktober 1949 Bundeskanzleramt (Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten), Sommer 1950 bis Mai 1951 deutscher Verhandlungsausschuß für den Schumanplan in Paris, 12. Juni 1951 Botschaft Rio de Janeiro.

1936 Legationssekretär, 1940 Gesandtschaftsrat, 1950 Legationsrat I. Kl.

Mitglied der NSDAP seit 1940. Durch Bescheid der Denazifizierungskammer Iserlohn vom 19. August 1948 entlastet (Gruppe V).

Die „Frankfurter Rundschau" wirft Dr. v. Marchtaler vor, er habe sich nach der Besetzung Tokios durch die Amerikaner der Besatzungsmacht als Zeuge gegen seine Kollegen angeboten. Am 19. September 1951 hat Dr. v. Marchtaler von Rio de Janeiro aus die dienstliche Erklärung abgegeben, daß er sich niemals angeboten habe, sondern — wie alle Beamten — geholt worden und für seine ehemaligen Kollegen eingetreten sei.

Votum

Gegen die weitere Verwendung von Dr. v. Marchtaler bestehen keine Bedenken.

Gründe:

In den zur Verfügung stehenden Akten und in sämtlichen vom Ausschuß geprüften Materialien ist nichts für Dr. v. Marchtaler Nachteiliges hervorgetreten. Auch seine Erklärung über sein Verhalten bei den Verhören durch die amerikanische Besatzungsmacht in Tokio erscheint dem Ausschuß glaubwürdig.

14. Wilhelm Melchers

Geboren am 20. Januar 1900 in Bremen, evangelisch-reformiert, ledig. — 1923 Referendarprüfung, Jena 1924 Dr. jur. cum laude, 1927 diplomatisch-konsularische Prüfung genügend.

Laufbahn: 1924/25 Zweigstelle für Außenhandel des AA in Bremen, 1925/27 AA, 1927/31 Gesandtschaft Addis Abeba, 1931/34 AA, 1934/35 Botschaft Tokio, 1935/37 Gesandtschaft Teheran, 1938/39 Konsul in Haifa, 26. Oktober bis 10. Dezember 1939 Gesandtschaft Bern, 11. Dezember 1939 bis Mai 1945 AA (Politische Abteilung, Referat Vorderer Orient). 1946/48 Evangelisches Hilfswerk in Bremen, Juni 1948 bis Dezember 1949 Senat der Hansestadt Bremen, seit 6. Dezember 1949 Bundeskanzleramt (Organisationsbüro, Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten), später AA.

1925 Attaché, 1931 Legationssekretär, 1937 Konsul, 1940 Legationsrat I. Kl., 1943 Vortragender Legationsrat, 16. März 1951 erneut VLR.

Mitglied der NSDAP seit 1. September 1939, Mitglieds-Nr. 7 077 242. Entlastet durch Bescheid der Spruchkammer Bremen vom 13. April 1948.

Die Vernehmungen von Dr. Melchers durch Dr. Schetter haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. M. sei Pg. und VLR bis 1945 gewesen.	—	—
2. M. hat bei Ribbentrop Proteste des Mufti entgegengenommen, der immer nur gekommen sei, „wenn mal ein paar Juden gerettet werden sollten."	Es sei richtig, daß der Mufti ihn (M.) als Referenten für den Vorderen Orient aufgesucht hat, um dagegen zu protestieren, daß bulgarischen und rumänischen Juden freies Geleit über die Türkei nach Palästina gewährt werde. M. hat die Proteste niemals irgendwie gefördert oder unterstützt, so daß der Mufti sie meist schriftlich im Ministerbüro einreichte.	Behauptung der FR an sich richtig, jedoch entstellt, da durch FR Eindruck erweckt werden soll, als käme es auf einen Juden mehr oder weniger nicht an.
3. Der Name M. erscheint ab 1943 auf dem Verteilerschlüssel für Telegramme des AA.	Ist auf Antrag von M. hin auf den Verteilerschlüssel gesetzt worden, um breitere Informationen zu bekommen.	Behauptung der FR an sich richtig, jedoch ohne Bedeutung.
4. Es klingt unglaubhaft, daß M. eidlich behauptet, sein Amt habe mit Terror und Deportation nichts zu tun gehabt.	Das AA hat in eigener Zuständigkeit mit Terror- und Deportationsmaßnahmen gegenüber Juden nichts zu tun gehabt; es sei lediglich als Nachrichtenmittler zuständiger innerer Stellen an Stellen im besetzten und neutralen Ausland tätig gewesen.	Die Angabe der FR enthält nach der Einlassung von M. eine unrichtige Meinungsäußerung.
5. Auf Vorhalt von Dokumenten ist M. eines anderen belehrt worden.	M. wurden Dokumente überhaupt nicht vorgelegt. Lediglich ein Telegramm wurde produziert mit einer Randverfügung „Pol. VII z. g. Kts.". Diese Verfügung war mit einem Faktum durchkreuzt ohne seine Paraphe. Kempner habe sich von ihm mit den Worten verabschiedet: „Sie sind ein weißer Rabe".	Angabe der FR ist danach unrichtig.
6. M. habe beim Verhör die gleiche Formulierung wie v. Nostitz gebraucht, „er sei nur Postbote gewesen".	Die durch das AA gegangenen Dokumente, die sich mit Terror- und Deportationsmaßnahmen beschäftigten, sind nur Übermittlungs- oder sog. Inseraturtelegramme gewesen.	Angabe der FR entstellt.

Dr. Melchers ist in der 11. Sitzung des Untersuchungsausschusses am 22. Februar, der 12. Sitzung am 29. Februar und der 31. Sitzung am 5. Mai 1952 nachmittags vernommen worden.

Der Untersuchungsausschuß hat sich zunächst mit der **politischen Tätigkeit** Dr. Melchers' **während der Kriegszeit** beschäftigt. Dabei hat er insbesondere festgestellt,

daß die Tatsache, daß Dr. Melchers Proteste des Mufti, die den Abtransport von Judenkindern aus Rumänien nach Palästina betrafen, seinen Dienstvorgesetzten vorgelegt hat, nicht zu beanstanden ist, weil Dr. Melchers

a) außer dieser geschäftsleitenden keinerlei sachbearbeitende Tätigkeit ausgeübt hat und

b) selbst ein ablehnendes Votum von Melchers an der Judenvernichtung durch die SS nichts hätte ändern können;

daß Dr. Melchers in dem neu errichteten Konsulat in Haifa unter den schwierigsten Umständen eine anerkennenswerte Tätigkeit ausgeübt hat;

daß Dr. Melchers zum engsten Kreise der Widerstandsgruppe innerhalb des AA gehört hat und sich während des ganzen 20. Juli 1944 im AA bereit hielt, um nach der Beseitigung Hitlers am Aufbau einer neuen Regierungsgewalt in Deutschland mitzuarbeiten; eine von Dr. Melchers am 28. Februar 1946 verfaßte Darstellung seiner Teilnahme an der Widerstandsbewegung wird in Anlage 2 als Dokument Nr. XIV diesem Bericht beigegeben.

In den weiteren Sitzungen hat sich der Untersuchungssausschuß mit der Tätigkeit von Dr. Melchers im **Organisationsbüro** beschäftigt und dabei im wesentlichen die gleichen Feststellungen getroffen, wie sie sich bereits aus der Vernehmung von Dr. Haas ergeben hatten. Insbesondere ist die Frage geprüft worden, warum erst in einem verhältnismäßig späten Zeitpunkt die Einschaltung des Document Center erfolgt ist. Dabei hat sich herausgestellt, daß der Zeuge von der Existenz des Document Center erst durch den Verkehr mit dem Petersberg erfahren hat und Einzelfälle die Veranlassung zur Heranziehung des Document Center gewesen sind, während man sich im übrigen auf alte Bekanntschaften, das eigene Urteil, formlose kollegiale Besprechungen usw. verlassen hat.

Mit Dr. Melchers ist in der zweiten und dritten Vernehmung sodann eine große Anzahl von Einzelfragen besprochen worden, u. a. auch die der oberen (gehobenen mittleren) Beamten. Bei der engen Zusammenarbeit von Dr. Haas und Dr. Melchers ist es verständlich, daß die Vernehmung das gleiche Ergebnis hatte wie die von Dr. Haas, über die oben bereits Mitteilungen gemacht worden sind.

In der letzten Vernehmung von Dr. Melchers hat der Ausschuß versucht, der **Behandlung der Bewerbung des** jetzigen **Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Otto John,** auf den Grund zu gehen. Es steht fest, daß sich Dr. John um die Jahreswende 1949/50 beworben hat, am 7. Januar 1950 auch der Nürnberger Verteidiger Helmut Becker um eine Auskunft über Dr. John gebeten worden ist, die von Becker umgehend gegeben worden ist. Der Untersuchungsausschuß hat ferner festgestellt, daß ein Verwandter des am 20. Juli 1944 getöteten Generalobersten Beck, Rudolf Beck, sich am 3. März 1950 günstig über Dr. John geäußert hat, Dr. John selbst zwischenzeitlich, nämlich im Februar 1950, im AA vorgesprochen hat, daß sich Bundesminister Kaiser später für Dr. John verwendet hat — und trotzdem keine Entscheidung des AA über die Einstellung von Dr. John erfolgt ist. Dr. Melchers erklärte zu dem Komplex Dr. John, daß er sich völlig frei davon fühle, Dr. John bewußt oder unbemußt irgendwelche Nachteile zugefügt zu haben.

Votum

Der Ausschuß erhebt gegen die Weiterverwendung von Dr. Melchers keine Bedenken, spricht sich jedoch gegen seine Verwendung in der Personalabteilung und gegen jede Einflußnahme auf diese durch ihn aus. Der Ausschuß empfiehlt der Bundesregierung eine genaue Durchsicht des Protokolls vom 5. Mai 1952 über die Vernehmung von Dr. Melchers vor dem Ausschuß.

Gründe:

Der Untersuchungsausschuß hat über die persönliche Integrität von Dr. Melchers keine Zweifel. Er sieht in seiner Haltung innerhalb des Kreises der Männer des 20. Juli 1944 eine echte Widerstandshandlung.

Der Ausschuß hat jedoch den Eindruck, daß sich die amtliche Tätigkeit von Dr. Melchers während des letzten Krieges unter einem außerordentlich eingeengten Horizont abgespielt hat.

Auch die Tätigkeit von Dr. Melchers im Organisationsbüro und in der Personalabteilung des AA hat offensichtlich unter einer bestimmten Beschränktheit der Aspekte gelitten.

Die Aussagen von Dr. Melchers im Falle Dr. Otto John bedürfen der Nachprüfung unter dem Gesichtspunkt der Dienstpflicht des Beamten, sich bei allen dienstlichen Äußerungen der Wahrheit zu befleißigen. Selbst wenn, wie der Untersuchungsausschuß anzunehmen geneigt ist, Dr. Melchers subjektiv die Wahrheit gesagt hat, bleibt zu untersuchen, welche Schlüsse aus dem mangelnden Erinnerungsvermögen zu ziehen sind.

15. Gottfried v. Nostitz-Drzewiecki

Geboren am 19. August 1902 in Dresden, evangelisch-lutherisch, ledig. — 1925 Referendarprüfung gut oder sehr gut (Unterlagen fehlen), Ende 1929 diplomatisch-konsularische Prüfung gut.

Laufbahn: 1927/30 AA, 1930/33 Gesandtschaft Belgrad, 1933/34 AA, 1934/38 Gesandtschaft Wien, 1938/40 AA, 1940/45 Konsulat Genf. 1. August 1950 Bundeskanzleramt (Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten).

1934 Legationssekretär, 1939 Legationsrat II. Kl., 1941 Konsul II. Kl.

Mitglied der NSDAP seit 1941; Mitglieds-Nr. 8 156 544. Seit 1938 im NSKK. — v. Nostitz hat dazu folgende Erklärung abgegeben:

> „1942 erhielt ich die Mitteilung von meiner Annahme als Parteianwärter, 1943 Parteiabzeichen und -karte. Da ich aber weder vereidigt wurde, noch das Mitgliedsbuch erhielt oder beantragte, bin ich nicht Parteimitglied geworden."

Durch Bescheid der Spruchkammer Wolfratshausen/Isar vom 21. April 1947 entlastet (Gruppe V).

Die Erhebungen von Dr. Schetter haben folgendes ergeben:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. v. N. sollte zur Botschaft Paris versetzt werden, französische Regierung verweigerte trotz Entnazifizierung Visum mit Begründung, N. habe als Konsul II. Kl. in Genf mit SD zusammengearbeitet.	Der französischerseits geäußerte Verdacht, daß v. N. mit SD zusammengearbeitet habe, ist widerlegt. Auf Anweisung des franz. Innenministeriums erhielt v. N. das Einreisevisum. Die Behauptung der Zusammenarbeit mit dem SD ist daher objektiv unrichtig.	Artikel erweist sich nach Einlassung von N. als unrichtig.
2. „Ballettmeister" Erich Kordt habe v. N. für den Nürnberger Prozeß einstudiert.	Behauptung ist objektiv unrichtig.	Behauptung der FR ist objektiv unrichtig.
3. v. N. hat während der Nürnberger Prozesse dauernd Verbindung mit Kordt, Etzdorf und Kessel gehabt, Protokolle der anderen eingesehen, die ihm sogar nach Stuttgart geschickt worden sind. v. N. schickt seine eigenen Affidavits in mehreren Exemplaren herum.	v. N. war im Interesse der Erforschung der Wahrheit darauf bedacht, sein Gedächtnis über jahrelang zurückliegende Vorgänge aufzufrischen. Mangels Unterlagen hat er Kontakt mit anderen aufgenommen und Protokolle eingesehen, die ohnehin jedem zugänglich waren.	Behauptung der FR wird im wesentlichen als nicht unrichtig zu bezeichnen sein, abgesehen davon, daß dieser Behauptung keine besondere Bedeutung beizumessen ist.
4. v. N. steht im Tagebuch v. Hassels und zeigte damals starke Tendenz, Weizsäcker zu verteidigen.	v. N. hat v. Weizsäcker schon v. Hassell gegenüber verteidigt. v. N. war nach den zahlreichen Notizen v. Hassells einer seiner politischen Vertrauten, wie durch den Sohn v. Hassels, Wolf-Ulrich v. Hassell, bestätigt werden kann.	Behauptung der FR ist im wesentlichen zutreffend, enthält aber sonst keine wesentlichen Dinge.
5. v. N. hat Bombardierung der offenen Stadt Warschau befürwortet und vorgeschlagen.	Diese Behauptungen sind objektiv unrichtig. v. N. wurde im Referat Pol. I M im Mai 1940 seiner Stellung enthoben, weil er sich mit Erfolg bemüht hat, Brüssel vor einer Bombardierung zu bewahren. Seine Haltung im Falle Brüssel ist in zwei Publikationen erwähnt.	Nach Einlassung von N. sind die Behauptungen der FR unrichtig.
6. v. N. habe das Angebot des Papstes, Weihnachten 1939 eine Waffenruhe zu veranstalten, hinhaltend behandelt, damit es nicht zu einer Waffenruhe kommt.	Die Behauptungen sind objektiv unrichtig.	Nach Einlassung von N. sind Behauptungen der FR objektiv unrichtig.
7. v. N. habe in seinen Vernehmungen zwanzigmal erklärt, er erinnere sich nicht.	Die FR hat übersehen, daß von den 20 Antworten 11 Antworten auf Suggestivfragen Kempners gewesen sind, dem es im Kreuzverhör darauf ankam, die Person von N. zu diffamieren. Die diesbezüglichen Sätze in dem Artikel entstellten deshalb die Protokollauszüge.	Nach Einlassung von N. ist die Darstellung der FR unvollständig und entstellt damit die Tatsachen.

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
8. v. N. sei Pg. und Konsul II. Kl. gewesen, will aber „nur Postbote" gewesen sein.	Diese Bemerkung „nur Postbote" ist nicht im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit in Genf, sondern mit der Tätigkeit im Referat Pol. I M gemacht worden. Laut Protokoll hat v. N. erklärt, das Referat Pol. I M sei in sehr vielen Dingen ein Postbote, ein Übermittler von Mitteilungen gewesen; das trifft zu.	Artikel enthält eine Halbwahrheit und entstellt den Sachverhalt.
9. Wie viele biedere „Postbeamte" waren wohl bei ihrer Entnazifierung in der Lage, 35 „Persilscheine" vorzulegen, wie sie v. N. nötig zu haben glaubte?	Die FR unterläßt, anzugeben, daß sich unter diesen Zeugnissen 7 Zeugnisse von Hinterbliebenen und sonstigen Überlebenden des 20. Juli 1944, 18 Zeugnisse angesehenster Ausländer und nur 5 Zeugnisse von früheren Angehörigen des AA befanden.	Die Angabe der FR ist unvollständig, vermittelt ein falsches Bild und entstellt damit die Tatsachen.

Der Untersuchungsausschuß hat sich bei der Vernehmung v. Nostitz' in der 19. und 27. Sitzung am 27. März und 23. April 1952 insbesondere mit der Haltung des Zeugen in Bezug auf das **Bombardement von Warschau** und den Waffenruhe-Vorschlag, den der Papst Weihnachten 1939 gemacht hatte, beschäftigt. Er hat festgestellt, daß diese Beschuldigungen falsch sind. Der Zeuge hat bei der ganzen Frage, ob Warschau bombardiert werden soll, überhaupt nicht mitgewirkt und sich später der Bombardierung der offenen Stadt Brüssel widersetzt. — Bei der Behandlung des vom **Papst** unterbreiteten **Vorschlages einer Waffenruhe Weihnachten 1939** trifft v. Nostitz keine Schuld, da ihm von diesem überhaupt nichts bekannt geworden ist.

Es ist richtig, daß die Akten v. Nostitz' eine ungewöhnlich große Zahl von Affidavits enthalten. v. Nostitz hat zugegeben, daß er sich diese zur Stützung und Kontrolle seines Gedächtnisses beschafft habe. Einen besonderen Plan habe er dabei nicht verfolgt.

v. Nostitz hat an den Bestrebungen des **Widerstandskreises** im alten AA teilgenommen. Seine wiederholten Reisen von Genf nach Berlin erklären sich aus dem Wunsch, das Unternehmen zu stützen und religiöse Bedenken der Attentäter zu zerstreuen. So war er am 6. Juli 1944 in Berlin anwesend, als die Umsturzpläne von Graf Peter York, Graf Fritz-Dietloff v. d. Schulenburg, Adam Trott zu Solz, Werner v. Haeften und Graf Berthold Stauffenberg besprochen wurden.

Die von der „Frankfurter Rundschau" angegebene Tatsache, daß v. Nostitz im Jahre 1950 durch den Französischen Hohen Kommissar die Einreise nach Frankreich verweigert worden ist, konnte aufgeklärt werden. Zu der in den Akten v. Nostitz' befindlichen Notiz, daß sich Ministerialdirektor Blankenhorn geweigert habe, zugunsten v. Nostitz zu intervenieren, hat Blankenhorn selbst eine Erklärung abgegeben, die in Anlage 2 als Dokument Nr. XV abgedruckt ist. Unterdessen hat v. Nostitz auch ein französisches Einreisevisum erhalten.

Die Frage, ob sich der Zeuge beim Verhör in Nürnberg unwürdig verhalten habe, wurde vom Untersuchungsausschuß verneint. v. Nostitz mußte 141 Fragen beantworten; auf 20 von ihnen hat er erklärt, sich nicht erinnern zu können, wobei 11 von diesen 20 Fragen Suggestivfragen gewesen sind.

Votum

Der Ausschuß hält v. Nostitz für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.

Gründe:

Der Ausschuß sieht in v. Nostitz einen Mann echten Widerstandes.

Die Behauptungen über das Bombardement von Warschau und den Vorschlag einer Waffenruhe Weihnachten 1939 durch den Papst haben sich als gegenstandslos erwiesen. Das gleiche gilt für die Verdächtigungen des Französischen Hohen Kommissars.

Die Sammlung von Affidavits erscheint zwar bedenklich, ist in der Situation der ersten Nachkriegsjahre jedoch verständlich und entschuldbar.

Das gleiche gilt für die Haltung v. Nostitz' bei den Nürnberger Verhören.

16. Peter Pfeiffer

Geboren am 3. Februar 1895 in Speyer, katholisch, ledig. — Referendarexamen Mai 1922 „bestanden", Assessorexamen Dezember 1924 gut, diplomatisch-konsularische Prüfung Januar 1928 gut.

Laufbahn: 1926/28 AA, Februar bis November 1928 Gesandtschaft Prag, November 1928 bis Februar 1930 AA (Ministerbüro), Februar 1930 bis August 1934 Botschaft Moskau, September 1934 bis September 1938 Botschaft Paris, Oktober 1938 bis Oktober 1940 Botschaft Rom, November 1940 bis November 1941 Gesandschaft Tirana, Februar bis November 1942 Generalkonsulat Algier, November 1942 bis März 1944 interniert, August 1944 bis April 1945 AA. 1945/46 automatischer Arrest, seit 16. November 1949 Bundeskanzleramt (Leiter des Deutschen Büros für Friedensfragen), später Leiter der Ausbildung der Anwärter des Auswärtigen Dienstes.

1929 Legationssekretär, 1938 Gesandtschaftsrat II. Kl., 1941 Generalkonsul, 1942 Generalkonsul I. Kl.

Mitglied der NSDAP seit Ende 1941; Mitglieds-Nr. 8 128 186. In öffentlicher Verhandlung der Spruchkammer München am 4. Mai 1948 entlastet (Gruppe V).

Die Vernehmung durch Dr. Schetter führte zu folgendem Ergebnis:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. Pf. sei Pg. gewesen.	Trifft zu, daß Mitglied laut Mitgliedskarte vom Dez. 1940, die ihm im April 1941 ausgehändigt wurde.	Keine unrichtige Angabe der FR.
2. Pf. ist NS-Generalkonsul in Algier gewesen.	War Deutscher Generalkonsul in Algier.	Keine wesentlich unrichtige Angabe der FR.
3. Von Pf. stammt der viel belächelte Funkspruch nach der Landung der Alliierten in Nordafrika: „Stadt unter Artilleriefeuer. Dies ist mein letztes Telegramm. Es lebe der Führer. Pfeiffer.“	Telegramm ist unvollständig wiedergegeben. Den Wortlaut besitzt Pf. nicht mehr. Nach seiner Erinnerung hatte Telegramm folgenden Inhalt und Aufbau: „Ich erfahre, daß zwischen alliierten Landungstruppen und französischem Kommando Waffenstillstand für Algier abgeschlossen worden ist, amerikanische Gefangene sind freigegeben. Die Stadt ist ruhig, lediglich im Hafen brennt durch deutsche Bomber in Brand gesetztes Benzinlager. Haben Geheimsachen verbrannt, werden jetzt Chiffriermaterial und -gerät vernichten.“ Telegramm kam in Berlin mit dem Schluß an: „Sieg Heil Führer und Deutschland. Pfeiffer“. Pf. übernimmt für diese Form und Fassung Verantwortung, obwohl sie nicht ganz dem Original in Algier entspricht.	Unrichtige Angabe der FR wird kaum behauptet werden können.
4. Peter und Anton Pfeiffer beförderten v. Herwarth in Bayerische Staatskanzlei.	Peter Pf. war nach 1945 mangels jeder amtlichen Stellung nicht in der Lage, irgend jemanden in die Bayerische Staatskanzlei „zu befördern“.	Angabe der FR ist als unrichtig zu bezeichnen.
5. FR spricht von Dozentenposten der Diplomatenschule für v. Rintelen und Erich Kordt.	Es gibt keine ständigen Dozenturen. Es werden von Fall zu Fall nur fachkundige Personen zu Vorträgen eingeladen.	Angabe der FR entstellt.

Der Untersuchungsausschuß hat Peter Pfeiffer in seiner 30. Sitzung am 25. April 1952 gehört. Über die Tatsache seiner auffallend guten Beurteilung durch die Parteistellen der NSDAP befragt, hat der Zeuge erklärt, diese gehe auf den ersten Landesgruppenleiter in Italien, Ehrich, zurück und sei dann in den Akten immer wieder abgeschrieben worden. Daß er, „obwohl praktizierender Katholik", 1944 zum Botschaftsrat in Paris vorgesehen war und auch entsandt werden sollte, hat Pfeiffer erst durch den Untersuchungsausschuß erfahren. Pfeiffer hat sich damals zur Wehrmacht gemeldet; seine Abstellung wurde jedoch abgelehnt.

Text und Umstände der Absendung des letzten Telegramms aus Algier hat der Zeuge dem Untersuchungssauschuß genau so dargestellt wie in der früheren Zusammenstellung von Dr. Schetter angegeben.

Wegen der Anstellung Herwarth v. Bittenfelds in der Bayerischen Staatskanzlei wird auf den Bericht über diesen verwiesen.

Dem Ausschuß war bekannt, daß v. Rintelen nur ein einziges Mal als Dozent in Speyer tätig gewesen ist.

Der Untersuchungsausschuß hat anerkennend zur Kenntnis genommen, daß Pfeiffer in keiner Weise zu behaupten versucht, mit den Männern des Widerstandes, denen er seine höchste Achtung bezeugt, in Verbindung gestanden zu haben.

Votum

Der Ausschuß erhebt gegen die Weiterverwendung von Peter Pfeiffer keine Bedenken, empfiehlt jedoch, im ersten Jahre keine Verwendung im Ausland in Aussicht zu nehmen, zumal der Zeuge dem Ausschuß erklärt hat, daß sein Wunsch zunächst nicht auf eine solche Verwendung gerichtet sei.

Gründe:

Abgesehen von der nicht restlos aufzuklärenden Absendung des letzten Telegramms aus dem Generalkonsulat in Algier sind keine Umstände zutage getreten, aus denen bewiesen werden könnte, daß sich Pfeiffer während des Dritten Reiches menschlich, moralisch oder juristisch nicht korrekt verhalten habe. Der Ausschuß hat gegen eine Weiterverwendung insbesondere auch deshalb keine Bedenken, weil es sich bei Pfeiffer offensichtlich um einen gut begabten und gebildeten Mann handelt (er beherrscht fünf Fremdsprachen, u. a. Italienisch und Russisch).

17. Werner Schwarz

Dr. Schwarz war von 1923 bis 1937 im Auswärtigen Dienst des ehemaligen Deutschen Reiches und wurde 1937 entlassen, weil er mit einer sogenannten Nichtarierin verheiratet war.

Dr. Schwarz ist in der 6. Sitzung des Ausschusses am 13. Februar, in der 7. am 14. Februar und in der 11. Sitzung am 22. Februar 1952 vernommen worden.

In seiner Vernehmung durch Herrn Dr. Schetter am 30. Oktober 1951 hat Dr. Schwarz bereits gesagt, daß seine Aufgaben, nachdem er im Januar 1950 in die Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt eingetreten war, hauptsächlich auf den Gebieten der Verwaltung und der Organisation lagen, er von Dr. Haas aber auch mit zur Beratung von Personalangelegenheiten herangezogen worden ist. Später habe er Nachwuchsfragen bearbeitet.

Der Zeuge Dr. Schwarz ist zuerst zu der Frage der **oberen (gehobenen mittleren) Beamten** vernommen worden. Er hat bestätigt, daß mit seiner Zustimmung der inzwischen verstorbene Himke, Loeper und Papenfuß (Kanzler im früheren Auswärtigen Dienst) berufen worden seien, um den Personalkörper der oberen (gehobenen mittleren) Beamten aufzubauen. Diese haben unter der Verantwortlichkeit von Dr. Kreutzwald und mit Hilfe von Damerau an ehemalige Kollegen privat brieflich die Aufforderung zum Wiedereintritt in den Auswärtigen Dienst gerichtet. Als ihm aufgefallen sei, daß dadurch eine größere Anzahl von Pg.s reaktiviert wurde, habe er die Sache abgestellt. Um neue Kräfte zu gewinnen, seien dann im Dezember 1951 die Landesregierungen aufgefordert worden, jüngere Beamte aus der Regierungsinspektorenlaufbahn zu veranlassen, sich für den Auswärtigen Dienst zu melden.

Dr. Schwarz hat es sodann für richtig gehalten, dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „privat" mitzuteilen, daß der neue Leiter der Personalabteilung, VLR Dr. Wilde, Mitglied der NSDAP gewesen sei. Der Vorsitzende hat darauf gedrungen, daß ihm diese Mitteilung offiziell gemacht wurde. Dr. Wilde ist in der 11. Sitzung am 22. Februar 1952 durch den Ausschuß vernommen worden und hat dabei dem Sinne nach erklärt:

> Seit meinem 11. Lebensjahre habe ich sehr aktiv an der katholischen Jugendarbeit teilgenommen und diese Tätigkeit, obgleich ich mich im juristischen Vorbereitungsdienst befand, auch im „Dritten Reich" fortgesetzt. Nach einem Zusammenstoß mit der Geheimen Staatspolizei bin ich 1935 nach Genf gegangen und wurde dort, trotzdem ich mich mit Emigrantenkreisen angefreundet hatte, vom Ortsgruppenleiter der NSDAP aufgefordert, in die Partei einzutreten. Ich habe dem Mann erklärt, daß ich aus grundsätzlichen weltanschaulichen Gesichtspunkten nicht der NSDAP beitreten könne. Damit ich meinen Vorbereitungsdienst beenden könnte, bot mir der Ortsgruppenleiter an, einen Aufnahmeantrag zu unterschreiben und versprach mir dabei ausdrücklich in die Hand, daß er diesen Antrag nicht weitergeben werde. Ich bin nach Deutschland zurückgekehrt und habe 1939 den Assessor gemacht. Ich habe niemals eine Mitgliedskarte erhalten, niemals Beiträge gezahlt noch mich

sonstwie für die NSDAP betätigt. Im Gegenteil hatte ich im Reichswirtschaftsministerium sofort wieder Schwierigkeiten mit der NSDAP. Als ich zum Regierungsrat ernannt werden sollte, legte der Stab Heß sein Veto ein und erklärte, daß ich weder der Partei noch einer ihrer Gliederungen angehöre und außerdem jedes Interesse an von der Partei betreuten Organisationen vermissen lasse. Ich habe mich dann in die Militärverwaltung geflüchtet. Meine Ernennung zum Regierungsrat hat sich über zwei Jahre verzögert.

Der Ausschuß hat nach der Vernehmung von Dr. Wilde beschlossen:

Die Darlegungen von Dr. Wilde werden vom Ausschuß als glaubwürdig angesehen. Für den Ausschuß gilt die Angelegenheit als erledigt.

Votum

Dr. Schwarz ist nicht geeignet zur Weiterverwendung in der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes; im übrigen werden gegen seine Verwendung keine Bedenken erhoben.

Gründe:

Der Ausschuß möchte die Tatsache, daß Dr. Schwarz zu den aus sogenannten rassischen Gründen Verfolgten gehört, anerkennen und spricht sich deshalb für seine Weiterverwendung aus. Die Art seiner Tätigkeit im Organisationsbüro und die Dr. Wilde zugefügte Belastung lassen Dr. Schwarz jedoch als ungeeignet für eine Tätigkeit in der Personalabteilung erscheinen.

18. Hans Schwarzmann

Geboren am 16. Februar 1913 in Aschaffenburg, evangelisch, verheiratet, vier Kinder. — 1935 Referendarprüfung gut, 1936 Diplom-Volkswirt fast gut, 1936 Dr. jur. cum laude (Erlangen), keine Berufsprüfung für den Auswärtigen Dienst.

Laufbahn: Februar bis April 1940 AA (Wirtschaftsabteilung), 16. April bis Mitte 1940 Gesandtschaft Kopenhagen (nach der Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen), 25. August 1940 bis 1. November 1941 AA (Ministerbüro Ribbentrop), 1. November 1941 bis 1. Februar 1942 Generalkonsulat Casablanca, anschließend bis 9. November 1942 Generalkonsulat Algier, November 1942 bis Frühjahr 1944 Internierung, Juni 1944 bis April 1945 Wehrmacht. Dezember 1947 bis 31. Juli 1950 Bayerische Staatskanzlei, 2. August 1950 Bundeskanzleramt (Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten).

29. Mai 1941 Legationssekretär, 30. April 1944 Legationsrat, 30. November 1949 Regierungsrat auf Widerruf, 27. März 1950 Regierungsrat auf Lebenszeit, jetzt noch aus dem bayerischen Staatsdienst in das AA abgeordnet.

Die Frau des Reichsaußenministers v. Ribbentrop ist eine Kusine von Frau Schwarzmann. Zwischen den Frauen hat familiärer Verkehr stattgefunden. Dr. Schwarzmann selbst ist nach seiner Angabe nicht in nähere Berührung mit Ribbentrop gekommen.

Mitglied der NSDAP seit 1. Mai 1933; Mitglieds-Nr. 3 151 913. Durch Bescheid der Spruchkammer Landsberg am Lech vom 22. August 1947 als Mitläufer kategorisiert (Gruppe IV).

Die Untersuchungen von Dr. Schetter haben folgendes ergeben:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. Sch. sei Pg. gewesen.	Angabe ist zutreffend.	Keine unrichtige Angabe der FR.
2. Sch. sei von Herwarth in die Bayerische Staatskanzlei gezogen worden.	Behauptung ist unrichtig. Sch. hat v. Herwarth bis zum Eintritt in die Bayerische Staatskanzlei überhaupt nicht gekannt.	Angabe der FR ist unrichtig.
3. Sch. sei Verbindungsmann zu Botschafter Abetz gewesen, durch dessen Hand der berüchtigte Vorgang über die geplante Ermordung der französischen Minister Mandel und Reynaud gegangen sei.	Sch. war nicht der Botschaft Paris, sondern dem Ministerbüro in Berlin zugeteilt. Unrichtig, daß Sch. mit der geplanten Erschießung der Minister Mandel und Reynaud etwas zu tun gehabt habe. Ein diesbezügliches Telegramm hat Sch. lediglich im Durchdruck zur Kenntnis erhalten.	Angabe der FR ist entstellt.

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
4. Sch. habe laufend völkerrechtswidrige Aufträge weitergegeben.	Angabe der FR ist unrichtig. Sch. hat im Ministerbüro nur Durchdrucke der Berichte der Botschaft erhalten. Völkerrechtswidrige Aufträge sind überhaupt nicht durch seine Hand gegangen.	Angabe der FR ist unrichtig.
5. Sch. habe vorerwähnte Tatsachen bei seiner Entnazifizierung verschwiegen.	Sch. wurde im schriftlichen Verfahren entnazifiziert. Auf eine Eingabe des Office of Chief of Counsel for War Crimes in Nürnberg hat eine erneute Prüfung zur Bestätigung des Spruches der Spruchkammer geführt. Entscheidende Instanz war der bekannte Staatssekretär a. D. Camille Sachs.	Angabe der FR ist unrichtig.

Die Untersuchungen des Ausschusses haben sich insbesondere auf die **dienstliche Tätigkeit Dr. Schwarzmanns im Ministerbüro von Ribbentrop** erstreckt. Nach der Angabe Dr. Schwarzmanns in der 28. Sitzung des Untersuchungsausschusses am 24. April 1952 sei er in das Ministerbüro gekommen, weil Ribbentrop einen großen Dienstverkehr mit dem sogenannten Botschafter Abetz in Paris erwartet habe. Um Feststellungen über Art und Umfang seiner Tätigkeit zu treffen, ist dem Zeugen eine Anzahl von Nürnberger Dokumenten über die Judenfrage in Frankreich, den Schutz französischer Kriegsgefangener, die Ausnutzung der französischen Wirtschaftskraft durch Deutschland, die Verwertung französischer Wertpapiere und die Erschießung der früheren französischen Minister Reynaud und Mandel vorgelegt worden. Der Zeuge hat dazu erklärt, daß diese Dokumente von ihm nur mit geschäftsleitenden Verfügungen versehen worden sind, die der Sammlung und Ordnung des Materials zur Vorlage für Ribbentrop und zur Aufbewahrung im Ministerbüro dienten. In keinem Falle habe er eine sachbearbeitende oder vortragende Tätigkeit ausgeübt. In bezug auf das Dokument betreffend den Vorschlag des sogenannten Botschafters Abetz, die ehemaligen französischen Minister Mandel und Reynaud zu erschießen, hat Dr. Schwarzmann erklärt, daß er sich darüber aus Gewissensgründen und Mitteilungsbedürfnis mit seinen Kollegen im Ministerbüro und im Vorzimmer des Staatssekretärs v. Weizsäcker unterhalten habe. Einen dienstlichen Zweck hätten diese Besprechungen schon deshalb nicht haben können, weil Ribbentrop unverzüglich negativ reagiert habe. Dr. Schwarzmann war damals 28 Jahre alt.

Votum

Der Ausschuß erhebt keine Bedenken gegen die Weiterverwendung von Dr. Schwarzmann, empfiehlt jedoch, zunächst von einer Verwendung im Ausland abzusehen.

Gründe:

Dr. Schwarzmann hat tatsächlich an keiner Handlung teilgenommen, die ihn belastet. Seine Weiterverwendung kann das Ansehen der Bundesrepublik nicht schädigen.

Der Untersuchungsausschuß sieht in Dr. Schwarzmann keinen Fachbeamten, dessen Kenntnisse und dienstliche Erfahrungen für den Aufbau des AA unentbehrlich gewesen wären. Angesichts der besonderen Umstände, unter denen er in das AA eingetreten und verwendet worden ist, hält es der Ausschuß in seinem und im allgemeinen Interesse für geboten, daß er zunächst in der Zentrale und nicht im Auslandsdienst verwendet wird.

19. Susanne Simonis

Geboren am 29. Januar 1904 in Berlin-Charlottenburg, katholisch, ledig. — Abitur als Externe, sechs Semester Studium der Rechts- und Staatswissenschaften ohne Abschlußprüfung.

1930/41 Redaktion der Frauenzeitschrift „Fürs Haus", 1941/45 Führung des Haushalts von Dr. Erich Kordt in Tokio. 1. Januar 1950 Deutsches Büro für Friedensfragen, seit 1. April 1950 Bundeskanzleramt (Frauenreferat der Personalabteilung in der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten).

Mitglied der Frauenschaft der Auslandsdeutschen in Tokio seit etwa 1941. Durch Bescheid der Spruchkammer Stuttgart vom 8. März 1948 vom Befreiungsgesetz nicht betroffen.

Die Untersuchungen von Dr. Schetter haben folgendes ergeben:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. Stand in Ostasien der NS-Frauenschaft sehr nahe.	Besuchte wie alle weiblichen Botschaftsangehörigen seit Juni 1941 in Tokio die regelmäßigen Arbeitsnachmittage der „auslandsdeutschen Frauenschaft“, die ihren früheren Charakter als „Hilfsverein“ insofern aufrechterhielt, als vorwiegend Kindersachen genäht wurden.	Artikel der FR entstellt Sachverhalt.
2. Hielt über Radio Tokio Reden an deutsche Frauen.	Radiovortrag in Tokio gehalten. Auf Wunsch in Tokio Vortrag über Leben im Kriegsdeutschland gehalten. Nationalsozialistische Schlagworte kamen nicht darin vor. Gleicher Vortrag auf Aufforderung auch in Yokohama und Kobe gehalten.	Keine Unrichtigkeit der FR.
3. Frau S. verlangt für Eintritt des Nachwuchses in das AA abgeschlossenes Hochschulstudium über das sie selbst nicht verfügt.	Hat Universitätsstudium nicht abgeschlossen.	Insoweit keine Unrichtigkeit des Artikels der FR.

Der Untersuchungsausschuß hat Wert auf die Rekonstruktion der **Rede** gelegt, die Frau Simonis **über Radio Tokio** gehalten hat. Das Manuskript hat vorgelegen und keinen Anlaß zu Beanstandungen gegeben.

Der Untersuchungsausschuß hat weiter die Tätigkeit von Frau Simonis im **Widerstand** geprüft und festgestellt, daß sie im Jahre 1938 mit einer wichtigen Nachricht, die zur Durchkreuzung der Kriegspolitik Hitlers bestimmt war, nach London geschickt wurde. Frau Simonis mußte diese Nachricht auswendig lernen und hat sie nach Überschreiten der deutschen Grenze im D-Zug niedergeschrieben und weitergegeben.

Votum

Gegen die weitere Beschäftigung von Frau Simonis im Auswärtigen Dienst sind keine Bedenken zu erheben.

Gründe:

Frau Simonis war an einer echten Widerstandshandlung beteiligt. Sie hat sich nicht im nationalsozialistischen Sinne betätigt.

20. Alois Tichy

Geboren am 14. Juli 1906 in Antonienhütte (Oberschlesien), katholisch, geschieden, keine Kinder. — Referendarexamen ausreichend, Assessorprüfung voll befriedigend, Promotion zum Dr. jur. cum laude (Breslau), japanische Sprachprüfung mit Auszeichnung, diplomatisch-konsularische Prüfung ausreichend.

Laufbahn: 1933 AA, März 1934 bis Juli 1935 Gesandtschaft Kaunas, 1935/45 Botschaft Tokio. 1. November 1949 Deutsches Büro für Friedensfragen, 1. Juli 1950 Bundeskanzleramt (Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission).

1937 Legationssekretär, 1940 Gesandtschaftsrat.

1934 Parteianwärter, 1937 Mitglied der NSDAP; Mitglieds-Nr. 4 679 248. Durch Sühnebescheid der Spruchkammer Ludwigsburg vom 28. Mai 1948 mit einer Sühne von 50 RM als Mitläufer in Gruppe IV eingereiht.

Die Vernehmung durch Dr. Schetter ergab:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. Pg. und Parteirichter, daher Funktionär der NSDAP von 1936 bis 1943.	Niemals Parteirichter gewesen. Im Nov. 1937 in Partei aufgenommen und Aufgabe eines Schlichters in Tokio übertragen erhalten. Empfiehlt Auskunft beim Document Center.	Keine Unrichtigkeit der FR, daß T. Pg. gewesen. Unrichtig, daß T. Parteirichter gewesen. Richtig, daß T. Schlichter der NSDAP gewesen ist und damit in gewissem Umfange Funktionär. Behauptung der FR enthält insoweit eine nicht sehr wesentliche Abweichung von der Richtigkeit.

Der Untersuchungsausschuß, der Dr. Tichy in der 20. Sitzung am 28. März 1952 vernommen hat, ist bemüht gewesen, die Frage zu klären, ob die **Tätigkeit eines Uschla-Funktionärs in Tokio** mit der Tätigkeit eines Parteirichters identisch ist. Die Prüfung hat ergeben, daß innerhalb der Auslandsorganisation die Institution der Uschla auch fortbestand, nachdem sie 1934 in Deutschland selbst durch die Parteirichter ersetzt worden war. Dr. Tichy ist schlichtend zwischen Mitgliedern der NSDAP sowie zwischen solchen und Mitgliedern der deutschen Kolonie in Tokio tätig gewesen. Urteile sind von ihm nicht gefällt worden.

Votum

Der Ausschuß erhebt keine Bedenken gegen die Weiterverwendung von Dr. Tichy, empfiehlt aber eine Verwendung im internen Dienst des Auswärtigen Amtes.

Gründe:

Dr. Tichy hat sich nicht im Sinne der NSDAP politisch betätigt, jedoch lassen die Umstände des vorliegenden Falles bei seiner Verwendung im Auslandsdienst Zurückhaltung geboten erscheinen.

21. Heinz Trützschler v. Falkenstein

Geboren am 26. November 1902 in Nordhausen, evangelisch, verheiratet, zwei Kinder. — Dr. phil. (Historiker) 1924 in Halle „mit Auszeichnung".

Laufbahn: 1929/30 wissenschaftlicher Assistent im Institut für auswärtige Politik an der Universität Hamburg, 1930/33 Sekretariat des Völkerbundes in Genf (Informationsabteilung), 1934 AA, 1935/39 Konsulat Genf, März bis Mai 1939 Gesandtschaft Prag, Mai bis September 1939 Botschaft Warschau, 1939/45 AA (Politische Abteilung). Nach automatischem Arrest 1946/49 im Hessischen Statistischen Landesamt, Ende 1949 Bundeskanzleramt (Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission). 20. November 1934 Attaché, 28. November 1936 Vizekonsul, 10. August 1941 Legationsrat, Februar 1944 Legationsrat I. Kl., 13. August 1949 Oberregierungsrat, 22. November 1950 erneut Legationsrat I. Kl.. Im August 1951 ist eine Kabinettsvorlage betreffend die Ernennung Dr. v. Trützschlers zum Gesandten I. Kl. vorbereitet worden.

Am 17. August 1936 hat Dr. v. Trützschler die dienstliche Erklärung abgegeben, daß er sich in seinem beruflichen Werdegang niemals der Vermittlung von Abgeordneten oder führenden Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei bedient hat und daß er insbesondere den Abgeordneten Dr. Breitscheid nicht persönlich kannte. Ebenso hat Dr. v. Trützschler erklärt, daß seine Tätigkeit in der Informationsabteilung des Genfer Völkerbundes nicht auf Beziehungen zu dem früheren sozialdemokratischen Juristen Dr. Wertheimer zurückzuführen sei; er habe im Völkerbundssekretariat vielmehr in dauerndem Kampf mit Dr. Wertheimer gestanden.

Mitglied der NSDAP seit dem 1. Oktober 1940; Mitglieds-Nr. 8 183 952. Entlastet durch Spruch der Spruchkammer Wiesbaden vom 7. Mai 1948; Hauptgrund der Entlastung: Weigerung, sich in den Führungsstab Ribbentrops eingliedern zu lassen, und angebliches Übergehen bei der Beförderung — siehe oben: 1934 Attaché, 1936 Vizekonsul, 1941 Legationsrat, 1944 Legationsrat I. Kl.!

Die Vernehmung Dr. v. Trützschlers durch Dr. Schetter hat folgendes ergeben:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. v. T. hat dem SC angehört.	Es ist unwahr, daß er dem SC angehöre oder angehört habe.	Die Behauptung der FR ist unrichtig.
2. v. T. hatte einst die Aufgabe, die gut gefärbten Weißbücher für die Ribbentrop-Außenpolitik zu verfassen und Presseinformationen und Propaganda zu bearbeiten.	Es ist unwahr, daß er die Aufgabe gehabt habe, die Weißbücher zu verfassen. Wahr ist, daß er bei der technischen Edition verschiedener Weißbücher mitgewirkt habe, aber nicht als Verfasser der Weißbücher angesprochen werden könne, da politische Zielsetzung, Aufbau und Gesamtgestaltung nicht von ihm, sondern von anderen Personen bestimmt worden seien. Aus der Erinnerung könne er sagen, daß selbst Dr. Kempner nicht behauptet habe, daß er die Weißbücher verfaßt, sondern nur, daß er an ihrer Zusammenstellung mitgewirkt habe.	Behauptung der FR, v. T. sei der Verfasser der Weißbücher, ist unrichtig. Richtig allein ist, daß v. T. an der Edition der Weißbücher mitgewirkt hat. Artikel der FR ist insgesamt daher mindestens entstellt.

Dr. v. Trützschler ist in der 19. und der 27. Sitzung des Untersuchungsausschusses am 27. März und 23. April 1952 vernommen worden. Dabei hat sich folgendes ergeben:

Dr. v. Trützschler hat auf die Frage nach der Art und dem Maß seiner Beteiligung an der **Verfassung von Weißbüchern** stets ausweichend geantwortet und die Verantwortung für die unwahre Darstellung des **Bombardements von Freiburg im Breisgau** durch deutsche Flieger sofort auf einen Kollegen geschoben, nachdem er zugegeben hatte, daß ihm und anderen Beamten der Politischen Abteilung Zweifel an der Richtigkeit der deutschen Angaben gekommen sind. Nachdem Dr. v. Trützschler ein Schreiben vorgehalten worden war, in dem er das OKW um Mitteilungen für die hitlerische Kriegspropaganda in Spanien und Portugal gebeten hat (vergl. Anlage 2, Dokument Nr. XVI), hat er von sich aus dem Ausschuß mitgeteilt, daß er während des ganzen Krieges die **„Sprachregelungen"**, deren sich die **deutschen diplomatischen Missionen** bedienen sollten, im AA gemacht hat bzw. an ihrer Abfassung beteiligt gewesen ist.

Schließlich hat Dr. v. Trützschler bis zuletzt in Abrede gestellt, von seiner **Ernennung zum Sekretär für den Europa-Ausschuß des Ribbentropschen AA** irgend etwas zu wissen bzw. sich daran zu erinnern. Dem Zeugen wurde das entsprechende Dokument (vergl. Anlage 2, Dokument Nr. XVII) vorgelegt, das ihn im Verteiler und in der Liste, die die Zusammensetzung des Komitees enthält und unter Nr. 4 die Aufgaben des Sekretärs bezeichnet, nennt. Auch nach der Vorlage ist Dr. v. Trützschler bei der Behauptung geblieben, daß er sich weder an die Einsetzung des Europa-Ausschusses noch an seine Bestimmung zum Sekretär dieses Ausschusses erinnern könne.

Votum

Der Untersuchungsausschuß erhebt grundsätzlich keine Bedenken gegen eine Weiterbeschäftigung im Auswärtigen Amt, empfiehlt aber, bis auf weiteres keine Beförderungen auszusprechen. Der Ausschuß spricht sich gegen eine Verwendung von Dr. Trützschler von Falkenstein im Ausland aus.

Gründe:

Eine Verwendung des Mannes, der während des ganzen Krieges in der Politischen Abteilung „sprachregelnd" an der Gestaltung der Kriegspropaganda beteiligt gewesen ist, im Ausland würde das Ansehen der Bundesrepublik schädigen. Insbesondere hält es der Untersuchungsausschuß für untragbar, daß Dr. v. Trützschler als Referatsleiter des AA die Europa-Politik der Bundesrepublik repräsentiert. Ebenso ist angesichts der Haltung Dr. v. Trützschlers bei seinen verschiedenen Vernehmungen, insbesondere bei der zweiten, vor dem Ausschuß, wo sich der Zeuge trotz der Vorlage unbezweifelbar echter Dokumente von großer Bedeutung auf das Nicht-erinnern-können zurückzog, seine Beförderung nicht gerechtfertigt. Schließlich empfindet es der Ausschuß als einen Mangel an Wahrheitssinn, daß Dr. v. Trützschler bis jetzt nichts unternommen hat, um sich über die wahren Vorgänge beim Bombardement von Freiburg im Breisgau zu unterrichten, obgleich ihm die Informationsquellen dafür angegeben worden sind.

III. Zusammenfassung

Der Untersuchungsausschuß kann eine Zusammenfassung seiner Ergebnisse nur im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten, die ihm gegeben waren, vornehmen. Durch die Erschließung der Nürnberger Materialquellen, bei der sich das Münchner Institut für Zeitgeschichte als eine wertvolle Einrichtung erwiesen hat, war es dem Ausschuß möglich, in der Beweisaufnahme wesentlich über das Ergebnis hinauszukommen, das der Bericht von Dr. Schetter festgestellt hat. Der Untersuchungsausschuß muß jedoch darauf aufmerksam machen, daß durch die Erschließung neuer Materialquellen das Bild, das er durch die Abgabe seiner Voten vom gegenwärtigen Auswärtigen Amt und vom gegenwärtigen Auswärtigen Dienst gezeichnet hat, ergänzt oder korrigiert werden könnte. Künftige Publikationen der Akten des Ribbentropschen Auswärtigen Amtes, insbesondere der angeblich noch in London lagernden sämtlichen Akten über die Judenpolitik, wären imstande, die Beurteilung einzelner Persönlichkeiten unter Umständen sogar grundlegend zu ändern. Nur unter Beachtung dieser Situation, der sich der Untersuchungsausschuß gegenüber sah, können und dürfen die Voten geprüft und die Zusammenfassung verstanden werden.

Der Untersuchungsausschuß ist sich auch in jedem Zeitpunkte seines Verfahrens darüber im klaren gewesen, daß er ein politisches Instrument ist, beauftragt, bestimmte politische Fragen zu beantworten. Er nimmt also für sich nicht den Rang einer historischen Forschungskommission in Anspruch. Bei seiner Methode hat sich der Ausschuß mit den normalen Mitteln der juristischen Logik begnügt, wie sie durch die vom Grundgesetz vorgeschriebene sinngemäße Anwendung der Strafprozeßordnung vorherbestimmt sind. So nahe es gelegen hätte, unter strafprozessualen Gesichtspunkten weitere Methoden anzuwenden oder im historischen Interesse andere Methoden zu gebrauchen, hat der Ausschuß doch bewußt darauf verzichtet.

Zusammenfassend beantwortet der Untersuchungsausschuß die vom Plenum gestellten Fragen wie folgt:

1. Wurden oder werden im Auswärtigen Dienst, insbesondere auch im Auswärtigen Amt, Personen beschäftigt, deren Verhalten während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geeignet ist, künftig das Vertrauen des In- und Auslandes zur demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden?

Ja.

Es wurden einige Personen beschäftigt, deren Verwendung das Vertrauen des In- und Auslandes

zur demokratischen Entwicklung beeinträchtigen konnte. Sie sind zum Teil entfernt, zum Teil sollen die Vorschläge des Untersuchungsausschusses über ihre weitere Verwendung es unmöglich machen, daß fernerhin eine Gefährdung des Ansehens der Bundesrepublik stattfindet.

2. Auf welche Einflüsse ist eine Beschäftigung solcher Personen zurückzuführen?

Bei den höheren Beamten lassen sich in bestimmten Fällen (Dr. Haas, Dr. Melchers, Blankenhorn, Dr. Schwarz, Dr. Dittmann) kausale Zusammenhänge in bezug auf die Berufung von früheren Mitgliedern des AA nachweisen. Das Verhalten dieser Beamten könnte durch eine fahrlässige Führung der Amtsgeschäfte erklärt werden, die durch guten Glauben und nicht genügende Kenntnis aller Tatsachen zustande gekommen ist.

In bezug auf die oberen (gehobenen mittleren) Beamten kann diese Frage kausal eindeutig beantwortet werden. Es steht fest, daß mit Vorwissen und unter Duldung unmittelbarer Vorgesetzter eine Gruppe ehemaliger Nationalsozialisten am Werke gewesen ist, die durch einen außerhalb des Amtes geführten Briefwechsel versucht hat, Personen, die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft durchaus nicht immer ein einwandfreies Verhalten an den Tag gelegt haben, zu reaktivieren. Einer dieser Leute ist verstorben, die anderen waren schon zu Beginn der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses versetzt worden.

Es ist Sache des Bundestages, aus dieser Antwort auf die von ihm unter 2) gestellte Frage Folgerungen abzuleiten.

3. Welche Maßnahmen sind getroffen worden, um Mißgriffe in dieser Personalpolitik aufzudecken und zu verhüten oder Angriffe auf Verwaltungsangehörige des Auswärtigen Dienstes abzuwehren?

Der Bundesaußenminister hatte den Oberlandesgerichtspräsidenten a. D. Dr. Schetter beauftragt, die Anschuldigungen der „Frankfurter Rundschau" zu untersuchen. Mißgriffe in der Personalpolitik sind durch das Ergebnis der Schetterschen Untersuchungen infolge der angewandten Methode nicht aufgedeckt worden. Der Untersuchungsausschuß mußte — wie der vorliegende Bericht beweist — zu einem anderen Ergebnis kommen.

Dem Untersuchungsausschuß ist während seiner Tätigkeit bekannt geworden, daß der Bundesaußenminister in verschiedenen Fällen im Sinne der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses Mißstände abgestellt hat. Welche Maßnahmen die Bundesregierung ergriffen hat, um Mißgriffe der festgestellten Art in Zukunft zu verhüten, ist dem Untersuchungsausschuß bisher nicht bekannt.

Um Angriffe auf Verwaltungsangehörige des Auswärtigen Dienstes abzuwehren, hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amts vor der Presse Erklärungen abgegeben, die in Anlage 3 abgedruckt sind.

IV. Empfehlungen

Der Untersuchungsausschuß empfiehlt:

1. In der Erwägung,

   a) daß die dem Bundesaußenminister unmittelbar verantwortlichen leitenden Beamten (Staatssekretär und Leiter der Abteilung II) völlig überlastet sind,

   b) daß die in den nachstehenden Ziffern 2 bis 6 genannten Zielsetzungen und damit eine Normalisierung der Arbeit des Auswärtigen Amts in sachlicher und demokratischer Beziehung erreicht und die notwendige Verbindung zum Parlament verbessert werden können, wenn die vorgenannten leitenden Beamten von einem Teil der von ihnen wahrgenommenen Aufgaben entlastet werden, ist im Bundesaußenministerium ein weiterer Staatssekretär zu bestellen, der insonderheit

      a) unmittelbar verantwortlich dem Bundesaußenminister, ausschließlich die Verwaltung des Auswärtigen Amts leitet;

      b) die Durchführung der in Ziffer 2 festgelegten personalpolitischen Grundsätze überwacht;

      c) die Tätigkeit der einzelnen Abteilungen koordiniert;

      d) für die laufende Unterrichtung der Auslandsmissionen Sorge trägt.

2. Der Posten des Leiters der Personalabteilung im Auswärtigen Amt soll beschleunigt mit einer Persönlichkeit besetzt werden, die nicht als Angehöriger des Ribbentropschen AA der Politik des Dritten Reiches widerstandslos gedient hat und nach jeder Richtung Gewähr bietet, daß die Personalpolitik den Erfordernissen der Demokratie entspricht. Dem Leiter der Personalabteilung müssen die ihm nach der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Bundesministerien zustehenden Befugnisse, insbesondere das Recht des unmittelbaren Vortrags beim Staatssekretär, tatsächlich eingeräumt werden.

3. Das Bundesgesetz über die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 11. Mai 1951 ist innerhalb des Geschäftsbereichs des AA beschleunigt durchzuführen. Besonderer Nachdruck ist auf die Durchführung der Wiedereinstellungsbestimmungen dieses Gesetzes zu legen. Spätestens bis zum 30. September 1952 hat das AA dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und dem Haushaltsausschuß des Bundestages einen Bericht über die Durchführung des Wiedergutmachungsgesetzes zu geben. Dabei ist ins-

besondere mitzuteilen, wieviele frühere Angehörige des Auswärtigen Dienstes, die durch das Hitlerregime widerrechtlich oder unter Anwendung von Zwang entfernt worden oder ausgeschieden sind, wieder eingestellt wurden und aus welchen Gründen bei der restlichen Zahl von Wiedergutmachungsberechtigten von einer Wiedereinstellung abgesehen worden ist.

4. Der Bundestag beauftragt die Mitglieder des Untersuchungsausschusses Nr. 47 in ihrer Gesamtheit, zwei Personen mit außenpolitischer und juristischer Bildung und Erfahrung mit der Nachprüfung der bisher vorliegenden Beschwerden über die Personalpolitik des AA zu betrauen. Sie haben dem Bundestag in geeigneter Weise über das Ergebnis dieser Prüfung zu berichten.

5. Künftige Aktenpublikationen und andere wissenschaftliche Veröffentlichungen über die Tätigkeit der Zentralbehörden der nationalsozialistischen Zeit werden unter der Verantwortung des Bundesjustizministeriums daraufhin geprüft, ob sie Aufschlüsse für die Verwendbarkeit der darin erwähnten Personen im Bundesdienst geben.

6. Der Bundestag beauftragt die Bundesregierung, bis zum 31. Dezember 1952 dem Auswärtigen Ausschuß einen umfassenden Bericht über die rechtliche Gestaltung des Auswärtigen Dienstes ausländischer Staaten und die dort für den Auswärtigen Dienst geltenden Anstellungsbedingungen vorzulegen. Der Auswärtige Ausschuß wird zu diesem Bericht Stellung nehmen und sich dazu äußern, ob und nach welchen Richtlinien ein Gesetz über den Auswärtigen Dienst für die Bundesrepublik zu schaffen wäre.

V. Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

den Bericht im ganzen zur Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 18. Juni 1952

Der Untersuchungsausschuß

(47. Ausschuß)

Dr. Becker (Hersfeld) — Vorsitzender

Dr. Brill — Berichterstatter

Schreiben an den Bundesaußenminister vom 14. Mai 1952

Der Vorsitzende
des Untersuchungsausschusses
Nr. 47

An den

Bundesaußenminister
Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer

Bonn

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Der Untersuchungsausschuß Nr. 47 hat die Beweisaufnahme im wesentlichen abgeschlossen. Ein abschließender Bericht wird gefertigt werden. Ohne der Begründung dieses Berichtes vorgreifen zu wollen, möchten wir vorab, im Hinblick darauf, daß ein Beförderungsstopp vereinbart war, nunmehr abschließend die Meinung des Ausschusses — immer vorbehaltlich des noch zu fertigenden Berichtes hinsichtlich der Einzelheiten — wie folgt ergebenst mitteilen:

1. **VLR Dr. Wilhelm Melchers:**

   Der Ausschuß erhebt gegen seine Weiterverwendung keine Bedenken, spricht sich jedoch gegen jede Verwendung in der Personalabteilung und gegen jede Einflußnahme auf sie durch ihn aus.

   Der Ausschuß empfiehlt genaue Durchsicht des Protokolls vom 5. Mai d. J. über die Vernehmung des Herrn Melchers vor dem Ausschuß.

2. **LR Dr. Rupprecht von Keller:**

   Es bestehen keine Bedenken gegen seine Weiterverwendung.

3. **Staatsrat Dr. Wilhelm Haas:**

   Wie bereits mitgeteilt, bestehen keine Bedenken.

4. **Dr. Peter Pfeiffer:**

   Der Ausschuß erhebt gegen seine Weiterbeschäftigung keine Bedenken, empfiehlt jedoch, im ersten Jahr keine Verwendung im Ausland in Aussicht zu nehmen, zumal Herr Dr. Pfeiffer dem Ausschuß erklärt hat, daß sein Wunsch zunächst nicht nach einer solchen Verwendung gehe.

5. **Dr. Hans Herwarth von Bittenfeld:**

   Keine Bedenken.

6. **Dr. Hans Schwarzmann:**

Der Ausschuß erhebt keine Bedenken gegen seine Weiterverwendung, empfiehlt jedoch aus den bereits mündlich dem Herrn Staatssekretär mitgeteilten Gründen, zunächst von einer Verwendung im Ausland abzusehen.

7. **Dr. Heribert von Strempel:**

Der Ausschuß nimmt keine Stellung, da Herr von Strempel dem Auswärtigen Amt nicht mehr angehört.

8. **Dr. Gottfried von Nostiz-Drzewiecki:**

Der Ausschuß hält Herrn Dr. von Nostiz für geeignet zur Weiterverwendung.

9. **Botschafter Dr. Werner von Grundherr:**

Der Ausschuß verweist hier auf die mündlich getroffene Absprache und bittet um Mitteilung, sobald Herr von Grundherr das in Aussicht genommene Gesuch eingereicht hat. Es ist dringend erwünscht, daß es vor Abschluß des Berichtes eingeht.

10. **Dr. Hans-Ulrich von Marchtaler:**

Der Ausschuß erhebt keine Bedenken.

11. **VLR Dr. Herbert Dittmann:**

Der Ausschuß ist der Auffassung, daß Herr Dr. Dittmann nicht in der Personalabteilung, aber auch wegen seines Verhaltens vor dem Ausschuß hinsichtlich des Rademacher Prozesses nicht im Auswärtigen Amt weiterverwendet werden soll. Gegen seine Verwendung in einer anderen Bundesverwaltung bestehen keine Bedenken.

12. **Dr. Hasso von Etzdorf:**

Der Ausschuß hält Herrn von Etzdorf für geeignet zur Weiterverwendung.

13. **Albrecht von Kessel:**

Der Ausschuß erachtet Herrn von Kessel für geeignet zur Weiterverwendung.

14. **Dr. Werner von Bargen:**

Der Ausschuß hält Herrn von Bargen in jeder Beziehung für nicht geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst. Gegen eine Verwendung in einer anderen Bundesbehörde bestehen keine Bedenken.

15. **Dr. Kurt von Kamphoevener:**

Der Ausschuß erhebt gegen eine Weiterverwendung bis zu der per 17. Juli 1952 in Frage kommenden Pensionierung keine Bedenken.

16. **Dr. Heinz Trützschler von Falkenstein:**

Der Ausschuß erhebt grundsätzlich keine Bedenken gegen eine Weiterbeschäftigung im Auswärtigen Amt, empfiehlt aber, bis

auf weiteres keine Beförderungen auszusprechen. Der Ausschuß spricht sich gegen eine Verwendung des Herrn Trützschler von Falkenstein im Ausland aus.

17. **Frau Susanne Simonis:**

Der Ausschuß erhebt keine Bedenken gegen eine Weiterverwendung im Auswärtigen Amt.

18. **Dr. Alois Tichy:**

Der Ausschuß erhebt keine Bedenken gegen seine Weiterverwendung, empfiehlt aber eine Verwendung im internen Dienst des Auswärtigen Amtes.

19. **Dr. Theo Kordt:**

Der Ausschuß hält Herrn Dr. Kordt für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.

20. **Min.-Dir. Herbert Blankenhorn:**

Der Ausschuß hält Herrn Blankenhorn für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.

21. **Geh. Rat Dr. Heinburg:**

Nachdem das Anstellungsverhältnis des Herrn Heinburg zum 31. Mai 1952 beendet sein wird, sieht der Ausschuß von einer Stellungnahme ab unter der Voraussetzung, daß Herr Heinburg in Personalangelegenheiten nicht weiterbeschäftigt wird.

Dem Ausschuß war in Aussicht gestellt, die Ermittlungsakten des Auswärtigen Amtes über den Fall Stahlberg zuzuleiten. Da der Ausschuß auf den 4. Juni eine beratende Sitzung festgesetzt hat, wäre es erwünscht, wenn diese Akten vorher eingehen würden.
Bei dem Ausschuß sind eine große Anzahl Beschwerdeschreiben über Ablehnungen von Anstellungsgesuchen eingegangen. Die in Frage kommenden Adressen sind Herrn Dr. Haas vor kurzem gegeben worden, Er hat zugesagt, über die in seine Zeit fallenden Ablehnungen dem Ausschuß noch Kenntnis zu geben. Wir bitten, zu veranlassen, daß hinsichtlich der anderen möglichst bald Stellung genommen wird.

Der Ausschuß hat ferner den Wunsch, zu erfahren, welche der jetzt noch tätigen Herren für andere dort tätige Herren Entlastungszeugnisse in Spruchkammerverfahren ausgestellt haben, da auch dieser Punkt in den Veröffentlichungen der Frankfurter Rundschau angeschnitten ist.

Die hier befindlichen Personalakten werden zur Abfassung des Berichtes noch benötigt. Die dort vorhandenen Besoldungsbeiakten dürften personelle Entscheidungen im Rahmen der eingangs mitgeteilten Stellungnahme des Ausschusses auch ohne Vorliegen der eigentlichen Personalakten möglich machen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Ihre sehr ergebenen

Dr. Becker (Hersfeld)
(Vorsitzender)

Dr. Brill
(Berichterstatter)

Anlage 1, II

Schreiben an den Bundesaußenminister vom 17. Mai 1952

Der Vorsitzende
des Untersuchungsausschusses
Nr. 47

An den

Bundesaußenminister
Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer

Bonn

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Im Nachgang zu dem Schreiben des Untersuchungsausschusses Nr. 47 vom 14. Mai 1952 beehren wir uns, ergebenst mitzuteilen, daß der Untersuchungsausschuß Nr. 47 hinsichtlich des Senatsrats Dr. Schwarz folgenden Beschluß gefaßt hat:

> Herr Dr. Schwarz ist ungeeignet zur Weiterverwendung in der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes; im übrigen werden gegen seine Verwendung keine Bedenken erhoben.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Ihre sehr ergebenen

Dr. Becker (Hersfeld)
(Vorsitzender)

Dr. Köhler
(stellv. Vorsitzender)

Anlage 2, I

„Ihr naht euch wieder . . .” Einblick in die Personalpolitik des Bonner Auswärtigen Amtes. Artikelserie von Heinze-Mansfeld, veröffentlicht in der „Frankfurter Rundschau” am 1., 3., 4., 5. und 6. September 1951

Abschrift aus „Frankfurter Rundschau“ vom 1. September 1951

Die Besetzung des Auswärtigen Amtes muß einen besonderen Takt verlangen. Mit gutem Recht kann der Bürger der Bundesrepublik erwarten, daß seine Repräsentanten dem Ausland gegenüber über die vielgepriesene „weiße Weste“ verfügen. Zahlreiche Stimmen erhoben sich schon und warnten davor, das neue „AA“, Koblenzer Straße, Bonn, zu einer Wiedergeburt der Wilhelmstraße Berlin werden zu lassen. Tatsächlich waren die Vorwürfe gegen die Personalpolitik der Koblenzer Straße nie detailliert. Lediglich drei anonyme Schreiben, die im Frühjahr dieses Jahres versandt wurden, befaßten sich im einzelnen mit den Hintergründen der Stellen-

besetzung im Auswärtigen Amt. Diese Schreiben, eine bösartige Karikatur und zwei hektographierte Rundbriefe, deren Herkunft dunkel bleibt, bildeten vorübergehend Gesprächsstoff im Bundestag und in der Koblenzer Straße. Es lohnte nicht, darauf einzugehen, wenn sich nicht herausgestellt hätte, daß ein Teil der darin aufgestellten Behauptungen tatsächlich auf Wahrheit beruht.

Nun lenkt eine andere Tatsache die Aufmerksamkeit von neuem auf dies umstrittene Amt: Der Leiter der Personalabteilung, Staatsrat **Dr. Wilhelm Haas,** wurde durch Generalkonsul a. D. **Dr. Herbert Dittmann** ersetzt. Um die Mitarbeiter von Haas, **Dr. Wilhelm Melchers** und **Dr. Rupprecht von Keller,** schwebt ein Hauch von Ungewißheit. In eingeweihten Bonner Kreisen wird jedoch angenommen, daß beide nicht ins Amt zurückkehren. Einschließlich Haas rechneten Sie wohl mit einer Auslandsvertretung.

Neben Dittmann steht bisher nur noch die Besetzung des Leiters der Abteilung II, der „Politischen Abteilung", mit Ministerialdirektor **Dr. Herbert Blankenhorn** fest. Weitere vier Abteilungen sind nur „provisorisch" besetzt. Man spricht von ihnen im Rühr-mich-nicht-an-Ton. Die Abteilungsleiter müssen erst durch Kanzler und Kabinett bestätigt werden. Außerdem liegt noch eine Liste von 24 Generalkonsuln vor, über die zudem noch die Regierungen der Länder, bei denen sie arbeiten sollen, zu entscheiden haben.

Bevor nun Entschlüsse gefaßt werden, sei auf einige Tatsachen hingewiesen, die bemerkenswert sind. Unter der Ära Haas sind Pannen passiert. Im Vorläufer des „AA", der sogenannten Verbindungsstelle zur alliierten Hochkommission, waren eine Reihe Persönlichkeiten aufgetaucht, deren Auftreten in der in- und ausländischen Presse beanstandet wurde. Ein Teil dieser Leute ist trotzdem heute bereits auf Posten im Ausland. Angesichts der oben erwähnten Liste von Konsuln und angesichts der Tatsache, daß in den heutigen Provisorien Persönlichkeiten tätig sind, die vielleicht bestätigt und dann wiederum Angriffen ausgesetzt werden, muß auf die Zusammenhänge eingegangen werden.

Haas selbst bot keine Angriffsflächen. Er ist allerdings SCer. SC ist die Abkürzung für Senioren-Convent = Altherrenverbände der studentischen Corps. Das AA Wilhelmstraße war immer stark durchsetzt mit Angehörigen des SC. Haas schied 1937 wegen seiner „nichtarischen" Frau aus dem AA aus. Er übernahm einen hochdotierten Posten als politischer Beobachter bei der von der IG finanzierten Defag in Ostasien. Die Tätigkeit in China konnte er nur mit ausdrücklicher Genehmigung der NSDAP antreten, die der damalige Gauleiter und Chef der NS-Auslandsorganisation, Staatssekretär E. W. Bohle, sofort erteilte. Haas hatte engsten Kontakt mit der deutschen Botschaft in Peking, ließ sich jedoch nach Kriegsende als DP erklären und auf Kosten der IRO nach Europa zurücktransportieren. Der Vorwurf, Haas habe sich bei seiner Tätigkeit in Bonn inoffiziell vom Hess-Protégé und ehemaligen Chef der Personalabteilung bei Ribbentrop, Ministerialdirektor a. D., einst SA-Brigadeführer und Landesgruppenleiter in Ägypten, **Hans Schröder,** dem „Mann mit dem phänomenalen Gedächtnis" beraten lassen, ist offensichtlich nicht unberechtigt.

Die Mitarbeiter von Haas waren jedoch massiveren Anfeindungen ausgesetzt. Dr. Wilhelm Melchers, Pg., als Vortragender Legationsrat bis 1945 im Dienst, nahm bei Ribbentrop die Proteste des Mufti von Jerusalem entgegen, der „immer nur kam, wenn mal ein paar Juden gerettet werden sollten". Ab 1943 erscheint sein Name auf dem umfangreichen Verteilerschlüssel des AA, und es klingt unglaubhaft, wenn Melchers in seiner Vernehmung in Nürnberg — unter Eid — behauptet, sein Amt habe mit Terror- und Deportationsmaßnahmen nichts zu tun gehabt. Er wird bei dieser Vernehmung auch gleich durch Vorhalt von Dokumenten, auf denen sein Name steht, eines Besseren belehrt.

Dr. Rupprecht v. Keller, Pg. und SCer, hatte große Schwierigkeiten bei seiner Entnazifizierung in München. Über diese half ihm **Dr. Anton Pfeiffer,** damals bayerischer Staatsminister, hinweg, der später von derselben Personalabteilung, der v. Keller angehörte, als Botschafter nach Brüssel empfohlen und inzwischen bestätigt wurde. Seinen Bruder, Dr. Peter Pfeiffer, Pg., letzter NS-Generalkonsul in Algier, findet man heute als Leiter der Diplomatenschule in Speyer. Von ihm stammt der viel belächelte Funkspruch, den er nach Landung der Alliierten in Nordafrika dem Äther anvertraute und der etwa lautete: „Stadt unter Artilleriefeuer. Dies ist mein letztes Telegramm. Es lebe der Führer. Pfeiffer". Beide Pfeiffers übrigens beförderten **Dr. Hans v. Herwarth** aus dem alten AA nach Kriegsende in die bayerische Staatskanzlei, und v. Herwarth ist heute Chef des Protokolls in der Koblenzer Straße. Er wiederum zog in die Staatskanzlei den mit Ribbentrop verschwägerten **Dr. Hans Schwarzmann,** Pg., nach, der ihm auch nach Bonn folgte. Bis jetzt saß er im Vorzimmer von Haas. Man vergaß wohl dabei, daß Schwarzmann als Verbindungsmann von Botschafter Abetz (Paris) zu Ribbentrop laufend völkerrechtswidrige Aufträge weitergab und daß durch seine Hände der berüchtigte Vorgang über die geplante Ermordnung der franzö-

sischen Minister Mandel und Reynaud ging. Diese Tatsachen vergaß er nämlich selbst bei seiner Entnazifizierung.

Zurück nun zum Personaltriumvirat Haas — Melchers — Keller: Ohne Rücksicht auf den zeitlichen Ablauf der Geschehnisse seien hier drei Fälle genannt, die der deutschen Öffentlichkeit bisher vorenthalten wurden und die man wohl als Pannen bezeichnen kann:

Heribert v. Strempel sollte als Botschaftsrat und Vertreter im Amt dem deutschen Missionschef in Rio de Janeiro, Dr. Fritz Oellers, folgen. Einen Tag vor der Ausreise auf dem italienischen Dampfer „Conte Grande" wurde Strempel zurückgepfiffen. Strempels Name ist noch aus mehreren gegen ihn angestrengten Untersuchungsverfahren in den USA zu bekannt. Als 1. Sekretär der deutschen Botschaft in Washington hatte er während des Krieges maßgebend die Finanzierung der Nazipropaganda in den USA dirigiert. Und dort hatte man das noch nicht vergessen.

Dann geschah ein Unglück mit Dr. Gottfried **v. Nostiz.** Nostiz, auf den in diesem Zusammenhang noch einmal zurückzukommen ist, sollte zur deutschen Auslandsvertretung nach Paris. Trotz erfolgreicher Entnazifizierung verweigerte die französische Regierung das Visum.

Begründung: Nostiz habe als Konsul II. Klasse in Genf mit dem SD zusammengearbeitet. So mußte er vorläufig in der Koblenzer Straße bleiben.

(Wird fortgesetzt)

Abschrift aus „Frankfurter Rundschau" vom 3. September 1951

Die dritte Panne scheint nun zu einer ernsthaften Krise zu werden: Angriffsflächen bietet der deutsche Botschafter in Athen, Dr. Werner Ferdinand Karl Alexander **v. Grundherr.** Der Gesandte und Geheimrat v. Grundherr (SCer) unter Ribbentrop sagte in öffentlicher Verhandlung im Gerichtssaal von Nürnberg unter Eid aus, daß er als Sachbearbeiter für die skandnavischen Länder die ersten Gelder an Quisling geleitet habe, daß er Mord- und Terrormaßnahmen des deutschen Generalbevollmächtigten in Dänemark, SS-Obergruppenführer Dr. Best, gedeckt habe. Ihm sei bekannt gewesen, daß Best weitere völkerrechtswidrige Maßnahmen vornehmen würde, die er, Grundherr, dann auch hätte decken müssen. Auch bei den Judendeportationen „einschließlich Frauen und Kindern" und der völligen Knebelung Dänemarks hat „der kleine Herr Grundherr", wie er sich (lt. Protokoll) nennt, „seine Finger im Kuchen", so sagt der verhörende Beamte. Dieses Protokoll, aus dem hervorgeht, daß Grundherr erst auf Vorhalt von Dokumenten bereit ist, die Wahrheit zu sagen, wurde bereits am 18. Januar 1951 dem Bundespräsidialamt und dem Bundeskanzleramt zugeleitet. Es kam wohl nicht ganz in die richtigen Hände. Deshalb zitierte MdB Dr. Bernhard Reismann (Zentrum) in der 145. Bundestagssitzung am 31. Mai 1951 Auszüge aus diesem Dokument. Am 14. Juni 1951 wurde jedoch aus dem Generalkonsul ein Botschafter v. Grundherr. Am 4. Juli wurde der Bundespräsident nochmals in dieser Sache unterrichtet. Da diese Information auch an verschiedene Mitglieder des Bundestages ging, wird die Opposition wohl eine massive Anfrage in der kommenden Sitzungsperiode starten. Im Juli wurde Grundherr übrigens noch vom Kanzler auf dem Bürgenstock empfangen.

Was den aufmerksamen Beobachtern im Fall Grundherr entging, ist zunächst, daß noch eine ganze Reihe von Originaldokumenten erhalten sind, aus denen hervorgeht, daß Grundherr immerhin aktiv in die Terrorpolitik des „Dritten Reiches" eingriff und daß er trotzdem seine Entnazifizierung gut überstand. Diese zweite Tatsache ist symptomatisch für alle Namen, die im Laufe dieser Ausführungen noch genannt werden. Unter diesen Umständen war es natürlich nicht möglich, Grundherr in Skandinavien wieder einzusetzen. Was allerdings ein Mann, der seit 1925 ausschließlich die nordischen Länder bearbeitete, nun plötzlich auf dem Balkan soll, bleibt unerfindlich. Oder ist die Diplomatie von heute so wenig differenziert, daß es nur auf eine geschäftsmäßige Routine ankommt?

Was dem AA noch bevorsteht, wenn bekannt wird, daß Dr. Ullrich **v. Marchtaler**, Pg. und SCer, der sich als Gesandtschaftsrat der deutschen Botschaft in Tokio bis 1945 sofort nach Kriegsende in Tokio den Amerikanern für Aussagen gegen seine ehemaligen Kollegen zur Verfügung stellte, mittlerweile als Botschaftsrat an der deutschen Vertretung in Rio gelandet ist, ist kaum abzusehen.

Dieses schwere Erbe hat nun der zum kommissarischen Leiter der Personal- und Verwaltungsabteilung im AA ernannte Ministerialdirektor Dr. **Herbert Dittmann** zu übernehmen. Er bringt dazu zunächst zwei bemerkenswerte Eigenschaften mit: Er ist sowohl Katholik als auch ... SCer. An sich werden Katholiken exkommuniziert, wenn sie schlagenden Verbindungen angehören. Außerdem hat Dittmann noch eine Eigenschaft: Er war Pg. In der Personalabteilung bei Ribbentrop 1938/39 tätig, wurde er von diesem noch zum Generalkonsul gemacht und hat somit noch einmal Seltenheitswert: Das AA ist die einzige Bundesbehörde, die in

Dittman einen Pg. als Personalchef hat. Diese Tatsache widerspricht einem Kabinettsbeschluß.

Am Rande sei erwähnt, daß auch der andere bestätigte Abteilungsleiter des AA, Ministerialdirektor Dr. Herbert **Blankenhorn,** Pg. war und SCer ist. Er seinerseits nimmt den Ruhm für sich in Anspruch, bei seiner Ernennung zum Leiter der Verbindungsstelle zur alliierten Hochkommission im Frühjahr 1950 der erste Ministerialdirektor-Ex. Pg. der Bundesregierung gewesen zu sein.

Aber um die Hintergründe dieser Personalpolitik zu erforschen, ist man gezwungen, einen Blick in die jüngste Vergangenheit zu tun. Und es klingt wie ein Treppenwitz der Weltgeschichte, wenn man zu der Erkenntnis kommt, daß in den Zeugenständen und im Zeugenflügel der Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg die Wiege der heutigen Koblenzer Straße zu suchen ist.

Um diese Behauptung zu beweisen, muß man auf einen Mann näher eingehen, der vielleicht weniger im Prozeß selbst, als am Rande und hinter den Kulissen in Erscheinung trat: Acht Jahre war der Gesandte **Erich Kordt** Ribbentrops rechte Hand. Im Nürnberger Prozeß saß er mit dunkler Brille auf der Zuhörerbank und assistierte der Anklage gegen Ribbentrop, dem er seine unwahrscheinlich schnelle Karriere verdankte, und Neurath. Dieser SS-Obersturmbannführer aus „Scherz" — so nennt er es heute — und Pg. half dem Internationalen Gerichtshof, durch die buchstäblich lastwagenweise angefahrenen Tonnen von Akten hindurchzufinden. Der bekannte Nürnbergverteidiger Dr. Carl Haensel äußerte später einmal, Erich Kordt „habe Neurath ans Messer geliefert". Erich Kordt macht eine Kehrtwendung, als Staatssekretär Weizsäcker im Wilhelmstraße-Prozeß auf die Anklagebank kam, und wurde zum ersten Mitarbeiter der Verteidigung! Hier, wo das „physische Risiko geringer als bei Hitler war" (so sagte später Weizsäcker in seinen „Erinnerungen"), erwachte auch die Tatkraft Erich Kordts. Mit den Methoden dieses Gerichts vertraut, erkannte er seine Chance und stellte nun sein Bleiben im Amt, wie das seiner Kollegen und Vorgesetzten, als Widerstand dar. Er verstärkte diesen Eindruck später durch seinen „Mammut-Persilschein von 441 Seiten" (Spiegel 48/50): „Nicht aus den Akten").

Die Reihe der Zeugen, die nun genannt werden, ist nicht vollständig, jedoch finden wir die Zeugen aus den Jahren 46/48 Dr. **Theo Kordt,** Dr. Hasso **v. Etzdorf,** Dr. Gottfried **v. Nostiz,** Albrecht **v. Kessel.** Dr. Werner **v. Bargen,** Dr. Kurt v. **Kamphoevener,** Dr. **Trützschler v. Falkenstein** und die schon genannten Dr. Werner **v. Grundherr,** Dr. Wilhelm **Melchers,** Dr. Hans **Schwarzmann,** Dr. Rupprecht **v. Keller,** der, wie Erich **Kordt,** vom Anklage- zum Verteidigungsassistenten wechselte, alle wieder. Und zwar 1951 im Bereich des neuen Auswärtigen Amtes, Koblenzer Straße in Bonn!

(wird fortgesetzt)

Abschrift aus „Frankfurter Rundschau" vom 4. September 1951

Man kann diese Liste vervollständigen und wird dann feststellen, daß weitere Zeugen, die damals für die Wilhelmstraße aussagten, heute in anderen Bonner Ministerien zu finden sind. Kein Stand in Deutschland hatte es so leicht, sich wieder zusammenzufinden. Während andere reisen und suchen mußten, um alte Bekannte wiederzutreffen, die sie vielleicht über die Klippen der Spruchkammer hinwegbringen konnten, wurde den Diplomaten des ehemaligen AA gratis ein historischer Treffpunkt geboten: Der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg.

Der „Manchester Guardian" nannte dieses Aufgebot an Wilhelmstraße-Prominenz „Die Tillergirls von Nürnberg" und bewunderte „während der Verhandlung den tadellosen Rhythmus der Beinchen."

„Ballettmeister" Erich Kordt studierte seinerseits Kessel, Etzdorf und Nostiz ein. Nostiz legte bei seiner Entnazifizierung ein Schreiben von Erich Kordt vor, vor seiner Vernehmung in Nürnberg hat er dauernd Verbindung mit Kordt, Kessel und Etzdorf, sieht die Protokolle der anderen ein, die ihm sogar nach Stuttgart nachgeschickt werden, und schickt seine eigenen Affidavits (in diesem Zusammenhang wohl am besten mit Persilschein zu übersetzen) in mehreren Exemplaren herum. Kessel seinerseits hält engsten Kontakt mit Kordt und Etzdorf und hat die Aussage von Erich Kordt gelesen, die unmittelbar vor seiner eigenen Aussage protokolliert wurde. Setzen wir nun noch voraus, daß zwischen Erich Kordt und seinem Bruder Theo ein ununterbrochener Erfahrungsaustausch stattfand, so ist der tadellose „Rhythmus" der Gruppe garantiert.

Bevor man sich nun die einzelnen Personen des „Balletts" ansieht, sei darauf aufmerksam gemacht, daß im alten AA Ribbentrops kein Beamter aufgefordert oder gezwungen wurde, der NSDAP beizutreten. Als einzige Beamtengruppe des Dritten Reiches war von der Tatsache der Mitgliedschaft der Partei die Karriere nicht abhängig. Erst ab Sommer 1939 wurde es schwierig, über den Vortragenden Legationsrat hinauszukommen, wenn man nicht Pg. war. Bis dahin galt jedoch die Devise: Wer wollte, der konnte. Und ob

sie wollten! Manch einer durfte auch nicht. So bemühten sich die schon genannten Werner v. Grundherr und Heribert v. Strempel je einmal, in die NSDAP aufgenommen zu werden. Sie wurden abgelehnt. Annähernd ein halbes Dutzendmal — ohne Erfolg — bewarb sich auch eines der Mitglieder des alten AA, den wir heute zwar nicht in der Koblenzer Straße, sondern nur als Leiter des Bundespresse- und Informationsamtes finden: Nürnbergzeuge Dr. Fritz v. Twardowski, vormals Gesandter in der Kulturabteilung bei Ribbentrop.

Erich Kordt selbst ist offensichtlich zu geschickt, um sich schon in den Vordergrund zu schieben. Er begnügt sich zunächst mit einem Dozentenposten an der Diplomatenschule in Speyer und mit dem Posten eines Auslandsberaters beim Ministerpräsidenten Karl Arnold in Düsseldorf. Als Vorhut hat er in die Koblenzer Straße seine Cousine und Hausdame, Frau Susanne Simonis geschickt, die dort den weiblichen Nachwuchs betreut. In seinem „Nicht aus den Akten" ist sie Mitwisserin des Widerstandes. Daß sie einst in Ostasien der NS-Frauenschaft sehr nahestand und über Radio Tokio Reden an die deutschen Frauen hielt, steht dort allerdings nicht. Bedingung für den Eintritt des Nachwuchses, den Frau Simonis zu betreuen hat, ist u. a. ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Über diesen Nachweis verfügt Frau Simonis nicht.

Dr. Theo Kordt, der provisorische Leiter der Länderabteilung war Pg. Er hatte diese Tatsache allerdings vergessen, als er im April 1950 in dem Dienst für auswärtige Angelegenheiten tätig wurde. Erst die automatische Rückfrage im Document Center in Berlin erwies seine vollgültige Parteimitgliedschaft. Zu derselben Zeit stellte sich das Bundesinnenministerium auf den Standpunkt, daß jeder Bewerber — gleichgültig für welchen Posten — bei dem sich eine Differenz zwischen eigener Angabe und Document-Center-Auskunft ergab, nicht eingestellt wurde. So genau nahm man es offensichtlich in der damaligen Dinststelle für auswärtige Angelegenheiten, dem Vorläufer des AA, nicht.

Auch er ist — nach Erich Kordt — Widerständler. Etwas merkwürdig mutet an, daß er am 3. Dezember 1939 als Botschaftsrat in Bern von dort nach Mailand fährt, um aus der britischen Botschaft gestohlene Dokumente für das Ribbentrop AA anzukaufen. Abgesehen davon, daß hierdurch das Strafdelikt einer soliden Sachhehlerei erfüllt ist, beweist der Vorgang, der im internationalen diplomatischen Corps absolut ungewöhnlich ist, wie weit die Manieren der Nazis bereits im alten Corps des AA eingerissen waren. Auch die Weiterleitung von reinen Spionagetelegrammen mit Angaben von Bombenzielen in England für die deutsche Luftwaffe ist nicht unbedingt Aufgabe eines Diplomaten, der noch dazu Widerstand leistet.

(Wird fortgesetzt)

Abschrift aus „Frankfurter Rundschau" vom 5. September 1951

Aber die Dokumentenaffäre in Mailand gibt noch einen anderen, bemerkenswerten Hinweis: Theo Kordt sieht die Dokumente durch und meldet nach Berlin, daß sie „aufschlußreiche Fehlurteile und falsche Prognosen über die deutsche und italienische Politik" enthielten. Da Erich Kordt nun — nach dem Krieg — berichtet, daß sein Bruder bis Kriegsanfang und noch nachher die britische Regierung laufend informiert habe, stimmt die Feststellung von Theo Kordt aus den britischen Dokumenten bedenklich. Hinzu kommt noch, daß die Zeugen der britischen Seite für die Verbindung Theos zum Foreign Office, welche Erich angibt, nach dem Krieg nichts von sich hören lassen. Jedenfalls nichts Freundliches über die Gebrüder Kordt. Andere, sonst von Erich Kordt zum Thema Widerstand genannte Zeugen, sind tot, sie haben ihren Widerstand während des Krieges mit dem Leben bezahlt. Oder aber sie gehören der oben genannten Reihe der Nürnbergzeugen an.

Dr. Hasso v. Etzdorf, den wir heute neben Theo Kordt in der Länderabteilung finden, war Pg. und SA-Standartenführer. Auch er erinnert sich, als er im April 1950 nach Bonn kommt, dieser Tatsache nur in dem Zusammenhang, daß er diesen Rang „repräsentativ" verliehen bekommen habe. An sich ist dies erstaunlich, denn das Datum seines Eintritts in die SA ist historisch: Es war der 30. Januar 1933 (vor oder nach dem Fackelzug?). Nach Kriegsausbruch fungiert er als Verbindungsmann zum AA und AKH. Juli 1940 ist er im Hauptquartier in Fontainebleau am organisatorischen Einsatz des „Kommando Künzberg" beteiligt. Dieses hatte den Auftrag, Kunstschätze zu plündern. Ein Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung Art. 46 und 56. Seine Mittäterschaft gibt Etzdorf in seiner Vernehmung in Nürnberg nach Leugnen zu. Außerdem ist er der Überbringer des Handschreibens Weizsäckers an die Generale im Jahre 1942, „ja nicht militärisch zu erlahmen". „Merkwürdige Sprache eines Widerständlers", kommentiert der verhörende Beamte. In dem Tagebuch des nach dem 20. Juli hingerichteten Vertreter des alten AA, Ulrich v. Hassel, wird Etzdorf als Nachrichtenträger öfters genannt. Von einem aktiven Widerstand steht dort nichts.

Auch Dr. Gottfried v. Nostiz finden wir in diesem Tagebuch. Er zeigt schon damals eine

starke Tendenz, Weizsäcker zu verteidigen. Seine Vernehmung in Nürnberg steht unter dem Zeichen „Ich erinnere mich nicht". Dieses Nichterinnern setzt automatisch bei peinlichen Fragen ein, gleichgültig, ob es um Vorgänge geht, die neun oder ein Jahr zurückliegen. So erinnert er sich z. B. nicht mehr daran, daß er einst die Bombardierung der offenen Stadt Warschau befürwortete und vorschlug, das Angebot des Heiligen Vaters, Weihnachten 1939 eine Waffenruhe zu veranstalten, hinhaltend zu behandeln, damit es nicht zu einer Waffenruhe komme. Auf 13 Seiten Protokoll taucht 20mal die Formulierung auf: „Ich erinnere mich nicht." Zum Schluß war der Konsul II. Klasse und Pg. im Ribbentrop-AA „nur ein Postbote".

Da diese Formulierung auch beim Verhör von Dr. Wilhelm Melchers auftaucht, der Vortragender Legationsrat war und diese Bezeichnung gleich auf Gesandte und Botschafter ausdehnt, darf man nur hoffen, daß die Koblenzer Straße nicht zu einem Postamt wird. Wieviel biedere Postbeamte waren wohl bei ihrer Entnazifizierung in der Lage, 35 „Persilscheine" vorzulegen, wie sie Herr v. Nostiz nötig zu haben glaubte? Wir finden ihn heute in der Länderabteilung der Koblenzer Straße.

Das Kreuzverhör von Albrecht v. Kessel, Legationsrat a. D. bei Ribbentrop, ist bemerkenswert: Der Verhörbeamte der IMTG gibt Kessel, der engsten Kontakt mit Weizsäcker hatte, die Chance, eindeutig und ausführlich auf die Widerstandsfähigkeit des Weizsäcker-Kreises einzugehen. Der Verhörende stellt 49 ins Detail gehende, präzise Fragen, die — positiv beantwortet — das Bild echten Widerstandes geben könnten. Kessel muß sie alle unter Eid verneinen, oder er „war nicht anwesend", „weiß nicht genau", „kann sich nicht erinnern". Der einzige markante Zeuge, den er angeben kann, ist „leider" gestorben. Und effektiv bleibt nichts, als eine Warnung an eine befreundete Jüdin in Rom. Frage: „Die ist von ihnen gewarnt worden?" Antwort: „Die ist indirekt gewarnt worden. Ich konnte nicht mehr mit ihr in Verbindung treten."

(wird fortgesetzt)

Abschrift aus „Frankfurter Rundschau" vom 6. September 1951

Kessel, der NSKK-Obersturmführer war, versuchte zweimal, in die NSDAP aufgenommen zu werden. Heute ist er stellvertretender Generalkonsul in Paris.

Lohnend ist auch ein Blick in das Provisorium der Rechtsabteilung des AA. **Dr. Werner v. Bargen,** Pg. und vor dem Krieg Botschaftsrat in Brüssel, während des Krieges mit dem Gesandtenrang ausgestattet und zum Vertreter des AA beim Mil.-Bef. in Brüssel ernannt. 1933/34 ist er Frankreichreferent im AA. Auch er erinnert sich an viele Dinge nicht mehr, bestreitet in seiner Vernehmung energisch, daß das AA mit Deportationen etwas zu tun gehabt habe, und bleibt auch nach Vorlage seiner eigenen Berichte bei dieser Meinung. Den Begriff „Beihilfe zum Mord" scheint er offensichtlich nicht zu kennen. Die Frage, ob er zur Widerstandsbewegung gehört habe, kann er zunächst nicht mit ja oder nein beantworten, muß sie dann schließlich verneinen. Seine Behauptung, er habe gegen Deportationen und völkerrechtswidrige Geiselerschießungen protestiert, können durch Dokumente in seinem Verhör nicht bewiesen werden. „Ich weiß nicht, ob meine Berichte vollständig vorhanden sind." Frage: „Gibt es Berichte, in denen Sie dagegen protestiert haben?" Antwort: „Daran kann ich mich nicht erinnern."

Es sei noch **Dr. Kurt v. Kamphoevener,** Botschaftsrat a. D. und SCer, erwähnt, einst Chef der Telegrammkontrolle bei Ribbentrop, heute deutscher Generalkonsul in der Türkei. Dieser gibt in Nürnberg an, er sei 1942 in die NSDAP eingetreten, weil „es mir unmöglich gewesen wäre, meinem Wunsch gemäß zur Front zu gehen, wenn es mir nicht zumindest gelang, ein politisches Unbedenklichkeitszeugnis zu erhalten". Abgesehen davon, daß diese Formulierung für Kenner der innerdeutschen Verhältnisse gewagt klingt, steht diese Aussage unter Eid im Gegensatz zu seinem jetzt in der Presse veröffentlichten Lebenslauf, in dem es heißt, er sei als politisch unzuverlässig an die Front abgeschoben worden.

In der handelspolitischen Abteilung der Koblenzer Straße finden wir noch **Heinz Trützschler von Falkenstein,** SCer, Legationsrat a. D., aus der politischen Abteilung Ribbentrops von 1939 bis 1945. Dort hatte er einst die Aufgabe, die gutgefärbten Weißbücher für die Ribbentrop-Außenpolitik zu verfassen und Presseinformationen und Propaganda zu bearbeiten.

In derselben Abteilung ist heute auch **Dr. Alois Tichy** tätig, Pg., bis August 1945 Gesandtschaftsrat bei der deutschen Botschaft in Tokio und Parteirichter, d. h. Funktionär der NSDAP von 1938 bis 1943.

Dr. Emil v. Rintelen, Pg., Botschafter z. b. V. bei Ribbentrop, ist sogar im Urteil im Wilhelmstraße-Prozeß genannt. Es heißt dort: „Am 19. August 1942 berichtet Rintelen von Ribbentrops Büro in einem Telegramm an das AA, daß die Abtransporte aus Rumänien am 10. September anfangen werden; die

Juden würden nach dem Lubliner Ghetto verbracht werden, wo der arbeitsfähige Teil arbeitseinsatzmäßig angesetzt, während der Rest der Sonderbehandlung unterzogen werden solle. Weiter sei Vorsorge getroffen, daß die Juden beim Überschreiten der rumänischen Grenze ihre Staatsangehörigkeit verlieren. Verhandlungen mit dem AA seien seit einiger Zeit im Gange, ihr günstiger Ausgang erscheine gesichert. Zum Schluß bittet Rintelen um Genehmigung für die Durchführung der Abschiebungsarbeiten." Man findet Rintelens Namen außerdem noch auf einer Reihe ähnlicher Originaldokumente. Heute ist er Dozent an der Diplomatenschule in Speyer.

Wenn in dieser Aufzählung nicht das vielleicht notwendige Maß der Vollständigkeit erreicht wurde, so liegt es nur daran, daß man in Bonn mit „Provisorien" arbeitet und nicht einmal die Namen aller Besetzungen offiziell zu erfahren sind.

Alle Illusionen über die Verwendbarkeit der alten AA-Leute dürften endgültig vergehen, wenn die jetzt aus alliiertem Besitz wieder in deutsche Hand übergehenden Personalakten der Wilhelmstraße gesichtet werden. Unter diesen befindet sich nämlich eine Liste, die Ribbentrop für Himmler anfertigen ließ, um die politische Zuverlässigkeit seines Amtes zu bekunden. Diese Liste enthält nur die Namen derjenigen Beamten, die dem SD angehörten.

Nach Aufzählung dieser Tatsachen sei jedoch ein Absatz zitiert, der bei Beginn des Aufbaus der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten in der „Neuen Zeitung" vom 15. Dezember 1949 zu finden ist:

„Gleichzeitig wird in den beteiligten Kreisen betont, daß politisch einwandfreie und sachlich qualifizierte Kräfte aus dem alten AA mit eingesetzt werden sollten. Voraussetzung für diese wäre, so betont man, daß sie eindeutig für den neuen Staat eintreten und gewillt sind, ‚mit Händen und Füßen' für diesen Staat zu kämpfen."

Gerade dieser letzte Satz sollte uns beim heutigen Stand der Dinge bedenklich stimmen. Auf der Suche nach Fachleuten kann man doch wohl nicht auf Personen zurückgreifen, die sich an ein Amt klammerten — mit Händen und Füßen —, im vollen Bewußtsein dessen, daß dieses Amt sich mit dem verbrecherischen Regime identifizierte.

Über das AA Wilhelmstraße, über seine Tätigkeit im Dritten Reich und über das Auftreten seiner Mitglieder vor den Schranken des Gerichtes sollte man vielleicht den Mantel der Nächstenliebe decken. Die grauenhaften Originaldokumente werden fast noch übertrofffen durch die peinlichen Ausreden und Lügen der Zeugen. Es sei aber nachdrücklich davor gewarnt, mit dem Ruf nach Fachleuten der Wilhelmstraße ein neues Heim in der Koblenzer Straße in Bonn zu geben. Man hüte sich davor, noch einmal eine „geschlossene Gesellschaft" zu legitimieren; es könnte — um bei Jean Paul Sartre zu bleiben — wiederum „schmutzige Hände" geben. Abgesehen davon, daß von verschiedenen Seiten tatsächlich einwandfreie Fachleute vorgeschlagen wurden, beweisen die Berichte aus dem Ausland, daß auch Nichtfachleute in den Auslandsvertretungen gleichwertige Arbeit leisten.

Die Vertreter der deutschen Bundesrepublik im Ausland geben ihre Visitenkarten als Repräsentanten eines Volkes ab. das aus seiner Vergangenheit gelernt haben sollte. Eine Entwicklung, wie sie uns jetzt zu drohen scheint, ließe im Ausland böse Rückschlüsse auf die innerdeutsche Lage zu.

Oder soll das nachfolgende Wort eines Historikers weiterhin Gültigkeit behalten?

„In unsere Diplomatie sich hineinbegeben, das heißt, dem gesunden Menschenverstand, dem Recht und der Kraft auf ewig entsagen; ein solches Sortiment von verhunzten Menschenfiguren hat es wohl noch nie gegeben; es wäre im höchsten Grade komisch, wenn es nicht so traurig wäre." So schrieb Carl v. Grolmann an seinen Schwager, als dieser Diplomat werden sollte. Das war im Jahre 1809.

Anlage 2, II

Telegramm Dr. von Bargens vom 9. Juli 1942

Telegramm
(G-Schreiber)

Brüssel, Dienststelle des A. A., den 9. Juli 1942
Ankunft: Dienststelle des A. A., den 9. Juli 1942 —

Nr. 602 v. 9. 7. Auf Nr. 788 *) v. 29. 6.
*) D III 516 g.

Militärverwaltung beabsichtigt, gewünschten Abtransport von 10 000 Juden durchzuführen. Militärverwaltungschef gegenwärtig im Hauptquartier, um Angelegenheit mit Reichsführer SS zu erörtern. Bedenken gegen Maßnahme könnten sich einmal daraus ergeben, daß Verständnis für Judenfrage hier noch nicht sehr verbreitet und Juden belgischer Staatsangehörigkeit in Bevölkerung als Belgier angesehen werden. Maßnahme könnte daher als Beginn allgemeiner Zwangsverschickungen ausgelegt werden. Auf der anderen Seite sind Juden weitgehend in hiesigem Wirtschaftsprozeß eingegliedert, so daß Schwierigkeiten auf Arbeitsmarkt befürchtet werden könnten. Militärverwaltung glaubt jedoch, Bedenken zurückstellen zu können, wenn Verschickung belgischer Juden vermieden wird. Es werden daher zunächst polnische, tschechische, russische und sonstige Juden ausgewählt werden, womit das Soll theoretisch erreicht werden könnte. Praktische Schwierigkeiten sind insofern zu erwarten, als durch Bekanntwerden beginnender Abschiebungen aus Frankreich und Holland im hiesigen Judentum schon gewisse Unruhe entstanden ist und daher Juden versuchen werden, sich Zugriff zu entziehen. Für Zwangsmaßnahmen aber reichen vorhandene Polizeikräfte nicht aus. Weiterer Bericht folgt.

Bargen

Anlage 2, III

Bericht Dr. von Bargens vom 11. November 1942

Dienststelle des Auswärtigen Amts
Brüssel

Brüssel, den 11. November 1942.

Nr. 2528/42 g
Betr.: Juden in Belgien.

Auf Grund der in der Judenverordnung des Militärbefehlshabers vom 28. 10. 1940 enthaltenen Verpflichtung haben sich rund 42 000 Männer und Frauen (über 16 Jahre) gemeldet. Hiervon

waren 38 000 nichtbelgische Staatsangehörige. Insgesamt dürften 52 000—55 000 Juden einschließlich der nichtmeldepflichtigen Kinder in Belgien gelebt haben. Hiervon sind 15 000 Männer, Frauen und Kinder nach dem Osten abgeschoben worden. Weitere Transporte werden demnächst Belgien verlassen. Unter den Abgeschobenen befinden sich Staatenlose, ehemalige Deutsche, Tschechen, Polen, Holländer, Rumänen, Griechen, Slowaken, Russen, Norweger, Luxemburger, Kroaten und Angehörige der drei baltischen Staaten. Gleichfalls befinden sich auch einige Belgier hierunter, die deswegen verschickt werden, weil sie in der Öffentlichkeit den Judenstern nicht getragen haben.

Zunächst wurde ein „Arbeitseinsatzbefehl" über die „Judenvereinigung" den von der Abschiebung Betroffenen zugestellt. Da jedoch im Laufe der Zeit durch Gerüchte über Abschlachten der Juden usw. dem Arbeitseinsatzbefehl nicht mehr Folge geleistet wurde, wurden die Juden durch Razzien und Einzelaktionen erfaßt. In der letzten Zeit sind illegale Abwanderungen nach Frankreich, insbesondere nach dem unbesetzten Gebiet und nach der Schweiz festgestellt worden. Vorsichtig geschätzt dürften etwa 3 000—4 000 Juden nach der Schweiz ausgewandert sein. Genaue Angaben lassen sich jedoch nicht darüber machen.

An das
Auswärtige Amt,
Berlin.

Bargen

Anlage 2, IV

Bericht Dr. von Bargens vom 4. Dezember 1942

Berlin, den 4. Dezember 1942 — zu D III 1065 g

An
die Dienststelle des
Auswärtigen Amtes
Brüssel

Auf Bericht v. 27. 11. 42
Nr. 2055/42 g

Mit dortigem Drahtbericht Nr. 602 vom 9. 7. dieses Jahres war dem geplanten Abtransport einer größeren Anzahl von Juden zugestimmt, auf der anderen Seite aber gebeten worden, von der Verschickung der Juden belgischer Staatsangehörigkeit zunächst abzusehen. Nach vorläufigem Abschluß der Verschickungsaktion für das laufende Jahr gibt nunmehr der abschließende Bericht über die heutige Situation Veranlassung, die auf Grund des erwähnten Drahtberichts bezogene Stellungnahme einer Nachprüfung zu unterziehen. Wenn heute sich das in Belgien verbliebene Judentum über die Anordnungen des Militärbefehlshabers hinwegsetzt, ferner mit allen Mitteln versucht, seinen jüdischen Charakter zu verwischen und sich

damit in schwer zu säubernde Schlupfwinkel zu verkriechen, und wenn schließlich bereits Ansätze zur Beteiligung dieser Juden am aktiven Widerstand gegen die Besatzungsmacht festgestellt werden, dann sollte ein energisches Zugreifen eine weitere Ausbreitung dieses Gefahrenherdes verhindern.

Ich darf daher bitten, im Benehmen mit dem Militärbefehlshaber die Möglichkeiten zu erwägen, die getroffenen Maßnahmen nunmehr auf alle Juden in Belgien auszudehnen und diese bis zur möglichen Durchführung der Transporte in Sammellagern zusammenzufassen; Einzelfragen bezüglich Ausnahmebehandlung von Juden in Mischehen, solchen christlicher Konfession oder mit Kindern, könnten im Benehmen mit der Sicherheitspolizei geklärt werden.
Eine durchgreifende Säuberung Belgiens von den Juden muß früher oder später auf alle Fälle erfolgen. Für eine Durchführung der Maßnahme im gegenwärtigen Zeitpunkt spricht unter anderem der Umstand, daß die bisherigen Abtransporte die Bevölkerung hinreichend mit diesen Dingen vertraut gemacht und das Judentum selbst auf weitergehende Maßnahmen vorbereitet haben. Die Tatsache, daß in den benachbarten Niederlanden das gesamte Judentum evakuiert wurde, dürfte in dieser Hinsicht den belgischen Juden keinen Zweifel gelassen haben. Neben der notwendigen Beseitigung der oben erwähnten Gefahren aber empfiehlt es sich, die Bevölkerung nicht in dauernder Unruhe zu halten, sondern die unvermeidlichen Maßnahmen in einem Zuge aufeinanderfolgend durchzuführen. Das Verschieben auf

(Fortsetzung unleserlich)

Anlage 2, V

Kolonialplan vom 4. September 1940

Rückübersetzung von Urkunde No. NG - 2725
Büro des Obersten Kriegsgerichtshofs.

4. September 1940 Geheim

Etzdorfs Handzeichen v. 4. Sept.

Stempel:
Vertreter des Auswärtigen Amtes
beim Oberkommando der Wehrmacht 324
Eingangsdatum: 5. September 1950

Kolonialpläne

Minister: Ritter v. Epp
Staatssekretär: Wenig
Abt. I: Polizei, Personalabt., Verwaltung, Kolonialpolitik
Unterstaatssekretär Bielfeld
Abt. II: Rechtsabteilung
Minister Asmis
Abt. III: Wirtschaft
Weigelt (DB)

sowie Abteilungen für Fragen der Eingeborenen und der Verteidigung.

Bei einer friedlichen Aufteilung mit England:

An Deutschland:

Franz. und belg. Kongoland
Tsad-See-Gebiet (Holzreichtum)
Franz. Äquatorial-Afrika
die ehemaligen Kolonien.

Bei einer gleichzeitigen Aufteilung der englischen Besitzungen:

An Deutschland:

(zusätzlich).
Uganda
Sansibar
eine Hälfte von Kenia (südlicher Gebirgsteil mit Nairobi)
Nigeria
Goldküste
Dahome
Stützpunkte Dakar, Bathurst.

Außerdem fordert die Kriegsmarine:

Ascension
Tristan da Cunha
St. Helena
Komoren
Maskarenen
Seychellen
Amiranten
Madagaskar für die Juden.

An Spanien:

Marokko
Algier bis Oran und südlich bis Z. . . .
Gibraltar
Ausweitung von Spanisch-Neu-Guinea bis Cap Lopez.

An Italien:

Übernahme der englischen Schutzabkommen in Arabien
(Hadramaut usw.)
Tunis
Zugang zum Tsad-See und Libyen-Ostafrika
Engl. u. franz. Somaliland
das übrige Gebiet von Kenia
Übernahme der Stellung Englands zu Ägypten
(einschließlich Sudan)
Malta
Aden
Zypern?

Siam:

Ansprüche auf Laos und Kambodscha angemeldet.

Denkschrift von Dr. v. Etzdorf aus dem Herbst 1939

A.

Das drohende Unheil

Entgegen der Auffassung der verantwortungsbewußten politischen und militärischen Stellen und ungeachtet kürzlich feierlich wiederholter Verpflichtungen soll Hitler beschlossen haben, durch einen Einfall nach Belgien dem Kriege eine neue Wendung zu geben.

Die angeblich für Mitte November veranschlagte Ausführung dieses Beschlusses würde das Ende Deutschlands bedeuten.

I.

Der Einmarsch, dessen militärisches Ziel unklar ist, würde nach Anfangserfolgen alsbald stecken bleiben, eine Entscheidung des Krieges jedenfalls nicht herbeiführen. Gründe: Die Wetterlage im November, die einen rasanten Einsatz unserer Luftwaffe verhindert; die natürlichen Verteidigungsanlagen des Landes (Ardennen, steile Flußtäler, Albert-Kanal), welche die Panzerwaffe empfindlich blockieren; die Fortifikationen; die Verstärkung der belgischen Armee durch die französische, denn der Bruch der belgischen Neutralität durch uns schafft automatisch eine gemeinsame französisch-belgische Front.

II.

Der Widerstandswille der Franzosen wird entgegen anderer Voraussage nicht schwächer sondern stärker werden: den Franzosen wird ein populäres Kriegsziel nahegebracht, um das sie bislang verlegen sind — die unmittelbare Bedrohung des „heiligen Boden Frankreichs" über Belgien und die Notwendigkeit offensiven Widerstandes dagegen.

In England, das auch bei voller Beherrschung der Küstenlinie fliegerisch nicht „zu Boden gezwungen" werden könnte (Mangel an geeigneten Flugzeugen, unzulängliche Bodenorganisation, Unsinn der Idee von den Luftlande-Divisionen), würden die letzten Zweifel schwinden, daß der Kampf gegen Hitler bis zum Ende durchgeführt werden muß.

III.

Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg mit allen seinen moralischen und materiellen Folgen (Man wird nicht nur Material, sondern auch mit Kreuzzugsgeist erfüllte Menschen schicken).

Die Neutralen des gegenwärtigen Krieges (1,2 Milliarden gegen 200 Millionen im letzten Kriege), deren Friedenssehnsucht trotz fast einhelligen Abscheus gegen einen Sieg Hitlers, bis jetzt doch noch so groß ist, daß sie jeden Abschluß des Krieges annehmbar finden würden, diese Neutralen würden zu der Überzeugung kommen, daß nur eine Niederlage Hitlers ihre Existenz sichern kann. Der offene Eintritt weiterer Staaten in den Krieg gegen uns wäre daher möglich.

Italien würde eine weitere wohlwollende Neutralität (Rohstoff-Transit) unmöglich gemacht werden.

Die Sowjet-Union schließlich würde Deutschland kaum eine Entlastung geben wollen oder können, sie würde sich, wie in den letzten Wochen darauf beschränken, ihre Macht dort auszudehnen, wo es am wenigsten riskant ist, gegebenenfalls auch gegen Deutschland (Leichenfledderer!)

Es wird sich mithin gegen uns eine Front bilden, der wir auf die Dauer weder

IV.

im Kriegsmaterial (Munitionsverschleiß schon im polnischen Feldzugsmonat das Mehrfache einer Monatserzeugung bei einem Vorrat für 1½ Monate — gegenüber einem unerschöpflichen Gegner).

noch

V.

kriegswirtschaftlich (zunehmende Absperrung von den Neutralen, Wirtschaftsschwächung der für unseren Lebensmittelimport lebenswichtigen baltischen Staaten, Fragwürdigkeit der russischen Lieferungen wegen Transportschwierigkeiten)

noch

VI.

moralisch gewachsen sein werden,

Die Folge würde sein: Zerbrechen der militärischen und inneren Front — Zerfall — Bolschewismus — oder bestenfalls Partikularismus und Loslösungen.

B.

Das Gebot der Stunde

Die Entscheidung darüber, ob die Neutralität Belgiens verletzt wird, ist daher ausschlaggebend für die Zukunft der Nation.

Mit anderen Worten: Es muß verhindert werden, daß der Einmarsch-Befehl zur Ausführung gelangt.

Dies ist nur zu erreichen, indem man die Regierung Hitlers rechtzeitig zum Sturz bringt. Argumente, Proteste oder Rücktrittserklärungen der militärischen Führung allein würden erfahrungsgemäß weder ein Einlenken noch Nachgeben bewirken. Hitlers Entschluß zum Angriff durch Belgien entspricht einmal seinem Temperament („nichts ist unmöglich“ Gewaltmethoden), und seiner augenblicklichen moralischen Verfassung (Berauschtsein vom letzten blutigen Erfolge und Blutdurst nach weiterem) wie weiterhin der Erkenntnis, daß seine Regierung zu keinem Vergleichsfrieden mit dem Gegner kommen kann, daher sollen die Schiffe verbrannt, die Brücken abgebrochen werden.

C.

Keine Bedenken!

Man wende nicht ein:

I.

„Der Führer“ habe für Deutschland außenpolitisch, innenpoltisch und wirtschaftlich so Einzigartiges geleistet und mit notorischem Glück so oft bewiesen, daß ihm nichts unmöglich sei, daß es undankbar und vermessen wäre, ihm jetzt in den Arm zu fallen.

Die sogenannte Unfehlbarkeit des Führers ist eine blasphemische Legende. Seine Erfolge waren Scheinerfolge oder das Ergebnis einer natürlichen Entwicklung, wobei die durch seine Methoden hervorgerufenen Nachteile die Vorteile übertrafen.

1. Fälschlicherweise rühmt sich Hitler des häufigeren, die Revision des Versailler Vertrages sei sein Werk.

(a) Das Ende der Reparationen wurde bereits im Juli 1932 erreicht und die militärische Gleichberechtigung am 11. Dezember 1932 zugestanden. Ihre praktische Verwirklichung wurde erst in Zweifel gestellt, als Hitler durch seine Politik die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen Deutschland mobilisiert hatte.

(b) Die Angliederung Österreichs war vor Hitlers Machtübernahme kein innen- sondern ein außenpolitisches Problem. Erst die Methoden der Verfolgung innerpolitischer Gegner in Deutschland brachte die österreichische Regierung dazu, sich dem häufig bekundeten Anschlußwillen der Bevölkerung zu widersetzen. Keine österreichische Regierung hätte es vorher gewagt, sich gegen den Anschluß auszusprechen. Die Hemmung des Anschlusses lag in der französisch-italienischen Opposition, sie wäre also spätestens (durch Option für oder gegen Italien) während des Abessinienkonfliktes fortgefallen, d. h. reichlich zwei Jahre vor dem 13. März 1938.

(c) Unter den gleichen Voraussetzungen wäre nach dem Anschluß Österreichs der Zerfall der Kleinen Entente und damit die Einfügung der Tschechoslowakei in den deutschen Einflußkreis eine Frage eher von Monaten als von Jahren gewesen.

(d) Die gewaltsame Besetzung der Rest-Tschechei hat dagegen schwere Nachteile für Deutschland mit sich gebracht, die bei einer friedlichen und vertragsgemäßen Einbeziehung der Tschechei vermieden worden wären.

(e) Ohne den Zug auf den Hradschin wäre aber der polnische Feldzug im Herbst 1938 oder Frühjahr 1939 ohne Hilfeleistung der Westmächte an Polen durchführbar gewesen, zu einer Zeit allerdings, als Hitler noch Polen als angeblichen Schutzwall gegen die Sowjet-Union betrachtete.

(f) Die Prognosen schließlich, die Hitler vor dem jetzigen Konflikt stellte, sprechen für sich: Isolierung des deutsch-polnischen Konflikts, gegebenenfalls Bündnishilfe Italiens. Die Absage Italiens und der britisch-polnische Vertragsabschluß führten zum Widerruf des bereits gegebenen Vormarschbefehls, der später erneut gegeben wurde unter der Voraussetzung, daß die Westmächte höchstens einen Scheinkrieg führen würden, um nach Beendigung des polnischen Feldzugs schleunigst nachzugeben. In keinem anderen Lande der Welt hätten nach derartigen leichtfertigen Fehlern Außenminister und Regierungschef auf ihren Posten bleiben können.

2. Nicht anders ist die Bilanz der Hitlerischen Innen- und Wirtschaftspolitik.

Als sein größtes Verdienst galt zeitweise die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Befreiung Deutschlands von der bolschewistischen Gefahr. Es ist festzuhalten, daß die Arbeitslosigkeit der Jahre 1929—32 kein deutsches, sondern ein allgemeines Problem war. Alle hiervon in gleicher Weise betroffenen Industriestaaten haben in den Jahren 32 — 37 einen großen wirtschaftlichen Aufschwung und damit verbunden eine beträchtliche Verminderung der Arbeitslosigkeit erlebt. Dies ist allerdings in den meisten Staaten ohne schwerwiegende Vorgriffe auf die Zukunft, ohne eine gewaltige innere Verschuldung und ohne eine Verschleuderung des nationalen Reichtums, wie sie Hitlers Politik mit sich brachte, erreicht worden.

Die innerstaatliche Neuordnung hat dem deutschen Volke keine wirkliche Einheit gebracht. Im Gegenteil ist an die Stelle kontrollierbarer Einzelstaaten, deren allmähliche organische Ablösung durch eine starke

Reichsgewalt eine Frage der Zeit war, eine Vielheit von fast unabhängigen Machthabern getreten, die nach eigenem Gutdünken handeln und in praxi niemandem verantwortlich sind. Neben der Wehrmacht bestehen eine Reihe von Wehrverbänden, die eigenen Gesetzen gehorchen. Die einheitliche Verwaltung ist abgelöst durch einen schädlichen Dualismus zwischen Partei und Staat. An die Stelle der christlichen Religion unseres Volkes ist ein seltsames Gemisch von sogenannten Weltanschauungen getreten, die den sittlichen Bestand des Volkes ernsthaft gefährden und eine allgemeine Verwahrlosung und Zuchtlosigkeit hervorgebracht haben. Der Rechtsstaat ist verschwunden und hat einem Zustand von Willkür und Korruption Platz gemacht, der den Satz von Gemeinnutz, der dem Eigennutz vorgehen soll, zu einer Groteske verdreht. Noch nie war Deutschland dem Chaos und dem Bolschewismus näher als jetzt nach sechs Jahren Hitler-Regimes, das es in den letzten Wochen fertigbrachte, 20 Millionen Menschen dem Bolschewismus zu überantworten.

II.

Man wende ferner nicht ein:

Das Volk und die Armee (bis in hohe Posten, soweit die Dummheit reicht) werden einen coup d'état jetzt nicht begreifen, ihn vielmehr samt seinen Urhebern verabscheuen, nachdem der Führer soeben in Polen mit stupenden Erfolgen gesiegt hat, die uns das Schönste auch für die Zukunft hoffen lassen. Die Verkennung der Lage durch die deutsche Öffentlichkeit und das Unverständnis dafür, nach einem glänzenden militärischen Feldzuge Konzessionen machen zu müssen, sind begreiflich. Das débacle wird erst allgemein erkannt werden, wenn es da ist. D a n n freilich wäre der Staatsstreich populär, aber er käme zu spät und würde das Unheil nicht mehr abwenden, in das wir alle, ob mit Hitler oder ohne ihn, und mitsamt unseren schönen polnischen Lorbeeren hineinstürzten. Denn die Kriegsfurie, einmal aus dem Kasten, ist mit Vernunft nicht wieder zurückzulocken: Der Krieg folgt seinen eigenen unerbittlichen Gesetzen, und jede Heeresleitung will vor allem siegen, d. h. heutzutage, vernichten. Die relative Unpopularität des Unternehmens muß daher mit dem nötigen Maß an Zivilcourage hingenommen werden. Sobald dem Publikum erst die Augen darüber geöffnet sind, was Deutschland aus der Hand eines Besessenen bevorstand, wird sich eine bessere Erkenntnis bald durchsetzen. Im übrigen schafft die nach anfänglichem Friedeoptimismus sich zunehmende verbreitende dumpfe Ungewißheit über den Ausgang des Krieges schon jetzt eine unseren Plänen entgegenkommende Stimmungslage, und soll man last not least auch mitberechnen, wie sehr der Sturz des Hitler-Regiments „an sich" von vielen und nicht den schlechtesten Deutschen herbeigesehnt wird.

III.

Man sage schließlich nicht:

Der Soldat müsse zu seinem Fahneneid stehen.

Der Fahneneid wurde Herrn Hitler als dem verantwortlichen Führer Deutschlands, d. h. unter gegenseitiger Verpflichtung geschworen. Dieser Fahneneid hat seine Gültigkeit verloren, da Hitler, seiner eigenen Pflicht vergessend, sich anschickt, Deutschland seinen besessenen Zielen zu opfern. Seines Fahneneides ist der deutsche Soldat also ledig. Es verbleibt ihm aber die höchste nationale Pflicht, dem deutschen Vaterlande gegen dessen Verderber die Treue zu halten.

Wer gleichwohl meint, der Fahneneid gegenüber Herrn Hitler bestünde fort und es entspräche nicht den Traditionen des deutschen Soldaten und des deutschen Beamten, einen geleisteten Eid zu brechen — dem sei geantwortet: In höchster Gefahr für Nation und Staat haben deutsche Patrioten nicht gezögert, ihrem Gewissen zu folgen. York sagte seinem König einen untragbar gewordenen Gehorsam auf.

Für eine revoltierende Gesinnung, eine „Fronde" der preußischen Offiziere gibt es in der Geschichte im übrigen Beispiele genug. Man denke nur an Marwitz und was er zu diesem Thema zu sagen wußte — wobei es dahin gestellt bleiben kann, ob Herr Hitler sich überhaupt jene verklärende Ehrfurcht verdient hat, die allein ein höheres Gesetz als das sonst für Volktribunen übliche begründet.

D.

Die neue Reichsgewalt

I.

Ehrenhafter Friede

Die Bedingungen, unter denen eine spätere deutsche Regierung Frieden schließen kann, hängen von der Stärke ab, die Deutschland in die Waagschale werfen kann. Ein Eingreifen von staatserhaltender Seite verspricht überhaupt nur solange Erfolg, als eine militärische Niederlage oder ein 9. November vermieden wird. Eine Regierung des 9. November würde kaum bessere Bedingungen erhalten als die Regierung der „Volksbeauftragten". Nur eine Regierung, die auf eine intakte Armee zählen kann, wird einen „ehrenhaften Frieden" (peace with honour) zu schließen vermögen, d. h. einen Frieden, der Deutschland in seinem ethnographischen

Grenzen nicht antastet (etwa auf der Grundlage der Münchner Konferenz), unter Herstellung einer Landverbindung des Reichs mit Ostpreußen und Angliederung des ostoberschlesischen Industriegebiets.

Eine solche Lösung entspräche dem wirklichen nationalen Interesse. Sie vermiede die Belastung mit fremdem Volkstum und würde Deutschland trotzdem aus geographischen und wirtschaftlichen Gründen den maßgebenden Einfluß in einer Rest-Tschechei und einem Rest-Polen geben. Sie würde schließlich auch ein Äquivalent sein für die Opfer und Lorbeeren des polnischen Feldzuges. Die Mäßigung im Erfolge ist im übrigen immer die größte politische Tat gewesen. (Frieden von Nikolsburg).

Für einen solchen Frieden würden auf der anderen Seite wirken:

Eine allgemeine Erleichterung über die Beseitigung der Gefahren, die das Regime Hitlers für alle Staaten bedeutete; die manifeste Kriegsabneigung der Franzosen, sobald sie nicht im eigenen Lande angegriffen sind; der dringende Friedenswunsch der gesamten neutralen Welt; die allgemeine Furcht vor einer weiteren Ausdehnung des Bolschewismus in Europa.

Ein solcher Friede würde auch England und Frankreich das Gesicht wahren, da beide Länder bei der Neugestaltung der Rest-Tschechei und von Rest-Polen mitsprechen können.

II.

(abhanden gekommen)

III.

Erste Maßnahmen

1. Die programmatische Verkündigung

In letzter Minute vor einer äußeren und inneren Auflösung gilt es zu handeln;
Für einen Abschluß eines ehrenhaften Friedens;
Für die Errichtung eines Rechtsstaates (habeas-corpus-Akte; Auflösung der Gestapo);
Für einen staatlichen Aufbau, der Anständigkeit, Sauberkeit und den eigentlichen preußischen Traditionen entspricht;
Für eine Beteiligung des Volkes an der öffentlichen Willensbildung, wie sie dem freien deutschen Manne zukommt (Auflösung der NSDAP?);
Für einen gerechten und wahrhaftigen deutschen (preußischen) Sozialismus;
Für eine christlich-sittliche Erneuerung.

2. Die eigentlichen Maßnahmen

u. a. Besetzung von Rundfunk und Presse;

Besetzung der Post und Gas pp.-Werke;

Lokale Säuberung durch Militärbefehlshaber usw.

Bleistiftnotiz: Die weiteren Seiten sind abhanden gekommen; sie betrafen die zu ergreifenden militärischen Maßnahmen.

Anlage 2, VII

Erklärung des ehemaligen Generalobersten zuletzt Chef des Generalstabs des Heeres, Franz Halder, vom 8. März 1952

Erklärung

Ich, Franz Halder, geboren 30. Juni 1884 zu Würzburg, z. Z. wohnhaft in Königstein/Taunus, zuletzt Generaloberst und Chef des Generalstabes des deutschen Heeres, sage über die Gründe, die zur Entsendung des Herrn Hasso **von Etzdorf** in das Hauptquartier OKH als Verbindungsmann zwischen Auswärtigem Amt und Oberkommando des Heeres geführt haben, und über die Tätigkeit des Herrn von Etzdorf in dieser Eigenschaft das folgende aus. Ich bin bereit, die Aussage zu beeiden und durch mündliche Zeugenschaft zu erhärten und zu ergänzen.

Zwischen dem Staatssekretär Freiherrn von Weizsäcker als Mittelpunkt der Widerstandsbewegung gegen Hitler und sein Regime im Auswärtigen Amt und mir als Mittelpunkt des Widerstandskreises

im Generalstab des Heeres bestand seit meiner Amtsübernahme als Chef des Generalstabs des Heeres im September 1938 enges Einvernehmen. War schon in Friedenszeiten der persönliche Gedankenaustausch durch Hitlers Verbot einer unmittelbaren Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt und Generalstab und durch die Überwachung beider Dienststellen durch die Gestapo auf geheime nächtliche Zusammenkünfte an drittem Ort beschränkt, so wurde er bei Beginn des Kriegszustandes durch die Verlegung des OKH in das Hauptquartier außerhalb Berlins völlig unterbrochen. Um die Verbindung der Widerstandsgruppen aufrechtzuerhalten, machte mir Freiherr von Weizsäcker den Vorschlag, von seiten des Auswärtigen Amtes einen ihm besonders vertrauten Vertreter des Widerstandskreises in der Rolle eines Verbindungsoffiziers zu mir in das Hauptquartier des OKH zu entsenden. Ich war mit dem Vorschlage um so mehr einverstanden, als ich außer in Fragen des Widerstands der engen Verbindung mit Freiherrn von Weizsäcker auch zur Orientierung über die tatsächliche außenpolitische Lage bedurfte. Das war notwendig, um den Oberbefehlshaber des Heeres gegenüber der immer zweckbestimmten und oft geradezu lügenhaften Orientierung durch Hitler immun zu machen. Für beide Zwecke hielt Freiherr von Weizsäcker den Berufsdiplomaten und damaligen Rittmeister d. R. Hasso von Etzdorf, dem er besonderes Vertrauen schenkte, für den geeigneten Mann und erwirkte seine Kommandierung.

Bis zu meinem Ausscheiden aus dem Amt als Chef des Generalstabes des Heeres (September 1942) hat Herr von Etzdorf die ihm übertragenen Aufgaben zu Herrn von Weizsäckers und meiner vollsten Zufriedenheit erfüllt. Das Vertrauen, das ich ihm von Anfang an als gleichgesinntem Angehörigen des Widerstandskreises entgegenbrachte, hat er in jeder Beziehung voll bewährt. Aus den Äußerungen meines verstorbenen Oberbefehlshabers, des Feldmarschalls von Brauchitsch, weiß ich, daß auch er Herrn von Etzdorf vollstes Vertrauen entgegengebracht hat und sich in diesem Vertrauen nie enttäuscht gefühlt hat.

Herr von Etzdorf gehörte zu meiner nächsten Umgebung und hatte unmittelbaren Vortrag bei mir und beim Oberbefehlshaber des Heeres. Über seine offizielle Tätigkeit im Austausch von Nachrichten und Gedanken zwischen Auswärtigem Amt und Heerführung gibt das vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg als Dokument anerkannte „Kriegs-Tagebuch des Generalobersten Franz Halder" in sehr zahlreichen Einträgen eingehend Bescheid. Über seine inoffizielle Tätigkeit als Verbindungsmann zwischen der diplomatischen und der militärischen Widerstandsgruppe enthält dieses „Kriegs-Tagebuch" aber keine Einträge. Dieses Sammelheft für stenographische Notizen aus den täglichen Vorträgen und Besprechungen lag offen auf meinem Schreibtisch. Da ich schon in meiner Amtszeit der Überwachung durch Agenten des SD sicher war und ständig mit Beschlagnahmung meiner persönlichen Papiere und Korrespondenzen rechnen mußte, sind Notizen über Aussprachen mit Männern des Widerstandskreises in diesem „Tagebuch" begreiflicherweise unterblieben oder nur in einer Form angedeutet worden, die dem Nichteingeweihten nicht erkennbar ist. Es hat aber kaum einen „offiziellen Vortrag" des Herrn von Etzdorf bei mir gegeben, bei dem nicht die Aussprache über Fragen des Widerstandes und die Erörterung der Möglichkeiten aktiven Handelns im Vordergrund gestanden wäre.

In besonderem Maße hat Herr von Etzdorf sich in den kritischen Monaten des Herbstes 1939 und Winters 1939/40 an den Umsturzvorbereitungen im Hauptquartier des OKH aktiv beteiligt. Er arbeitete damals in der „Vorbereitungsgruppe" eng zusammen mit den bekannten Widerstandskämpfern General Heinrich von Stülpnagel, General Wagner, beide im Zusammenhang mit dem 20. Juli zu Tode gekommen, Großkurth (gefallen) und Fiedler (in russischer

Gefangenschaft) und stand in ständiger Verbindung mit Admiral Canaris, General Oster und Ministerialrat Dohnanyi, die im OKW die Widerstandszelle bildeten (sämtlich nach dem 20. Juli hingerichtet). Aus seiner Feder entstand damals (Oktober 1939) eine umfangreiche Denkschrift, in der er nicht nur überzeugend und mitreißend die Gründe darstellte, warum Hitler so frühzeitig wie möglich zu beseitigen sei, — nötigenfalls durch Gewalt —, sondern auch im einzelnen genaue und sorgfältig durchdachte Vorschläge machte bezüglich der Ausschaltung von SS und Gestapo, Besetzung der Rundfunksender, Maßnahmen gegen die nationalsozialistische Presse, programmatischer Verkündigung der provisorischen Regierung, lokaler Säuberungsmaßnahmen durch die örtlichen Militärbefehlshaber des Heimatgebietes usw. In einer Besprechung zwischen Generaloberst Beck und mir im Januar 1940 wurde diese Denkschrift erörtert und in ihrem Wert anerkannt. Sie wurde auch dem Oberbefehlshaber des Heeres zur Kenntnis gebracht. Wenn die Vorbereitungen, an denen Herr von Etzdorf so hervorragend aktiv beteiligt war, nicht zur praktischen Durchführung kamen, sondern infolge der Zurückhaltung der zur Durchführung benötigten höheren Truppenführer versandeten, so ist das ganz gewiß nicht Schuld des Herrn von Etzdorf.

Herr von Etzdorf gehörte zu den Wenigen, die sich durch die militärischen Erfolge des Frankreich-Feldzuges den Blick nicht trüben ließen. Sein Widerstandswille und seine Bereitschaft zum aktiven Handeln blieben, solange ich mit ihm zusammenarbeitete, die gleichen. Er war der Träger des ersten Gedankenaustausches zwischen Auswärtigem Amt und Generalstab, als im Sommer 1940 Hitlers Gedanken sich einem Angriffskrieg gegen Rußland zuwandten. Er blieb im Sinne der Auffassung beider Dienststellen auch persönlich bemüht, wo er konnte, ohne Rücksicht auf seine eigene Person alle gegen ein solches Beginnen sprechenden Einwände scharf hervorzuheben. Er hat sich auch durch die Anfangserfolge des Heeres in Rußland nicht täuschen lassen und immer wieder die Notwendigkeit betont, so bald wie möglich zu einem tragbaren Frieden zu kommen. Daß das nur ohne Hitler möglich sei, erschien selbstverständlich. Der Gedanke der Beseitigung des Diktators blieb daher das beherrschende Thema unserer persönlichen Aussprachen. Ebenso wie Freiherr von Weizsäcker und wie das Oberkommando des Heeres sah Herr von Etzdorf die unüberschreitbare Grenze für alle aktiven Widerstandshandlungen da, wo sie zu einem Nachteil oder zu einer Behinderung der schwer ringenden Front hätten führen müssen. „Sabotage"-Gedanken sind nie zwischen uns erörtert worden, vielmehr bestand Einigkeit darüber, daß ein unerschütterliches Feststehen der deutschen Front die Voraussetzung sei, wenn Deutschland zu Friedensgesprächen verhandlungsfähig bleiben sollte.

Die Tatsache, daß der tiefere Sinn des Auftrags, mit dem Herr von Etzdorf zum OKH entsendet worden war, durch Vorsicht und Geschicklichkeit der Beteiligten und nach dem 20. Juli durch die Treue und Verschwiegenheit der Mitverschworenen geheim bleiben konnte, hat Herrn von Etzdorf davor bewahrt, das Schicksal der Widerstandskameraden zu teilen, das entweder in den Tod oder — wie bei mir — zu KZ- und Gefängnishaft der Beteiligten und ihrer Familien führte.

Franz Halder

Telegramm des AA vom 17. September 1943 an den Reichsbevollmächtigten in Dänemark

Abschrift
von Document Number: NG — 5121
Office of Chief of Counsel for War Crimes
(Page 13 of original)

Inl. II 417 g. K.
Akt. Z. e. o. Pol. VI 1873 g Rs.

U. St. S. Pol.
Dg. Pol.

Geheime Reichssache

Berlin, den 17. September 1943

Diplogerma
Consugerma Kopenhagen
Nr. 1265

Referent: Ges. v. Grundherr

Betreff: Abtransport von Juden aus Dänemark.

Nach Abgang
LR Wagner, Inl. II

Freilassen für die Telegramm Kontrolle

Eingeg.: 17. 9. 1943 1315
17. 9. 1943

Initialen von
v. Grundherr
v. Erdmannsdorff
Hencke

Telegramm (Nicht geh. Ch. V. offen lZ.)
(geh. Ch. V.)

Geh. Verm. f. Behördenleiter
Geh. Verm. f. Geh. Reichssachen
Geh. Verm. f. Geheimsachen
ohne besonderen Geheimvermerk
Nicht Zutreffendes durchstreichen

Unter Bezugnahme auf Drahtbericht 1032 v. 8. 9.

Für Reichsbevollmächtigten.

Reichsaußenminister ersucht Sie, über die Art der Durchführung des Abtransports der Juden, der im Prinzip beschlossen ist, genaue Vorschläge zu machen, die insbesondere auch enthalten sollen, wieviel Polizeikräfte Sie dazu benötigen, damit hier diese Polizeiabteilungen in Besprechungen mit der SS freigemacht werden können.

Die Angelegenheit ist streng vertraulich zu behandeln.

Hencke

Beantwortung der Fragen 8 und 10 des Fragebogens des Unterausschusses „Auswärtiger Dienst" vom 27. September 1950 durch die Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten

Frage 8:

Welche Bewertungs- und Anstellungsgrundsätze gelten für die früheren Beamten des Auswärtigen Amts?

Frage 10:

Werden grundsätzlich alle Beamte des Auswärtigen Amts, die „Nicht-Pg" waren oder „entlastet" sind, wieder angenommen?

Die Bewerbungen der früheren Beamten des Auswärtigen Amts werden nach den für alle Bewerbungen geltenden Grundsätzen behandelt: fachliche Eignung, politische Verläßlichkeit im Sinne des demokratischen Staatsgedankens, soziales Verantwortungsgefühl und charakterliche Festigkeit.

Bei der Bewertung der politischen Verläßlichkeit ehemaliger Mitglieder der NSDAP wird die Einstufung bei der Entnazifizierung nicht als allein maßgeblich angesehen, da die Entlastungen häufig ohne genügende Kenntnis der Zusammenhänge erfolgt sind, andererseits aber auch die Haltung mancher Entlasteter unter dem nationalsozialistischem Regime mehr Achtung verdient als diejenige mancher „Nicht-Pgs". In vereinzelten Fällen können auch im summarischen Verfahren als „Mitläufer" Eingestufte, die auf Einspruch und ein mögliches Entlastungsverfahren verzichtet haben, den „Entlasteten" gleichgesetzt werden. Zu beachten ist auch, daß sich unter den Beamten, die „Nicht-Pgs" waren, zahlreiche befinden, die einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP gestellt haben, aber aus Gründen, die keineswegs immer zu ihren Gunsten sprechen, abgelehnt wurden.

Beamte des früheren Auswärtigen Amts, die „Nicht-Pg" waren oder „Entlastete" sind, werden nur nach Maßgabe der allgemeinen Bewertungs- und Anstellungsgrundsätze wieder aufgenommen.

Beamte, die „Nicht-Pg" waren, werden bevorzugt eingestellt, und zwar

1. Beamte, die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen vom Nationalsozialismus verfolgt worden sind,
2. Beamte, die aus politischen Gründen eine dienstliche Zurücksetzung erdulden mußten,
3. die übrigen „Nicht-Pg". Ihnen gleichgestellt werden solche früheren Pg, die sich als aktive Gegner des Nazi-Regimes erwiesen haben und auch bei Anlegung des schärfsten Maßstabes als zu recht entlastet angesehen werden müssen.

Der Zeitpunkt der Einstellung wird durch dienstliche Erfordernisse und haushaltsmäßige Voraussetzungen bestimmt, jedoch werden bei mehreren für eine Stelle geeigneten Kandidaten die durch den Nationalsozialismus Benachteiligten zunächst berücksichtigt.

Ein Rechtsanspruch auf Verwendung im auswärtigen Dienst besteht für Angehörige des früheren auswärtigen Dienstes nicht, jedoch wird ein moralischer Anspruch in den vorgenannten Fällen anerkannt, falls fachliches Können, soziales Verantwortungsgefühl und charakterliche Festigkeit in dem Maße vorhanden sind, wie dies für den Aufbau des auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik gefordert werden muß.

Judenmaßnahmen in einem der Länder, die zum Referat Pol IV des Ribbentropschen AA, Referatsleiter Dr. Heinberg, gehörten.

Document No. NG 3354
for War Crimes
Office of Chief of Counsel
Stempel: Geheime Reichssache
D III 417 g
Nur als Verschlußsache
zu behandeln.

Telegramm
(G.Schreiber)

Belgrad, den 8. September 1941 10.45 Uhr
Ankunft: den 8. September 1941 12.30 Uhr
Nr. 608 vom 8. 9. 41
Mit G.Schreiber

Geheime Reichssache!

(handschr.)
D III

Nachweislich haben sich bei zahlreichen Sabotage- und Aufruhrakten Juden als Mittäter herausgestellt. Es ist daher dringend geboten, nunmehr beschleunigt für Sicherstellung und Entfernung zum mindesten aller männlichen Juden zu sorgen. Die hierfür in Frage kommende Zahl dürfte etwa 8000 betragen. Es befindet sich z. Z. ein Konzentrationslager im Bau, doch erscheint es im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung ratsam, diese Juden so rasch wie möglich außer Landes zu bringen, d. h. mit Leerfrachtkähnen die Donau abwärts, um sie auf rumänischem Gebiet (Insel im Donaudelta) abzusetzen. Ich bitte um Schaffung der entsprechend nötigen Voraussetzungen bezüglich der Duldung durch Rumänien.

gez. Veesemeyer — Benzler

Stempel:

Chef A.O.
St.S. Keppler
U.St.S. Pol
U.St.S. R
U.St.S. Luther
Botsch. Ritter
Leiter Abt. Pers.
„ „ Ha. Pol
„ „ Kult.
„ „ Presse
„ „ Rundfunk
„ „ Inf.
Chef Prot.
Dg. Pol.

(handschr.)
Wird bei D (N Karlstadt)
bearbeitet.

nach der
abzugeben. B.

J.J. 3553

Stempel:

Arbeitsexemplar bei
Pol IV eintragen.

(Seite 2 des Originals)

Büro RAM. D III 417 g

D III
betr. R.
Lu. 13/9.
vorgelegt

Über St.S. (Handz.) Ws.
U.St. S. Woermann

Zu Telegramm Nr. 608 vom 8. 9. 41 aus Belgrad über Verbringung von 8000 Juden aus Serbien auf rumänisches Gebiet hat der Herr RAM bemerkt, daß diese Maßnahme ohne Zustimmung der Rumänen nicht durchgeführt werden könnte, und daß wohl ein anderer Weg gefunden werden müßte.

„Westfalen“, den 11. Sept. 1941.

(Sonnleithner)
gez.: Sonnl.
231 286

(Handschr.)
Abt. Deutschland vgl. Tel. 636 aus Belgrad
Bitte um Beteiligung.

Woermann 12./9.

(Seite 3 des Originals)

0107 NR. 83 ERN DGBELGRAD WLR

Stempel: Geheime Reichssache
Geheim D III 417 g

1. Vermerk.

Mit Pol IV ist vereinbart
daß die Sache bei D III bearbeitet werden soll. Pol IV ist auch mit der nachfolgenden Entscheidung einverstanden.

(Stempel:) S.Bln. Aw. Z Nr. 83 12/9.
(weitere Zeichen unleserlich)

Berlin, den 11. September 1941

2. An
die Dienststelle des
Bevollmächtigten des Auswärtigen Amts
in Belgrad

Stempel: Offen mit G.-Schreiber!

Nr. 1207
Re.: U.St.S. Luther
LR Rademacher

Vor Abgang
Pol IV
(handschr.) B II IX
mit der Bitte um Mitzeichnung

Nach Abgang:
D II (Handz.)
mit der Bitte um Kenntnisnahme
U.St. (Pol)
(Handz.) Ws.
H.Rt.Pol. 1819
Stempel: Eingeg. 11. 9.
20.45
z.Ch.B.

Fernschreiben (G.-Schreiber)
Auf Fernschreiben Nr. 608 vom 8. 9. 41

Einem Abschieben von Juden auf fremdes Staatsgebiet kann nicht zugestimmt werden. Auf diese Weise wird eine Lösung der Judenfrage nicht erreicht.

Es wird anheimgestellt, die Juden in Arbeitslagern sicherzustellen und für notwendige öffentliche Arbeiten heranzuziehen.

Luther
(Handz.) Lu.
10/10. P.9/9.

....

(Seite 4 des Originals)

sofort D III

Stempel: Nur als Verschlußsache zu behandeln.

Telegramm (G.-Schreiber)

Belgrad, den 10. September 1941 18.50 Uhr
Ankunft: den 11. September 1941 2.40 Uhr
(handschr.)

Stempel: Auswärtiges Amt D III 423 g
eing. 12. September 1941
Anl. (fach) Dopp. d. Eing.

Ges.Rat von Bülow, Apparat 505

Geh. Reichss. 608 Nr. 621 vom 10. 9.

Im Anschluß an 608*) vom 8. 9.

Rasche und drakonische Erledigung serbischer Judenfrage ist dringendstes und zweckmäßigstes Gebot. Erbitte von Herrn Ram entsprechende Weisung, um beim Militärbefehlshaber Serbien mit äußerstem Nachdruck wirken zu können. Seitens serbischer Regierung und Bevölkerung ist keinerlei Widerstand zu erwarten, um so weniger, als bisherige Teilmaßnahmen sich bestens bewährt haben. Gleichlautender Befehl vom Reichsführer SS an Chef der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und SD-Standartenführer Fuchs würde Angelegenheit wesentlich fördern.

Veesemeyer — Benzler

*) Pol IV

(handschr.)

LR. Rademacher bitte den Vorgang Pol IV zu übernehmen. Ich vermisse Vorschläge von Belgrad. Allgemeine Redensarten fördern die Lösung nicht. Bitte telephonieren Sie dieserhalb mit Botschafter v. Rintelen Sondergespräch.

Lu.

Stempel:

Chef A.O.
St.S. Keppler
U.St.S. Pol
U.St.S. R/.
U.St.S. Luther
Botsch. Ritter
Leiter Abt. Pers.
" " Ha. Pol.
" " Kult.
" " Presse
" " Rundfunk
" " Inf.
Chef Prot.
Dg. Pol
Arb. Expl. bei Pol IV

(Seite 5 des Originals)

(handschr.) zu D III 424 g

Auszugsweise Abschrift aus der Aufzeichnung über die Direktorenkonferenz vom 9. September 1941

1. U.St.S. Woermann bittet zu dem Telegramm aus Belgrad, betreffend Abtransport von 8000 Juden nach Rumänien, die Angelegenheit bei Abteilung D zu übernehmen (Arbeitsstück bei Pol IV eingetragen). Der vorgeschlagene Transport nach Rumänien kommt nicht in Frage.

Sonderreferat VLR Kruemmer

Abschriftlich
Referat D III

auf Weisung des Herrn U.St. S. Luther vorgelegt.

Berlin, den 13. September 1941

gez.: Harften

(Seite 6 des Originals)

(handschr.) D III 424 g
Telegramm G.-Schreiber

Belgrad, den 12. September 1941 13.00 Uhr

Ankunft: den 12. September 1941 13.50 Uhr
Nr. 636 vom 12. 9. Cite!
*) D III 417 g

Auf Nr. 1207*) und im Anschluß an Nr. 621 vom 10. 9.
(handschr.) D III bitte sofort mit RSHA sprechen, dann Bericht
Lu. 12./9.

Unterbringung in Arbeitslagern bei jetzigen inneren Zuständen nicht möglich, da Sicherung nicht gewährleistet. Judenlager behindern und gefährden sogar unsere Truppen. So ist sofortige Räumung Lagers von 1200 Juden in Sabac notwendig, da Sabac Kampfgebiet und in Umgegend aufständische Banden in Stärke von mehreren tausend Mann festgestellt. Andererseits tragen Juden nachweislich zur Unruhe im Lande wesentlich bei. Im Banat hat, seit dort Juden entfernt worden sind, hier in Serbien besonders schädliche Gerüchtemacherei sofort aufgehört. Abschiebung zunächst männlicher Juden ist wesentliche Voraussetzung für Wiederherstellung ordnungsmäßiger Zustände. Wiederhole daher dringend meine Bitte. Falls sie erneut abgelehnt wird, bleibt nur noch sofortige Abschiebung etwa nach Generalgouvernement oder Rußland, was aber erhebliche Transportschwierigkeiten machen dürfte. Andernfalls muß Judenaktion vorläufig zurückgestellt werden, was gegen die mir von Herrn Ram erteilten Weisungen.

Benzler

(handschriftliche Randbemerkung)
Nach Auskunft Sturmbannführer Fuchs RSHA IV D VI Aufenthalt in Rußland und Generalgouvernement unmöglich. Nicht einmal die Juden aus Deutschland können dort untergebracht werden.
. . . . bestimmt Erschießen . . . . .

R. 13/9.

Stempel:

Hergestellt in 15 Stück
Davon sind gegangen:
Nr. 1 an R III (Arb.St.)
Nr. 2 an R.A.M.
Nr. 3 an St. S.
Nr. 4 an Chef A.O.
Nr. 5 an B.R.A.M.
Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.
Nr. 7 an „ „ Recht
Nr. 8 an „ „ Pers.
Nr. 9 an „ „ Ha.Pol.
Nr. 10 an „ „ Kult.
Nr. 11 an „ „ Presse
Nr. 12 an „ „ Prot.
Nr. 13 an „ „ Dtschld.
Nr. 14 an „ „ Ru.
Nr. 15 an Dg. Pol.

(Seite 7 des Originals)

Referat D III zu D III 424 g
Stempel: Geheim

Aufzeichnung

Die Notwendigkeit der von der Dienststelle des Bevollmächtigten des Auswärtigen Amtes in Belgrad gewünschten Abschiebung der 1200 männlichen Juden, wenn nicht nach Rumänien, so doch nach dem Generalgouvernement oder nach Rußland vermag ich nicht einzusehen. Rußland ist als Operationsgebiet zur Aufnahme dieser Juden völlig ungeeignet. Wenn sie schon in Serbien eine Gefahr sind, sind sie in Rußland eine noch viel größere. — Das Generalgouvernement ist bereits mit Juden übersättigt.

M. E. müßte es bei der nötigen Härte und Entschlossenheit möglich sein, die Juden auch in Serbien in Lagern zu halten. Wenn die Juden dort, nach wie vor, Unruhen schüren, muß gegen sie mit verschärftem Standrecht vorgegangenen werden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Juden weiter konspirieren, wenn erst eine größere Anzahl von Geiseln erschossen ist.

Ich schlage daher den anliegenden Erlaß vor.

Hiermit
(Handz.) Lu. 16 /9.
Herrn Unterstaatsekretär Luther
mit der Bitte um Weisung vorgelegt.

Berlin, den 13. September 1941

gez.: Rademacher

(Seite 8 des Originals)

Stempel: Geheime Reichssache!
(handschr.) D III 471 g
Stempel: Nur als Verschlußsache zu behandeln.
(handschr.)
sofort auf den . . . .
Rg. Rademacher bitte R.
Lu. 1/10.
Telegramm
(G.-Schreiber)

Belgrad, den 28. September 1941 14,30 Uhr
Ankunft: den 28. September 1941 15.10 Uhr
Nr. 701 vom 28. 9.

Geheime Reichssache.

Für Herrn Reichsaußenminister persönlich.

*) III 417 g
**) bei Pol IV
***) bei D III

Ich habe wiederholt (vergleiche Drahtberichte Nr. 608*), 621**) und 636***) Unterstützung des Amtes bei sofortiger Abschiebung hiesiger männlicher Juden aus Serbien gebeten, die mir jedoch abgelehnt worden ist. Ich darf daran erinnern, daß Sie mir in Fuschl ausdrücklich Ihre Hilfe zugesagt haben, die Juden und außerdem auch Freimaurer und englandhörige Serben, sei es donauabwärts, sei es in Konzentrationslagern in Deutschland oder im Generalgouvernement unterzubringen. Sofortige Lösung der Judenfrage ist im Augenblick hier politisch wichtigste Aufgabe und Voraussetzung für Inangriffnahme der Beseitigung von Freimaurern und uns feindlicher In-

telligenz. Im Gange befindliche militärische Aktion zur Aufstandsbekämpfung schafft jetzt geeigneten Zeitpunkt für Beginn der Aktion. Zudem hat mich General Boehme ebenso wie Militärbefehlshaber erneut nachdrücklichst gebeten, auch in ihrem Namen möglichst sofortige Abschiebung Juden außer Landes zu erwirken. Es handelt sich um zunächst achttausend männliche Juden, deren Unterbringung in eigenen Lagern unmöglich, da diese für Unterbringung von rund zwanzigtausend Serben aus Aufstandsgebieten in Anspruch genommen werden müssen. Unterbringung in neuen Lagern und außerhalb Belgrads

Stempel:
Chef A.O.
St.S. Keppler
U. St. S. Pol.
U.St.S. R.
U.St.S. Luther
Botsch. Ritter
Leiter Abt. Pers.
" " Ha. Pol.
" " Kult.
" " Presse
" " Rundfunk
" " Inf.
Chef Prot.
Dg. Pol.
Arb. Expl. bei D III

(Seite 9 des Originals)

infolge Aufstandslage ebenfalls unmöglich. Mit restlichen, etwa 20 000 Juden und Familienangehörigen, werden wir hier fertig werden müssen. Abschiebung auf Inseln Donaudelta erscheint transportmäßig die einfachste Lösung, da Leerfrachtkähne sofort bereit stehen. Dies Verfahren ist nach meiner Unterrichtung auch bereits bei Abschiebung Juden aus Tschechei mit Erfolg angewandt worden.

Erbitte zusammen mit Veesenmeyer in dieser Frage, die erste Voraussetzung für angestrebte Dauerbefriedung dringendst Ihre Unterstützung.

Benzler

(Seite 10 des Originals)

Stempel Geheim!

Vortragsnotiz

Zu dem beiliegenden Telegramm des Gesandten Benzler aus Belgrad vom 29. September 1941 (die Vorgänge sind bereits über das Büro RAM angefordert worden) nehme ich wie folgt Stellung:

1. Benzler macht die Beseitigung von 8000 Juden aus dem altserbischen Gebiet zur Vorausetzung für die Inangriffnahme der Beseitigung von Freimaurern und der uns feindlichen Intelligenz.

2. Benzler hält das Verbleiben dieser 8000 Juden für unvereinbar mit der von uns beabsichtigten Befriedungsaktion, bemerkt aber, daß er sich mit den restlichen etwa 20 000 Juden und Familienangehörigen werden abfinden müssen.

3. Benzler bittet um Genehmigung zur Abschiebung der erwähnten 8000 Juden auf eine Insel im Donaudelta, d. h. also auf rumänisches Staatsgebiet.

Wenn der Militärbefehlshaber mit Benzler dahingehend einig ist, daß diese 8000 Juden in erster Linie die Befriedungsaktion im serbischen Altreich verhindern, so muß meiner Ansicht nach der Mili-

tärbefehlshaber für die sofortige Beseitigung dieser 8000 Juden Sorge tragen. In anderen Gebieten sind andere Militärbefehlshaber mit einer wesentlich größeren Anzahl von Juden fertig geworden, ohne überhaupt darüber zu reden.

Meiner Ansicht nach können wir dem rumänischen Staatsführer, welcher ohnehin genügend Sorgen mit der Abschiebung seiner eigenen Juden hat, nicht zumuten, weitere 8000 Juden aus fremdem Staatsgebiet zu übernehmen. Im übrigen ist es wohl als sicher anzunehmen, daß diese

Zur Vorlage
über den
Herrn Staatssekretär
bei dem
handschr. Z. Ws.

(Seite 11 des Originals)

8000 Juden wenige Tage nach ihrem Eintreffen auf der Insel im Donaudelta verschwinden und in Rumänien selbst auftauchen würden.

Ich bitte daher um die Ermächtigung, diese Frage mit Obergruppenführer Heydrich, welcher in den nächsten Tagen auf kurze Zeit von Prag nach Berlin kommen wird, zu besprechen. Ich bin überzeugt davon, daß wir im Einvernehmen mit ihm sehr bald zu einer klaren Lösung dieser Frage kommen können.

Berlin, den 2. Oktober 1941

gez. Luther
(Luther)

(Seite 12 des Originals)

Stempel
Geheime Reichssache
Nur als Verschlußsache
zu behandeln
handschr.
eilt.

1. Attachées
2. —
3. Büro R.A.M.
handschr.
zu D III 470 g

Telegramm
(G-Schreiber)

Sonderzug, den 2. Oktober 1941 — 22.20 Uhr
Ankunft: den 2. Oktober 1941 — 23.30 Uhr

Nr. 1060 vom 2. 10. 41
handschriftl.

J. N. St. S. Luther
vorgelegt.

Sonnleithnen dreimal

*) bei D III

Büro R.A.M.
Auswärtiges Amt — Ministerbüro
Geheime Reichssache.

Zu dem Telegramm aus Belgrad Nr. 701*) vom 28. 9. betreffend Abschiebung von Juden aus Serbien bittet der Herr R.A.M. zu veranlassen, daß sofort mit dem Reichsführer SS in Verbindung getreten und die Frage geklärt wird, ob er nicht 8000 Juden mit übernehmen könne, um sie nach Ostpolen und sonst irgendwohin zu schaffen.

Ministerbüro
Dr. Weber

(Seite 13 des Originals)

Referat D III — D III 535 g

Stempel Geheim

Aufzeichnung
über das Ergebnis meiner Dienstreise nach Belgrad.

Zweck der Dienstreise war, an Ort und Stelle zu prüfen, ob nicht das Problem der 8000 jüdischen Hetzer, deren Abschiebung von der Gesandtschaft gefordert wurde, an Ort und Stelle erledigt werden könne.

Die erste Aussprache mit Gesandten Benzler und Staatsrat Turner auf der Dienststelle des Militärbefehlshabers von Serbien ergab, daß bereits über 2000 dieser Juden als Repressalie für Überfälle auf deutsche Soldaten erschossen waren. Auf Anordnung des Militärbefehlshabers sind für jeden getöteten deutschen Soldaten 100 Serben zu erschießen. Im Vollzuge dieses Befehls wurden zunächst die aktiven kommunistischen Führer serbischer Nationalität — etwa 50 an der Zahl — und dann laufend Juden als kommunistische Hetzer erschossen.

Im Verlaufe der Aussprache ergab sich, daß es sich von vornherein nicht um 8000 Juden handelte, sondern nur um rund 4000, von denen außerdem nur 3500 erschossen werden können. Die restlichen 500 benötigt die Staatspolizei, um den Gesundheits- und Ordnungsdienst in dem zu errichtenden Ghetto aufrechtzuerhalten.

Wieso die Differenz von 8000 zu 4000 Juden entstanden war, konnte in der ersten Besprechung nicht geklärt werden. Die über diese Frage von mir angestellten Ermittlungen ergaben, daß Staatsrat Turner die Zahl von 8000 Herrn Ges. Benzler angegeben hatte, und zwar 1500 aus Smedrivo, 600 aus dem Banat (ein Rest von 2000), 1200 aus Sabatsch, 4700 aus Belgrad.

In dieser Aufstellung war insofern ein Fehler unterlaufen, als die Juden aus Smedrivo und dem Banat doppelt gezählt und in der Belgrader Zahl von 4700 nochmals enthalten waren; außerdem hatte sich ein Teil der Belgrader Juden

(Seite 14 des Originals)

inzwischen ins Aufstandsgebiet verdrückt.

In der ersten Aussprache gab Staatsrat Turner in bitteren Worten seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß den ersten Hilferufen nicht unmittelbar Folge geleistet war. Die Lage wäre sehr prekär gewesen, erst durch das Eintreffen der deutschen Divisionen sei sie etwas gebessert worden.

Ich habe die Gründe auseinandergesetzt, weshalb die Juden weder nach Rumänien noch in das Generalgouvernement oder in den Osten abgeschoben werden konnten. Staatsrat Turner konnte sich diesen Gründen nicht verschließen. Er fordert aber nach wie vor die Abschiebung der restlichen Juden aus Serbien.

Ins einzelne gehende Verhandlungen mit den Sachbearbeitern der Judenfrage, Sturmbannführer Weimann von der Dienststelle Turner, dem Leiter der Staatspolizeistelle, Standartenführer Fuchs und dessen Judenbearbeitern ergaben:

1. Die männlichen Juden sind bis Ende dieser Woche erschossen, damit ist das in dem Bericht der Gesandtschaft angeschnittene Problem erledigt.
2. Der Rest von etwa 20 000 Juden (Frauen, Kinder und alte Leute) sowie rund 1500 Zigeuner, von denen die Männer ebenfalls noch erschossen werden, sollte im sogenannten Zigeunerviertel der Stadt Belgrad als Ghetto zusammengefaßt werden. Die Ernährung für den Winter könnte notdürftig sichergestellt werden.

In einer Schlußbesprechung bei Staatsrat Turner war dieser bereit, eine solche Lösung grundsätzlich zu akzeptieren. Das Zigeunerviertel der Stadt Belgrad ist aber nach seiner Ansicht ein absoluter Seuchenherd und muß aus hygienischen Gründen niedergebrannt werden. Es käme nur als Übergangsstation in Frage.

Die Juden und Zigeuner, die nicht als Repressalie erschossen werden, sollen daher zunächst im Zigeunerviertel zusammengefaßt und dann nachts zur serbischen Insel Mitrovica abtransportiert werden. Dort werden zwei ge-

(Seite 15 des Originals)

trennte Lager errichtet. In dem einen sollen die Juden und Zigeuner und in dem anderen 50 000 serbische Geiseln untergebracht werden. Sobald dann im Rahmen der Gesamtlösung der Judenfrage die technische Möglichkeit besteht, werden die Juden auf dem Wasserwege in die Auffanglager im Osten abgeschoben.

Meinen Gesamteindruck in der Angelegenheit möchte ich dahin zusammenfassen, daß die Belgrader Dienststellen unter dem Eindruck des täglich heftiger werdenden Aufstandes, wobei zeitweilig die Stadt Belgrad selbst bedroht war, die ganze Frage zunächst zu schwarz gesehen haben, daß außerdem die Gesandtschaft und die örtlichen Staatspolizeistellen nicht derartig eng zusammenarbeiten, wie es sachlich erforderlich ist.

Ges. Benzler, mit dem ich diese Frage anschnitt, bestätigte meinen Eindruck. Er sagte, er verhandele nicht mehr mit Standartenführer Fuchs. Dies habe seinen Grund darin, daß Fuchs ihn in der Frage der Freimaurerlisten illoyal behandelt habe. Zunächst hätte er die von ihm gewünschten Freimaurerlisten überhaupt nicht herausgegeben. Auf sein Drängen hätte er dann eine Liste geliefert, die unvollständig und unrichtig gewesen sei. So hätten auf der Liste falsche Namen gestanden, einige Leute seien nur mit dem Vornamen aufgeführt, außerdem seien auf der Liste der Prinzregent und der frühere Innenminister Zwetkowitsch erfaßt gewesen, obwohl der Staatspolizei bekannt gewesen wäre, daß die Liste dazu dienen sollte, die Freimaurer zu erfassen, die für Repressalien in Frage kämen.

Seit dieser Zeit wende er sich nur noch an Staatsrat Turner unmittelbar, dem Fuchs bis zu einem gewissen Grade unterstellt ist. Mir selbst sind Standartenführer Fuchs und seine Sachbearbeiter stets hilfsbereit entgegengekommen, haben mir Einblick in ihre Vorgänge gewährt und gut mit mir zusammengearbeitet.
Die Aussprache mit Sturmbannführer Weimann, der Turner unterstellt ist, ergab, daß bei den unmittelbaren Sachbear-

(Seite 16 des Originals)

beitern und ausführenden Organen eine örtliche Lösung der ganzen Frage im Gegensatz zu Turner selbst optimistisch beurteilt werde.

Es ist mir daher zweifelhaft, ob die Methode, nur mit Staatsrat Turner zu verhandeln, im vorliegenden Falle die zweckmäßigste war.

Berlin, den 25. Oktober 1941.

gez. Rademacher.

handschriftl.
R 1 über U. St. S. Luther
an St. S. ab 10/10
. . VI Pol. IV

(Seite 21 des Originals)

Referat D III
handschr.
Rg. Torska
bitte R
mit Vorgängen Lu.
21/11

Zu D III 535 g

Stempel

Geheim

Ergänzung
zur Aufzeichnung über das Ergebnis meiner Dienstreise
nach Belgrad.

Der Text der Führer-Vollmacht, die Gesandter Benzler für Serbien erhalten hat, ist mir nicht bekannt. Soviel ich erfahren habe, umfaßt die Vollmacht den gesamten politischen Sektor.

Aus dem Umfang dieser Vollmacht ergibt sich meines Erachtens auch die Verantwortung für die politischen Dinge. Die örtlichen Statspolizeistellen unterstehen meines Wissens bis zu einem gewissen Grade der Dienststelle des Staatsrats Turner, andererseits erhalten sie aber auch unmittelbare Weisung vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin.

Hiermit handschr. Luther

über Herrn Unterstaatssekretär Luther 17/11
Herrn Staatssekretär von Weizsäcker

weisungsgemäß wieder vorgelegt. handschr. Ws. 19/11

Berlin, den 15. November 1941

gez. Rademacher

handschr.

u. R.

H. USt.S. Luther

Ich lege die Instruktion für H. Benzler so aus, daß er mit der in der Vorlage vom 7/8 geschilderten Behandlung des Problems über den Rahmen seiner Zuständigkeit hinausgeht. Dasselbe trifft m. E. dann auch für das A.G. zu.

Ich werde die Sache mit Benzler besprechen, sobald er kommt.

Ws. 19/11.

(Seite 22 des Originals)

handschr.
D III Lu 27/11
bitte R

Berlin, den 22. Nov. 1941.

An Abteilung D:

Zu Aufzeichnung D III 535 g vom 7. November.

Der Führererlaß vom 28. April d. J. bestimmt, daß der Bevollmächtigte des Auswärtigen Amts für die Behandlung aller in Serbien

auftauchenden Fragen außenpolitischen Charakters zuständig ist. Insbesondere (d. h. also im Rahmen der außenpolitischen Tätigkeit des Bevollmächtigten) ist es seine Aufgabe, eine den politischen Interessen des Reichs abträgliche Betätigung serbischer politischer Elemente zu verhindern.

Demnach hat der Gesandte Benzler und mit ihm das Auswärtige Amt sich mit dem Abtransport von Juden aus Serbien nach anderen Ländern zu befassen. Dagegen geht es über Benzlers und des Auswärtigen Amtes Aufgabe hinaus, darin aktiv mitzuwirken, wie die dafür zuständigen militärischen und inneren Instanzen das Judenproblem innerhalb der serbischen Grenzen bewältigen. Sie erhalten ihre Instruktionen hierfür bekanntlich auf anderem Wege als durch das Auswärtige Amt.

Ich habe dem Gesandten Benzler heute mündlich dasselbe gesagt. Es wird sich empfehlen, ihn noch entsprechend schriftlich zu unterrichten.

gez. Weizsäcker.

(Seite 23 des Originals)

(Handschr.)

LR Rademacher — D III 664 g

Sofort D III
Ges. Benzler möge sich wegen eingehender Fragen sofort mit Rg. Torska in Verbindung setzen
Lu. 9/12.

Stempel:
Geheim

Vermerk

Gesandter Benzler, der z. Z. in Berlin ist, teilte fernmündlich mit:

In dem Plan zur weiteren Behandlung der serbischen Juden sei zu der Belgrader Besprechung insofern eine Änderung eingetreten, als die Juden nicht mehr auf eine serbische Insel gebracht würden, sondern in das Lager Semlin. Die zunächst vorgesehene Insel stehe unter Wasser. Die Kroaten hätten sich damit einverstanden erklärt, daß die Juden nach Semlin als ein Übergangslager gebracht würden. Gesandter Benzler bat, die Juden daher möglichst bald nach dem Osten abzunehmen. Ich habe erwidert, daß dies vor dem Frühjahr auf keinen Fall in Frage käme, da zunächst der Abtransport der Juden aus Deutschland vorginge. Auch ein Abtransport im Frühjahr sei noch zweifelhaft.

Hiermit

(Handz.) Lu

Herrn Unterstaatssekretär Luther
mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Berlin, den 8. Dezember 1941

gez. Rademacher

(handschr.)

H. Ges. Benzler . . . . .
nicht nach . . . . .
da er am 8. 12. bereits abgereist ist.

4 . . . R. 19/12.

(Seite 24 des Originals)

U.St.S.-D Nr. 5115 Berlin, den 12. Dezember 1941

(handschr.) D III 664 g
D III

Notiz.

Zu der Notiz vom 22. November 1941.

In der obigen Notiz wurde festgelegt, daß der Gesandte Benzler und mit ihm das Auswärtige Amt sich mit dem Abtransport von Juden aus Serbien nach anderen Ländern zu befassen hat, daß es dagegen über Benzlers und des Auswärtigen Amts Aufgaben hinausgeht, daran aktiv mitzuwirken, wie die dafür zuständigen militärischen und inneren Instanzen das Judenproblem innerhalb der serbischen Grenzen bewältigen.

Hierzu darf ich auf das Telegramm des Ministerbüros aus dem Sonderzug (gez. Dr. Weber) vom 2. Oktober d. J. Nr. 1060 hinweisen, welches wie folgt lautet:

„Zu dem Telegramm aus Belgrad Nr. 701 vom 28. 9. betreffend Abschiebung von Juden aus Serbien bittet der Herr RAM zu veranlassen, daß sofort mit dem Reichsführer-SS in Verbindung getreten und die Frage geklärt wird, ob er nicht 8 000 Juden mit übernehmen könne, um sie nach Ostpolen und sonst irgendwohin zu schaffen."

(unleserl. Handz.)
O. 17/12.

Kurz vor Eintreffen des Telegramms erhielt ich von dem Ministerbüro die Weisung des Herrn RAM übermittelt, daß ich die ganze Angelegenheit mit Obergruppenführer Heydrich besprechen solle, um eine den Wünschen des Gesandten Benzler gerechtwerdende Lösung hinsichtlich der 8 000 Juden in Serbien zu finden. Ich muß also annehmen, daß es im Sinne des Herrn RAM lag, wenn sich das Auswärtige Amt in diese an sich sicherlich recht heikle Angelegenheit einschaltete. Aus diesem Grund und da die Angelegenheit ohnehin als erledigt zu betrachten ist, halte ich es nicht für

(Seite 25 des Originals)

empfehlenswert, dem Gesandten Benzler nochmals eine entsprechende schriftliche Weisung zu erteilen.

Hiermit Herrn Staatssekretär v. Weizsäcker vorgelegt.

gez.: Luther
(Luther)

(Handschriftliche Randbemerkung Seite 24 des Originals)

D

Ich glaube nicht, daß sich die beiden Anliegen widersprechen, lege aber nach Erledigung auf eine . . . nachträgliche Weisung an Benzler auch keinen besonderen Wert mehr.

Lu. 17/12.

Auszüge aus dem Buch „Die Deutsche Opposition gegen Hitler" von Hans Rothfels

a) Seite 74 bis 76

Schon im August waren von Staatssekretär von Weizsäcker, der auf das Drängen oppositioneller Elemente hin von Bülows Nachfolge angenommen hatte, geheime Mitteilungen nach London gesandt worden, um Chamberlain und den britischen Außenminister Lord Halifax von der Existenz der Opposition zu unterrichten und ein „Bündnis der Friedensfreunde" anzuregen. Mit dem Herannahen des kritischen Termins, d. h. der Eröffnung des Nürnberger Parteitags (5. September), tat v. Weizsäcker, im Einvernehmen mit Beck, einen noch ungewöhnlicheren Schritt. Eine Kusine Erich Kordts wurde mit einer Botschaft, deren Wortlaut sie auswendig gelernt hatte, an seinen Bruder Theo, der damals Geschäftsträger in London war, gesandt. Nach einer Fühlungnahme mit Sir Horace Wilson, dem nächsten Berater Chamberlains, bat Theo Kordt, vom Außenminister insgeheim empfangen zu werden. In der Nacht des 7. September betrat er Downing Street 10 durch den Garteneingang. Er legte Lord Halifax eine von Staatssekretär von Weizsäcker formulierte Erklärung vor, die ausdrücklich im Namen „politischer und militärischer Kreise in Berlin, die mit allen Mitteln einen Krieg verhindern wollen", abgegeben wurde. Die Erklärung betonte die Notwendigkeit einer unzweideutigen Stellungnahme der britischen Regierung gegen Hitlers Kriegstreiberei. Lasse man seiner Gewaltpolitik freie Bahn, so werde „der Weg für eine Rückkehr zu den Begriffen von Anstand und Ehre unter europäischen Nationen endgültig versperrt." Es sei wahrscheinlich, daß eine offene britische Erklärung den Krieg verhindern werde und eine solche diplomatische Niederlage könne das nationalsozialistische Regime nicht überleben. Sollte gleichwohl Hitler auf seiner kriegerischen Politik bestehen, so erklärte Kordt, in der Lage zu sein, zu versichern, daß die politischen und militärischen Kreise, für die er spreche, „will take arms against a sea of troubles and by opposing end them." Während das Zitat aus Hamlets großem Monolog über „Sein oder Nichtsein" gleichsam den tragischen Charakter des Moments festhält, endete Weizsäckers Botschaft in einer klaren Zusage: „Wenn die erbetene Erklärung gegeben wird, sind die Führer der Armee bereit, gegen Hitlers Politik mit Waffengewalt aufzutreten." Der britische Außenminister, der diesen höchst freimütigen Eröffnungen aufmerksam zugehört hatte, erwiderte, er werde den Premierminister und ein oder zwei Kollegen unterrichten und versprach, die Angelegenheit auf das Vertraulichste zu behandeln. Wie sich später zeigen wird, gehört unter diejenigen, die eingeweiht wurden, offenbar auch Winston Churchill.

Während man in Berlin auf entsprechende Schritte wartete, waren die Militärs bereit, das Zeichen zur Aktion zu geben. Ein Rückschlag erfolgte naturgemäß, als Chamberlain sich entschloß, nach Berchtesgaden zu fliegen. Aber in den kritischen Tagen von Godesberg, als die erhöhten Forderungen Hitlers zu einem Stillstand in den Verhandlungen führten, schien noch einmal die Aussicht zum Zuge zu kommen zu bestehen. Beck war zwar inzwischen entlassen worden (am 27. August), wenngleich diese Tatsache für einige Zeit noch verhüllt blieb. Aber sein Nachfolger, General Halder, war bereit loszuschlagen, und Befehle für eine Aktion, die am Morgen des 29. September beginnen sollte, waren vorbereitet. Das Auswärtige Amt wurde vom Wehrministerium in Kenntnis gesetzt, daß alles fertig sei. Da traf am Mittag des 28. September die Nachricht ein, daß Chamberlain und Daladier die Einladung zur Zusammenkunft von München angenommen hatten. Wie „ein elektrischer Schlag", so ist bezeugt, lief diese sensationelle Mitteilung durch die beteiligten Regierungskreise, und das Ergebnis war, daß die Grundlage des Planes zusammenbrach.

Zwei Wochen später schrieb Gördeler an einen amerikanischen Freund: „. . . Das deutsche Volk wollte keinen Krieg; die Armee würde alles getan haben, ihn zu vermeiden . . . .

die Welt war rechtzeitig gewarnt und unterrichtet worden. Wenn man die Warnung beachtet und danach gehandelt hätte, würde Deutschland schon heute frei von seinem Diktator sein und sich gegen Mussolini wenden. In wenigen Wochen könnten wir damit beginnen, einen dauerhaften Weltfrieden zu gestalten, der auf Gerechtigkeit, Vernunft und Anstand beruht. Ein geläutertes Deutschland mit einer Regierung anständiger Männer würde bereit gewesen sein, zusammen mit England und Frankreich unverzüglich auch das spanische Problem zu lösen, Mussolini zu beseitigen, und in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten Frieden im Fernen Osten zu schaffen. Der Weg wäre für eine gute Zusammenarbeit auf wirtschaftlichen und sozialen Gebieten offen gewesen, für eine Befriedigung der Beziehungen zwischen Kapital, Arbeit und Staat, für eine Hebung der sittlichen Begriffe und für einen neuen Versuch, den allgemeinen Lebensstandard zu heben . . ."

b) Seite 158:

Die Bemühungen anderer Oppositioneller wurden erwähnt, der Hassel und Schlabrendorff, der Trott und Kordt, die gleichfalls im Sommer 1939 Berührung mit dem Ausland aufnahmen.

c) Seite 219:

In schärfstem Gegensatz dazu hat der Bischof von Chichester nicht nur bezeugt, daß aktive Schritte in Opposition zur Politik Hitlers und Ribbentrops von den Brüdern Kordt und v. Weizsäcker unternommen wurden, sondern auch, daß — Baron Vansittart davon wußte. Außerdem hat Lord Halifax in einem Brief an Theo Kordt vom 9. August 1947 anerkannt, daß er sich sehr gut der Mitteilungen erinnere, die ihm durch Vansittart in den Tagen vor Kriegsausbruch zugekommen seien und die nach dessen Angaben von Erich Kordt stammten, der damit ein großes Wagnis auf sich genommen habe.

Anlage 2, XII

Brief von Lord Halifax vom 9. Augu t 1947

Garrowby,
York
Telegrams: Bishop Wilton
August 9th, 1947.

Dear Dr. Kordt,

I have your letter of July 29th. Of course I remember very well the information that came to me through Lord Vansittart in those days before the War, and that he said reached him from your brother. You will no doubt have been in communication with Lord Vansittart direct.

I cannot doubt that in so acting your brother took very great risk and in doing so gave very practical evidence of his active opposition to the criminal policy of Hitler.

I return the photostat that you sent me.

Yours sincerely
gez. Halifax

Dr. Theo Kordt,
Bad Godesberg
Rhineland — British Zone,
Jahnstraße 37,
GERMANY.

Telegrammwechsel zwischen dem AA und der Gesandtschaft Bern vom 1. und 3. Dezember 1939 betr. Sichtung von Material aus der Britischen Botschaft in Rom durch Botschaftsrat Dr. Kordt

Document No. NG — 5388
Office of Chief of Counsel for War Crimes

(Seite 1 des Originals)

Berlin, den 1. Dezember 1939. zu Pol. II 1819 g.Rs.Ang. II

St. S.

Conaugerman Mailand
Nr. 66

Geheime Reichssache

Telegramm in Ziffern
(Geh. Ch. Verf.)
Ganz Geheim!

Kordt ist angewiesen, sich umgehend dorthin zu begeben und von dort telegrafisch zu berichten.

Weizsäcker

(Seite 2 des Originals)

Berlin, den 1. Dezember 1939. zu Pol. II 1819 g.Rs.Ang. I

Geheime Reichssache
St. S.

Diplogerma Bern
Nr. 446

Telegramm in Ziffern
(Geh. Ch. Verf.)
Ganz geheim! Für Gesandten persönlich!

Dem Generalkonsulat Mailand ist offensichtlich echtes vertrauliches Material englischer Herkunft angeboten worden. Bitte Botschaftsrat Kordt zur Sichtung Materials umgehend nach Mailand entsenden. Kordt soll von dort aus telegrafisch berichten, auch über Preis.

Zweck der Reise muß auch Italienern gegenüber geheimgehalten werden. Bitte für etwa hier erfolgende italienische Anfragen drahtlich zu berichten, was Kordt nötigenfalls italienischen Stellen gegenüber als Reisezweck angibt.

Generalkonsulat Mailand ist unterrichtet.

Weizsäcker

Vermerk:

Abt. Pers. (Gesandter Schroeder) ist telefonisch über die Anweisung des Herrn RAM unterrichtet.

(Seite 3 des Originals)

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Mailand, den 3. Dezember 1939. 17.00 Uhr
Ankunft: den 3. Dezember 1939. 21.30 Uhr
Nr. 19 v. 3. Dezember 1939.

Citissimo.

Für Herrn Staatssekretär Weizsäcker persönlich. Auf Drahterlaß No. 66*) vom 1. d. M.
*) Pol II 1819 gRs

Botschaftsrat K. berichtet: Zweifellos echtes Material enthält politische Korrespondenz britischer Botschaft Rom 1933 bis Ende 1938. Bei großem Gesamtumfang (2 volle Koffer) und beschränkter Zeit war nur teilweiser Überblick möglich. Erlasse und Berichte, die große Anzahl britischer Staatsmänner und Diplomaten, darunter Simon, Eden und Sir Eric Drummond (Lord Perth) zu Verfassern haben, vermitteln interessanten Einblick in Arbeitsweise und politische Problemstellungen, z. B. Ostpaktverhandlungen „Albanien, Jugoslawien, Abessinien, Spanien, Österreich". Zeigt erstaunliche zweitrangige Rolle, die Frankreich zu jener Zeit spielte. Aufschlußreiches Fehlurteil und falsche Prognose (. . . 1 Gr. verst.) über deutsche und italienische Politik.

Propagandistisch zu verwertende Tatbestände habe ich nicht ermitteln können, was jedoch nicht ausschließt, daß solches Material vorhanden. Eingehende Durchsicht würde mehr als eine Woche Arbeit erfordern.

Da Sammlung viele Durchschläge eingegangener und abgegangener Telegramme, teilweise sogar Ori-

(Stempel:)

Ganz Geheim!

(Seite 4 des Originals)

II.

ginalziffern enthält, ist Material wahrscheinlich auch für Selchow wertvoll. Halte es für wünschenswert, Material in deutsche Hand zu bekommen.

Schluß des Gutachtens Botschaftsrats K.

Zusatz Generalkonsulats: Eigentümer mit dem K. vermieden hat, zusammenzutreffen, der aber wegen seiner Kentnisse und Verbindungen vielleicht als Agent in Zukunft verwertbar, wofür er Interesse zeigte, verlangte zunächst eine Million Lire. Es ist gelungen, seine Forderung auf 300 000 Lire herunterzudrücken, die Montag, 4. Dez. abends 9 Überweisung zahlbar wäre. Betrag ist aus nichtamtlichen Mitteln bereitgestellt und könnte vorschußweise gezahlt werden gegen unauffällige Erstattung aus dortigen Mitteln, worüber erst nach stattgehabter Zahlung folgen würde.

Erbitte in jedem Falle Anruf an mich persönlich morgen Montag bis sechs Uhr nachmittags. Falls Material gekauft werden soll, bitte zu fragen „wann wird Generalkonsul Bene wieder in Mailand sein". Halte mich dann für ermächtigt, bis 300 000 Lire zu zahlen, werde natürlich bemüht sein, Preis noch zu drücken. Falls Kauf abgelehnt wird, bitte durchsagen „Legationsrat Mohrmann kann zu beabsichtigter Besprechung nicht kommen."

Weber

Darstellung der Teilnahme von Dr. Melchers an der Widerstandsbewegung

Mit dem Legationsrat Dr. Adam v. Trott zu Solz hatte ich seit 1941 engste Fühlung, da sich unsere Arbeitsgebiete berührten. Es ist kaum eine Woche vergangen, ohne daß wir nicht Besprechungen miteinander gehabt hätten. So verspürten wir bald, daß wir sehr ähnliche politische Anschauungen vertraten, jedenfalls aber beide das Hitlerregime aus tiefstem Herzen ablehnten und haßten. Wir schenkten uns nach verhältnismäßig kurzer Bekanntschaft das größte Vertrauen, das man sich in jener Zeit überhaupt entgegenbringen konnte, indem wir uns rückhaltlos unsere Einstellung kundtaten.

Im Jahre 1942 — der genaue Zeitpunkt ist mir nicht mehr gegenwärtig — teilte Trott mir eines Tages mit, daß von militärischer Seite ein Attentat auf Hitler geplant sei. Voraussichtlich würde es sehr bald zur Ausführung kommen. Er weihte mich ein, weil im gegebenen Augenblick eine Reihe zuverlässiger Leute im A. A. zur Verfügung stehen müsse. Er bitte mich, vorerst nicht nach der Quelle seiner Nachricht zu fragen und ihm Stillschweigen in die Hand zu versprechen.

Nach einigen Tagen indessen erzählte Trott mir ziemlich enttäuscht, der Plan sei aus Gründen, die er nicht genau kenne, abgeblasen. Anscheinend halte man den psychologischen Moment noch nicht für gekommen.

In den folgenden Monaten habe ich Trott wiederholt gefragt, ob sich bei den Militärs nicht endlich die Einsicht durchsetze, daß es nun unbedingt erforderlich werde zu handeln. Hitler in seiner grenzenlosen Vermessenheit und Ignoranz reite das deutsche Volk zu Tode. Trott schien jedoch nicht anzunehmen, daß der Attentatsplan in absehbarer Zeit wieder aufgenommen werde.

Mit dem Vortragenden Legationsrat Dr. Hans Bernd v. Haeften war ich seit 1933 gleichfalls befreundet. Haeften war ein überzeugter Anhänger der Bekenntnis-Kirche und wir hatten uns häufig über die Aussichten des Christentums unter dem Hitlerregime unterhalten. Eine sehr angeregte Aussprache über die Möglichkeit eines Widerstandes gegen den nationalsozialistischen Terror haben wir im Jahre 1942 einmal abends in der Wohnung von Trott, der uns eingeladen hatte, gehabt. Aus Haeftens Reden war damals zu entnehmen, daß er sich offenbar doch konkrete Hoffnungen auf eine gewaltsame Beseitigung des Regimes mit Hilfe des Militärs mache.

An jenem Abend legte ich gleichsam eine Art politisches Glaubensbekenntnis ab und machte unter Hinweis auf das Buch von Rauschning: „Die Revolution des Nihilismus“ Ausführungen über die Methodik des Nationalsozialismus. Dies vollzog sich im Rahmen einer sehr lebhaften Debatte, die ich indessen natürlich nicht mehr wiederzugeben vermag. Dagegen kann ich das Résumé des von mir selber Gesagten deshalb ziemlich genau bringen, weil man in jenen Tagen die gewonnenen Erkenntnisse und die für sie gefundenen Formulierungen im Kreise von Gesinnungsgenossen und Freunden immer und immer wieder anzuwenden und zu interpretieren gewohnt war, teils um zu überzeugen und einen Austausch von Erfahrungen anzuregen, teils um der eigenen niedergedrückten Seele Luft zu machen.

Die Struktur des Nationalsozialismus, so sagte ich, sei deutschem Empfinden ganz fremd, und bis ins einzelne ein hitlerisches Plagiat des italienischen Faschismus, der romanischer Mentalität entspreche und sich vielfach an römische Vorbilder anlehne. Es sei eine Folge der persönlichen Minderwertigkeit der treibenden Geister in Deutschland, daß dieses von einem ganz undeutsch empfindenden Mann importierte System hier besonders bösartige Formen angenommen habe. Denn es werde in raffinierter Weise dazu benutzt, dem leider politisch recht instinktlosen deutschen Volke durch Taschenspielerkniffe und Massenhypnose jedes Augenmaß für politische Realitäten zu nehmen, es durch pausenlose Propaganda apathisch gefügig zu machen, bis man ihm nach Belieben die widersprechendsten Parolen einhämmern konnte. Ein ausgeklügelter, feinverästelter Organismus der Überwachung und Bespitzelung sorge für die hundertprozentige Kontrolle dieses Vorganges vom obersten Ministerium herab bis in das Schlafzimmer der Familie. Die enorme Menge von neben- und übereinander geordneten Ämtern und Posten und sich dauernd verändernden Zuständigkeiten und Funktionen führe zu einer endlosen Orgie des „sich gegenseitig Regierens und Kontrollierens“, durch das die Masse atemlos in Gang gehalten und fortgesetzt hin- und hergezerrt werde. So schaffe das hitlersche „Führerprinzip“, das uns angeblich von den trostlosen Auswüchsen des Weimarer Parlamentarismus habe befreien sollen, eine gefährliche Bonzenherrschaft, die umso fataler

sei, als sie angesichts der Natur des Führerprinzips nicht von unten her angegriffen oder abgeschüttelt, sondern nur von oben her revidiert werden könne. Nicht nur aktiver Widerstand und passive Resistenz von unten nach oben hinauf sei todeswürdig, sondern sogar Kritik und Zweifel ein Verbrechen gegen den Staat. Das verzweigte Netz des Kontrollorganismus schließe das Zustandekommen jedes weiteren Kreises erfassenden organisierten Widerstandes im Volke aus. Nicht einmal sichtbare Märtyrien seien mehr möglich: die Delinquenten verschwänden spurlos ohne Geräusch oder würden durch hoffnungslose Diffamierung vor der Öffentlichkeit erledigt.

Das autoritäre System erkenne nur eine von oben nach unten gerichtete, wie eine Lawine drohende Willensbildung an und produziere so eine das ganze Volk durchsetzende Zunft von kleinen und kleinsten Tyrannenkreaturen, deren goldlitzenverbrämte Sklavenseelen von Selbstherrlichkeit nach unten und Kadavergehorsam nach oben tropften. Die endlose Stufenleiter der Machtbefugnisse spitzte sich, rapide in ihren Vollmachten anwachsend, pyramidenartig nach oben zu, um im „Führer“ in die unumschränkte Machtvollkommenheit auszulaufen, die jeder Willkür Tür und Tor öffne, da sie von unten weder kontrolliert noch gesteuert werden könne. Die Machtfülle, die der Spitze der Pyramide, dem Führer, eingeräumt werde, sei so ungeheuerlich, daß durch sie sogar integre Menschen der Gefahr ausgesetzt sein würden, dem Cäsarenwahn und der Hybris zu verfallen. Ein pathologisches Gehirn aber könne faktisch den ganzen Staatsapparat einschließlich der Wehrmacht widerspruchslos mißbrauchen und das ganze Volk in die uferlosesten Abenteuer hetzen. Die Armee in Händen eines Mannes wie Hitler sei dann wie das Rasiermesser in den Pranken des Gorilla in der bekannten Novelle von Edgar Allan Poe.

Werde aber dieser Pyramide die Spitze abgebrochen, so werde sie ihrer einzigen Klammer beraubt und sofort völlig zusammenstürzen: das System werde im Nervenzentrum getroffen. Darum sei die Beseitigung gerade des Führers die einzig und allein mögliche, aber auch probate Methode zur Vernichtung des nationalsozialistischen Regierungssystems der persönlichen Unfreiheit. Jedes andere Verfahren müsse das Volk noch tiefer in seine Fesseln verstricken.

Es sei deswegen kein Pakt möglich mit denen, die sich sträubten, die Person Adolf Hitlers als die Urwurzel alles Übels anzuerkennen und jetzt noch an der Gewissenlosigkeit und gottlosen Niedertracht gerade dieses Mannes zweifelten. Solcher Zweifler aber gäbe es gerade unter den Militärs eine große Menge. Es seien die Elemente, die einem sterilen Kasernenhofgeist verfallen seien und deren dauernder Hinweis auf ihre Gehorsamspflicht nur ein trauriger Beweis für ihren Mangel an Zivilcourage und klarer Vernunft sei. Wer nicht erkenne, daß Hitler der Urheber unserer entsetzlichen Lage sei, könne nicht zu uns gehören.

Die infame Konsequenz des Führersystems sei nämlich diese: die Führung könne dem Volke ihre Meinung aufzwingen und in den Mund legen. Sie könne ihm ihren Willen unterschieben, könne ihm vorschreiben, was es zu „wollen“ habe und es damit nach außen für jedes Verbrechen mitverantwortlich machen. So entstehe das, was man sarkastisch „freiwilligen Zwang“ und „eingepeitschte Einsatzbereitschaft“ nenne. Es sei das Kennzeichen des vollendeten Terrors, daß nicht nur die leiseste Auflehnung gegen diesen verordneten Willen ein Beweis gemeinschaftsschädlicher Gesinnung, sondern ihre Denunzierung vaterländischer Pflicht sei, da ja nach der Ideologie des Führerprinzips Willensbildung und Kritik von unten nach oben hin Meuterei bedeute. Vor allem, was mit Meuterei zu tun habe, hätten aber die Militärs eine unüberwindliche Scheu, und ich befürchte, auch die Einsichtigen würden zögern zu handeln.

Haeften erwiderte hierauf: Die Erkenntnis von der Inferiorität Hitlers habe sich innerhalb des maßgebenden Offizierskorps schon seit langem weitgehend Bahn gebrochen. Es sei eine Gruppe ausgezeichneter Offiziere vorhanden, die vermutlich eines Tages bereit sein werde, an die Aufgabe mit allen sich hieraus ergebenden Konsequenzen heranzugehen. Man dürfe nur nicht verkennen, daß die Wehrmacht ein komplizierter Apparat und daß die Vorbereitung derartiger Pläne nicht ohne Überwindung erheblicher Schwierigkeiten möglich sei. Wir sprachen nun über die schwierige Aufgabe, die sich in jedem Falle den Beamten des Auswärtigen Amts stelle, dem Auslande die Augen über unsere Situation zu öffnen und Verständnis dafür zu erwecken. Mit großer Sorge konnten wir feststellen, daß der Haß gegen uns mit dem Umfange des Unheils immer mehr anwachse. Man müsse, so meinte ich, deutlich machen, daß die nationalsozialistische Gewaltherrschaft dem Volke unter Anwendung von Betrug und Täuschungsmanövern wie eine mit Widerhaken besetzte Zwangsjacke überzogen worden sei, aus der es sich nun — eben der Natur des Systems wegen — nicht wieder frei machen könne. Das habe Goebbels im Jahre 1933 vor den Beamten des A. A. mit dürren Worten frohlockend und unmißverständlich erklärt, wenn er gesagt habe: „Wir sitzen nun im Sattel und werden ihn nie wieder freiwillig räumen!“

Dem Auslande gegenüber müsse man mit ebenso großer Hartnäckigkeit wie Emphase immer wieder darauf hinweisen, daß nur dieses diabolische Terrorsystem es der „Führung“ ermöglicht habe, das Volk, das zum Ärger von Goebbels und Ribbentrop noch gestern in seiner wachsenden Seelennot Chamberlain und Daladier in München spontan zugejubelt habe, gegen seine Überzeugung in den gewissenlosesten aller Kriege seit Napoleon I. Zeiten zu jagen. Nur wer erfaßt habe, wie man mit dem Rauschgift einer mit modernen Instrumenten gewaltsam eingespritzten Propaganda den Verstand der Menge lähmen und mit der erbarmungslosen Hypnose kommandierter Aufmärsche und eindressierter Kundgebungen programmatischen Jubel ezeugen könne, nur wer diese satanische Apparatur zur Erregung politischer Bühnengeräusche studiert habe, nur der könne ermessen, was sich hinter der Szene abspiele. Es komme hinzu, daß das deutsche Volk sich aus der Zeit des Obrigkeitsstaates immer noch einen heillosen Respekt bewahrt habe vor allen Willensäußerungen des Staates und daher befangen sei in einer unpolitischen Auffassung von Disziplin und Gehorsam, die sich Hitler in der gewissenlosesten Weise zu nutze mache und ausbeute.

So müsse es tatsächlich dahin kommen, daß die Deutschen eines Tages die Allierten in Berlin als Befreier begrüßen würden, wie es im Jahre 1814 die Franzosen in Paris getan hätten. Man müsse hoffen und streben, der Tyrannis vorher mit eigenen Mitteln Herr zu werden.

Mit Haeften hatte ich im Jahre 1943 noch einmal eine sehr interessante Aussprache in meinem Dienstzimmer im Auswärtigen Amt. Es waren in der letzten Zeit die ersten glaubhaften Nachrichten über unerhörte systematische Greuel der SS in den östlichen besetzten Gebieten durchgesickert. Das Phaenomen einer immer weiter um sich greifenden, bedenkenlosen Grausamkeit stand vor uns auf. Haeften warf die Frage auf, wie es überhaupt möglich sei, daß es in Deutschland Menschen gäbe, die für solche Dinge zu haben seien und sich zu würgenden Bestien abrichten ließen. Er suchte zu den Geschehnissen von der ethischen Seite her eine Einstellung zu gewinnen und sprach von der völligen Abkehr der uns regierenden Menschen von allen ererbten göttlichen Werten. Er stellte eine totale Umwandlung aller uns überlieferten Begriffe von Ehre, Anstand und Menschentum fest und machte sich Gedanken über die Möglichkeiten, diesen rasenden Verfall einzudämmen, insbesondere die Jugend vor völligem Verderb zu retten.

Ich versuchte die Erscheinung von der medizinischen Seite zu erklären. Das hitlersche autoritäre System sei so besonders gefährlich, weil es das Hochkommen und Zusammenwirken schadhafter und ausgesprochen minderwertiger Elemente begünstige. Eine Staatsform, die nur die Willensbildung von oben herab dulde, müsse die Entfaltung böser Neigungen fördern, da das Regulativ der Rechtsordnung gegenüber der Willkür versage. Seien schon Hitler und seine engsten Mitarbeiter pathologische Gehirne, so sei das der Führerclique nach unten auswachsende Geäst der Führer zweiten und dritten Ranges zum großen Teil aus bösartigen Charakteren, entgleisten Existenzen und irregeleiteten Idealisten zusammengesetzt. Im Allgemeinen habe sich Gleiches mit Gleichem ankristallisiert.

Böse Instinkte schliefen in jedem Menschen und daher in jeder Volksmasse. Hitlers Clique finde mittels ihres Führersystems die Möglichkeit, sie ungehindert zu wecken und sich zunutze zu machen. Die Judenhetze appelliere an die bösen Instinkte und legalisiere das Verbrechen. Die Situation erinnere mich an jene Novelle Poes, in der der wahnsinnige Leiter einer Irrenanstalt mit den Geisteskranken gemeinsame Sache gemacht und das Pflegepersonal eingesperrt und wie Irre behandelt habe.

Daß sich Leute fänden, die die gräßlichsten Befehle ausführten, sei z. T. auf Terror zurückzuführen, wie die Geschichte vom Polizisten zeige, der bei der Exmittierung von Juden mit Tränen im Auge tröstende Worte gestammelt habe. Daß aber die Grausamkeit in allen ihren Stufen von der kleinen Drangsalierung bis zur Bestialität derartig wuchere, sei ein Symptom: das Symptom einer krankhaften psychologischen Anfälligkeit, ja einer epidemischen Geistesstörung. Diese Krankheit verrate sich nicht nur in der zunehmenden Verbreitung der Sucht zu schikanieren, zu ängstigen, zu erniedrigen, zu schinden und zu quälen, sie zeige sich auch an anderen Anzeichen sexualpsychologischer Art: an der sogenannten dynamischen Geisteseinstellung, die das Bewußtsein suggerieren solle, kein Ziel sei zu hoch, keine Aufgabe zu schwierig; an dem Bestreben, einen Fetischismus um den großgewachsenen, blonden, blauäugigen Menschen zu errichten; an der krampfhaften Übertreibung strammer militärischer Formen; an der systematischen Art und Weise, wie die beiden Geschlechter der reiferen Jugend aufeinander gehetzt würden.

Die Einwirkung moralischer nicht intakter und pathologischer Führer auf eine krankhaft disponierte Masse müsse natürlich zu bösen Ergebnissen führen. Am verheerendsten wirke sich das auf die für Eindrücke besonders empfängliche Jugend aus. Der verkrampfte Geist des Dynamismus werde dem

Nachwuchs der Nation durch besonders „bewährte" Lehrer auf Ordensburgen und Adolf Hitlerschulen mit hysterischer Brutalität eingeimpft und ihm so die Haltung, die ihren Grund in den Schäden eines krankhaften Seelenzustandes habe, als erstrebenswerte „Weltanschauung" eingedrillt.
Woher aber komme dieses epidemische Auftreten sadistischer Neigungen und perverser Verirrungen und wie erklärten sich diese Anzeichen gestörten psychischen Gleichgewichts? Es seien Erscheinungen, wie wir sie häufig in der Geschichte beobachten könnten, wenn wir z. B. an die Inquisition mit ihren Folterungen und Autodafés, an die Greuel der Glaubenskriege und an die großen Revolutionen mit ihrem Blutrausch und Schrekkensnöten dächten. Alle diese Erscheinungen lägen wohl begründet in weiter zurückliegenden seelischen Reizungen und Erschütterungen, durch welche in der Tiefe der menschlichen Brust schlummernde, längst für gezähmt gehaltene tierische Triebe geweckt und freigemacht würden.

Die Seele des Menschen sei empfindlich wie eine photographische Platte. Häßliche Eindrücke der Kinderzeit würfen vielfach auf den Seelenzustand des Mannesalters ihre dunklen Schatten, wenn sie nicht durch mildernde Einflüsse zurückgedrängt und ausgelöscht werden könnten. Die Behandlung der Seele des Menschen in Kindheit und Jugend sei bestimmend für seine spätere seelische Prägung. Ich müsse daher vermuten, daß die psychischen Erlebnisse der Weltkriegs- und Nachkriegszeit mit seinen Qualen, Entbehrungen, Erniedrigungen und Seelennöten der Abgrund sei, aus dem die Dämonen stiegen, die heute die Menge des deutschen Volkes in Besitz zu nehmen drohten. Unter anderem habe sich die moralische Behandlung, die dem deutschen Volke nach seiner Niederlage zuteil geworden sei, furchtbar gerächt. Es sei besessen von der Ausgeburt tiefsitzender Minderwertigkeitskomplexe, für die es einen lindernden Ausgleich nicht gefunden habe. Ich könne nur mit Grauen daran denken, was nach Ablauf von 20 Jahren — das sei die Zeit, die das Kind brauche, um zum Mann zu werden — entstehen werde, wenn wir nicht einen Weg fänden, die in diesem entsetzlichen und hoffnungslosen Kriege gelegten Keime zu neuer, wohl noch schlimmerer Besessenheit zu ersticken.
Das Mittel des politischen Mordes hätte ich stets verabscheut, indessen eingesehen, daß kein anderer Weg mehr gangbar sei. Es müsse Licht in die Nacht des Irrsinns gebracht werden. Jetzt stelle Hitler einen verlogenen Herrenmenschentyp als Ideal heraus und verführe das Volk zu einem Größenwahn, aus dem es nur einen nie wieder heilbaren Sturz tun könne. Es müsse aufgeräumt werden, so rasch wie möglich. Die Hitlerclique müsse beseitigt und das offenkundig verbrecherische und verdorbene Element müsse ausgerottet, der kleinere Bösewicht unschädlich gemacht werden. Das müsse in wenigen Wochen erledigt sein. Dann aber müsse großzügig vergeben, vergessen und amnestiert werden. Die Rache dürfe nicht zu neuen psychischen Erschütterungen führen. Ein allgemeiner „Aufbruch" zur Umkehr müsse kommen, eine Befreiung der unterdrückten Seele, ein Bekennen der Schuld, eine Linderung der Gewissenspein, eine Entspannung der seit Jahren überdrehten Nerven, eine Wiederherstellung des psychischen Gleichgewichts.
Eine Bannung der Dämonen sei nur möglich durch Gewinnung einer ganz neuen geistigen Haltung. Und hier setze die Aufgabe des Erziehers und der Kirche ein. Der Lehrerstand müsse der erste Stand im Staate werden. Er dürfe nur aus besten Elementen und einwandfreien Charakteren gebildet werden. Es gelte die Jugend zu befreien von den schauerlichen Eindrücken und seelischen Erlebnissen der letzten Zeit, ihr neue positive Gedanken zum Ausgleich der trostlosen Komplexe zu bringen, damit die Schatten beschworen würden, die sich — verhängnisvoll für die Zukunft — auf die Seelen gelegt hätten.

Ich hätte aus innerster Überzeugung stets die Anschauung bekämpft, der Offiziersstand sei der erste im Staate, und hätte die englische Auffassung geteilt, daß das Militär ein notwendiges Übel sei. Ich verträte die Ansicht, daß die in der militärischen Ausbildung aufgewandten Lebensenergien des deutschen Volkes irregeleitet würden. Die Züchtung des militärischen Gehorsams, preußischer Prägung, begünstige die Entstehung eines unerfreulichen Strebergeistes und leiste der Bildung von Minderwertigkeitskomplexen Vorschub. An ihre Stelle müsse die Erweckung eines echten Sportgeistes treten, der die Fairness und Kameradschaftlichkeit im Wettbewerb fördere und uns die ehrliche Hinnahme von Niederlagen ohne Ausreden und Dolchstoßlegenden und die neidlose Anerkennung auch der Überlegenheit Anderer ermögliche. Eine solche geistige Haltung werde überdies unsere außenpolitische Einstellung von Grund aus ändern und uns von politischer Großmannssucht befreien. Dann werde auch die lächerliche Sucht nach Uniform und Rangabzeichen, der groteske Ordensfimmel und die Hackenklapperei ganz von selbst aufhören. Die verkrampfte Mentalität eines überspitzten Militarismus werde einer gelösteren und freieren Haltung Platz machen.

Haeften und ich waren uns einig darin, daß die Umstellung vom autoritären zum demokratischen System in wohlerwogenen Etap-

pen vor sich gehen müsse, wenn die Beseitigung des Hitlerregimes einmal gelungen sei. Die Front sei noch so gut imstande, daß sie halten werde bis ein Versuch gemacht sei, die unvermeidliche Kapitulation unter einigermaßen erträglichen Voraussetzungen zu erreichen. Ein vorheriger sichtbarer Wandel in der Heimat werde vielleicht dazu beitragen können. Unsere Aufgabe aber sei es dann, dem Auslande das Geschehene zu interpretieren und zu versuchen, seine Unterstützung und Mitarbeit zur Förderung dieses psychischen Heilungsprozesses zu gewinnen, der für die Zukunft Europas und den Frieden der Welt von entscheidender Bedeutung sei.

Mit allen meinen Argumentierungen und Anregungen habe ich, das war erst später zu erkennen, sicherlich offene Türen eingerannt. Haeften und Trott waren wohl damals bereits auf dem Wege der Verwirklichung des einzigen Ausweges aus sonst auswegloser Lage.

So hat Trott in dieser Zeit wiederholt Reisen ins Ausland unternommen, für deren dienstliche Untermauerung er meine Mitwirkung einige Male erbat. Ich merkte, daß es ihm in seinem Arbeitsbereich offenbar an genügenden Motiven zu ihrer dienstlichen Begründung fehlte. Ich veranlaßte daher, daß ihm zusätzliche Aufträge für seine Reisen in die Schweiz und in die Türkei aus meinem Arbeitsgebiet erteilt würden, das mit dem seinen eng verzahnt war. Ich hoffte und nahm an, daß Trott in Wirklichkeit besondere Zwecke mit seinen Reisen verfolge; doch habe ich ihn absichtlich nie danach gefragt und er hat mir von sich aus auch nichts darüber gesagt.

Anfang 1944 besuchte mich Haeften wieder einmal in meinem Dienstzimmer. Er sah mich lange schweigend an. Dann sagte er etwa dieses:

„Das Staatsoberhaupt eines großen Kulturvolkes läßt sich die Greuel seiner entmenschten Prätorianergarde, der SS, im Filme vorführen, um daraus Lust und Kraft zu neuer Niedertracht, zu neuen Hekatombenopfern zu ziehen. — — Dieser aus dem Sumpf der Gemeinheit emporgewachsene Österreicher ist eine Ausgeburt der Hölle.

Wir leben in einer Zeit, in der das Böse in der Welt ganz offensichtlich triumphiert. Das muß wohl zeitweise immer wieder so sein. Das ist wohl Gottes Wille und hat seinen Sinn. Die Weltgeschichte zeigt das. Unsere Bestimmung ist es, gegen das Böse zu kämpfen."

Wenige Wochen nach dieser Unterredung las ich während meiner nun folgenden Krankheit in dem Buch von Schuré: „Les grands Initiés" diesen Satz:

„Pour que le Verbe de l'esprit pénètre dans l'homme de chair, il faut que l'homme soit secoué jusqu'au fond par les grandes commotions de l'histoire. Alors la vérité éternelle en jaillit comme une trainée de lumière."

Ich nahm mir vor, diesen Satz Haeften zu zeigen.

Ich habe keine Gelegenheit mehr dazu gefunden.

Im März 1944 erkrankte ich an einer Lungenentzündung, so daß ich vier Monate dienstunfähig war. In dieser Zeit hielt ich mich zuerst auf dem Weißen Hirschen und im Erzgebirge auf und war zuletzt noch zur Erholung in der Schweiz. Nach meiner Rückkehr von dort meldete ich mich am 17. Juli 1944 in Berlin wieder zum Dienst. Ich traf bei dieser Gelegenheit Trott im Flur des Amts. Er bat mich sofort dringend um eine Unterredung, die im großen Dienstzimmer des Staatssekretärs Keppler stattfand, für den Trott zu arbeiten hatte. Nachdem Trott mir sein Bedauern über meine lange Abwesenheit zum Ausdruck gebracht hatte, bat er mich in die von Schreibtisch und Telephon am weitesten entfernte Ecke des Zimmers und sagte mir dann leise: „Also jetzt ist es endlich so weit." Er teilte mir nun mit, daß eine größere Gruppe sich zusammengefunden habe, die unter ausschlaggebender Mitwirkung des Militärs einen wohlvorbereiteten Staatsstreich für einen der nächsten Tage plane. Hitler solle beseitigt werden. Näheres könne er mir noch nicht mitteilen. Er könne doch aber wohl meiner Mitwirkung sicher sein? Man benötige im Amt einige absolut zuverlässige und fest entschlossene Beamte.

Ich antwortete Trott, ich bedauere, daß ich erst jetzt vom Urlaub zurückkomme, sei aber doch herzlich froh, daß ich noch nichts verpasse. Er kenne ja genau meine Überzeugung. Ich begrüße es von ganzem Herzen, daß der langersehnte Augenblick endlich gekommen sei. Hoffentlich komme das Unternehmen nicht schon zu spät und könne noch zu einer Verbesserung unserer außenpolitischen Chancen bei rascher Beendigung des Krieges führen.

Auf meine Frage, wer beteiligt sei, antwortete mir Trott, er werde mir später einiges mitteilen, nenne jetzt aber absichtlich keine Namen, da das eine unnötige Gefährdung der Betreffenden im Falle von vorzeitigen Verhaftungen und auch eine Belastung der Eingeweihten mit sich bringe. Ich fand das durchaus richtig und warnte Trott vor jedweder Niederschrift von Namen. Er müsse auch seinen Einfluß geltend machen, daß die Militärs, die nach meiner Erfahrung politisch etwas unbeholfen seien, auf keinen Fall Listen anlegten. Trott pflichtete mir bei und versicherte, daß keine Listen vorhanden

seien. Er wolle nun gern meine Ansicht darüber hören, wer im Amt als unbedingt zuverlässig und wer als unzuverlässig anzusehen sei. Ich versprach ihm nähere Angaben.

Hierauf fragte mich Trott, wen ich wohl für einen geeigneten Außenminister halte. Zwar sei hierüber wohl bereits eine Entscheidung getroffen, doch interessiere ihn meine Ansicht. Ich nannte die Botschafter Nadolny, v. Hassel und Frh. v. Weizsäcker. Ich fügte hinzu, man müsse auf jeden Fall unbedingt verhindern, daß in irgendeiner Kombination etwa der Name Papens auftauche. Papen sei innen- und außenpolitisch völlig untragbar und ungeeignet; man müsse das auch den Militärs von vornherein zu verstehen geben. Trott machte seine Bemerkungen über diese Vorschläge und fragte dann nach der Besetzung des Amts des Staatssekretärs. Ich nannte den Botschaftsrat in Bern Theo Kordt. Trott ging hierauf nicht weiter ein und richtete plötzlich die Frage an mich, wen ich wohl für geeignet halte, den Posten eines Propagandachefs zu übernehmen. Da ich nichts erwiderte, fragte er unmittelbar: „Was denken Sie über den Gesandten v. Hentig? Sie kennen ihn ja genau. Die Militärs legen auf seine Teilnahme großen Wert. Ich antwortete, das liege sehr nahe, da ihnen Hentig aus seiner Vortragstätigkeit genau bekannt sei. Er habe ja aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht. Doch brach Trott die Unterhaltung ab und wir verabredeten einen neuen Termin für den nächsten Tag.

Am folgenden Morgen, 18. Juli, teilte ich Trott mit, welche in Berlin befindlichen Mitglieder des Auswärtigen Amts ich im kritischen Zeitpunkt für gefährlich oder nazistisch eingestellt, welche ich für unzuverlässig, belastet oder sonst unzureichend aktionsfähig, welche ich für zuverlässig und einsatzfähig hielte. Über eine Reihe von Beamten konnte ich keine Angaben machen, da ich sie nicht genügend kannte. Meine Meinung wurde, von einigen Ausnahmen abgesehen, von Trott im allgemeinen geteilt; einige Beobachtungen schienen ihm entgangen zu sein oder neue Gesichtspunkte zu vermitteln. Das ergab sich aus seinen wiederholten Zwischenrufen: „Richtig, das muß berücksichtigt werden!“ Wir sprachen dann über mehrere im Auslande befindliche Beamte, die ich an Hand einer gedruckten Liste der im Jahre 1933 aufgelösten Fachgruppe der höheren Beamten des A. A. durchging. Endlich nickte Trott mir zu. Es sei doch erstaunlich, meinte er, wie tadellos das Auswärtige Amt sich über die elf Jahre gehalten habe. Es sei intakt wie kaum eine andere Behörde. Ich stimmte Trott lebhaft zu: die Politische Abteilung, die Wirtschafts- und die Rechtsabteilung könnten, von einigen notwendigen Änderungen abgesehen, fast in der gegenwärtigen Besetzung übernommen werden. Trott fand das auch: die Nazifizierungsversuche Ribbentrops, Bohles und des berüchtigten Unterstaatssekretärs Luther seien absolute Fehlschläge gewesen. Gewiß seien in die Presse-, Informations-, Rundfunk- und Inlandabteilung eine Menge unerwünschter Elemente eingedrungen. Der Kern des Amts mit den eigentlich wichtigen Arbeitsgebieten sei gesund. Der alte Stamm des Amts sei seiner Sachkenntnis und Erfahrung wegen nach wie vor unentbehrlich geblieben. Ich stimmte zu, knüpfte aber die Frage daran an, ob das feindliche Ausland, auf dessen Meinung es doch nach der unvermeidlichen Niederlage sehr ankommen werde, diese Ansicht wohl teilen würde. Schließlich seien wir ja alle doch äußerlich Parteimitglieder geworden. Trott antwortete hierauf sehr bestimmt und auffallend nachdrücklich etwa wörtlich:

„Lieber Melcher, darauf können Sie sich verlassen, die wissen über jeden von uns ganz genau Bescheid. Machen Sie sich da keine unnötigen Sorgen. In der Beziehung ist nichts zu befürchten. Jeder wird so behandelt werden, wie er es verdient.“

Wir sprachen dann über die Frage der Neugestaltung des Auswärtigen Amts überhaupt. Das Amt müsse, meinte Trott, erheblich verkleinert und insbesondere der gesamte von den Nazis geschaffene aufgeblähte Apparat der verschiedenen Propagandaabteilungen abgebaut werden. Die Beamtenschaft müsse nach politischen und sachlichen Gesichtspunkten scharf gesiebt werden. Die aus politischen Gründen erfolgten Entlassungen müßten natürlich überprüft werden.

Wir kamen dann gesprächsweise auf die Notwendigkeit einer Dezentralisierung einzelner Ministerien zu sprechen. Ich erzählte Trott, daß ich mir dieses Problem gelegentlich hätte durch den Kopf gehen lassen. Mir schwebe ein nicht umfangreiches Reichskabinett von etwa zehn parlamentarischen Ministern vor, denen aber keine Mammutministerien, sondern eine größere Zahl dezentralisierter Reichsämter mit übersichtlichen Zuständigkeiten unter Leitung beamteter Staatssekretäre unterständen. Das biete auch den Vorteil der Ausschaltung mancher unfruchtbaren Konkurrenz und begünstige die Beständigkeit eines konsequenten Kurses auf den einzelnen Fachgebieten. So könne ich mir z. B. ein Reichspostamt, ein Reichseisenbahnamt, ein Reichsschiffahrtsamt usw. mit je einem Staatssekretär unter einem gemeinsamen parlamentarischen Reichsverkehrsminister vorstellen. Wir unterhielten uns dann noch über die Notwendigkeit einer großzügigen Reichsreform. Ich sprach mich z. B. für die Gleichstellung der preußischen Provinzen und

der Länder und für die Ersetzung des Reichsrats und des Reichswirtschaftsrats durch eine zweite Kammer aus, die aus Vertretern der Länder und der Stände zusammengesetzt sein solle.

Das führte uns endlich auf das Thema der Wahlrechtsreform, eines meiner Steckenpferde. Ich wies darauf hin, daß die überspitzte Demokratie des Weimarer Wahlrechts wider Willen recht eigentlich der Wegbereiter des Nationalsozialismus geworden sei. Es habe, um die Willensbildung von unten nach oben hinauf bis zur letzten Konsequenz durchzuführen und möglichst keine Stimmen verloren gehen zu lassen, ein Stimmenverrechnungsverfahren, ja, man könne sagen, ein Stimmenberücksichtigungssystem erfunden, das jeder obskuren Splitterpartei Chancen geboten habe. Nur so sei es solchen kleinen Parteien wie den Deutsch-Völkischen und den Nationalsozialisten gelungen, Vertreter ins Parlament zu entsenden. Die Möglichkeit, Reststimmen auf einer Reichsliste zu verrechnen und Listenbindungen mit anderen Parteien einzugehen, habe die Wähler ermutigt, ihre Stimmen für kleine Gruppen mit geringen Aussichten zu riskieren. Ein unerfreuliches Berufsparlamentariertum sei entstanden, das mit seinen Wählern vielfach keine rechte Fühlung gehabt und für seine dauernde Wiederwahl durch Placierung an sicherer Stelle auf einer der verschiedenen Listen mühelos habe sorgen können. Bei der Menge der vertretenen Parteien habe sich endlich — und das sei besonders verhängnisvoll gewesen — eine ganz negative, demagogische, weil oft ganz heterogene Opposition herausgebildet, die ihre Parteiinteressen in den Vordergrund gerückt habe und selten zur Übernahme einer tragfähigen Verantwortung bereit und in der Lage gewesen sei. Der „parteipolitische" Schacher sei aufgekommen, häufige Kabinettskrisen seien die Folge gewesen. Das Volk habe für den Exponenten seiner eigenen Souveränität, den Reichstag, keine Achtung mehr aufbringen können und ihn als hoffnungslose „Quasselbude" gebrandmarkt. Angesichts der Unzulänglichkeit des Parlaments habe Brüning auf den Art. 48 der Reichsverfassung lossteuern müssen, um besondere Vollmachten zu erreichen.

So habe das Wahlrecht von 1919 nicht nur technisch das Hochkommen der nationalsozialistischen Splittergruppen ermöglicht, sondern auch das Volk empfänglich gemacht für den Gedanken des Führerprinzips, das ihm als Patentlösung gegen den kostspieligen und lähmenden Parteienhader vorgegaukelt worden sei. Wir müßten versuchen, eine dem englischen Wahlrecht ähnliche Lösung zu finden, die kleinere Wahlbezirke schaffe, in denen jeweils nur e i n Kandidat durchkommen, e i n e Partei obsiegen dürfe. Das werde uns einen Reichstag mit drei bis vier lebensfähigen Parteien und ein ausbalanziertes parlamentarisches Leben der Selbstkontrolle durch eine verantwortliche kritische Opposition bringen.

Die nächste Unterhaltung zwischen uns fand am gleichen Tage nachmittags statt. Trott weihte mich nun ein, daß unser gemeinsamer Freund, der Vortragende Legationsrat v. Haeften, als Verbindungsmann zwischen den Militärs und dem Auswärtigen Amt fungiere und mit der Vorbereitung der Übernahme des Amtes durch die neue Regierung beauftragt sei. Sein Bruder sei der Adjudant des Obersten Graf Stauffenberg. Für uns hier in Berlin sei zunächst der Chef des Inlandheeres General Olbricht maßgebend. Er nannte noch die Namen mehrerer anderer Offiziere, bezeichnete ferner als maßgebende Person den Generaloberst v. Beck. Ich fragte nicht weiter, da ich nur das für mich im Augenblick Wichtige wissen wollte.

Trott führte aus, das ganze Unternehmen sei von langer Hand sehr sorgfältig vorbereitet. Der Staatsstreich werde nicht nur in Berlin, sondern in der Provinz und im besetzten Gebiet sofort nach dem Attentat ausgelöst werden. Natürlich liege der erste Teil der Aktion in Händen des Militärs, das ja allein die Mittel zur Durchführung besitze. Es handele sich bei dem ganzen Plan indessen nicht etwa um ein rein militärisches Unternehmen, sondern um eine von breiter Basis getragene Aktion, die insbesondere die Opposition im Arbeiterlager mit umfasse. Mehrere ehedem führende Sozialdemokraten seien zur Mitarbeit berufen. Er nannte Namen. Ich möge doch auch im Rahmen des Auswärtigen Amts mein Augenmerk darauf richten, die sozialdemokratisch eingestellten Kreise zur Mitarbeit zu erfassen, soweit mir solche geläufig seien. Ich nannte einige Kollegen.

Trott fügte hinzu, die vor uns stehenden Zeiten seien in jedem Falle sehr schwer und ernst. Man müsse natürlich dem Feinde gegenüber der Wahrheit gemäß die Schuld der Hitlerregierung für diesen Krieg im vollen Umfange zugeben. Ich erwiderte Trott, die Situation sei in dieser Beziehung überhaupt ganz verschieden von der des Jahres 1919. Ich sei der Überzeugung, daß ein Versuch, die Kriegsschuld der Hitlerregierung zu vertuschen oder zu beschönigen, nicht nur von vornherein zum Scheitern verurteilt, sondern auch politisch unklug und moralisch schädlich sei. Eine andere Frage sei es, wem wir das Entstehen der Nazibewegung und das Hitlerregime im Urgrunde letztendlich zu verdanken hätten; dieses Problem verdiene eine sehr eingehende Behandlung vor dem internationalen Forum. Diesen Dingen auf den Grund zu gehen sei vordringlichste Aufgabe der historischen und teilweise wohl

auch medizinischen Forschung. Im übrigen müsse dieses immer wieder unterstrichen werden: Die wirkliche Stimmung des deutschen Volkes habe sich deutlich anläßlich des Besuches von Chamberlain und Daladier in München manifestiert. Das Volk habe beiden spontan zugejubelt, weil es Ruhe und Frieden begehrte.

Trott gab mir Recht. Der Einmarsch in die Tschechoslowakei und der Kriegsausbruch seien vom Volke ganz anders als 1914 mit bedrückter Stimmung und eisigem Schweigen aufgenommen. Daß die Menge späterhin die Siege des Heers schon in dem Gedanken mit Jubel begrüßt habe, der Krieg werde hierdurch verkürzt, müsse schließlich verständlich erscheinen. Die hierbei an den Tag gelegte Begeisterung habe sich aber keineswegs mit der von den Siegen des ersten Weltkrieges messen können, was deutlich beweise, daß der Krieg von 1939 vom Volke nicht als Verfechtung einer gerechten Sache empfunden und von vornherein unpopulär gewesen sei. Auch sei ja von wirklichem Haß der Bevölkerung gegen den Feind trotz der verheerenden Luftangriffe wenig Nachhaltiges zu verspüren.

Ich antwortete darauf sehr ernst, daß im Gegenteil ein ganz großer Teil des Volkes, obwohl er Väter und Söhne im Felde habe, zu Gott für den raschen Sieg des Feindes bete, für den Sieg des Feindes, trotz aller Todesangst im Luftschutzkeller, da ja kein anderer Weg zur Befreiung von diesem Regime des Frevelmuts und der Vermessenheit mehr sichtbar sei.

Aus diesem Grunde sei es, so erklärte ich weiter, nach meiner Überzeugung eine nationale Notwendigkeit und Pflicht, die Aktenbestände des A. A. vor der drohenden Vernichtung zu bewahren, auch wenn sie Gefahr liefen, in die Hände der Engländer oder Amerikaner zu fallen. Nichts beweise deutlicher die ständige bremsende Tätigkeit der alten Berufsbeamten des A. A. (und damit auch der vernünftigen Teile des deutschen Volkes), und nichts zeige klarer die allein im Schoße der Naziregierung entspringende Schuldquelle für die ganze haarsträubende „Außenpolitik" der letzten elf Jahre. Deswegen seien auch der mir eng befreundete Leiter des Politischen Archivs, Legationsrat Dr. Ullrich, und seine Mitarbeiter entschlossen, die aus Anlaß der Fliegerangriffe evakuierten Aktenbestände so unterzubringen und zu tarnen, daß die Nazis sie nicht im letzten Augenblick vernichten könnten. Ich hätte sie nach Kräften in dieser Absicht bestärkt und unterstützt. Ich selbst hätte während des ganzen Krieges großen Wert darauf gelegt, meine Gutachten stets sorgfältig aktenkundig zu machen.

Trott nickte; denn ich hatte ihm schon wiederholt empfohlen, ein Gleiches zu tun, hatte allerdings damals kein besonderes Interesse bei ihm gefunden, da er allen bürokratischen Dingen abhold war.

Trott teilte mir nun noch einige Einzelheiten über die technische Durchführung der Aktion mit. Wenn die Nachricht von dem Gelingen des Attentats vorliege, werde das Regierungsviertel Berlins sofort abgesperrt und niemand mehr hinein- und herausgelassen werden. Für diese Zeit bis zur Übernahme des Amts durch die neue Regierung werde v. Haeften die notwendigen Vollmachten im Ausw. Amt in Händen haben. Es sei dann erforderlich, daß zuverlässige Beamte zur Stelle seien. Vermutlich werde der morgige Tag die Entscheidung bringen. Ich solle dann mittags in unmittelbarer Nähe des Amtes bleiben und unauffällig versuchen, andere Gleichgesinnte unter irgendwelchen Vorwänden griffnahe zu halten, dürfe sie indessen unter keinen Umständen etwas merken lassen.

Trott widerrief jedoch später diese Weisung: der 19. Juli werde keine Ereignisse bringen. Ich sollte aber für den folgenden Tag ebenso disponieren und bis dahin nicht wieder mit ihm in Verbindung treten.

Am 20. Juli beschleunigte ich meine laufenden dienstlichen Arbeiten, um möglichst freie Hand und ein gewisses Alibi zu haben. Ich stellte ferner fest, welche mir näherstehenden Kollegen anwesend sein würden und suchte andere irgendwie durch Verabredungen an Ort und Stelle zu halten. Ich selbst blieb für Trott jederzeit im Amt erreichbar. Wenn ich im folgenden keine genauen Zeitangaben machen kann, so ist dieser Mangel auf die nunmehr eintretende unerhörte Anspannung der Nerven zurückzuführen, die ja sowieso schon jahrelang durch die furchtbare Sorge wegen der unheilvollen Entwicklung der Dinge, durch die ständigen Tag und Nacht drohenden Luftangriffe und durch die immer rücksichtslosere Ausbeutung der Arbeitskraft weit überlastet waren.

Es muß wohl etwa um 15 Uhr gewesen sein, daß Trott in meinem Dienstzimmer anrief und mich bat, zu ihm in sein Zimmer (das Zimmer das Staatssekretärs Keppler) zu kommen. Trott war auffallend blaß, stand mitten im Zimmer und kam auf mich zu, nachdem ich die Tür zum Vorzimmer, in dem seine Sekretärin arbeitete, hinter mir geschlossen hatte. Er sagte mit leiser Stimme: „Es ist gemacht." Als ich ihn sprachlos anstarrte, hob er die Hand und tat mit dem Zeigefinger, als drücke er eine Pistole ab. Ich fragte: „Und Sie haben genaue, zuverlässige Nachricht?" Er erwiderte, er sei soeben von den Offizieren angerufen und sie hätten ihm,

wie verabredet, gesagt: „er könne das Zimmer bekommen." Er habe mir das nur kurz mitteilen wollen. Ich sollte ihn jetzt zunächst wieder verlassen, er werde mich wieder rufen, sobald sich zeige, daß das Regierungsviertel abgesperrt sei. Wir öffneten eines der großen Fenster und sahen auf die Wilhelmstraße hinaus, durch die der Verkehr indessen noch ungehemmt floß.

Ich ergriff Trotts Hand und sagte: „Ich kann es noch nicht fassen, daß dieser entsetzliche Druck wirklich von uns genommen sein soll. Den 20. Juli werden wir nie vergessen." Wir schwiegen eine Weile.

Dann deutete Trott auf seinen Schreibtisch: dort lag ein fertiger Brief zur Unterschrift. Er endete mit der vorgeschriebenen Grußformel „Heil Hitler!" Plötzlich lachte Trott und rief im Flüsterton: „Diesen elenden Gruß brauche ich nun nicht mehr zu unterschreiben!" Ich antwortete ihm scherzend: Mir würde das nun einen besonderen Genuß bereiten, daß bewußt zum letzten Male tun zu können." Trott sagte: „Sie haben ganz recht. Gehen Sie jetzt. Ich muß noch andere Freunde informieren. Wir können jetzt doch nichts unternehmen. Bitte schweigen Sie und reden Sie zu niemandem bis Haeften hier ankommt. Er ist noch bei den Militärs. Hoffentlich kommt er heil durch, bevor draußen abgesperrt wird." „Nun", meinte ich, „der wird doch wohl von den Militärs einen Ausweis bekommen haben!" Trott antwortete lächelnd: „So etwas wird in der Aufregung meist vergessen. Womöglich lassen sie ihn auch trotzdem nicht durch. In solchen Augenblicken passieren die unmöglichsten Dinge."
Auf dem Korridor begegnete ich etwas später dem mir befreundeten Vortragenden Legationsrat Dörtenbach. Er fragte mich, ob ich soeben die Rundfunksondermeldung gehört habe. Ich verneinte auf's Außerste gespannt. Da Dörtenbach, den ich als Gesinnungsgenossen kannte, gar keine freudige Erregung verriet, schwante mir Böses. Er teilte mir mit, es sei ein Attentat auf Hitler erfolgt, indessen mißlungen. Hitler sei so gut wie unverletzt. — Ich war wie erstarrt und lief zunächst in mein Dienstzimmer. — Mein erster Gedanke war, daß diese Nachricht vielleicht eine absichtliche Irreführung durch die Nazis oder aber eine taktische Falschmeldung unserer Leute sei. Vielleicht war es Hentig, der schon am Werk und auf diesen Trick gekommen war, um vorzeitige Gerüchte zu überdecken. — Ich suchte meinen Freund Leg.Rat Ullrich auf, der einen Radioapparat neben seinem Schreibtisch stehen hatte. Er hatte jedoch nichts gehört und war entsetzt, als ich ihm von der Sondermeldung erzählte. Er äußerte Befürchtungen, daß nun eine neue nazistische Mord-, Verfolgungs- und Bespitzelungswelle über das Land gehen werde.

Von meinem Zimmer aus rief ich nun Trott an und bat ihn um eine dringende „dienstliche" Rücksprache. Ich traf ihn in seinem Dienstraum nicht allein an. Im Stuhle in der äußersten Ecke des Zimmers saß der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Werth, ein Mitarbeiter und Freund Trotts. Es war mir sofort klar, daß er eingeweiht war. Ich machte Trott von der Sondermeldung Mitteilung, der sie anscheinend soeben schon von Werth gehört hatte. Wir tauschten Vermutungen aus über die Entstehung der Meldung. Auch Trott äußerte die Hoffnung, daß es sich dabei nur um eine taktische Maßnahme handle. Wir kamen zu dem Schluß, daß die Ereignisse ja in aller Kürze zeigen müßten, was an der Meldung war. Werth meinte, es komme jetzt alles darauf an, ob die Militärs das weitere Programm durchführen würden, einerlei ob Hitler tot sei oder nicht.

Wir gingen ans Fenster und sahen auf die Wilhelmstraße hinunter. Wahrhaftig war die Straße fast leer und offensichtlich schon abgesperrt. Man ließ die unterwegs befindlichen Wagen und Passanten noch abziehen. Nach wenigen Minuten lag die Straße öde. Militärpatrouillen im Stahlhelm wiesen solche, die die anliegenden Gebäude verlassen wollten, zurück.

„Gottseidank!" rief Trott, „dann klappt die Sache also doch!" Es sei jetzt einerlei, ob das Attentat gelungen sei oder nicht. Der Staatsstreich sei im Gange. Das sei gar keine Frage. Wir müßten nun auch energisch zupacken und unsere Köpfe hinhalten wie die Militärs es täten. Jetzt gäbe es wenigstens kein Zurück mehr.

Die bedrückte Stimmung, die uns befallen hatte, wich einer erleichterten Aufgeräumtheit. Überall in der Wilhelmstraße öffneten sich die Fenster und alles sah mit Spannung der Entwicklung entgegen. Wir scheuten uns nun auch nicht mehr, uns gemeinsam am Fenster blicken zu lassen. „Hoffentlich kommt Haeften bald", sagte Trott und bat mich, im Amt Umschau zu halten und vor allem festzustellen, was auf dem Flur der Personalabteilung vor sich gehe.

Ich traf dort eine ganze Reihe von Kollegen in angeregtem Gespräch. Die Türen standen zum Teil offen. Unterstaatssekretär Henke hatte gerade zu einer dienstlichen Veranstaltung abfahren wollen, war aber an der Tür des Hauses zurückgeschickt worden. Der mir eng befreundete Dirigent der Personalabteilung, Gesandter Bergmann, zog mich in sein Zimmer, sah mich an und schwieg lange. Dann sagte er: „Melchers, was jetzt kommt, wird nicht komisch. Sehen Sie Ihre Notizbücher und Ihren Schreibtisch nochmal durch und nehmen Sie sich beim Telefonieren in Acht." Ich fragte ihn, ob er etwa an-

nehme, daß das Regierungsviertel auf Befehl Himmlers abgesperrt sei. Er fragte zurück, ob ich Veranlassung hätte, etwas Anderes anzunehmen. Wir wurden unterbrochen und trennten uns.

In Trotts Zimmer war inzwischen Haeften angekommen. Werth war im Augenblick nicht anwesend, kam aber nach kurzer Zeit zurück. Trott und Haeften sprachen leise miteinander. Haeften schien von der Sondermeldung noch garnichts zu wissen. Sie äußerten wiederholt, alles sei so ausgezeichnet vorbereitet, daß ein Mißlingen unmöglich sei, auch wenn Hitler noch lebe, wovon sie aber anscheinend nicht überzeugt waren. Haeften erwartete jeden Augenblick von den Militärs die Weisung, das Amt bis zum Eintreffen des neuen Titulars zu übernehmen und sicherzustellen. Er hatte anscheinend eine vorläufige schriftliche Vollmacht in der Tasche und wußte genau, welche Sofortmaßnahmen er durchzuführen hatte, insbesondere welche Personen er verhaften lassen mußte. Es wurde darüber gesprochen, welche von diesen z. Z. im Amt anwesend seien. Ich konnte einzelne Auskünfte erteilen. Haeften fragte mich, ob ich Bergmann gesehen habe und was er gesagt habe. Ich berichtete ihm kurz. Man kam darauf zu dem Entschluß, daß Bergmann sofort aufgeklärt und eingeweiht werden müsse, da seine Mitarbeit dringend erwünscht sei. Haeften zögerte aber noch. Bergmanns Gesinnung stehe außer jedem Zweifel, meinte er, doch sei er zu sehr Beamter, um sich sofort zur Teilnahme an einer noch unsicheren Sache entschließen zu können. Die Meldung von dem Mißlingen des Attentats werde ihn abschrecken. Trott meinte, ich sei doch so eng mit Bergmann befreundet, daß ich jetzt sofort mit ihm sprechen möge. Ich antwortete, ich sei ja durch nichts ausgewiesen, könne ihm auch nicht glaubhaft beweisen, von welcher Seite die Truppen auf der Straße kämen. Ich kenne ja kaum die Namen der leitenden Männer des Unternehmens und sei in die letzten Zusammenhänge noch nicht eingeweiht. So werde ich bei Bergmann trotz aller Freundschaft wenig ausrichten können, denn er werde natürlich genauestens unterrichtet werden wollen. Haeften sah das ein und entschloß sich, sofort allein zu Bergmann zu gehen, da ein größeres Aufgebot kaum zweckmäßig sei.

Trott, Werth und ich sahen wieder auf die Straße hinab. Sie war leer. Wachen standen vor den Eingängen der Häuser. Nun versuchte Trott, Haeftens Bruder, den Adjudanten Stauffenbergs anzurufen, bekam aber keine Verbindung. Er wiederholte seinen Versuch erneut ohne Erfolg.

Haeften kam zurück. Er war enttäuscht. Es sei so gewesen, wie er erwartet habe. Bergmann habe ihm geantwortet, er habe das Gesagte nicht gehört. Im Übrigen könne er ihm, Haeften, nur den guten Rat geben, seine Finger von Dingen zu lassen, die für ihn zu nichts Gutem führen und auch für andere verhängnisvoll werden könnten. Darauf wandte Trott sich an mich und fragte, ob ich Bergmann so genau kenne, daß ich wisse, daß er unbedingt anständig sei. Ich erwiderte, daß darüber nicht der geringste Zweifel bestehe. Haeften könne gänzlich unbesorgt sein. Im übrigen habe Bergmann meiner Ansicht nach bei dem derzeitigen Stand der Dinge gar keine andere Antwort geben können. Auf seine Mitarbeit sei indessen absolut sicher zu rechnen, sobald die Situation klarer sei. Man dürfe schließlich nicht vergessen, daß er der gesamten Belegschaft des A. A. gegenüber eine besonders schwere Verantwortung trage. Haeften nickte, er sei ja selbst mit Helmut Bergmann gut befreundet und hege gar keine Bedenken.

Nun versuchte Haeften selbst, telefonische Verbindung mit seinem Bruder zu bekommen. Irgend jemand meldete sich auf der anderen Seite; der Bruder war aber nicht zu erreichen. Haeften fragte, um irgendetwas zu sagen, warum wohl die Wilhelmstraße militärisch abgesperrt sei. Er könne das Amt nicht verlassen und wolle gerne wissen, wie lange das noch dauere. Man solle doch seinen Bruder bitten, ihn baldigst anzurufen.

Werth und ich verließen zeitweilig das Zimmer, um im Amt Umschau zu halten. Haeften und Trott besprachen die bevorstehenden Maßnahmen. Aus ihrer Unterhaltung ergab sich, daß der Gesandte Werner Otto v. Hentig und der Leg. Rat Herbert Blankenhorn eingeweiht waren. Letzterer hatte, während er in Bern auf Posten war, anscheinend schon für die Vorbereitung der Aktion gewirkt. Einige in Europa tätige Beamte, darunter Haeftens Vetter, Generalkonsul v. Haeften in Basel, sollten sofort telegraphisch in das Amt einberufen werden.

Als immer noch keine Weisungen eingingen, versuchte Haeften erneut telefonische Verbindung mit den Militärs zu bekommen. Dies geschah im Vorzimmer, das leer war, da die Sekretärin schon längere Zeit fort war. Haeften hatte jedoch keinen Erfolg. Mir kamen jetzt doch allmählich Bedenken und ich äußerte zum ersten Male Zweifel, ob die wiederholten telefonischen Versuche wohl klug und angebracht seien. Haeften und Trott schwiegen. Wir warteten weiter. Es kam keine Nachricht. Wir alle klammerten uns an den Gedanken, daß die Aktion doch offenbar fortgesetzt werde, da ja die Absperrung des Regierungsviertels weiter durchgeführt werde.

Wir sahen wieder und wieder aus dem Fenster. Das Entsetzliche trat ein: die Straße

wurde wieder freigegeben, Menschen und Wagen strömten am Hause vorüber. Man sah, daß Unterstaatssekretär Henke nun abfahren konnte. Wieder setzte Haeften sich ans Telefon, um seinen Bruder zu erreichen. Haeften war kreidebleich. Aus seinen Augen sprach die aufkommende Erkenntnis der ungeheuerlichen Gefahr, in der wir uns befanden. Warum antwortete sein Bruder nicht? Nach ihm griff Trott zum Hörer, sprach mit irgendjemandem und erkundigte sich wiederum zum Schein, weshalb die Straße abgesperrt sei, er habe Eiliges außerhalb des Amtes zu erledigen. Er erkundigte sich nach Haeftens Bruder; doch schien er nicht da zu sein.

Ich vergewisserte mich nochmals am Fenster, daß die Straße tatsächlich freigegeben war, und redete dann nachdrücklichst auf Haeften und Trott ein, nunmehr das Telefonieren zu unterlassen, da sie sich damit außerordentlich gefährden müßten. Es sei ja nun ganz gewiß keine Weisung mehr von den Militärs zu erwarten. Wir sollten doch am besten das Zimmer ohne Verzug verlassen. Werth pflichtete mir lebhaft bei. Er mußte nun sowieso dienstlich fort und bat mich dringend, meinen Einfluß aufzubieten, und Haeften und Trott zum Verlassen des Zimmers zu bewegen.

Es war wohl etwa 7 Uhr abends. Trott erklärte, er wolle bis 8 Uhr in seinem Zimmer bleiben. Ich sagte ihm, ich sei für ihn und Haeften jederzeit die ganze Nacht über im nahegelegenen Hotel Adlon, wo ich wohnte, zu erreichen. Haeften solle doch auch jetzt gehen, es sei nicht gut, wenn man uns hier alle beieinander sähe. Wir verließen dann nacheinander das Zimmer. Ich erledigte noch einige Telefone von meinem Zimmer aus, sah noch ganz kurz meinen Freund Leg. Rat Ullrich und begab mich dann ins Adlon, wo ich mit einigen Kollegen zu Abend aß. Ich begrüßte im Hotel noch den Botschafter v. Hassel und ging früh zur Ruhe, da ich maßlos enttäuscht und erschöpft war.

Mitten in der Nacht gellte das Organ Hitlers im Radio durchs Hotel. Er wetterte gegen die „Usurpatoren". Lag in diesem Wort noch eine kleine Hoffnung? Hielten sich noch entschlossene Widerstandsgruppen? Die Rachsucht dieses Mannes würde sich überschlagen. Die Grausamkeit seiner Schergen würde neue unerhörte Orgien feiern. Eine fürchterliche Gefahr kam mit Riesenschritten auf uns zu.

Am folgenden Tag beschloß ich, Trott unter allen Umständen aufzusuchen. Ich traf ihn in seinem Zimmer an. „Sie haben inzwischen wohl selbst gehört, wie alles mißglückt ist", flüsterte er. „Haeften sagt, dieser Mann ist mit dem Bösen im Bunde." Ich antwortete Trott, ich sei empört, daß die Militärs ein solches Attentat mit so unzureichenden Mitteln durchgeführt hätten. Schließlich seien sie das Hantieren mit Waffen und Kriegsmaschinen doch gewohnt und zu den größten Bravourstücken fähig. Anscheinend seien sie aber tatsächlich nicht in der Lage, einen einzelnen vor ihnen stehenden Mann umzulegen. Trott wurde plötzlich sehr weich: „Empört sind Sie, Bedenken Sie, daß diese Leute ihr Leben für diese Sache hingeben müssen." Er verstehe doch, was ich meine, antwortete ich. Er sei doch wohl ebenso wie ich aufs Tiefste enttäuscht. Es bleibe doch ein Hohn der Weltgeschichte, daß Hitler mitten im Kriege den Waffen seiner eigenen Offiziere habe entgehen können. Mir sei das völlig unverständlich. In diesem einen Punkte habe man doch hundertprozentig sicher gehen müssen.

Wir schwiegen bedrückt. Ich fragte Trott, ob etwa noch eine Widerstandsgruppe beim kämpfenden Heere vorhanden sei. Ob er noch irgendeine Hoffnung für die Zukunft habe. „Nein", antwortete er, „es gibt keine Hoffnung mehr, auch für die Zukunft nicht. Jetzt ist es aus. Das Verhängnis muß seinen Gang gehen. Kein Stein wird auf dem anderen bleiben. Hitler wird diesen wahnwitzigen Krieg weiterführen — als echter Nihilist — bis alles zerstört ist." Und dennoch, fügte er hinzu, es sei doch gut, daß sich Leute gefunden hätten, die wenigstens den Versuch gewagt hätten, diese Gewaltherrschaft zu brechen. Das bleibe eine historische Tatsache, und darüberhinaus ein Symptom.

Wir setzten uns nun an den Tisch in der Ecke des großen Zimmers. Um den Druck abzuschütteln, der auf uns lag, erklärte ich Trott, ich werde nun eine Abbildung der Kritiasstatue des Harmodios und Aristogeiton, der Tyrannentöter von Athen, über meinen Schreibtisch hängen. Die Nazis verständen nicht, was das zu bedeuten habe. Trott lächelte und meinte, das passe ja gut neben das Bild von Galiläi, das ich, wie Trott wußte, früher einmal in mein Zimmer gehängt hatte, weil dieser Mann, wie wir alle, einen Eid gegen seine Überzeugung hatte schwören müssen (... und sie bewegt sich doch!)

Nun erzählte mir Trott, daß er sich am gestrigen Abend noch bis um 11 Uhr in seinem Dienstzimmer aufgehalten habe, daß aber nichts mehr erfolgt sei, und keine Nachricht eingegangen. Wir verabredeten genau, was wir sagen wollten, wenn wir etwa gefragt würden, warum wir gestern Nachmittag in Trotts Zimmer zusammengekommen seien. Wir waren ja zum mindesten gemeinsam am Fenster gesehen worden. Es war nicht schwierig, eine Sprachregelung zu finden, da sich unsere Arbeitsgebiete eng berührten, und wir gewisse Angelegenheiten

gemeinsam zu erledigen hatten. Angesichts meines viermonatigen Krankheitsurlaubs hatten sich die Dinge, die wir zu besprechen hatten, außerdem gehäuft. Werth als Vertreter Trotts paßte gleichfalls in den Rahmen und Haeften war ihr gemeinsamer Vorgesetzter als stellvertretender Dirigent der Kulturpolitischen Abteilung.

Noch einmal hat Trott mich in sein Zimmer gerufen. Ich entsinne mich nicht mehr, ob es am gleichen oder am folgenden Tage war. Er teilte mir mit, daß Haeftens Bruder, der Adjudant des Grafen Stauffenberg, erschossen worden sei. Wir waren erschüttert. Ich habe Trott dann nicht mehr wieder gesprochen.

Kurze Zeit darauf erfuhr ich, daß unser Kollege v. Haeften festgenommen sei. Als ich Trott nach weiteren zwei Tagen unter dienstlichem Vorwand sprechen wollte, hieß es, er sei verreist. Bergmann teilte mir wenig später streng vertraulich mit, daß nun auch Trott verhaftet worden sei. Bergmann war sichtlich verändert, als er mir das mitteilte, und es wurde mir klar, daß er nach dem, was ich über sein Gespräch mit Haeften wußte, unter demselben schrecklichen Druck stehen mußte, wie ich selbst. Denn das war klar: wer auch nur ein Geringes von dem beabsichtigten Umsturzversuch gewußt hatte, der war des Todes. — Obwohl Bergmann und ich sehr eng miteinander befreundet waren, haben wir, auch in der Folge, nie ein Wort über die Erlebnisse des 20. Juli zueinander gesprochen. Wir konnten und durften uns auf keinen Fall gegenseitig mit verhängnisvoller Kenntnis belasten.

Die folgenden Tage, Nächte und Wochen waren für mich eine entsetzliche Tortour. Jeden Augenblick mußte ich mit meiner Verhaftung rechnen. Welche Mittel würden die Gestapoleute anwenden, um Haeften und Trott zur Preisgabe ihrer Vertrauten zu zwingen!? Ich mußte annehmen, daß sie früher oder später die Namen aller Eingeweihten würden angeben müssen. Ich konnte mir nicht denken, daß sie eine so unerhörte Willenskraft würden aufbringen können, sie zu verschweigen. Jedes Klopfen an der Tür ließ mich innerlich zusammenfahren. Immer wieder legte ich mir zurecht, was ich antworten wollte, wenn ich vernommen würde.

Unter irgendeinem dienstlichen Vorwand versuchte ich Werth, der seinen Dienstraum in der Kurfürstenstraße hatte, telefonisch zu erreichen, nur um mich zu vergewissern, daß er noch nicht verhaftet sei. Wiederholt hieß es jedoch, er sei nicht anwesend, so daß ich schon das Schlimmste befürchtete. Andererseits durfte ich auch nicht zu häufig bei ihm anrufen. Mußte man doch annehmen, daß wir überwacht wurden, wie es so vielen in diesen Wochen erging. Ich suchte daher ganz unauffällig durch Dritte zu erfragen, wo Werth stecke. Erst nach vielen Tagen gelang es mir endlich, mit ihm in Verbindung zu kommen, und ich nahm nun an, daß er sich absichtlich zurückgehalten habe.

Wenige Tage nach der Verhaftung Trotts teilte mir ein Kollege mit, daß Leg. Rat Blankenhorn im Protokoll mich gern sprechen wolle. Mir war sofort klar, worum es sich handle, wußte ich doch, daß Blankenhorn mit im Spiele gewesen war. Ich ging zu ihm, aber wir beide sagten zunächst nichts und schwiegen. Dieses Schweigen kennzeichnet das Schauerliche der Situation. Selbst seinem nächsten Freunde durfte man kein Wort anvertrauen, um ihn nicht mit unheilvollem Wissen zu beschweren. Auch war es ja klar, daß man sich die Chance, unverdächtig durch diese Wochen zu kommen, nur verringerte, wenn man andere ins Vertrauen zog; denn auch sie konnten ja morgen in Händen der Gestapo sein. Darum wehrte ich mich auch gegen die Vertiefung und Verbreiterung meines eigenen Wissens. Was ich nicht wußte, konnte mir die Gestapo gegebenenfalls nicht entlocken. Ich hatte mir das alles hundertmal überlegt. Andererseits sehnt sich die belastete Seele zu ihrer Erleichterung nach einer Aussprache.

Blankenhorn sagte mir, er sei bedrückt, weil er wisse, daß sein Name bei den Militärs auf gewissen Listen figuriere, was allerdings mit der Sache nicht in unmittelbarem Zusammenhange stehe. Ich erwiderte ihm, das könne ja ohne sein Zutun geschehen sein. — Ich selbst sei am 20. Juli nachmittags längere Zeit im Zimmer von Trott gewesen; doch auch das brauche mit den Geschehnissen ja in keinerlei Beziehung zu stehen. Blankenhorn nickte und wir verabredeten uns wissen zu lassen, wenn wir wichtiges erführen. Wir wußten, ohne viel zu reden, genau von einander, in welcher Not wir waren.

Einige Tage später klopfte es an die Tür meines Dienstzimmers und es erschienen zwei Beamte der Gestapo, die sich sofort als solche auswiesen. Ich hatte ein Gefühl, als gefröre mein Inneres zu Eis. Zu meiner Beruhigung merkte ich, als ich den Leuten meinen Namen nannte, daß ich meine Stimme, offenbar vollkommen in der Gewalt hatte. Sie fragten wider Erwarten indessen nach dem Gesandten v. Hentig, den man häufig in meinem Zimmer suchte, da er früher mein Vorgänger gewesen war. Ich erwiderte, ich wolle sehen, ob er im Amt sei, und verließ mein Zimmer. Die Beamten ließen mich gewähren und folgten mir langsam. Ich eilte um die Ecke des Flurs zu Hentig, um ihn vorzubereiten. Hentigs Blick sagte mir alles, er antwortete aber laut: „Ich lasse die Herren bitten.“ Nach kurzer Zeit erschien er selbst

in meinem Zimmer, und erklärte mir, er müsse zu einer Vernehmung. Ich möge dem Gesandten Bergmann Mitteilung machen, wenn er bis zum Abend nicht zurück sei. Dann verließ er das Haus mit den beiden Beamten. Ich ging indessen sofort zu Bergmann und teilte ihm das Vorgefallene mit. Bergmann schwieg. Er war sehr ernst; wir trennten uns rasch.

Nach etwa zwei Stunden erschien Hentig jedoch wieder im Amt, kam sofort zu mir und sagte: „Es war ganz etwas Anderes. Es handelte sich um Jansen, und ich sollte aussagen, was ich über ihn wüßte."

Walther Jansen, der Leiter des Pressearchivs, war vor einigen Tagen — wie es hieß, wegen defaitistischer Äußerungen — verhaftet worden. Ich wußte, daß Jansen sehr enge Beziehungen zu Hentig unterhielt. Auf meine Frage, ob Jansen etwa auch im Zusammenhang mit dem 20. Juli verhaftet sei, antwortete Hentig, es habe nicht den Anschein. Ich fragte nicht weiter; denn es blieb sich ja gleich, ob Hentig nicht mehr wußte oder ob er nicht mehr sagen wollte.

Um Jansen, der sehr gute Nachrichtenquellen besaß, hatte sich schon seit 1940 ein Kreis von 6 bis 8 ganz kompromißlosen Nazigegnern gebildet, zu dem insbesondere mein Mitarbeiter und Vertreter Leg. Rat Dr. Hans Schlobies, und durch ihn auch ich selbst, gehörten. Schlobies, Jansen und ich sahen uns täglich. Die anderen Herren, Dr. Plewe, Dr. Schaar, Dr. Littmann sah ich gelegentlich beim Mittagessen oder im Pressearchiv. Jansen hatte ferner außer mit Hentig enge Verbindung zu Dr. Knaus, dem Verbindungsmann des Wehrmachtpresseamtes zum Auswärtigen Amt. Wir waren allesamt von Anfang an von der völligen Aussichtslosigkeit des Krieges überzeugt und erkannten klar, daß die politischen und militärischen Methoden der Nazis nur zu einer andauernden Vergrößerung des Unheils führen mußten. Wir waren fest entschlossen, bei sich bietender Gelegenheit an einer Beseitigung des Naziregimes mitzuwirken. Wegen meiner bis zum 17. Juli 1944 währenden Abwesenheit von Berlin und meines dann gleich einsetzenden engen Zusammenarbeitens mit Trott habe ich keine Kenntnis davon erhalten, in welchem Umfange die Gruppe Jansen mit dem 20. Juli in Verbindung stand. Ich habe mich auch nach dem Scheitern der Unternehmung gehütet, Erhebungen darüber anzustellen. Nicht einmal Schlobies habe ich danach gefragt. Auch mit Hentig habe ich über den 20. Juli kein Wort weiter gesprochen.

Ich will hier noch erwähnen, daß der mir als Gesinnungsgenosse bekannte Leg. Sekr. Munzel, mit dem ich dienstlich enge Fühlung hatte, mir später Andeutungen gemacht hat, daß er von Hentig seit Langem ins Vertrauen gezogen war und ihm Auskünfte und Ratschläge technischer Natur für die Durchführung seiner besonderen Aufgaben hatte zukommen lassen.

Eines Tages kam die Sekretärin des Botschafters Graf Schulenburg, mit dem ich laufend in dienstlicher Verbindung stand, schluchzend zu mir. Fräulein Schilling, die früher bei mir gearbeitet hatte, bat mich um Rat. Seit Tagen sei Graf Schulenburg nicht zum Dienst gekommen, und habe auch nichts von sich hören lassen. Sie könne keine Verbindung mit ihm bekommen. Er sei weder im Amt noch im Sonderzug des Reichsministers noch auf seiner Besitzung, und niemand wisse, wo er sein könne. Ich ging zu Bergmann, teilte ihm das mit und erkundigte mich, ob er etwas von Schulenburg wisse oder erfahren könne. Er antwortete mir: „Lieber Melchers, ich kann Ihnen darüber nichts sagen", und ging dann unvermittelt auf ein anderes Thema über. Ich wußte nun Bescheid. Auch dieser hochangesehene und beliebte alte Herr war also in die Hände der Gestapohäscher gefallen!

Nach Wochen erfuhr ich, aus dem Kollegenkreise, noch bevor etwas hierüber in der Presse veröffentlicht wurde, daß Haeften, Trott und der Botschafter v. Hassell zum Tode verurteilt worden seien. Das Urteil gegen Haeften und Hassell sei bereits vollstreckt. Trotts Hinrichtung sei indessen vorläufig verschoben, da er noch als Zeuge für gewisse Vorgänge im Auslande benötigt würde. Die Haltung unserer Freunde vor dem Volksgerichtshof sei hervorragend gewesen. Haeften habe Hitler während seiner Vernehmung als die Inkarnation des Bösen bezeichnet.

Werth, den ich traf, machte sich noch Hoffnungen für das Leben Trotts. Er sei für eine Reihe von Informationen wohl kaum vorläufig zu entbehren, und angesichts der verzweifelten Lage sei jeder Tag doch ein Gewinn.

Es vergingen wieder Wochen, bis behauptet wurde, Trott sei nun hingerichtet. Bergmann konnte das indessen nicht bestätigen, da die Personalabteilung des Auswärtigen Amtes einer amtlichen Mitteilung hierüber von Seiten der Gestapo nicht für würdig befunden wurde.

Ich habe mich in jener Zeit wochenlang nach Möglichkeit vom außerdienstlichen Verkehr mit den mir befreundeten Kollegen zurückgezogen. Ich fuhr abends in anstrengender zweistündiger Fahrt nach Gransee in der Mark, wo ich Ruhe, Behaglichkeit und Schutz vor nächtlichen Luftangriffen fand. Morgens kehrte ich zum Dienst nach Berlin zurück, gewärtig der Schrecken des Tages: der Gestapo und der feindlichen Bombengeschwader.

Wenn ich der Gestapo anscheinend gar nicht verdächtig geworden bin, so habe ich das wohl in erster Linie meinem langen Krankheitsurlaub zu verdanken. Meine Abwesenheit bis zum 17. Juli machte meine Beteiligung unwahrscheinlich. Wäre ich in der Zeit von März bis Juli 1944 gesund in Berlin gewesen, so wäre ich ganz gewiß viel tiefer in alles eingeweiht worden. Meine häufigen langen Besprechungen mit Trott in der Zeit vom 17. bis 22. Juli sind angesichts unseres engen dienstlichen Kontaktes niemandem besonders aufgefallen.

Eins aber steht fest:

Wir alle, die wir an der Aktion des 20. Juli im Auswärtigen Amt beteiligt waren und der Gestapo dennoch entgangen sind, wir alle verdanken unser Leben nur unseren toten Freunden Hans Bernd von Haeften und Adam v. Trott zu Solz, die unsere Namen nicht preisgegeben haben — bis zum bitteren Ende.

Bremen, den 28. Februar 1946

gez. Wilhelm Melchers, Dr. jur.
Vortragender Legationsrat

Anlage 2, XV

Erklärung des Min. Dir. Blankenhorn vom 7. April 1952

Meine Stellungnahme hatte mit der Person des Herrn von Nostitz nichts zu tun. Herr von Nostitz war mir seit vielen Jahren bekannt. Ebenso bekannt war mir seine Einstellung zum Nationalsozialismus und seine Widerstandstätigkeit. Ich habe deshalb niemals für möglich gehalten, daß der gegen Herrn von Nostitz erhobene Vorwurf zu Recht bestand.

Ich war auch zunächst bereit, mich für ihn bei den Franzosen einzusetzen. Diese Absicht konnte ich jedoch aus allgemein-politischen Gründen leider nicht verwirklichen, da die dienstlichen Beziehungen zur Französischen Hohen Kommission gerade damals sehr angespannt waren, so daß ich es mir versagen mußte, eine neue Differenz mit der Französischen Hohen Kommission an Hand des „Falles Nostitz" zu schaffen.

Anlage 2, XVI

Schreiben des AA vom 29. Januar 1942 über die deutsche Kriegspropaganda auf der iberischen Halbinsel

Rückübersetzung der Urkunde No. NG - 2958
Büro des Obersten Kriegsgerichtshofs

Berlin, den 29. Januar 1942

e. O. Pol XI/27
Antwort Pol. XI, 40
bei den Akten

An das

Oberkommando der Wehrmacht

Dg. Pol.

— W Pr. —

Referent: Legationsrat v. Trützschler

Aus den Berichten unserer Dienststellen in Madrid und Lissabon geht hervor, daß die feindliche Propaganda mit wachsendem Erfolg abfällig über die augenblickliche Situa-

Vor Absendung:
Pol. III
Pol. I N

Nach Absendung:
P IX b
Ru III

zur Kenntnisnahme
1 Exemplar an
Minister Kruemmer

tion an der Ostfront und in Nord-Afrika urteilt, was sich bereits in einem erheblichen Absinken der Begeisterung für die Achsenmächte bemerkbar macht. Es erscheint daher angebracht, der Bevölkerung der iberischen Halbinsel in einer eindrucksvollen und leicht verständlichen Weise die Bedeutung und den tieferen Sinn des augenblicklichen Abwehrkampfes im Osten klarzumachen. Bekanntlich hat kürzlich der deutsche Militär-Attaché in Lissabon den Wunsch nach Einsatz einer wirksamen deutschen Gegenpropaganda zum Ausdruck gebracht, die es vor allem klarmachen soll, daß die russische Armee nach ihren hohen Menschen- und Materialverlusten keine Aussicht auf Erfolg haben wird, sobald die deutsche Wehrmacht ihren Angriffsbefehl erhält. Er erscheint außerdem erforderlich, die hohen Verluste aller unserer Feinde an allen Fronten herauszustellen.

Das Auswärtige Amt würde es daher begrüßen, wenn das Oberkommando der Wehrmacht diesbezügliche Artikel von Militärschriftstellern zur Verfügung stellen könnte, die unsere Missionen in Spanien und Portugal in der spanischen und portugiesischen Presse veröffentlichen lassen müßten. Es wäre auch zu begrüßen, wenn die militärische Lage in kurzen öffentlichen Radiosendungen im Deutschen Nachrichtendienst für Spanien und Portugal erörtert würde. Radioübertragungen von deutschen Offizieren in spanisch oder portugiesisch wären ein sehr wirksames Propagandamittel.

Das Auswärtige Amt wäre Ihnen für eine baldmögliche Stellungnahme zu diesen Vorschlägen dankbar.

Im Auftrag

(v. Erdmannsdorff)

Anlage 2, XVII

Erlaß des Reichsaußenministers vom 5. April 1943 betr. die Bildung eines Europa-Ausschusses und Richtlinien für die Arbeit des Europa-Ausschusses

Rückübersetzung der Urkunde NG - 3009
Büro des Obersten Kriegsgerichtshofs

Personalakte 324/44 geheim

Berlin, den 19. Februar 1944

(Stempel)
Auswärtiges Amt
Inland II 714 geheim
eingegangen am 19. April 1944
Anlage ( ) doppel

(Stempel)
Geheim

Zu Ihrer Unterrichtung füge ich hiermit die Verfügung des Herrn Reichsaußenministers vom 5. April 1943 bei, die sich mit der Er-

richtung eines „Europa-Ausschusses“ sowie mit „Anweisungen über die Arbeit des Europa-Ausschusses“ befaßt.

(Unterschrift) Steengracht

(Handschrift)
zu den Akten
das Handzeichen von von Thadden
18. April

An:
die Abteilungsleiter
den Leiter der Informationsabteilungen I bis XVI
den Leiter von Inland I und Inland II
sowie an die Leiter von selbständigen Abteilungen
Minister Professor Berber
Dr. Megerle
Legationsrat I. Klasse von Schmieden
Legationsrat von Trützschler
— Einzelzustellung —
Leiter der Informationsabteilung XV

Verfügung

1. Unter meiner Leitung wird im Auswärtigen Amt ein „Europa-Ausschuß“ errichtet, der aus folgenden Mitgliedern bestehen wird:

Staatssekretär v. Steengracht (gleichzeitig stellvertretender Leiter)
Botschafter Gaus
Botschafter von Rintelen
Unterstaatssekretär Hencke
Ministerialdirektor Wiehl
Minister Albrecht
Minister Schmidt (Presse)
Minister Ruehle
Minister Professor Berber
Dr. Meberle
Legationsrat I. Klasse von Schmieden
Legationsrat Wagner
Brigadeführer Six
Brigadeführer Frenzel
Legationsrat von Trützschler wird zum Sekretär des „Europa-Ausschusses“ ernannt.

2. Der „Europa-Ausschuß“ tritt nur nach Bedarf zusammen, und seine Arbeit ist vertraulich. Ich behalte mir vor, den genauen Zeitpunkt, wann die interessierten Reichs- und Parteistellen über die Errichtung des „Europa-Ausschusses“ in Kenntnis gesetzt und ersucht werden sollen, Delegierte zu entsenden, zu bestimmen.

3. Zur Vorbereitung der Sitzungen des „Europa-Ausschusses“ werden schon jetzt folgende Gruppen ernannt:

Gruppe A: Leitung Prof. Berber

Aufgabe dieser Gruppe ist es, eine graphische Darstellung des historischen, geographischen und statistischen Materials über die einzelnen europäischen Länder zusammenzustellen. Diese Gruppe hat außerdem historische Tatsachen über die politische Entwicklung in Europa insbesondere mit Rücksicht auf die früheren Formen der europäischen Zusammenschlüsse vorzubereiten. Die außenpolitischen Berater der einzelnen Abteilungen im Auswärtigen Amt stehen Prof. Berber bei der Zusammenstellung des Materials über die einzelnen Länder laufend zur Verfügung.

Gruppe B: Unter der Leitung von Botschafter v. Rintelen

Diese Gruppe wird die Probleme untersuchen, die einer rechtlichen Regelung in der kommenden Durchführung der neuen europäischen Ordnung bedürfen. Von besonderer Bedeutung sind die Fragenkomplexe, für die eine gesamteuropäische Lösung erreicht werden muß oder die mit den zukünftigen Signatarstaaten einheitlich geregelt werden müssen. Bei der Durchführung der dieser Gruppe zugeteilten Aufgaben sind die dem „Europa-Ausschuß" angehörigen Abteilungsleiter ermächtigt, Stellvertreter aus den dieser Abteilung angehörigen Referenten zu ernennen.

Gruppe C: Unter der Leitung von Minister Schmidt (Presse)

Diese Gruppe wird mit der Überwachung und nötigenfalls mit der Leitung der Propaganda über die europäischen Probleme, vor allem mit der Kontrolle und der Koordinierung der Presse, Vertragsabmachungen usw. nach einheitlichem Plan beauftragt. Die Abteilungsleiter dieser Gruppe sind ebenfalls berechtigt, Vertreter aus den in ihrer Abteilung für diese besondere Arbeit vorhandenen Referenten zu ernennen.

4. Das von diesen Gruppen bei ihrer Tätigkeit erworbene Material wird laufend gesammelt und bei dem Ausschußsekretär, Legationsrat von Trützschler, aufbewahrt, damit es jederzeit greifbar ist. Legationsrat von Trützschler sammelt weiterhin wie üblich Unterlagen über die feindlichen Kriegsziele sowie andere wichtige ausländische Berichte, die sich mit der europäischen Frage befassen.
Führerhauptquartier, den 5. April 1943.

(gezeichnet) Ribbentrop

Anweisungen über die Arbeit des „Europa-Ausschusses"

1. Die Hauptaufgabe des Ausschusses im gegenwärtigen Kriegszustand umfaßt die Materialsammlung und Aufbereitung von Unterlagen, die zur künftigen Regelung der neuen europäischen Ordnung nach Kriegsende dienen. Z. Z. werden keine bestimmten Pläne für die Gestaltung eines zukünftigen Gesamt-Europa ausgearbeitet. Es muß davon ausgegangen werden, daß in Zukunft die Beziehungen von Groß-Deutschland zu einzelnen europäischen Ländern entweder eng oder lose sind und nicht nach einem gleichbleibenden Schema festgelegt werden können. Bei jedem einzelnen Land und Volk muß jeweils eine Sonderentscheidung getroffen werden. Es steht jedoch bereits jetzt fest, daß das zukünftige Europa nur Bestand haben kann, wenn Groß-Deutschlands Vorherrschaft mit Erfolg behauptet wird. Die Sicherstellung dieser Vorherrschaft ist daher die Grundbedingung für die neue Ordnung. Von besonderer Bedeutung ist außerdem die Prüfung der Fragen, für die eine gesamteuropäische Lösung angestrebt werden muß.

2. Was die propagandistische Behandlung der europäischen Frage anbetrifft, müssen wir uns zunächst auf allgemeine Formulierungen beschränken, sobald sich die Möglichkeit bietet, die Tatsache zum Ausdruck zu bringen, daß unser Ziel die Schaffung einer gerechten neuen Ordnung ist, die die Existenz der europäischen Völker in enger gegenseitiger wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit und die Ausschaltung fremder Bevormundung sicherstellen wird. Ein in Einzelheiten gehender Hinweis auf die politische Struktur des zukünftigen Europa kommt jetzt noch nicht in Frage. Würden wir hierfür Grundsätze aufstellen, so würde dies die Forderung dieser Völker nach Selbstregierung und Unabhängigkeit und, im Hinblick auf eine erfolgreiche propagandistische Behandlung, dem-

entsprechende Versprechungen unsererseits nach sich ziehen; es steht jedoch heute schon fest, daß vielmehr die Sicherheit des zukünftigen Europa gegen eine Bedrohung von außen her eine Beschränkung der Unabhängigkeit und Opfer von jedem dieser Länder verlangt. Außerdem gestattet die verwickelte Lage und die nationale Struktur Europas nicht, hierzu einheitliche Bestimmungen für alle Länder aufzustellen. Wir müssen uns zunächst darauf beschränken, den verschiedenen Nationen zu versprechen, daß jede in dem zukünftigen Europa ihren angemessenen Platz finden wird. Im allgemeinen muß jedoch davon Abstand genommen werden, näher auf solche Fragen einzugehen.

3. Die richtige Auswertung der von allen Ländern geteilten Furcht, daß der Bolschewismus nach Europa übergreifen könnte, kann sich als eine wirksame Hilfe erweisen, die europäischen Nationen von der Notwendigkeit der zukünftigen neuen Ordnung zu überzeugen. Je sichtbarer es wird, daß Sowjet-Rußland im Falle eines alliierten Sieges nur die Regierungen in Europa dulden wird, die Moskau genehm und daher bolschewistisch sind, und je klarer es allen Nationen wird, daß nur die deutsche Wehrmacht diese Gefahr verhindern kann, desto eher werden alle Länder die Notwendigkeit einer europäischen neuen Ordnung erkennen, die vor allem so angelegt sein muß, daß sie in Zukunft die Wiederholung einer ähnlich gefährlichen Lage verhindert. Außerdem muß die Notwendigkeit betont werden, daß sich die Westmächte — d. h. England und die Vereinigten Staaten — aus Europa heraushalten und daß zur Erhaltung des Friedens in Europa zukünftige Interventionen unterbunden werden müssen. Die Aufdeckung der Kriegsziele unserer Feinde, insbesondere der Kriegsziele Moskaus, ist daher die beste Propaganda, die wir z. Z. benutzen können, um die Dringlichkeit der zukünftigen europäischen Ordnung klar herauszustellen. Europa muß so organisiert werden, daß keine gefährliche Lage mehr entstehen kann. Es ist nicht besonders erforderlich, die Schlußfolgerungen propagandistisch zu betonen, die aus der augenblicklichen Krise für die Gestaltung des zukünftigen Europa gezogen werden können. Je mehr die öffentliche Meinung in den verschiedenen Ländern dahin gebracht werden kann, ihre eigenen Schlußfolgerungen zu ziehen, desto besser.

(gezeichnet) Ribbentrop

Anlage 3, I

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts
110 - 10 I Pers A 379

Bonn, den 1. März 1952

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

In seiner 185. Sitzung vom 16. Januar 1952 hat der Bundestag folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten wird ersucht, dem Bundestag sobald als möglich einen ausführlichen Bericht über die Ausführung des Haushaltsplanes des Auswärtigen Amts für 1950 vorzulegen.

In diesem Bericht ist insbesondere darzustellen, wieviele der im Haushaltsplan 1950 bewilligten Stellen bis jetzt unbesetzt ge-

blieben sind und welche Gründe die Verzögerung verursacht haben."

Hierzu beehre ich mich in Ergänzung meiner gelegentlich der 185. Sitzung bereits gemachten Ausführungen dem Bundestag folgendes zu berichten:

Der in den Haushaltsplan des Bundeskanzlers und Bundeskanzleramts für das Rechnungsjahr 1950 eingebaute Etat der „Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten" für 1950 — das Auswärtige Amt wurde erst am 15. März 1951 gebildet — ist am 30. Juni 1951 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, d. h. praktisch erst vom Juli 1951 ab vollziehbar geworden. Die seit diesem Zeitpunkt verflossenen Monate sind seitens des Auswärtigen Amts, das selbst das größte Interesse an einem beschleunigtem Wiederaufbau der Behörde und vor allem der Auslandsvertretungen hat, nach besten Kräften genutzt worden. Wenn es trotzdem bis heute nicht gelungen ist, alle im Etat gegebenen Möglichkeiten voll auszuschöpfen, so waren hierfür verschiedene Gründe maßgebend, auf die im einzelnen weiter unten eingegangen werden wird.

I. Inland

Der Haushaltsplan 1950 sah für die damalige Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten zur Verwendung im Inland 330 Planstellen vor:

B 2	1	Staatssekretär
B 4	6	Ministerialdirektoren
B 7a	7	Ministerialdirigenten
A 1a	40	Vortragende Legationsräte/ Ministerialräte
A 2b	40	Legationsräte I. Kl./ Oberregierungsräte
A 2c2	35	Legationsräte/ Regierungsräte
	129	Planstellen des höheren Dienstes

Ferner:

A 2d	45	Amtsräte
A 3b	38	Regierungsamtmänner
A 4b1	50	Konsulatssekretäre I. Kl.
A 4c2	50	Konsulatssekretäre
A 5b	10	Regierungsobersekretäre
A 7a	2	Regierungssekretäre
A 8a	4	Regierungsassistenten
A 10a	1	Oberbotenmeister
A 10a	1	Ministerial-Hausinspektor
	201	Planstellen für die übrigen Dienste

a) Höherer Dienst:

Von den 129 Planstellen waren am 1. März 1952 planmäßig 56 besetzt, nämlich:

B 2	1
B 4	2
B 7a	4
A 1a	11
A 2b	24
A 2c2	14

Formell sind also heute noch 73 Planstellen unbesetzt. Es ist jedoch zu beachten, daß 13 Verfahren zur Übernahme aus anderen Verwaltungen bzw. Wiederübernahme in das Beamtenverhältnis — manche bereits seit Juli v. J. — laufen, nämlich:

B 4	1
B 7a	1
A 1a	6
A 2b	5

so daß tatsächlich nur 10 Stellen, d. h. weniger als die Hälfte, noch nicht planmäßig besetzt sind. Von diesen werden jedoch zur Zeit 43 Stellen bereits kommissarisch durch abgeordnete Beamte und Angestellte verwaltet. 20 hiervon sind ehemalige Beamte des Auswärtigen Amts z. Wv., bei denen zum Teil zunächst die Ergebnisse der Untersuchungen des 47. Bundestagsausschusses abgewartet werden müssen. Andere sind für eine alsbaldige Verwendung im Ausland in Aussicht genommen, so daß ihre Etatisierung im Inland untunlich erscheint, 8 weitere sind Beamte der Länder usw., die ihre Eignung für den Auswärtigen Dienst erst unter Beweis stellen müssen, auch stehen ihrer alsbaldigen Etatisierung die Bestimmungen der „Reichsgrundsätze über Einstellung, Anstellung und Beförderung vom 14. Oktober 1936" in der Fassung der „Bekanntmachung beamtenrechtlicher Vorschriften in der Bundesfassung vom 24. Januar 1951" entgegen, nach denen ein kommissarischer Beamter erst mindestens 1 Jahr an einer Obersten Bundesbehörde tätig gewesen sein muß (§ 6 a.a.O.), bevor er endgültig übernommen werden kann. Die restlichen 15 standen bisher noch in keinerlei Beamtenverhältnis, hier beträgt die Probezeit mindestens 3 Jahre (§ 5 a.a.O.). Es sind somit tatsächlich nur noch 17 Planstellen frei, nämlich:

B 4	2
B 7a	1
A 1a	2
A 2b	1
A 2c2	11

Sie werden für den Ausbau der Handelspolitischen Abteilung sowie der Länder- und der Kultur-Abteilung benötigt.

b) Übrige Dienste:

Die obigen Ausführungen haben auch für die Personalstellen des gehobenen, mittleren

und unteren Dienstes Gültigkeit. Von den 201 Stellen waren am 1. März 1952 planmäßig 102 besetzt:

A 2d	28
A 3b	19
A 4b1	29
A 4c2	16
A 5b	4
A 7a	2
A 8a	2
A 10a	2

10 weitere Stellen:

A 2d1	1
A 3b1	1
A 4b1	4
A 4c2	4

sind durch laufende Verfahren zur Übernahme von 4 Bundes- und 6 Länderbeamten blockiert. Ferner werden 69 Stellen von Kräften im Abordnungs- oder Angestelltenverhältnis (25 von Beamten des Auswärtigen Amts z. Wv., 10 von Bundesbeamten, 15 von Länderbeamten und 19 von Angestellten) verwaltet, so daß insgesamt 181 Planstellen in Anspruch genommen und nur noch 20 Stellen für den Ausbau der Handelspolitischen-, der Länder- und der Kultur-Abteilung frei sind, nämlich:

A 2d	7
A 3b	9
A 4b1	2
A 4c2	2

II. Ausland

a) Höherer Dienst:

Im Haushaltsplan für 1950 sind für das Ausland 147 Planstellen bewilligt worden, nämlich:

B 7a	27	Generalkonsuln I. Kl.
A 1a	16	Generalkonsuln
A 1a	8	Ministerialräte und Vortragende Legationsräte
A 2b	45	Konsuln I. Klasse
A 2c2	51	Konsuln und Vizekonsuln

Am 1. März 1952 waren davon planmäßig 71 besetzt:

B 7a	18
A 1a	6
A 1a	4
A 2b	25
A 2c2	18

Von den hiernach noch freien 76 Planstellen sind zwei B 7a Stellen und eine A 1a Stelle durch laufende Verfahren zur Übernahme von Beamten anderer Verwaltungen, bzw. zur Wiederübernahme in das Beamtenverhältnis blockiert. Weitere 37 werden durch Kräfte im Abordnungs- oder Angestelltenverhältnis (9 Beamte des Auswärtigen Amts z. Wv., 6 Länderbeamte und 22 Angestellte) verwaltet, nämlich:

B 7a	2
A 1a	3
A 1a	4
A 2b	10
A 2c2	18

so daß noch 36 Stellen haushaltsrechtlich frei sind und zwar:

B 7a	5
A 1a	6
A 2b	10
A 2c2	15

b) Übrige Dienste:

Im Haushaltsplan für 1950 sind für das Ausland 286 Planstellen bewilligt:

A 2d	32	Kanzler I. Klasse
A 3b	15	Kanzler
A 4b1	73	Konsulatssekretäre I. Kl.
A 4c2	107	Konsulatssekretäre
A 10a	59	Amtsgehilfen

Von diesen waren am 1. März 1952 planmäßig 115 besetzt:

A 2d	19
A 3b	7
A 4b1	43
A 4c2	41
A 10a	5

Von den hiernach noch freien 171 Planstellen sind 11 durch laufende Verfahren zur Wiederübernahme in den Beamtenstand blockiert:

A 3b	1
A 4b1	4
A 4c2	5
A 10a	1

Weitere 91, nämlich:

A 2d	5
A 3b	1
A 4b	11
A 4c2	38
TO. A-B	36

werden durch Kräfte im Abordnungs- oder Angestelltenverhältnis verwaltet (25 Beamte des A.A z. Wv., 5 Bundes- und 23 Länderbeamte sowie 38 TO. A Angestellte bzw. TO. B Lohnempfänger, so daß zur Zeit noch 69 Planstellen frei sind und zwar:

A 2d	6
A 3b	7
A 4b1	15
A 4c2	23
A 10a	18

III. Auslandsvertretungen

Der Haushaltsplan 1950 sieht die Errichtung von 27 Generalkonsulaten I. Kl., 16 Generalkonsulaten und 4 Konsulaten, mithin insgesamt 47 konsularischen Auslandsvertretungen vor. Die politische Entwicklung ist

jedoch der haushaltsrechtlichen vorausgeeilt, es können daher seit einiger Zeit in den Hauptstädten diplomatische Vertretungen errichtet werden.

Von den genehmigten 27 Generalkonsulaten I. Kl. haben 20 — zum Teil bereits vor mehr als Jahresfrist — ihre Tätigkeit aufgenommen:

Amsterdam
Athen
Belgrad
Brüssel
Buenos Aires
Kalkutta (Bombay)
Dublin
Istanbul
Kopenhagen
London
New York
Oslo
Ottawa
Paris
Pretoria
Rio de Janeiro
Rom
Santiago
Stockholm
Zürich

Wegen der übrigen 7 Generalkonsulate I. Kl. ist folgendes zu bemerken:

Die Agréments für **Djakarta** und **Sidney** sind erst in diesen Tagen eingetroffen. Beide Behörden können nunmehr in Kürze errichtet werden.

Für die Errichtung einer diplomatischen Vertretung in **Tokyo** ist das Inkrafttreten des japanischen Friedensvertrages Voraussetzung. Es ist infolgedessen mit der Japanischen Regierung über die AHK bzw. SCAP bisher nur die gegenseitige Errichtung einer Vertretung vereinbart worden, deren Eröffnung in Kürze zu erwarten ist. Das Personal reist am 7. d. Mts. aus.

Der Errichtung einer Vertretung in **Wien** steht der Umstand entgegen, daß hierfür die erforderliche Zustimmung der UdSSR vorerst schwerlich zu erhalten sein wird. Besprechungen mit der Österreichischen Regierung über die Möglichkeit der Schaffung eines Modus videndi sind eingeleitet.

Mexico hat sich mit der Errichtung einer Konsularbehörde einverstanden erklärt. Dagegen liegt eine Zustimmung zur Herstellung diplomatischer Beziehungen noch nicht vor. Infolgedessen konnte dort vorerst nur die Wirtschaftsabteilung errichtet werden.

Für **Madrid** und **Lissabon** wurde eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen.

Von den vorgesehenen 16 Generalkonsulaten sind 7 errichtet:

Basel
Chicago
Luxemburg
Mailand
Marseille
Montevideo
San Francisco

Für die übrigen 9 Generalkonsulate gilt folgendes:

Das Agrément für **Karachi** (Botschaft) ist erst vor einigen Tagen eingegangen. Die Vertretung kann in Kürze errichtet werden. Dagegen liegen die beantragten Agréments für **Panama**/Mittelamerika (außer El Salvador) noch nicht vor. Die Regierung in **Bangkok** hat die Anfrage wegen der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen bisher nicht beantwortet.

Mit der Persischen Regierung konnte eine Vereinbarung über die Errichtung einer Gesandtschaft in **Teheran** aus politischen Gründen bisher nicht getroffen werden.

Die Entsendung eines Gesandten nach **Kairo** verursacht gewisse Schwierigkeiten wegen der gestellten Forderung, das Beglaubigungsschreiben an den „König von Ägypten und des Sudans“ zu richten. Verhandlungen mit der Ägyptischen Regierung sind im Gange.

Die Ausreise der für Peru und Venezuela vorgesehenen Gesandten und des Personals nach **Lima** und **Caracas** steht unmittelbar bevor.

Für **Antwerpen** und **Bogota** ist eine Entscheidung über die personelle Besetzung noch nicht getroffen worden, doch ist in Bogota (wie übrigens auch in Lima) bereits seit einiger Zeit eine Wirtschaftsabteilung tätig.

Von den 4 im Haushaltsplan 1950 vorgesehenen Konsulaten sind bisher nur die Konsulate in Atlanta und New Orleans eingerichtet worden. Der Leiter des Konsulats in Sao Paulo (das in ein Generalkonsulat I. Kl. umgewandelt wird), ist jedoch bereits in Sao Paulo eingetroffen. Das Konsulat in Lille wird in allernächster Zeit besetzt werden. Die Besetzung hat sich dadurch verzögert, daß der in Aussicht genommene Leiter zurückgetreten ist.

Abschließend darf bemerkt werden, daß die Leiter der Generalkonsulate in

Athen, Amsterdam (Den Hag), Belgrad, Brüssel, Buenos Aires, Kopenhagen, Ottawa, Rom, Rio de Janeiro und Santiago

inzwischen zu Botschaftern,

die Leiter der Generalkonsulate in

Paris, London und New York

zu Geschäftsträgern

und die Leiter der Generalkonsulate in

Dublin, Luxemburg, Montevideo, Oslo, Pretoria und Stockholm

zu Gesandten bestellt worden sind.

Hallstein

Auszug aus der Ansprache des Staatssekretärs Professor Hallstein anläßlich des Presseempfangs am Dienstag, dem 25. März 1952, 16.30 Uhr, im Palais Schaumburg

. . . . . Nun komme ich zu den Fragen der Personalpolitik. Hier erlauben Sie mir vielleicht, am persönlichsten zu sprechen. Ich habe nicht die Absicht, zu kritisieren, insbesondere etwa habe ich nicht die Absicht, den Untersuchungssauschuß zu kritisieren oder irgend jemand. Ich glaube sogar, daß das, was der Untersuchungsausschuß in der Pressekonferenz mitgeteilt hat, abgewogen war und daß er durchaus zu erkennen gegeben hat, wie es nicht anders sein kann, daß das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist und daß der Ausschuß Ergebnisse infolgedessen im Augenblick nicht mitteilen könne. Ich habe auch nicht die Absicht, zu plädieren. Auch das wäre eine Stellungnahme in einem solchen Verfahren und würde sich nicht gehören. Ich habe allerdings einen Wunsch. Ich wäre sehr dankbar, wenn doch in der Behandlung dieser Dinge — das möchte ich offen sagen — es vermieden würde, daß voreilig generalisiert wird. Ich habe erst jetzt die Zeitungen alle lesen können und habe den größten Teil des Sonntags damit verbracht und bin schon etwas überrascht, zu sehen, wie doch mancherorts die Verallgemeinerungen aus gewissen Behauptungen gediehen sind. Wenn wir alle zu uns sagen, daß wir uns in diesen Dingen ein gewisses Maß auferlegen würden, würde es der Sache mehr dienen. Sie wissen, es sind verschiedene Instanzen in diesem Falle tätig. Es ist das Auswärtige Amt selber tätig. Wir haben eine erste Untersuchung selber veranstaltet. Wir haben die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Es sind mindestens zwei Herren des Amtes bei all diesen Vernehmungen zugegen gewesen. Ich brauche nicht zu sagen, daß der Bundeskanzler wie ich selber an dem Verlauf der Dinge und dem Ergebnis das intensivste Interesse nehmen. Ich glaube auch, und Sie werden es nicht mißverstehen, wenn ich auch von mir spreche, daß weder der Bundeskanzler noch ich irgendwie hier in dem Verdacht stehen, als deckten wir — sagen wir einmal grob — die Renazifizierung einer Bundesbehörde. Ich glaube nicht, daß wir es nötig haben, uns von einem solchen Verdacht zu reinigen. Es ist nur so, daß die öffentliche Erörterung dieser Dinge etwas leidet unter der Verallgemeinerung, von der ich gesprochen habe, und auch etwas leidet unter gewissen Irrtümern, die ich nun doch vielleicht etwas konkreter aufklären möchte. Die öffentliche Diskussion leidet unter gewissen Merkmalen der Fragestellung, das kann man wohl sagen, unter gewissen Identifikationen, die nicht gerechtfertigt sind, zu denen einmal gehört die Identifizierung von Nazi und Pg. Ich glaube an sich, daß diese Dinge ausgestanden wären. Sie wissen, daß vor geraumer Zeit im Bundestag eine Debatte stattgefunden hat, die gedacht war als ein Schlußstrich unter die Denazifizierung. Das soll um Gottes willen nicht heißen, daß ich glaube, daß nicht aufgepaßt werden müßte in der Personalpolitik. Ich bin weit entfernt davon. Selbstverständlich muß man das tun. Ich will mich auch nicht auf einen terminologischen Streit einlassen, um was für eine Art Vorgang es sich handelt, um eine neue Denazifizierung oder nicht. M. E. ist es eine. Wenn das Wort Denazifizierung einen Sinn hat, hat es den Sinn, die öffentliche Verwaltung von Nationalsozialisten zu befreien, ungeachtet der Form des Verfahrens. Aber auf diese Dinge kommt es jetzt nicht an. Ich möchte Ihnen zunächst einige Zahlen mitteilen: Wir haben

insgesamt im auswärtigen Dienst — höhere Beamte und Angestellte — 445 Personen tätig. Davon sind ehemalige Angehörige des alten Auswärtigen Amtes 137 Personen, also 31%. Es sind ehemalige Pgs 154 Personen, also 35 %. Von diesen 445 sind in der Zentrale tätig 200 höhere Beamte und Angestellte, davon ehemalige Angehörige des alten Auswärtigen Amtes 78, also 39 %, und ehemalige Pgs 95, also 47,5 %. Im Ausland beschäftigt sind die übrigen 245, davon ehemalige Mitglieder des alten Auswärtigen Amtes 59, also 24 %, und ehemalige Pgs ebenfalls 59, also gleichfalls 24 %. Sie ersehen daraus eine gewisse Ungleichmäßigkeit der Proportionen in bezug auf die Zentrale und das Ausland. Diese Ungleichmäßigkeit ist nicht auffällig, sondern sie liegt darin, daß wir ins Ausland ehemalige Pgs lange Zeit überhaupt nicht geschickt haben und dann nur sehr zögernd und nur in sehr geringen Prozentsätzen, weil dort natürlich besondere Vorsicht am Platze ist. Dort handelt es sich um die Außenpositionen. Dadurch steigert sich nach den Regeln der Mathematik der Anteil der Pgs im Inland. Es ist richtig, daß der Prozentsatz, der sich ergibt, wenn man nur in die Betrachtung einbezieht — das ist in einer der Kritiken geschehen — die Abteilungsleiter und Ministerialdirigenten und Referatsleiter im Inland, daß sich dieser Prozentsatz noch weiter verschlechtert. Er verschlechtert sich aber nicht bis zum Grade, der behauptet worden ist, nämlich 85 %, sondern da sind es 65 % an Pgs. An leitenden Beamten und Angestellten, also Ministerialdirektoren und -dirigenten und die sogenannten Referatsleiter, die eigentlichen Hauptreferenten, sind es insgesamt 75 Personen. Davon sind Mitglieder des alten Auswärtigen Amtes 46, also 61,3 %, ehemalige Pgs 49, also 65,3 %. Meine Meinung über diese Zahl: Ich halte von all diesen Zahlen verhältnismäßig wenig. Vielleicht teilen Sie diese Auffassung nicht. Insbesondere würde ich sagen, wenn es sich bei diesen 65 % um Nazis handelte, so würde ich sagen, wäre das Ergebnis ungeheuerlich, und ich sage Ihnen ganz offen: Das Ergebnis wäre sogar ungeheuerlich, wenn es sich nur um 1 % handelt. Das ist ein Punkt, in dem wir ja doch mit all unserer Kritik einig sind, daß jemand, der durch irgendeine Art von Mitwirkung an diesem Regime irgendwie belastet ist, in keiner Weise geeignet ist, im öffentlichen Dienst, insbesondere im öffentlichen Dienst dieses Amtes tätig zu sein. Wenn wir überhaupt einen derartigen Prozentsatz haben — vor einem deutschen Publikum ist es, glaube ich, nicht schwer, die Erklärung dafür zu finden —, das ist ein Stück deutscher Geschichte. Gehen Sie in alle Verwaltungen. Wir wollen nicht pharisäerhaft sein. Sehen Sie in die Verwaltungen hinein und in alle Betriebe — vielleicht ist es in den Redaktionen anders — irgendwo haben wir einen bestimmten Prozentsatz, indem sich einfach ein Stück des deutschen Schicksals spiegelt. Ich wiederhole noch einmal: Ich bitte um Gottes willen das nicht so zu verstehen, als wenn ich mich vor Nazis stellen wollte. Aber mir scheint es keine mögliche Forderung zu sein, die Tatsache, daß die deutschen Vertreter untadelig sein sollen, so zu verstehen, daß nun ausgerechnet in diesem Auswärtigen Amt kein ehemaliges Parteimitglied soll erscheinen dürfen. Ich glaube nicht, daß man die Dinge so ansehen kann. Es wäre ja auch keine repräsentative Vertretung, und man glaube auch nicht, daß das Ausland sein Urteil über das deutsche Volk davon abhängig macht, ob ein Legationsrat X oder Y der Partei angehört hat oder nicht. Erlauben Sie mir ein offenes Wort: Die Tatsache, wie z. B. in der deutschen Öffentlichkeit das Kriegsverbrecherproblem abgehandelt wird, ist viel wichtiger für die Regulierung und Normalisierung des Verhältnisses unseres Volkes zu anderen Völkern, als eine von diesen Tatsachen. Ich sage nicht, daß diese Tatsachen nicht wichtig sind. Wir werden diesem Fall alle erforderliche Sorgfalt widmen. Aber man darf nicht so tun, als ob das Heil der deutschen Außenpolitik davon abhängt. Die deutsche Außenpolitik wird von diesen Personen gemacht. Hier handelt es sich

um eine Anzahl von Beamten, die ausgesucht sind, mit der Sorgfalt, deren Menschen fähig sind, die immer wieder untersucht und geprüft worden sind, übrigens auch von den Alliierten. Ich sage nicht, daß wir keine Fehler gemacht hätten oder daß keine Fehler gemacht würden. Ich wehre mich nur dagegen, als wären wir nicht bereit, diese Fehler zu korrigieren, oder es könnten anderwärts keine Fehler gemacht werden. So kann man die Dinge nicht ansehen. Sehen sie einmal, was in dieser ganzen Zeit mit Hilfe dieses ganzen Arbeitsstabes geleistet worden ist. Es ist doch nicht wenig, und es sind doch Aufgaben von einer so unerhörten Schwierigkeit, diese Wiederanknüpfung von internationalen Beziehungen, daß man der Mitwirkung erfahrener, in diesem Berufe Erfahrener, gar nicht entraten kann. Es ist ein Handwerk, das auch gelernt sein muß, und das bestimmte Fähigkeiten voraussetzt. Es ist ja gar nicht richtig, was oft gesagt wird, daß draußen im Lande die geeigneten Leute nur so herumsitzen und darauf warten, in dieses Amt gerufen zu werden. Ich bemühe mich seit 18 Monaten und habe keine Spur unverfolgt gelassen, die versprach, irgendjemand zu finden, der noch nicht in den Blickkreis getreten war. Die Ausbeute dieser intensiven und angestrengten Sache ist geradezu minimal. Erstens kommen wir zwei Jahre zu spät als Bundeszentralbehörde. Die anderen Ressorts, bei aller Hilfsbereitschaft, sind nicht bereit, die Leute, die eine Qualität haben, die international brauchbar sind, uns zuliebe abzugeben. Diese Herren haben Beförderungschancen inzwischen gehabt, mit denen wir gar nicht konkurrieren können, schon haushaltsmäßig nicht. Inzwischen hat sich unsere Wirtschaft entwickelt. Ich habe neulich einen Referendar kennengelernt, der mir mit großer Artigkeit, aber mit großer Bestimmtheit gesagt hat, er habe bereits seinen Vertrag mit einem Weltunternehmen, das in Deutschland domiziliert ist. Er mache in vier bis fünf Monaten seinen Assessor und dann seinen Doktor und würde dann übernommen. Ich darf Ihnen sagen: Ich habe diesem Problem der personellen Entwicklung des Amtes sehr viel Kraft gewidmet und neulich einmal in zwei Besprechungen mit zwei Abteilungen darüber gesprochen, daß wir einen umfassenden Plan entwerfen müssen für die Heranziehung und Ausbildung eines ausreichenden Nachwuchses für alle Zweige des auswärtigen Dienstes, nicht bloß das Auswärtige Amt, sondern auch alle anderen Dienste. Hier liegt die einzige Lösung im Heranziehen von jungen, tüchtigen Kräften. Wir müssen wahrscheinlich eine Art von Zehnjahres-Plan machen, um die Fülle der Aufgaben zu bewältigen, die wir auf dem internationalen Felde zu bewältigen haben. Nehmen Sie die Beschickung der vielen internationalen Instanzen. Schon hier habe ich Mühe, wenn der Europarat kommt und fragt, daß eine Stelle besetzt werden muß und bittet, geeignete Personen zu empfehlen. Auch in die Schumanplanbehörden und die Behörden der Verteidigungsgemeinschaft müssen Leute hinein. In der UNESCO haben wir heute, abgesehen von ein bis zwei jungen Herren, noch keine Leute in den Sekretariaten. Das alles kann man nur machen, wenn man eben eine großzügige Planung in die Zukunft hinein unternimmt.

Es ist in der Pressekonferenz des Untersuchungsausschusses klargeworden, daß noch gar nichts gesagt werden kann über die Ergebnisse. Wenn ich mich recht erinnere, ist dort gesagt worden, daß von 22 Fällen, die konkret zur Untersuchung anstehen, bisher gehört worden sind drei bis vier. Nehmen Sie diese Relation und dann geraten die Dinge wieder in die richtige Proportion. Weshalb sage ich das? Ich sage das einfach aus zwei Gründen, zunächst aus menschlichen Gründen, weil ich es als beamtenmäßiger Leiter dieser großen Behörde nicht mit ansehen kann, wenn meine Mitarbeiter durch eine solche nicht namentlich stattfindende Attacke, die mit allgemeinen Vorstellungen arbeitet, sich natürlich getroffen fühlen und die Wirkungen zeigen sich auch. Ein solches Trommelfeuer von Kritik

bleibt nicht ohne lähmende Wirkungen auf den Dienst, ganz abgesehen davon, daß es natürlich die Anziehungskraft dieses Dienstes auf Kräfte von außerhalb noch weiter herabsetzt; und dann natürlich auch aus dienstlichen Gründen, denn es kann nicht ohne Schaden für die Behandlung des außenpolitischen Geschäfts bleiben, wenn in Bausch und Bogen eine Verwaltung in der Weise, wie es mancherorts geschehen ist — ich will auch nicht meinerseits unzulässig verallgemeinern, in Mißkredit gebracht wird. Das ist nicht gut. Es ist auch nicht so, wie behauptet wird, daß die Aufmerksamkeit auf Mißstände von diesem sensationellen Umfang vom Ausland erst auf diese Dinge gelenkt worden sei, sondern es ist — ich kann das belegen — umgekehrt so, daß erst die Masse dieser Erörterungen, die in Gang gekommen ist, in einer so undefinierten Weise teilweise, nun das Ausland beinahe erschreckt hat und aufgeregt hat und nun zu Reaktionen des Auslandes führte. Das ist der kausale Verlauf dieser Dinge. Was die Behandlung der einzelnen Fälle anlangt, brauche ich in diesem Kreise nicht zu sagen, daß wir selbstverständlich diese Untersuchung mit aller Sachlichkeit, mit aller Strenge führen werden, und daß wir jede Konsequenz ziehen werden, die sich aus den Ergebnissen ergibt, sei es aus den Ergebnissen der Arbeit des Untersuchungsausschusses, die wir mit allem gebührenden Respekt verfolgen, sei es aus unseren eigenen Untersuchungen. Aber das versteht sich von selbst. Nur, von da bis zu Behauptungen, wie ich sie teilweise gelesen habe von grundstürzenden und geradezu revolutionären Veränderungen ist weiß Gott ein großer Schritt.